# Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der ...

# Die deutsche Revolution

## ihr Ursprung, ihr Verlauf und ihr Werk

Von Eduard Bernstein

**1. Band:**

Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik

1921

Verlag Gesellschaft und Erziehung, G. m. b. H.

Berlin-Fichtenau

# Die deutsche Revolution

## Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik

Von Eduard Bernstein

1921

Verlag Gesellschaft und Erziehung, G. m. b. H.

Berlin-Fichtenau

# Inhaltsverzeichnis.



---

# Vorwort.

Die deutsche Revolution hat eine eingehende geschichtliche Darstellung ihres Verlaufs bis zur Zeit noch nicht zu verzeichnen. Ihre bisherige Literatur besteht aus zusammenfassenden Beschreibungen ihrer Entstehung und ersten Entwicklung, aus Schriften über bestimmte Vorgänge oder das Wirken bestimmter Personen in ihrem Verlauf, aus kritischen Abhandlungen über die Politik ihrer Parteien, aus Schriften über Prozeßverhandlungen, aus amtlichen und nichtamtlichen Berichten und Kundgebungen verschiedener Art und sonstigen Urkunden der Regierung und Parteien. Vieles davon ist anerkennenswert sachlich gehalten, anderes von tendenziöser Parteilichkeit, die vor grober Fälschung der Tatsachen nicht zurückschreckt, in manchen Berichten, insbesondere in den Berichten der Untersuchungskommission der preußischen Landesversammlung über die verhängnisvollen Unruhen in Berlin vom Januar 1919 wird ein höchst wertvolles Material dargeboten, doch ist auch dieses nur zum Teil erst systematisch verarbeitet — kurz, es ist eine ansehnliche Zahl von Veröffentlichungen zur Geschichte der Revolution vorhanden, aber eine umfassendere Geschichtsarbeit über sie fehlt noch.

Die vorliegende Arbeit nun will diese Lücke für die Geschichte der ersten Periode der Revolution ausfüllen. Sie ist von dem Wunsch diktiert, diese Periode, die von dem Ausbruch der Revolution bis zur Wahl der Abgeordneten für die verfassunggebende Nationalversammlung reicht, also den wesentlichen Teil der Regierung durch den Rat der Volksbeauftragten umfaßt, in systematischer Anordnung des Stoffes so eingehend zur Darstellung zu bringen, wie dies im Rahmen eines immer noch mäßig umfangreichen Buches möglich ist. Es handelt sich um die Vorführung einer Periode, in der die deutsche Republik ersteht und ihren Inhalt zu bestimmen sucht, dabei aber von Kämpfen heimgesucht wird, die für die Gestalt, welche sie schließlich erhalten hat und für ihre ganze innere und äußere Politik von höchst verhängnisvoller Rückwirkung gewesen sind. Um diese Kämpfe hat sich aber in unserer schnell lebenden Zeit schon ein ganzer Legendenkranz gewoben, so daß nicht nur das Verhalten der an ihnen beteiligten Parteien und Personen verschiedentlich ganz falsch beurteilt, sondern auch ihre Natur und Bedeutung vollkommen falsch eingeschätzt werden. Man beschäftigt sich mit ihnen in der Regel nur unter dem Gesichtspunkt des Einwirkens bestimmter Persönlichkeiten, wobei man je nach der Parteistellung, die man selbst einnimmt, den einen oder den andern die Verantwortung zuschiebt und allenfalls noch auf die taktischen Gesichtspunkte hinweist, von denen die handelnden Persönlichkeiten, außer von ihren Leidenschaften und persönlichen Vorurteilen, sich leiten ließen. Tatsächlich aber hat es sich bei ihnen um das Ringen zweier grundsätzlich verschiedener Auffassungen des Sozialismus

und der sozialen Entwicklung gehandelt, die durch die ganze sozialistische Bewegung der Neuzeit sich verfolgen lassen, aber nur den wenigsten der Kämpfenden in ihrer tieferen geschichtlichen Bedeutung voll zum Bewußtsein kommen. Vielmehr stellen sie sich den meisten eben nur in der Gestalt von Fragen des taktischen Verhaltens oder der jeweilig praktischen Methode dar, zu denen sie dann auch lediglich als Praktiker Stellung nehmen, wobei größere oder geringere Einsicht in die erkennbaren Zusammenhänge und Möglichkeiten den Ausschlag geben. Die Aufgabe des politischen Geschichtsschreibers ist es jedoch, die den praktischen Kämpfen zugrunde liegenden tieferen Gegensätze zu ermitteln und behufs deren richtiger Bewertung zur Anschauung zu bringen.

Wenn im vorliegenden Buch gestrebt wurde, nach dieser Maxime zu verfahren, so ist darum das Moment der persönlichen Verantwortungen in ihm doch durchaus nicht unberücksichtigt geblieben. Im Gegenteil muß ich auf den Vorwurf gefaßt sein, sie wiederholt schärfer hervorgehoben zu haben, als es mit der Unparteilichkeit des Historikers zu vereinen sei. Aber nach meiner Ansicht braucht diese Unparteilichkeit nicht weiter zu gehen, als das Gebot der Wahrheit in Betracht kommt. Die Geschichtsschreibung darf nicht der Parteistellung des Schreibers zuliebe mit den Tatsachen willkürlich umspringen. Ihnen gegenüber muß sie objektiv sein, von ihnen darf sie nichts übertreiben und nichts Wesentliches verschweigen. Dagegen ist ihr nicht untersagt, den Handlungen gegenüber das individuelle Urteil zum Ausdruck zu bringen, wie es dem politischen Standpunkt des Schreibers entspricht. Dies Buch ist nicht parteilos. Es behandelt Vorgänge von zu einschneidender Bedeutung für das Schicksal des eignen Volkes wie der Völker überhaupt, als daß der Verfasser es mit seinem politischen Gewissen für vereinbar gehalten hätte, mit seinem Urteil über Personen, die bei ihnen Verantwortung auf sich geladen haben, hinter dem Berge zu halten. Ich habe mich bemüht, gerecht zu sein, ich habe aber keinen Wert darauf gelegt, es allen recht zu machen. Ich schildere Miterlebtes, an dem ich als Mitkämpfer beteiligt war. Nicht so sehr im Vordergrunde, als daß ich versucht sein könnte, in diesem Buch vom eignen Tun zu sprechen. Aber so sehr mit meinem ganzen Fühlen und Denken an ihm interessiert, daß ich nicht alles, was in diesen Kämpfen gefehlt wurde, wo das Schicksal eines ganzen Volkes, wo die Gestaltung der eben errungenen Republik und die Bedingungen ihrer gesunden Fortentwicklung auf dem Spiele standen, als mir selbst geschehen mitempfunden hätte. All das damals Durchlebte ist mir beim Niederschreiben dieses Buches erneut vor die Seele getreten, und so mag man es verstehen, warum es an verschiedenen Stellen subjektiver ausgefallen ist, als andre Arbeiten des Verfassers.

Ein in der Folge erscheinender Band soll die Periode der verfassunggebenden Nationalversammlung und dasjenige daran Anschließende behandeln, dessen Vorführung erforderlich ist, um den Titel des Ganzen zu rechtfertigen, der eine Geschichte des Ursprungs, des Verlaufs und des Werks der deutschen Revolution verspricht.

Berlin-Schöneberg, im März 1921.

Eduard Bernstein.

# I.
# Einleitung.

Das deutsche Kaiserreich der Hohenzollern brach zusammen. Die Macht, die bei seiner Erstehung Geburtshilfe hatte leisten müssen, die Politik von Blut und Eisen, ward sein Totengräber. Zu einer gewaltigen Machtstellung hatte es sich entwickelt. Die politische Einheit, die Niederreißung aller wirtschaftspolitischen Grenzpfähle im Innern und eine nur zeitweilig unterbrochene Politik der Handelsverträge mit der Klausel der Meistbegünstigung hatten sich der Entwicklung seiner Industrie und seines Handels äußerst förderlich erwiesen. Aus dem einst armen Deutschland war es, wie seine Nationalökonomen gerade in den Jahren 1912, 1913, 1914 mit Stolz ausrechneten, das »reiche Deutschland« geworden. Die Helfferich, die Steinmann-Bucher und Kollegen wiesen nach, daß Deutschlands Nationalreichtum der Summe nach den der Deutschland einst darin so überlegenen Westmächte England und Frankreich teils erreicht und teils sogar schon übertroffen hatte. Nicht minder machtgebietend stand es auf militärischem Gebiet da. Es hatte seine Kriegsflotte treibhausmäßig auf eine Höhe gebracht, die nur noch von der des Inselreichs Großbritannien übertroffen wurde, und seine Landmacht war zwar der Ziffer nach von der Rußlands, der wirklichen Leistungsfähigkeit nach aber von der keines Landes übertroffen. Mit einem gewissen Recht hatte daher, soweit wenigstens Mittel- und Westeuropa in Betracht kamen, der dritte der Hohenzollernkaiser eines Tages das stolze Wort aussprechen können, daß ohne den Willen Deutschlands »kein Schuß in Europa fallen« werde. Dies Machtbewußtsein ward ihm jedoch zum Verhängnis.

Es liegt außerhalb des Rahmens dieser Arbeit, die Triebkräfte zu analysieren, die im Juli 1914 den Ausbruch des Krieges herbeigeführt haben, der sich dann zum Weltkrieg ausgewachsen hat. Das Eine darf aber als unbestreitbar festgestellt werden: wenn auf Seiten der Regierenden Deutschlands der entschiedene W i l l e vorhanden gewesen wäre, es nicht zum Krieg kommen zu lassen, dann wäre dieser auch tatsächlich vermieden worden. Aber dieser Wille fehlte eben. Das Machtbewußtsein war zum Machtdünkel geworden. Wilhelm II. von Hohenzollern bildete sich ein, in solchem Maße Herr über Krieg und Frieden zu sein, daß er ungestraft gewissermaßen Kriegslizenzen ausstellen dürfe, wie man Jagdlizenzen ausstellt: dieser Krieg — der Krieg Österreich-Ungarns wider Serbien — darf sein, und wehe dem, der sich in ihn einmischt! Das war das Motto für das Verhalten des kaiserlichen Deutschland in den schicksalsschweren Julitagen 1914, und weil das übrige Europa sich nicht bis soweit ihm fügen wollte, nahm es einen gemeldeten Grenzzwischenfall zum Anlaß, den Krieg zu erklären, der den größten Teil Europas in Brand gesetzt und den Zusammenbruch der drei Kaiserreiche des europäischen Festlands herbeigeführt hat.

Selbst wenn man auf Grund seiner Beteuerungen Wilhem II. von der Schuld freisprechen will, den Krieg gewollt zu haben, und den Mangel eines mit voller Bestimmtheit handelnden Willens wird man ihm vielleicht zuzubilligen haben, wird damit seine Verantwortung für den Krieg noch lange nicht aufgehoben. Sogar die noch gar nicht übermäßig anspruchvolle Ethik der Religionsgemeinschaften erklärt denjenigen, der einen Mord verhindern konnte und nicht verhindert hat, für mitschuldig an ihm. Mit der Größe der Macht aber wächst die Größe der Verantwortung. Es ist Wilhelm II. weder subjektiv noch objektiv mit der Erzwingung seines Rücktritts Unverdientes geschehen.

Seine Verantwortung wird auch dadurch nicht gemindert, daß sich seine Regierung im Laufe des Krieges wiederholt zu Friedensverhandlungen bereit erklärt hat. Denn allen diesen Erklärungen fehlte dasjenige Element, das sie im Angesicht des zu Anfang Geschehenen wirkungsvoll hätte machen können: das Bekenntnis zur Pflicht des Gutmachens. Wilhelm II. wollte immer nur einen solchen Frieden, der ihm erlaubt hätte, als Sieger heimzukehren. Man erinnere sich seines Erlasses an die deutsche Armee bei Gelegenheit des Friedensangebots vom Dezember 1916: »Als Sieger habe ich den Gegnern den Frieden angeboten.« Selbst wenn man auf der Gegenseite damals zu Friedensverhandlungen bereit war, hätte, wie die Regierenden Englands, Frankreichs usw. nun einmal beschaffen waren, diese Sprache genügt, die Bereitschaft zu ertöten.

Mit dieser Feststellung soll natürlich das Verhalten der Staatsmänner der Gegenseite noch nicht für gerechtfertigt erklärt werden. Es handelt sich indes hier nicht um das Abwägen des Schuldkontos der europäischen Mächte gegeneinander. Es handelt sich um die Verantwortung Wilhelm II. und seiner Regierung dem eigenen Volk gegenüber. Sie wußten, mit wem sie es zu tun hatten, welche Auffassungen in den maßgebenden Kreisen der Gegner obwalteten, und mußten daher, wenn sie aufrichtig ihrem Volk die Fortsetzung des verheerenden Krieges ersparen wollten, ihre Sprache und ihre Vorschläge diesem Zweck unterordnen. Das ist aber bis zum Schluß nicht geschehen. Und zwar nicht nur deshalb nicht geschehen, weil persönliche Eitelkeit sich dagegen sträubte, sondern auch deshalb nicht, weil das System es nicht erlaubte. Aus den Ludendorff und Genossen, die den Krieg noch in die Länge zogen, nachdem sich schon unzweideutig gezeigt hatte, daß er nicht zu gewinnen war, sprach das System, dessen Träger sie waren. Um dieses Systems willen, von dem sie wußten, daß seine Existenz an das Herausgehen als Sieger aus dem Krieg gebunden war, setzten sie zuletzt das Schicksal der ganzen Nation aufs Spiel. Nur ein radikaler Bruch mit ihm hätte dieser das bittere Ende ersparen können. Dazu hat sich aber keiner der Staatsmänner aufschwingen können, die nacheinander das Ruder des Reiches in die Hand nahmen. Die Bethmann-Hollweg, die Michaelis, die Max von Baden wollten das System ohne seine Logik und sind an diesem Widerspruch gescheitert. Die Ludendorff, Tirpitz usw. waren die stärkeren Logiker und brachten das Kaiserreich zum Schiffbruch. Aus Siegen hervorgegangen, mußte es untergehen, als diese ausblieben. Deutschland als Einheit konnte aber nur erhalten bleiben, wenn diejenige soziale Macht die Liquidation in die Hand nahm, die ihrer ganzen Natur und Überlieferung nach jenen radikalen Bruch bedeutete — die Sozialdemokratie.

II.

# Die Reichsleitung vor der Revolution.

Gehen wir in kurzen Umrissen die Ereignisse durch, die zur Revolution der Novembertage 1918 geführt haben.

Im Juli 1918 brach die Angriffskraft, im August 1918 auch die Widerstandskraft der deutschen Westarmee zusammen. Versuche, sie durch Verkürzung der Frontlinie wieder herzustellen, schlugen fehl. Die Soldaten waren durch keine Beruhigungsapparate mehr über den wahren Stand der Dinge hinwegzutäuschen. Anschaulich, wenn auch etwas zu impressionistisch schildert die Rückwirkung der Erkenntnis von der zunehmenden Verbesserung der Lage und Ausrüstung der gegnerischen Truppen auf die Geistesverfassung der deutschen Soldaten der Redakteur der Berliner Volkszeitung Dr. Karl Vetter, in seiner Flugschrift »Ludendorff ist schuld«, ruhiger, aber darum nicht weniger eindrucksvoll ist es dargelegt in der Schrift von Otto Lehmann-Rußbüld »Warum erfolgte der Zusammenbruch an der Westfront?«, die eine vom Verfasser dem General Ludendorff übermittelte »Denkschrift eines deutschen Landwehrmannes« enthält. Der deutsche Soldat sah, wie immer neue Nachschübe an kampfesfrischen Mannschaften die Truppenzahl auf der Gegenseite steigerten, immer neue leichtbewegliche Tanks deren Artillerie verstärkten, immer neue Fliegerschwärme ihr die Überlegenheit im Luftkampf sicherten, und büßte im entsprechenden Maße den Glauben an die Möglichkeit eines Sieges oder selbst nur andauernden Durchhaltens ein. In der dadurch erzeugten und durch die Unregelmäßigkeiten und oft herausfordernden Ungleichheiten in der Verteilung der Kost noch gesteigerten Mißstimmung bedurfte er keiner Beeinflussung durch Agitatoren, um die Überzeugung zu gewinnen, daß die Weiterführung des Krieges zweckloses Aufopfern von Menschen sei. Da er sie aber gewonnen hatte und doch sehen mußte, daß die zwecklos gewordenen Opfer gebracht wurden, mußte er um so mehr veranlaßt sein, denen ein geneigtes Ohr zu schenken, die ihm die Notwendigkeit eines gründlichen Wandels in den politischen Einrichtungen seines Landes, die Beseitigung eines Systems predigten, das diese Opfer forderte.

Daß eine sozialistisch-revolutionäre Agitation im Heere stattfand, soll nicht geleugnet werden. Hatten doch die Militärbehörden selbst für eine solche gesorgt, indem sie immer wieder Leute, die sich zu Hause wegen solcher Agitation mißliebig gemacht hatten, um sie zu strafen, eingezogen und an die Front geschickt hatten. Kein Wunder daher, wenn die in solcher

Weise Gemaßregelten an Ort und Stelle ihren Kameraden gegenüber aus ihrer Gesinnung kein Hehl machten und auf sie in revolutionärem Sinne einzuwirken suchten. Aber der großen Zahl der Mannschaften gegenüber waren das doch zu wenige, um irgend etwas Wesentliches ausrichten zu können, wenn sie nicht Verhältnisse antrafen, die ohnehin den Soldaten den Glauben an die ihnen von oben mit ganz anderen Mitteln der Bearbeitung verkündeten Losungen und damit zugleich die Neigung nahmen, willenlos dem Hagel feindlicher Geschütze sich auszusetzen. In England hat es die ganze Zeit des Krieges über eine sehr eifrige Propaganda gegen den Krieg und den Kriegsdienst gegeben, die sich ziemlich frei bewegen konnte und durch die öffentlichen Verhandlungen gegen die vielen Kriegsdienstverweigerer weithin bekannt wurde. Und doch hat sie nicht verhindert, daß die englischen Truppen im allgemeinen genau so ihrer soldatischen Pflicht nachkamen, wie sie es getan hätten, wenn jene Agitation nicht gewesen wäre. In allen Ländern ist der Soldat zumeist Fatalist, der nur davonläuft, wenn er eine Sache für vollständig verloren hält. Der Krieg ist für Deutschland nicht verloren worden, weil die Soldaten infolge von Aufstachelung versagten, sondern die Soldaten versagten schließlich, weil sie den Krieg für verloren erkannten.

Daß sie darin nicht fehl sahen, geht übrigens klar aus den Aussagen der obersten Heerführer Ludendorff und Hindenburg vor dem Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung hervor. Beide erklärten, im Winter 1916/17 auf Übergang zum uneingeschränkten Tauchbootkrieg bestanden zu haben, weil er »die einzige Möglichkeit« bot, den Krieg zu gewinnen. Darin lag das Eingeständnis, daß, wenn dieser Tauchbootkrieg sein Ziel verfehlte, der Krieg überhaupt nicht zu gewinnen war. Mitte 1918 war aber kein Zweifel mehr möglich, daß der Tauchbootkrieg seinen Zweck nicht erfüllt hatte und nicht erfüllen konnte. Ja, Amerika hatte eine Truppenmacht mit voller Ausrüstung über den Ozean gebracht, wie es 1916 von seiten der deutschen Heeresleitung für ganz unmöglich erklärt worden war. Deutschlands Verbündete dagegen, die Türkei, Bulgarien, Österreich-Ungarn, waren entkräftet — wie sollte da eine Möglichkeit bestehen, den Krieg noch länger auszuhalten? Er war verloren, und seine Fortführung das Verzweiflungsspiel eines bankerott Gewordenen, der in der Hoffnung auf irgend welchen außer aller vernünftigen Berechnung liegenden Glückszufall noch das Letzte opfert. Das Letzte, das waren hier Menschen von Fleisch und Blut, die sahen, wie die Sache stand, und nicht gleich Steinen im Spiel zu handhaben waren. Die Auflösung des Heeres riß ein. Einzelne Truppenteile hielten bestimmte Positionen mit Zähigkeit fest, aber die Verfügung über das Ganze glitt der Heeresleitung aus den Händen, und den völligen Zerfall mit der dann unausbleiblichen vernichtenden Niederlage vor Augen sandte sie am 24. September den Oberst Heye an die Reichsregierung mit der Meldung, daß sie für die Armee nicht mehr bürgen könne, es müsse schleunigst Waffenstillstand geschlossen werden.

Nachträglich haben die Herren erklärt, sich damals in der Abschätzung der Lage an der Front getäuscht zu haben, die Widerstandsfähigkeit sei noch nicht erschöpft gewesen. Das spricht aber höchstens gegen ihre Fassungskraft, beweist aber nichts gegen die Tatsache der deutschen Niederlage und die Schuld der Ludendorff und Genossen, daß es zu dieser verheerenden

Katastrophe kam. Waren sie es doch gewesen, die ihren ganzen Einfluß dafür aufgeboten hatten, jede Friedensaktion zu vereiteln, welche es Deutschland ersparen konnte, seine Existenz von militärischen Zufällen abhängig zu machen. Denn mehr als Spekulation auf den Zufall hätte die Verlängerung des Krieges nicht geheißen. Alle berechenbaren Machtfaktoren ließen den Sieg der Gegenseite als unvermeidbar erscheinen. Es handelte sich nur noch um die Möglichkeit eines Aufschubs, der die Blutkosten des Krieges vermehrt, das Endergebnis für Deutschland aber lediglich zum Schlimmeren gestaltet hätte.

Der heimischen Regierung blieb, als die Meldung der Heeresleitung ihr überbracht wurde, nichts übrig, als die geforderten Schritte zu tun. Die Forderung war ihr, wie der damalige Reichskanzler Max von Baden es in dem Manuskript einer vor der Badischen ersten Kammer zu haltenden Rede geschildert hat, geradezu als ein Ultimatum vorgelegt worden.

Er hatte nämlich der Heeresleitung vorgeschlagen, zunächst einmal ein detailliertes Programm von Kriegszielen Deutschlands zu veröffentlichen, welches der Welt die Übereinstimmung mit den vom Präsidenten Wilson verkündeten Grundsätzen klarlegen solle, und dazu zu bemerken, daß Deutschland bereit sei, für diese Grundsätze schwere nationale Opfer zu bringen. Das ging aber den Militärs nicht schnell genug. Ihnen brannte das Feuer auf den Nägeln.

»Die militärischen Autoritäten erwiderten mir darauf«, heißt es in dem Schriftstück, »auf die Wirkung einer solchen Kundgebung könne nicht mehr gewartet werden; die Lage an der Front fordere binnen 24 Stunden ein Waffenstillstandsangebot.« (Abgedruckt u. a. bei Ferd. Runkel, die deutsche Revolution, S. 54.) Noch belastender ist folgende Aufzeichnung des Reichskanzlers Graf Hertling, die dessen Sohn, der Rittmeister Graf Karl von Hertling, veröffentlicht hat:

»Am 1. Oktober 1918 sprach Hertling über seinen Nachfolger mit dem Kaiser, der sich für Max von Baden noch nicht entschließen konnte. Da trat unangemeldet Ludendorff ins Zimmer und fragte sofort höchst erregt: »Ist die neue Regierung noch nicht fertig?«, worauf der Kaiser ziemlich barsch erwiderte: »Ich kann doch nicht zaubern!« Darauf Ludendorff: »Die Regierung m u ß aber sofort gebildet werden, denn das Friedensangebot muß noch heute heraus.« Der Kaiser: »Das hätten Sie mir vor 14 Tagen sagen sollen!«

Man ermesse danach, welche Stirn dazu gehört, jetzt hinterher die Schuld für die ermutigende Wirkung des Waffenstillstandsangebots auf die Militaristen und Hetzpatrioten der Gegenseite auf die Zivilregierung und die Revolution abzuschieben.

Max von Baden war kurz vorher der dritte Nachfolger Bethmann Hollwegs im Kanzleramt geworden. Der Dritte innerhalb eines Zeitraumes von fünfviertel Jahren. Auch das kennzeichnet die Haltlosigkeit der inneren Zustände des Deutschen Reichs.

Im Sommer 1917 hatte sich Bethmann Hollweg zum Rücktritt genötigt gesehen. Nicht daß die Reichstagsmehrheit, die in der Kriegszielfrage von ihm abwich, ihn gestürzt hätte. Gestürzt ist er, weil sie ihn gegen seine Widersacher von rechts nicht mehr stützen zu können erklärte, nachdem er

einer von ihr vereinbarten Kundgebung für einen Frieden ohne Annexionen nicht hatte zustimmen wollen oder auch können. Die damaligen Vorkommnisse waren für die Zustände im kaiserlichen Deutschland überaus bezeichnend. Bethmanns Sturz wurde von den nur eine Minderheit des Reichstags bildenden Konservativen und Rechtsnational-Liberalen betrieben, mit den Leitern von Heer und Marine, denen dieser in keiner Weise antimilitaristische Staatsmann »zu schlapp« war, als Hintermänner. Im Reichstag aber hatten Mehrheitssozialisten, Zentrumspartei und fortschrittliche Volkspartei eine Koalition gebildet, die die Herbeiführung eines Ausgleichfriedens auf ihre Fahne geschrieben hatte. Ihr leitender Geist war der Zentrumsabgeordnete Mathias Erzberger, der zur Überzeugung gekommen war, daß Deutschlands Bundesgenossen vor dem Zusammenbruch standen, Deutschland allein aber den bis zum äußersten entschlossenen Gegnern auf die Dauer nicht werde standhalten können, und der nun den Kampf gegen die Kriegsverlängerer mit der gleichen Energie führte, mit der er ursprünglich auf deren Seite gekämpft hatte. Ob eine rückhaltlose Zustimmung der Reichsregierung zur Kundgebung der Koalition damals den Frieden herbeigeführt hätte, kann man bezweifeln, sie ließ für diesen Zweck noch zu wünschen übrig. Sicher aber ist, daß ihre von der Militärpartei durchgesetzte Ablehnung Deutschlands Schicksal besiegelt hat.

Unmittelbarer Nachfolger Bethmanns wurde nicht ein Mann nach der Wahl der Reichstagsmehrheit, sondern der von den Militärs ausgesuchte Frömmling Dr. Michaelis, der den Gegensatz zwischen den von ihm erstrebten Kriegszielen und der Kundgebung der Mehrheit des Reichstages mit der Erklärung zu übertuschen suchte, er könne jene akzeptieren — wiederholen wir es wörtlich »wie ich sie auffasse.« Das hatte aber nur gefehlt, um sie im Lager der Gegner Deutschlands gründlich zu diskreditieren. Aber auch die Reichstagsmehrheit ließ sich, da die Lage immer ernster wurde, mit solchen Zweideutigkeiten nicht lange hinhalten. Nach vier Monaten mußte Michaelis abtreten und wurde durch den der Zentrumspartei angehörigen Grafen Hertling ersetzt, dem es an parlamentarischer Gewandtheit nicht mangelte, der aber das Kunststück nicht fertig bekam, die deutsche Politik so zu leiten, daß sie unzweideutig den in der Kundgebung der Reichstagsmehrheit niedergelegten Grundsätzen entsprach. Die Zwitternatur der Reichspolitik erhielt unter ihm schon kurze Zeit nach seinem Amtsantritt durch den Friedensschluß von Brest-Litowsk eine grelle Beleuchtung, deren Eindruck durch keine Dialektik verwischt werden konnte. Er wurde vielmehr noch dadurch verstärkt, daß die Militärpartei den Rücktritt des zum Staatssekretär für das Äußere berufenen Freiherrn von Kühlmann durchsetzte, nachdem dieser sich ihr durch die Bemerkung mißliebig gemacht hatte, daß der Friede nicht durch die Waffen allein zu erzielen sei. Da es jedoch der Mehrheitskoalition an der Entschlossenheit fehlte, die Ernennung eines Kanzlers zu erzwingen, der seine Aufgabe nicht bloß darin erblickte, nach Wunsch auszudeutende Erklärungen abzugeben, konnte sich Hertling solange im Amt halten, bis es zu spät war. Ein kranker Mann, der seinen Rücktritt nicht lange überleben sollte, nahm er seine Entlassung, als die deutsche Westarmee schon in vollem Rückzug begriffen war. An seine Stelle trat der Prinz Max von Baden, der für einen sehr liberalen Politiker und aufrichtigen Gegner aller Annexionspläne galt, aber kaum, daß er sich dem Reichstag als ein solcher vorgestellt hatte, dadurch zu einer für den

Friedensschluß unmöglichen Person wurde, daß ein kurz vorher von ihm an den Prinzen von Hohenlohe geschriebener Brief bekannt wurde, worin er sehr anders lautende Ansichten und Absichten geäußert hatte.

Die Armee im fluchtartigen Rückzug, dessen üble Folgen für das Land die Heeresleitung noch dadurch steigerte, daß sie weite Gebiete, die sie aufgeben mußte, schleunigst in Wüsteneien verwandelte, ein Kaiser im Aufbruch, auf den die Nation nicht mehr hörte, und dessen Absetzung die Sieger zur Vorbedingung jeder Friedensverhandlung gemacht hatten, ein Kanzler im Amt, dessen Worte nicht mehr für voll genommen wurden — so standen die Dinge, als ein durch ein wahnsinniges Unternehmen der Flottenleitung verursachter Aufstand der Marinetruppen die politische Revolution zum Ausbruch brachte.

## III.

# Der Anbruch der Revolution.

»Man hat uns belogen und betrogen«. Das waren die Worte, die der konservative Parteiführer von Heydebrand verzweifelnd ausgerufen haben soll, als sein Fraktionskollege Graf Westarp, dem der stellvertretende Reichskanzler von Payer nebst je einem Vertreter der anderen Parteien in einer schnell einberufenen vertraulichen Konferenz die Hiobspost vom Zusammenbruch der Armee mitgeteilt hatte, diese der Fraktion überbrachte. Mit größerem Recht als der weiland ungekrönte König und seine Freunde konnte und kann es die breite Masse des deutschen Volkes von sich sagen. Wie sie über die Entstehung des Krieges und seinen Verlauf während dessen Dauer systematisch belogen und betrogen worden ist, so auch noch heute. Und zwar sind es Parteigenossen des Herrn von Heydebrand, die jetzt in diesem Lügenfeldzug das Maßloseste leisten. Noch immer wird dem deutschen Volke in Flugschriften aller Art vorgeflunkert, daß Deutschland 1914 von boshaften und neidischen Gegnern heimtückisch zum Kriege »gezwungen« worden — manche lügen noch frecher und behaupten rundweg überfallen worden sei. Noch immer wird ihm der Krieg so geschildert, als ob deutscherseits nur Siege erfochten und höchstens gelegentlich zu weit vorgedrungene Truppen aus strategischen Gründen »zurückgenommen« worden seien. Nicht nur in der 1915 bei Reclam erschienenen »Kriegschronik« des Generalmajors Metzler wird die mehrtägige große Schlacht an der Marne, die zu den entscheidenden Schlachten der Weltgeschichte gehört, auf diese Weise vollständig verschwiegen, auch in der im November 1919 erschienenen Bröschüre des Geheimen Studienrates Jaenicke »Weltkrieg, Revolution, Verfassung« wird der ununterrichtete deutsche Leser mit folgenden unwahren Redensarten über die Tatsache der am 12. September 1914 beendeten gewaltigen Niederlage der Armee des deutschen Kronprinzen hinweggetäuscht (die Sperrungen sind von mir. Ed. B.):

> »Aber die deutschen Armeen hatten sich zu weit von ihren Versorgungsquellen entfernt. Sie mußten daher an der Marne umkehren, zumal sie hier an der Besatzung von Paris und anderen Reserven Joffres starken Widerstand fanden. Sie machten nach siegreichen Rückzugsgefechten erst hinter der Aisne und Oise halt.«

In ähnlicher Weise wird der Ausgang wichtiger Seegefechte ins Gegenteil umgedeutet. Vom Treffen am Skagerak (31. Mai 1916), das damit endete,

daß die deutsche Flotte unter dem Schutze des Nebels das Feld räumte, heißt es: »Die Engländer verkündeten ihre offenbare Niederlage aller Welt als einen großen Sieg!« Tatsächlich war das Umgekehrte geschehen. Die englische Führung hatte zuerst nur freimütig ihre Verluste an Schiffen gemeldet und sich jeder Bemerkung über Sieg oder Niederlage enthalten, während die deutsche einen glänzenden Erfolg meldete und solange behauptete, kein einziges großes Schiff verloren zu haben, bis an die norwegische Küste getriebene Trümmer sie nötigten, den Verlust des Schlachtschiffes »Pommern« einzugestehen.

Mit solchen falschen Darstellungen kann man aber nur begrenzte Wirkungen erzielen. Am ehesten versagen sie gegebenenfalls bei den Truppen. Dort spricht sich die Wahrheit naturgemäß schneller herum als in der Zivilbevölkerung. Wie in der Landarmee selbst erkennt man mit Herbstanbruch 1918 in den Reihen der Marinesoldaten, daß der Krieg verloren ist, daß jedes Angriffsunternehmen nutzloses Opfern von Menschen bedeutet und den notwendigen Friedensschluß widersinnig verzögert. Die Kunde, daß die Leitung der Marine es auf eine neue Seeschlacht im größten Stil ankommen lassen will, um zum mindesten den Engländern den Verlust eines möglichst großen Teils ihrer Flotte zu verursachen, bringt gegen Ende Oktober 1918 die Besatzung der bei Kiel stationierten deutschen Kriegsschiffe in große Erregung und veranlaßt am 28. Oktober die Besatzung des Linienschiffes »Markgraf« zur ersten größeren Auflehnung. Sie verweigert das Ankerlichten und verhindert durch Besetzen der Windemaschinen das Auslaufen des Schiffes. Als andre Schiffe durch den Nordostseekanal nach Cuxhaven und von dort nach dem Jahdebusen geleitet werden, bemächtigt sich der Mannschaften gleichfalls die Überzeugung, es handle sich um einen Verzweiflungsstreich, der nur Menschenverluste und Verschlimmerung der Friedensbedingungen zur Folge haben könne. Auf einem Schiff nach dem anderen wiederholt sich die Weigerung auszufahren. Noch ist es indes keine revolutionäre Bewegung. Die Besatzungen verschiedener Schiffe haben folgenden Entschluß gefaßt und bekannt gegeben:

> »Greift der Engländer uns an, so stellen wir unsern Mann und verteidigen unsere Küsten bis zum äußersten, aber w i r s e l b s t g r e i f e n n i c h t a n. Weiter als bis Helgoland fahren wir nicht. Andernfalls wird Feuer ausgemacht.«

So sprechen keine Aufrührer. Allerdings hatte es auf einigen Schiffen schon im Jahre vorher Kundgebungen von Matrosen gegeben, die sich der unabhängigen Sozialdemokratie zurechneten, und brutal genug waren sie unterdrückt worden, um den Opfern der Repression die Sympathien der Kameraden zuzuwenden. Aber diese Agitation hatte doch nur erst Minderheiten erfaßt und wäre nicht imstande gewesen, zur allgemeinen Revolte zu führen, wenn nicht auch sonst sich reichlich Stoff zu solcher aufgehäuft hätte und durch Repressionsmaßnahmen zum Entflammen gebracht worden wäre.

Am 30. und 31. Oktober erfolgt auf verschiedenen Schiffen unter Nichtbeachtung des obigen Beschlusses der Befehl zum Ankerlichten und wird jenem gemäß mit dem Herausreißen der Feuer unter den Kesseln und anderen Maßnahmen beantwortet, welche eine kriegerische Aktion unmöglich machen. Es erfolgen von Seiten der Vorgesetzten Zurechtweisungen und Drohungen, die auf einigen Schiffen zu Verhaftungen in größerem Maßstabe sich steigern.

Ganz besonders werden mit solchen Massenbestrafungen in Wilhelmshafen das Linienschiff »Großer Kurfürst« und in Kiel, wohin das dritte Geschwader zurückbefohlen war, das Linienschiff »Friedrich der Große« bedacht. Dies bringt das Ventil zum Platzen.

Am Sonntag, den 3. November 1918, findet in Kiel auf dem großen Exerzierplatz eine von Tausenden Marineangehöriger besuchte und sich dann zu einem großen Zug formierende Protestversammlung statt, welche nach Anhören leidenschaftlicher Reden die Freilassung der Verhafteten fordert. Der Zug wird auf dem Marsch zur Marinearrestanstalt von bewaffneten Maaten und Applikanten angehalten, die ihn zum Auseinandergehen auffordern. Auf die Weigerung hin, dem Folge zu geben, wird scharf geschossen. Acht Personen werden getötet, 29 verwundet, die anderen ergreifen die Flucht, und — am nächsten Tage, den 4. November, ist die ganze Marine in Aufruhr. Offiziere, die sich den Matrosen zu widersetzen versuchen, werden mißhandelt; auf dem Linienschiff »König«, das die Kriegsflagge führt, kommt es zum Schießen, wobei der Kommandant des Schiffes fällt, und um die Mittagszeit sind die Matrosen die Herren aller Schiffe wie auch des Hafens, und die ganze Garnison von Kiel schließt sich ihnen an. Eine Abteilung Husaren, die von dem Hamburger Vorort Wandsbeck entsandt worden ist, die Aufrührer zur Ruhe zu bringen, muß umkehren.

Nun wird ein Soldatenrat gebildet, und dem Gouverneur von Kiel, der in einem Erlaß die Matrosen aufgefordert hatte, ihm ihre Wünsche zu unterbreiten, wird nach Beratung im Gewerkschaftshaus ein Programm radikaler Forderungen vorgelegt, von denen die wichtigsten lauten:

> »Freilassung sämtlicher Gefangenen und politisch Inhaftierten. Vollständige Rede- und Preßfreiheit. Sachgemäße Behandlung der Mannschaften und Aufhebung der Grußpflicht. Volle Anerkennung des Arbeiter- und Soldatenrates. Offiziere, die sich mit seinen Maßnahmen einverstanden erklären, sollen willkommen sein, andere haben den Dienst ohne Anspruch auf Versorgung zu quittieren. Unterlassung aller Schutzmaßnahmen mit Blutvergießen. Die Maßnahmen zum Schutz des Eigentums trifft der Arbeiter- und Soldatenrat. Das Ausfahren der Flotte hat unter allen Umständen zu unterbleiben.«

Der Gouverneur erklärt sich mit einem Teil der Forderungen einverstanden und verschiebt die endgültige Antwort bis zum Eintreffen der auf telegraphisches Ansuchen entsandten und schon auf dem Wege befindlichen Regierungsvertreter. Es sind dies der zum Staatssekretär ernannte Demokrat Haußmann und der Sozialdemokrat Gustav Noske. Das Ergebnis der mit den Genannten gepflogenen Beratungen ist der Entschluß, die Forderungen zu bewilligen. Seine Bekanntgabe wird mit allgemeinem Jubel aufgenommen. Nach Annahme der Forderungen verpflichten sich die Matrosen, unbedingte Ordnung aufrechtzuerhalten, und willigen in eine Bekanntmachung ein, die verkündet, daß jeder, der beim Plündern betroffen wird, auf der Stelle standrechtlich zu erschießen ist. Haußmann kehrt nach Berlin zurück. Noske erhält Arbeitszimmer im Stationskommando eingeräumt und wird auf Wunsch der Arbeiter faktischer Gouverneur von Kiel. Tags darauf, am 5. November, tritt die Arbeiterschaft Kiels in den allgemeinen Ausstand und bildet Arbeiterräte, denen sich die schon gebildeten Soldatenräte anschließen. Die Stadt des größten deutschen Kriegshafens wie dieser selbst ist in den

Händen des Proletariats. Zur Vervollständigung des Ausschusses werden von den Arbeitern zwei Führer der Unabhängigen, die Reichstagsabgeordneten Haase und Ledebour nach Kiel berufen.

Und die Lawine kam in Fluß. Noch am gleichen Tage fahren Kriegsfahrzeuge unter der roten Fahne in Hamburg und Lübeck ein, die sich der Erhebung anschließen. In Lübeck geht die öffentliche Gewalt ohne Blutvergießen in die Hände des Soldatenrats über, in Hamburg kommt es schon am Abend des 5. November nach einer Massendemonstration zu Gunsten der Kieler Beschlüsse zu einem Zusammenstoß mit dem Militär, bei dem geschossen wird. Am 6. November wird ebenfalls in Hamburg vom Militär auf einen Zug in den allgemeinen Ausstand getretener Werftarbeiter, der dem Gebot zum Umkehren nicht Folge leistet, mit Maschinengewehren geschossen, wobei 9 Tote auf dem Platze bleiben. Eine Massenkundgebung, Plünderung der Waffenläden, Erstürmung und Ausraubung der in Altona gelegenen Waffenkammer ist die Folge.

In Lübeck gibt der Soldatenrat am Abend des 5. November den Übergang der öffentlichen Macht in seine Hände in folgendem Aufruf bekannt:

> »Seit heute Abend ist Lübecks Macht in unseren Händen. Wir erklären hiermit, daß mit unserer Sache den Kameraden an der Front wie hier in der Heimat gedient ist. Es mußte mit den korruptiven Zuständen und der militärischen Diktatur von gestern gründlich aufgeräumt werden. Der Zweck unserer Sache ist sofortiger Waffenstillstand und Friede. Wir bitten die Bevölkerung Lübecks, größte Ruhe zu bewahren. Es wird von uns nichts unternommen, was die Betriebe zur Aufrechterhaltung der Ordnung stören könnte. Es geht alles seinen alten Gang. Wir erwarten von der Bevölkerung bereitwillige Mitwirkung. Wir können feststellen, daß diese Umwandlungen der militärischen Dinge in Lübeck unblutig verlaufen sind und hoffentlich weiter verlaufen werden. Wir warnen vor Ausschreitungen, Plünderungen und Diebstahl werden mit dem Tode bestraft. Die Lebensmittelverteilung bleibt in den Händen der Zivilverwaltung.«
>
> Der Soldatenrat.

Nicht ohne Zusammenstoß mit Militärs, aber dank dem Übertritt der Mannschaften ohne Blutvergießen, tritt noch am gleichen Tage Bremen dem Aufstand bei. Die militärische Gewalt geht an eine Kommission über, die aus dem Garnisonältesten, zwei Offizieren und vier Vertretern der Mannschaften besteht, so daß die letzteren in ihr die Mehrheit haben. Daneben wird ein Arbeiterrat gebildet.

Am folgenden Tage breitet sich die Bewegung nach Westen — Hannover, Braunschweig, Köln usw. und nach Süden aus, der Hauptstadt Berlin zu. Ehe sie diese erfaßt, sind Magdeburg, Leipzig, Dresden im Aufstand. Ganz Nordwest gerät in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte.

Noch ist es aber keine zusammenfassende, auf die Änderung des Ganzen der Verfassung des Reichs gerichtete Revolution, wenngleich es in den Reihen der Kämpfer an Leuten nicht fehlt, die bewußt auf dieses Ziel lossteuern. Keine Massenbewegung vollzieht sich ohne solche Elemente. Der Anstoß zu ihnen geht immer zunächst von einzelnen aus, die, sei es auch nur der Eingebung eines Augenblicks folgend, im gegebenen Zeitpunkt die Parole ausgeben, die nun plötzlich von Mund zu Mund läuft und die Geister entflammt. Wenn nachträglich die verschiedenen sozialistischen Fraktionen über ihr Verdienst an der Erhebung streiten, so werden sie alle ein Stück Recht haben. Sie hatten alle erkannt, daß es beim alten Stand der Dinge

nicht bleiben konnte und verbreiteten jede in ihrer Art diese Erkenntnis unter ihren Anhängern. Ohne dies wäre die Allgemeinheit der Bewegung unmöglich gewesen. An den meisten Orten waren die Mehrheitssozialisten die bei weitem stärkere Verbindung, war ihr Einfluß auf die Arbeiterschaft so groß, daß jede Aktion, gegen die sie sich gestemmt hätten, an diesem Widerstand gebrochen wäre. Warum er unterblieb, zeigt ein Blick auf die Vorgänge im Reichstag und der Regierung in den Wochen seit dem Eintreffen der Verzweiflungspost des großen Generalstabs.

Daß die Matrosen richtig gesehen hatten, bestätigt der aus Regierungsstellen unterrichtete Mehrheitssozialist Friedrich Stampfer in seiner Gedenkschrift »Der 9. November« (Berlin 1919, Vorwärts - Buchhandlung). Er schreibt dort:

»Später stellte sich heraus, daß die Matrosen recht gehabt hatten, wenn sie an den harmlosen Charakter der angeblichen Manövrierfahrt nicht glaubten. Es war beabsichtigt gewesen, die Flotte bei Helgoland hinter einer Sperrkette von U-Booten aufmarschieren zu lassen, um die Engländer herauszulocken und den U-Booten Gelegenheit zum Angriff auf sie zu geben. Der Plan zu einer Seeschlacht großen Stils! Und dieser Plan war erdacht worden und sollte ausgeführt werden, nachdem Deutschland unter lebhafter Beteuerung seines Abscheus vor weiteren nutzlosen Opfern um Waffenstillstand und Frieden ersucht hatte! Die Urheber dieses soldatisch tapferen aber politisch idiotischen und verbrecherischen Planes versicherten später treuherzig, sie hätten dadurch, daß sie die ungebrochene Macht der deutschen Flotte zeigten, Deutschlands Stellung bei den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen — verbessern wollen.«

Tatsächlich hätte die Ausführung des Planes selbstverständlich die entgegengesetzte Wirkung gehabt, sie hätte die Bedingungen für Deutschland noch verschlechtert. Die Rückwirkung der den gleichen Gedankengängen entsprungenen Versenkung der bei Skapa Flow internierten deutschen Kriegsschiffe hat das zur Genüge bewiesen. Mit Recht heißt es daher bei Stampfer weiterhin:

»Die Mannschaften bewiesen vielmehr gesunden Menschenverstand und politischen Instinkt, indem sie ihre Beteiligung an der geplanten Abschiedsvorstellung mit großer Energie ablehnten. Wenn es wahr ist, daß jedes Recht an seinem offenbaren Mißbrauch seine Grenze findet, so war das Befehlsrecht der Vorgesetzten hier an dieser Grenze angelangt.«

Die Revolution war Notwendigkeit geworden.

---

IV.

# Regierung und Sozialdemokratie von Anfang Oktober bis zum 9. November 1918.

Wie die Meinungsverschiedenheiten in der Sozialdemokratie Deutschlands hinsichtlich des Verhaltens im Kriege zu deren Spaltung geführt haben, muß in dieser Schrift als bekannt vorausgesetzt werden. Die Wirkung der Spaltung war gewesen, daß derjenige Flügel der Sozialdemokratie, der sich für gebunden hielt, der Reichsleitung die Kriegskredite zu bewilligen, dadurch in eine zweideutige Stellung ihr gegenüber geriet. Er konnte ihr die Mittel zur Kriegsführung nicht bewilligen, ohne seiner gegen ihre Methoden der Kriegsführung gerichteten Kritik die Wirkungskraft zu entziehen, wodurch diese Kritik einen Stich ins Unreale erhielt. Von den Gegnern der Kriegskreditbewilligung wiederum wurde ein Teil zu Gegnern der alten sozialdemokratischen Politik überhaupt und nahm die Überlieferungen der unmittelbar auf den politischen Umsturz gerichteten blanquistischen Bewegung auf. Die Kluft zwischen den Kreditbewilligern und den Kreditverweigerern erweiterte sich. Diese aber, deren linker Flügel zu Ostern 1917 sich als Partei der unabhängigen Sozialdemokratie konstituiert hatte, zerfielen in Sozialdemokraten und Anhänger des blanquistisch-revolutionären Spartakusbundes oder der gleichfalls antireformistischen Gruppe Internationale.

Nicht nur im Reichstag, sondern auch im Lande selbst waren die Kreditbewilliger damals die große Mehrheit. Sie verfügten über mehr als dreiviertel der sozialdemokratischen Zeitungen — teils vom Anfang des Konflikts an, teils durch Ausnutzung des Kriegszustandes zur Übernahme von in den Händen der Opposition befindlichen Organen — und konnten so auf die Arbeiter ohne Unterlaß in ihrem Sinne einwirken, während die Opposition nur in einzelnen Wahlkreisen über eigene, obendrein von der Zensur arg drangsalierte Blätter verfügte und in der Hauptsache auf die unterirdische Propaganda angewiesen war, was beiläufig nur dazu beitragen konnte, für konspirative Tendenzen Stimmung zu machen.

An Erklärungen zu Gunsten eines Verständigungsfriedens hatten es die Mehrheitler von Anfang an nicht fehlen lassen. Doch konnten diese auf die Sozialisten der Ententeländer keinen Eindruck machen, solange sie nur Begleitmusik waren zur Bewilligung von Kriegskrediten an eine Regierung, in der jene nicht mit Unrecht die Urheberin des Krieges erblickten. Ebenso ging es mit den Reden für einen solchen Frieden, die der redegewandte Führer der Mehrheitssozialisten, Philipp Scheidemann, vom Sommer 1916 ab

in großen Versammlungen hielt und dann als Broschüren veröffentlichte. Auch von ihnen gilt das Obengesagte, daß sie im gegnerischen Lager nicht für wahr genommen wurden. Mehr Beachtung fand die parlamentarische Aktion für den Frieden, welche die Mehrheitssozialisten im Verein mit der Zentrumspartei und der fortschrittlichen Volkspartei im Juli 1917 unternahmen. Aber auch diese Aktion verfehlte ihre Wirkung, mußte sie verfehlen, weil sie nicht von einem so starken Druck auf Wilhelm II. begleitet war, daß dieser unmöglich das lächerliche Zwischenspiel mit Herrn Michaelis, dem Reichskanzler nach dem Herzen der Heeresleitung, dem Reichstag bieten durfte. Warum auch dessen Nachfolger Graf Hertling nicht der Mann war, die gegnerischen Mächte davon zu überzeugen, daß die Herrschaft der Militaristen in Deutschland ausgespielt sei, ward im vorigen Kapitel bemerkt. Zu dem mit allen schönen Erklärungen vom Rechtsfrieden in Widerspruch stehenden Frieden von Brest-Litowsk kam unter seiner Kanzlerschaft das zweideutige Spiel mit der Ukraine, das die Möglichkeit eines allgemeinen Friedensschlusses immer weiter hinausschob, ward zuhause der Belagerungszustand verschärft und aus Furcht vor den Konservativen die fällig gewordene Wahlrechtsform für Preußen solange von neuem vertagt, bis der Zusammenbruch der Westarmee und die bestimmten Erklärungen der Regierungen der Entente sowie des Präsidenten Wilson, unter keinen Umständen mit einer Regierung Wilhelms II. Frieden zu schließen, eine revolutionäre Situation in Deutschland schufen. Durch in erster Linie gegen die Entente gerichtete Veröffentlichungen der bolschewistischen Regierung Rußlands aus den zarischen Geheimarchiven war auch Wilhelm II. so bloßgestellt, daß er international geradezu unmöglich geworden war. Sein mit Nicolaus II. zur Zeit des russisch-japanischen Krieges geführter Briefwechsel, wo er den Zaren gegen das gleichzeitig umschmeichelte England aufzustacheln suchte, ward allgemein als Beweis einer selbst für Personen in seiner Stellung seltenen Doppelzüngigkeit aufgenommen.

Um die Situation zu verbessern, nahm Hertlings Nachfolger im Amt, Prinz Max von Baden, Anfang Oktober 1918 neben Vertretern der fortschrittlichen Volkspartei und der Zentrumspartei auch zwei Mehrheitssozialisten in sein Kabinett auf, nämlich Gustav Bauer als Staatssekretär für ein einzurichtendes Reichsarbeitsamt und Philipp Scheidemann als Staatssekretär ohne besonderes Amt (»ohne Portefeuille«). Indes täuschte er sich, wenn er vermeinte, dadurch den Thron retten zu können. Die beiden Sozialdemokraten hatten zwar in Übereinstimmung mit ihrer Fraktion den Eintritt in die Regierung lediglich von der Verpflichtung dieser auf ihr Friedensprogramm, sowie von der Ausgestaltung der Reichsverfassung im Sinne der Erhebung der Volksvertretung zur ausschlaggebenden Macht, der radikalen Demokratisierung des Wahlrechts und ähnlichen Reformen abhängig gemacht, die mit einer konstitutionellen Monarchie noch zur Not vereinbar waren, und verlegten ihre Tätigkeit demgemäß in erster Linie darauf, die schnellste Erzielung des Waffenstillstandes und der Ausarbeitung der betreffenden Gesetzentwürfe und deren parlamentarische Erledigung zu erwirken. Es war aber klar, daß es sich für sie nicht um die Sicherung des Thrones oder der Dynastie, sondern nur um die Rettung des deutschen Volkes und die schleunige Herbeiführung des Friedens handelte. Als Wilson im Laufe des Oktober 1918 rundheraus zu verstehen gab, daß mit Wilhem II. kein Friede gemacht werden würde, ertönte daher zunächst in der sozialdemokratischen Mehrheitspresse

immer energischer der Ruf nach dessen Rücktritt; und als dieser auf sich warten ließ, richtete Scheidemann Ende Oktober ein Denkschreiben an den Reichskanzler, worin er ihm eingehend darlegte, daß der Verzicht Wilhelms II. auf die Krone unerläßlich geworden sei, solle Deutschland nicht verderblichster Zerrüttung anheimfallen. So leicht war jedoch der Hohenzoller nicht zum Rücktritt zu bewegen. Die unmittelbare Wirkung des Schreibens war vielmehr nur die, daß Wilhelm II. am 30. Oktober 1918 Berlin verließ und sich ins große Hauptquartier begab, wo er sich gesichert glaubte.

Vorher hatte er noch — am 28. Oktober — den in den Reichstagssitzungen vom 22. bis 26. Oktober beratenen und zum Beschluß erhobenen Gesetzentwürfen über die volle Parlamentarisierung der Reichsregierung die verfassungsmäßig notwendige Unterschrift gegeben. Zugleich hatte sich die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion durch den Hinweis auf die Gefahr. daß eine Erzwingung des Rücktritts Wilhelms II. eine Gegenbewegung in den Einzelstaaten hervorrufen und Deutschland in anarchische Zustände versetzen könne, dazu bewegen lassen, die Frage der monarchischen Spitze noch zurückzustellen. Einig aber war man darin, daß die Tage der Kaiserschaft Wilhelms II. gezählt seien, und daß dessen Sohn Wilhelm erst recht unmöglich geworden sei. Im Hauptquartier zu Spaa angelangt, erklärte Wilhelm II. seinerseits dem Minister Drews, der ihm nachgereist war, um ihm von Scheidemann's Denkschrift Mitteilung zu machen, sein Rücktritt würde die Auslieferung Deutschlands an die Entente bedeuten und furchtbare Zerrüttung nach sich ziehen, er könne es daher nicht verantworten zurückzutreten, sondern werde in seinem Amt verharren. In den oberen Militärkreisen wiederum spielte man mit der hirnverbrannten Idee, mit Hilfe zuverlässiger Truppen erneut zum Widerstand überzugehen, da Deutschland »noch nicht besiegt« sei. Für ein solches Unternehmen wäre natürlich das Wort Hazardspiel noch zu mild gewesen. Verbrecherischer Wahnsinn war das richtige Wort.

Der Aufstand der Marinemannschaften und die sich an ihn anschließenden Erhebungen in den Hafenstädten machten nun durch alle derartigen Pläne kopflos gewordener Militärs einen dicken Strich. Sobald sie in ihrem Umfang und Charakter erkannt wurden, was freilich einige Tage dauerte, da der noch unter militärischer Zensur stehende Telegraf zuerst nur sehr abgeschwächte Meldungen über sie brachte, fanden sie im Lande allerorts in der Arbeiterschaft stärksten Widerhall. Wie nur natürlich, regten sich mit besonderem Eifer die Mitglieder des Bundes der Spartakusgruppen und die mit ihnen in Verbindung stehenden radikaleren Elemente der unabhängigen Sozialdemokratie.

Der Spartakusbund hatte am 7. Oktober 1918 in Gotha eine Konferenz abgehalten, auf der er sich für die Politik der russischen Bolschewisten — diktatorische Regierung durch Arbeiter- und Soldatenräte — entschied und allerorts für die Bildung solcher Räte zu arbeiten beschloß. Obwohl an Mitgliedern nicht sonderlich stark, war er unter den gegebenen Umständen doch ein beachtenswerter Faktor. In gespannter Situation kann auch eine kleine Minderheit, der ein bestimmter Wille und eine gute Dosis Entschlußkraft innewohnen, eine erhebliche Wirkung ausüben. An letzteren Eigenschaften fehlte es den meist jugendlichen Spartakusanhängern nicht, und da sie an verschiedenen Orten von Bedeutung vertreten waren und ihnen nun eine bestimmte Aktion vorgezeichnet war, die alsbald in die Wirklichkeit um-

gesetzt werden sollte, wird man ihre Einwirkung auf den Ausbruch der Revolution und die ersten Äußerungen der aufgebotenen Massen nicht als unwesentlich einschätzen dürfen. Gewiß ist die bolschewistische Doktrin nur der Phrase nach marxistisch, im Wesen aber blanquistisch. Indes die blanquistische Auffassung ist, wie Schreiber dieses schon 1899 in der Schrift »Die Voraussetzungen des Sozialismus« dargelegt hat, nicht in allen Punkten falsch. Sie hat unter bestimmten Voraussetzungen für begrenzte politische Zwecke ihre Richtigkeit, und auf Grund ihrer unternommene Aktionen haben daher auch manche Erfolge zu verzeichnen gehabt. Hier aber waren für eine solche Aktion alle Voraussetzungen gegeben.

In Karl Liebknecht, den die neue Regierung am 21. Oktober aus dem Zuchthaus befreit hatte, zu dem ihn das Reichsmilitärgericht im Jahre 1916 für dieselbe Handlung verurteilt hatte, wegen deren ein Jahr darauf dem nun gleichfalls befreiten Wilhelm Dittmann nur Festungshaft auferlegt ward. hatte der Spartakusbund einen Führer von außergewöhnlicher Energie und Arbeitskraft. Auch die gleichfalls aus der Schutzhaft freigegebene Rosa Luxemburg stellte ihm ihre Dienste zur Verfügung. Geldmittel, die zum Teil zum Ankauf von Waffen verwendet wurden, flossen ihm durch die Berliner Botschaft der Bolschewistischen Regierung Rußlands zu. Überhaupt hatte diese Botschaft große Summen aufgewendet, eine revolutionäre Propaganda in ihrem Sinne in Deutschland zu fördern. Es wurden durch ihre Kuriere in Rußland in deutscher Sprache gedruckte Aufrufe und Flugschriften, die zur Revolution aufforderten, in Deutschland eingeschmuggelt und an Mittelspersonen behufs Aushändigung an Spartakisten und andere revolutionäre Sozialisten versandt. Die Tatsache kam dadurch an den Tag, daß am 4. November 1918 am Anhaltischen Bahnhofe in Berlin einem gerade ankommenden dieser Kuriere eine mit solcher Literatur angefüllte Kiste infolge eines Stoßes zur Erde fiel und platzte, wobei der Inhalt, darunter zu Attententaten und Terror auffordernde Flugblätter, zum Vorschein kam.

Da nach dem geltenden Völkerrecht die den Botschaftern und ihrem Personal zugesicherten Privilegien — die sogenannte Exterritorialität — zur Gegenbedingung die Verpflichtung haben, sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Gastlandes streng zu enthalten, nahm die Regierung die nunmehr amtliche Feststellung des schon wiederholt in bürgerlichen Blättern zur Sprache gebrachten Zuwiderhandelns gegen jene Verpflichtung zum Anlaß, den diplomatischen Verkehr mit der bolschewistischen Regierung abzubrechen. Dem Botschafter Joffe und seinem Stab wurden sofort die Pässe eingehändigt, sodaß sie am 6. November 1918 Berlin verließen. Von Moskau aus hat Joffe etwas später Erklärungen veröffentlicht, in denen er die ihm vorgeworfenen Handlungen in der Hauptsache zugab und es als sein Verdienst rühmte, auf diese Weise am Sieg der inzwischen in Deutschland ausgebrochenen Revolution mitgewirkt zu haben. An diese Feststellungen knüpfte er Bemerkungen, die so verstanden werden konnten und auch dahin ausgelegt wurden, daß führende Mitglieder der unabhängigen Sozialdemokratie von ihm Gelder zu gleichen Zwecken, das heißt zur konspirativen Organisierung der Revolution erhalten hatten. Davon war indes nur soviel richtig, daß Gelder, die der am 10. November Volksbeauftragter gewordene Emil Barth Mitte Oktober in seiner Eigenschaft als besonders tätiges Mitglied revolutionärer Gruppen von deutschen Gesinnungsgenossen für den Ankauf von Waffen erhalten hatte, in der Tat von Joffe herrührten und

Barth darum gewußt hat. Joffe's einige Tage später abgegebene Erklärung, daß er am Abend vor seiner Abreise aus Deutschland, das heißt am Abend des 5. November 1918, dem Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie Oskar Cohn, der Rechsbeistand der russischen Botschaft gewesen war, 150 000 Mark und 150 000 Rubel zur »Förderung der Revolution« gegeben habe, ward von diesem mit dem Bemerken rückhaltlos bestätigt, er habe gemäß seiner Überzeugung, daß die Parteien der sozialistischen Internationale einander unterstützen müßten, das Geld »gern entgegengenommen« und »seinem Zweck, die Verbreitung des Gedankens der Revolution, zugeführt«, mit den zum Ankauf von Waffen gegebenen Summen habe das jedoch nichts zu tun. Dem von Joffe als Mitwisser genannten Vorsitzenden der Unabhängigen Sozialdemokratie Hugo Haase gegenüber konnte ersterer dagegen nur aufrecht erhalten, daß er mit ihm politische Gespräche geführt und ihm politisches Material zu Reichstagsreden geliefert habe, was Haase um so eher zuzugeben in der Lage war, als er selbst schon öffentlich davon gesprochen hatte.

Der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie veröffentlichte am 10. Dezember 1918 in dem Organ der Partei eine Erklärung, deren entscheidende Stelle wie folgt lautet:

> »Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat schon vor Monaten, längst vor der Revolution, beschlossen gehabt, Gelder, die aus russischen Quellen herrühren könnten, zurückzuweisen, da sie stets die Auffassung vertrat, daß aus fremden Staaten stammende Mittel nicht in den Dienst der Parteipropaganda gestellt werden sollten. Die Partei hat diesen Beschluß dann kürzlich noch einmal erneuert. Wir müssen die Unterstellungen des Herrn Joffe aufs Entschiedenste zurückweisen, die nur dazu dienen können, der sozialistischen Bewegung in Deutschland Schwierigkeiten zu bereiten und die Durchsetzung ihrer Ziele zu behindern.«

Damit sei die Sache für die Partei selbst erledigt, es sei nur noch Sache der von Joffe genannten Personen, zu dessen Behauptungen Stellung zu nehmen.

Grundsätzlich muß zu der Angelegenheit folgendes bemerkt werden:

Es gibt keinen politischen Sittenkodex, der einer Partei verbietet, von einer ausländischen Bruderpartei Unterstützungen anzunehmen. Wie weit sie darin gehen will, bleibt ihrem eigenen Schicklichkeitsgefühl überlassen. Gründe der Reinlichkeit des politischen Lebens und der guten internationalen Beziehungen der Völker sprechen jedoch dafür, hierin sich auf Beiträge für die Propaganda von Ideen und die Unterstützung Verfolgter zu beschränken und, wo nicht zwingende Notwendigkeiten dagegen sprechen, das, was man tut, öffentlich zu tun. Wie die Sozialdemokratie die Geheimdiplomatie und die geheimen Machenschaften, Aufwiegeleien und so weiter des alten Systems verwirft, so muß sie sich selbst Öffentlichkeit ihres Handelns zum Gebot machen und von Konspirationen in anderen Ländern Abstand nehmen. Die deutsche Revolution ist ohne die mit russischem Gelde angeschafften Waffenlager gekommen. Diese konnten, da man solche Lager nicht lange verborgen halten kann, nur dazu verleiten, die bewaffnete Erhebung zu einem Zeitpunkt schon zu versuchen, wo sie mangels der nötigen Stimmung der Volksmasse mit Fehlschlag geendet hätte. Auch ist der Mißbrauch der völkerrechtlichen Ausnahmestellung von Botschaftern und Botschaftsmitgliedern zur

Finanzierung und Anzettelung von Konspirationen im Gastlande aus allgemeinen Gesichtspunkten zu verwerfen. Die Sozialdemokratie hat das Völkerrecht, das internationale Gesetz für die guten Beziehungen der Nationen zu einander, nicht nach rückwärts, sondern nach vorwärts zu entwickeln, Treu und Glauben zwischen den Nationen nicht zu untergraben, sondern zur höchsten Wahrheit zu machen. Es ist eines der dunkelsten Kapitel in der Geschichte des Bolschewismus, daß maßgebende seiner Führer unbedenklich über die elementarsten Grundsätze des internationalen Sittengesetzes sich hinweggesetzt haben, wenn sie dadurch ihre Zwecke zu fördern meinten. Daß, wenn man in diesen Dingen gewisse Schranken durchbricht, es schließlich hinsichtlich des Zuwiderhandelns gegen Treu und Glauben keinen Halt mehr gibt und, was man erst nur kapitalistischen Regierungen antat, nun später auch demokratischen und sozialistischen Regierungen gegenüber praktiziert wird, wenn sie nicht nach Wunsch handeln, haben unter anderen Österreich und Ungarn erfahren müssen. Genutzt hat es der Arbeiterklasse nirgends, es hat nur dazu beigetragen, die Korruption der Moral und die Mißachtung des Menschenlebens international zu verschärfen. Obendrein ist es zweierlei, ob eine Partei einer anderen von ihren eigenen Mitgliedern aufgebrachte Mittel zuwendet oder Staatskassen zu diesem Zweck schröpft.

Im Oktober und in den ersten Novembertagen 1918 hatte die Agitation der Spartakusleute in Deutschland um so eher Erfolge zeitigen können, als auch die Presse der Mehrheitssozialisten eine immer revolutionärere Sprache anstimmte. Aus der Weigerung Wilsons und der Entente, mit einer Regierung Wilhelms II. zu verhandeln, zog sie mit anerkennenswerter Schärfe die politischen Folgerungen. Einige Provinzblätter, geführt von der »Fränkischen Tagespost« in Nürnberg, die sich allerdings etwas freier bewegen durfte als damals der am Sitz der Militärzensur erscheinende »Vorwärts«, machten den Anfang und forderten die Absetzung Wilhelms II. Noch schien dies Vorgehen so unerhört, daß bürgerliche Blätter voller Entrüstung Protest erhoben und Einschreiten der Militärbehörden verlangten. Diese hatten indes schon ihr Selbstvertrauen eingebüßt und zauderten, in der sozialdemokratischen Partei aber mehrten sich die Rufer und fanden bald im »Vorwärts« einen Mitstreiter, der sich der zu leistenden Aufgabe in vollem Maße gewachsen zeigte. Kaum jemals vorher hat er in Leitartikeln von großer politischer Schärfe und Überzeugungskraft das Gebot der Stunde für das deutsche Volk so eindringlich dargelegt als in jenen Tagen. Sein Absatz stieg denn auch in kurzer Zeit bis zu einer Höhe, daß er zeitweilig das verbreitetste Blatt Berlins war. Unter dem Einfluß seiner Artikel ward es der breiten Volksmasse klar, daß die Frage nunmehr so stand: entweder das deutsche Volk oder Wilhelm II. Mit Entsetzen wurden die Leiter der Militärzensur dessen inne und versuchten durch ein Verbot der weiteren Behandlung dieser Frage in der Presse die Hohenzollern-Krone zu retten. Da schrieb Ph. Scheidemann am 28. Oktober 1918 den schon erwähnten Brief an den Reichskanzler, worin er als Mitglied des Kabinetts und im Namen der sozialdemokratischen Partei selbst die Abdankung Wilhelms II. forderte; er erhob gleichzeitig Protest gegen die Eingriffe der Militärzensur in das Recht der freien Meinungsäußerung und verlangte Abhilfe. Der gerade bettlägerige Kanzler bat um einige Tage Aufschub, weil er zunächst mündlich mit Wilhelm II. über diese Frage verhandeln wollte, wozu es jedoch, da jener nun schleunigst ins Hauptquartier verschwand, nicht mehr gekommen ist.

Dann trafen die Nachrichten von der Bewegung unter den Mannschaften der Marine im Reichskanzleramt ein. Wie im dritten Kapitel mitgeteilt, entsandte die Regierung am 4. November den demokratischen Staatssekretär Haußmann und den sozialdemokratischen Abgeordneten Gustav Noske nach Kiel, mit den Aufständischen zu verhandeln. Die Abgesandten konnten aber dort nur den Sieg dieser letzteren feststellen, als deren Vertrauensmann Noske in Kiel zurückbleibt und die Funktionen des Gouverneurs übernimmt. Am 6. November fassen der nach Berlin einberufene Parteiausschuß und die Reichtagsfraktion der Mehrheitssozialisten nach längerer Beratung einstimmig folgende Entschließung:

> »Fraktion und Parteileitung fordern, daß der Waffenstillstand ohne jede Verzögerung durchgeführt werde. Die Fraktion und der Parteiausschuß fordern weiter die Amnestie für militärische Vergehen und Straffreiheit der Mannschaften, die sich gegen die Disziplin vergangen haben. Sie fordern unverzüglich Demokratisierung der Regierung sowie der Verwaltung Preußens und der anderen Bundesstaaten. Die Reichstagsfraktion und der Parteiausschuß beauftragen die Parteileitung, dem Reichskanzler mitzuteilen, daß die Fraktion und der Parteiausschuß den von der Parteileitung in der Kaiserfrage unternommenen Schritt entschieden billigen und unterstützen und eine schnelle Regelung dieser Frage fordern.«

Diese Forderungen werden der Regierung übermittelt, angesichts der Unschlüssigkeit im Hauptquartier und des dadurch bedingten Zauderns des Reichskanzlers wird Tags darauf, am 7. November nachmittags 5 Uhr diesem von der Parteileitung der Mehrheitssozialisten durch Ph. Scheidemann folgendes Ultimatum zugestellt:

Die sozialdemokratische Partei fordert,

1. daß die Versammlungsverbote für heute (die vom Oberkommando
2. daß Polizei und Militär zur äußersten Zurückhaltung angehalten
   verfügt waren) aufgehoben werden,
   werden,
3. daß die Preußische Regierung sofort im Sinne der Reichtagsmehrheit umgestaltet wird,
4. daß der sozialdemokratische Einfluß in der Reichsregierung verstärkt wird,
5. daß die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen bis zum 8. November mittags bewirkt werden. Werden diese Forderungen nicht erfüllt, so tritt die Sozialdemokratie aus der Regierung aus.

Mit Ausnahme der beiden konservativen Fraktionen samt Anhang erkannten auch die bürgerlichen Parteien an, daß der Rücktritt Wilhelms II. unabweisbar geworden war, und ließen das den Reichskanzler wissen. Dieser bietet dem Kaiser seine Entlassung an, da auch er die Abdankung für notwendig halte und nicht Kanzler bleiben könne, wenn der Kaiser anderer Meinung sei. Er wird aber von jenem veranlaßt, noch einige Tage im Amt zu bleiben, bis dessen Entscheidung gefallen sei, was in kürzester Frist geschehen werde. Offenbar hatten Wilhelm II. und seine Leute von den Vorgängen in den Hafenstädten Kunde erhalten und wollten erst abwarten, ob die Flut weiter steigen oder sich noch einmal verlaufen werde. In der

Tat gelang es, durch den Hinweis darauf, daß der Abschluß des Waffenstillstandes vor der Tür stehe und durch einen Regierungswechsel einen Aufschub erleiden könne, die Führer der Mehrheitssozialisten zu bewegen, ihren Austritt aus der Regierung und die Frist ihres Ultimatums wegen Rücktritt des Kaisers und Verzicht des Kronprinzen auf einige Tage zu verschieben. Ein vom 8. November datierter Aufruf von Parteivorstand und Reichstagsfraktion teilt dies den Parteigenossen und der breiten Arbeiterschaft mit. Er stellt fest, daß ein Teil der an die Regierung gestellten politischen Forderungen erfüllt seien, weist auf die unvermeidliche Verzögerung des Abschlusses des Waffenstillstandes hin und fährt dann fort:

»Deshalb haben Parteivorstand und Reichstagsfraktion die gestellte Frist bis zum Abschluß des Waffenstillstandes verlängert, um erst das Aufhören des Blutvergießens und die Sicherung des Friedensschlusses herbeizuführen.

Sonnabend Vormittag treten die Vertrauensmänner der Arbeiter erneut zusammen.

Arbeiter! Parteigenossen! Es handelt sich also nur um einen Aufschub von wenigen Stunden.

Eure Kraft und Eure Entschlossenheit vertragen diesen Aufschub.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands
und die Reichstagsfraktion.«

Aber die Flut war im Steigen und ließ sich durch nichts mehr aufhalten, der Aufstand rückte der Hauptstadt fast stündlich näher. In München und in Braunschweig war sogar schon die Republik verkündet. Als am Abend des 8. November noch keine bestimmte Antwort aus dem Hauptquartier vorlag, erklärten die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung — neben Bauer und Scheidemann waren zuletzt noch Ed. David, August Müller und Robert Schmidt in diese berufen worden — ihren Austritt, und die Parteileitung der Mehrheitssozialisten, die sich in dieser Zeit in enger Fühlung mit den Berliner Funktionären der Partei und anderen Vertrauensleuten der Arbeiterschaft gehalten hatte, versammelte diese noch am gleichen Abend zu einer Beratung der Frage um sich, ob ein weiteres Warten noch angängig sei. Die Antwort fiel verneinend aus. Es ward beschlossen, wenn am Morgen des 9. November die Abdankung noch nicht erfolgt sei, den Generalstreik zu verkünden, zu dessen Leitung auch sofort ein zwölfgliedriger Ausschuß gewählt wurde.

Auch die Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratie und die Vertrauensmänner des Spartakusbundes trafen Vorkehrungen für Massenerhebungen. Die letzteren verfügten, wie oben mitgeteilt, über Waffen, zu deren Ankauf ihnen von bolschewistischer Seite Gelder zugewandt waren, und die man an geeignet erscheinender Stelle aufbewahrt hatte, um sie gegebenenfalls im Kampf mit der bewaffneten Macht des alten Regimes zu verwenden. Sie gingen indes dabei ihre eigenen Wege, wie sie ihnen das Vorbild der Bolschewisten vorzuschreiben schien. Ähnlich behielt sich die Unabhängige Sozialdemokratie eigene Aktionen vor. Versuche, wenigstens die beiden sozialdemokratischen Fraktionen zu gemeinsamem Vorgehen in der Friedensfrage zusammenzubringen, waren kurze Zeit vorher fehlgeschlagen.

Diese Versuche waren im Sommer 1918 ausgegangen von der Ortsverwaltung Berlin des deutschen Metallarbeiterverbandes und knüpften an

eine politische Streikbewegung an, die Ende Januar 1918 in Berlin wie auch an anderen Orten Deutschlands zum Zweck der Beschleunigung des Friedens ausgebrochen war, aber von der Polizei mit Aufgebot von Militär noch hatte unterdrückt werden können. Um in den Fabriken den endlosen Streitereien zwischen den Anhängern der beiden sozialdemokratischen Parteien wegen der Gründe des Mißerfolges jener Streikbewegung eine Grenze zu setzen, beschloß die Ortsverwaltung, an die Leitung der beiden Parteien wegen einer neuen, die Gesamtheit der Arbeiter umfassenden Demonstration heranzutreten. Am 13. Juli ward mit dem Parteivorstand der Mehrheitssozialisten, am 29. Juli mit der Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratie verhandelt. Bei beiden stieß man auf grundsätzliche Bereitwilligkeit, an der Organisierung und Leitung einer Massenaktion für den Frieden und die demokratischen Volksrechte sich zu beteiligen, doch erwies es sich als unmöglich, die beiden Parteien zusammenzubringen. Als nach etlichen Vorverhandlungen am 29. August 1918 an den Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei die schon vorher (am 29. Juli) der Parteileitung der Unabhängigen vorgelegte konkrete Frage gerichtet wurde, ob er gegebenenfalls bereit sei, sich an die Spitze einer solchen Aktion zu stellen, antwortete er durch seinen Vorsitzenden Fritz Ebert:

> »Nach Auffassung des Parteivorstandes muß zum Herbst unbedingt etwas geschehen, um die Friedensfrage und die Wahlrechtsfrage zu fördern, jedoch sollen erst alle parlamentarischen Mittel erschöpft werden. Um eine solche Aktion nicht von vorn herein illusorisch zu machen, ist es unbedingt notwendig, daß die Vorverhandlungen für streng vertraulich erklärt werden. Es dürfen also auch keine Flugblätter hinausgehen, auch nicht solche ohne Unterschrift. Ist die Sache reif, dann muß ein Aufruf mit Namensnennung und Beifügung des vollen Titels an die Massen des Volkes gerichtet werden.«

Die Leitung der Unabhängigen, der dieser Bescheid von den damit beauftragten Mitgliedern des Metallarbeiterverbands Gustav H e l l e r und Wilhelm S i e r i n g überbracht worden war, antwortete unterm 18. September 1918, nach ihrer Auffassung könnten sich

> »nur solche Körperschaften an einer derartigen Waffenaktion beteiligen, die eine rein proletarische Politik, d. h. den rücksichtslosen Klassenkampf zur Beseitigung des Regierungssystems und zur Herbeiführung des Friedens betreiben wollten und das durch Erfüllung nachfolgender Voraussetzungen bestätigten:
>
> 1. Ablehnung von Kriegskrediten jeder Art.
> 2. Verzicht auf Beteiligung an einem Block mit bürgerlichen Parteien,
> 3. Zurückziehung der Mitglieder politischer und gewerkschaftlicher Organisationen aus Regierungsämtern.«

Auf diese Bedingungen erklärten die Mehrheitssozialisten nicht eingehen zu können. Neue Kriegskredite würden entweder bloße Entmobilmachungskredite sein oder dadurch nötig werden, daß die Gegner den Krieg fortsetzen und auf deutschen Boden tragen wollten, obwohl Deutschland Wilsons Bedingungen restlos angenommen habe. Die Partei habe das große Opfer gebracht, Mitgliedern den Eintritt in die Regierung zu gestatten, um zu einem baldigen Frieden zu gelangen, da ohne die Sozialdemokratie ein

solcher nicht zustande zu bringen sei.*) Zu ihrer Zurückziehung liege zurzeit keine Veranlassung vor. Die Forderungen der Unabhängigen könnten nur so aufgefaßt werden, daß diese die Verhandlungen unter allen Umständen zum Scheitern bringen wollten.

Die Unabhängige Sozialdemokratie beantwortete diese ihr übermittelte Erklärung am 26. Oktober 1918 mit einem längeren Schreiben, das an der ganzen Politik der Mehrheitssozialisten bittere Kritik übte und unter anderem die Behauptung, daß das Verbleiben der Sozialisten in der Regierung im Interesse der Erzielung eines Friedens geboten sei, für nicht stichhaltig erklärte. Nach Empfang des Schreibens beschloß die Kommission der Metallarbeiter einstimmig, ihre Bemühungen als gescheitert anzusehen. »Die Kommission bedauert«, endet ihr Beschluß, »daß es ihr nicht gelungen ist, in den beiden für die Arbeiterklasse so überaus wichtigen Fragen (Friede und Wahlreform) eine Einigung herbeizuführen, und sieht daher ihre Aufgabe als erledigt an.«

So standen sich die Parteien der Sozialisten Deutschlands am Vorabend der Revolution voller Mißtrauen und Bitterkeit gegenüber.

---

*) Wie Philipp Scheidemann in seiner Schrift »Der Zusammenbruch« (Berlin, Verlag für Sozialwissenschaften) erzählt, hatten u. a. er, Otto Landsberg und Fr. Stampfer in der Fraktionssitzung der Mehrheitssozialisten, in der die Frage des Eintritts in die Regierung zur Entscheidung kam, scharf gegen den Eintritt gesprochen, waren aber überstimmt worden, weil in der Fraktion die Meinung überwog, daß die Partei dem Lande das Opfer zu bringen habe. (Scheidemann, a. a. O. S. 174/177.)

V.

# Der neunte November 1918 in Berlin.

»Remember, remember, the fifth of November —« Gedenket, gedenket des fünften November!

Dieser Ruf, mit dem in England die Kinder am 5. November den Jahrestag der Endeckung der großen Pulververschwörung vom Jahre 1605 ausrufen, kann nun in Deutschland ein Gegenstück erhalten. Einen Ruf, der einer Sache von ganz anderer Bedeutung gelten würde, als der Errettung eines Königs und seines Parlaments vom politisch aussichtslosen Anschlag einer kleinen Bande religiöser Fanatiker. Für Deutschland ist der 9. November 1918 der Geburtstag der demokratischen Republik, das heißt, der Selbstregierung seines Volkes.

Schon der Vormittag brachte die Entscheidung. Spät um Mitternacht des 8. November hatte noch der Staatssekretär Dr. Solf den Vorsitzenden des Vorstands der Mehrheitssozialisten Fritz Ebert angerufen und sich erboten, sofort ins Hauptquartier abzureisen, um die Kaiserfrage zur Entscheidung zu bringen. Die Antwort aber war gewesen, er könne sich die Mühe sparen, es sei jetzt zu spät. Der folgende Vormittag werde den Generalstreik sehen.

Und so geschah es. Am Morgen des 9. November um acht Uhr früh traten der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Mehrheitssozialisten) und die Berliner Vertrauensmäner noch einmal zusammen, um den entscheidenden Entschluß zu fassen. Die Besprechung war kurz. Da vom Hauptquartier noch immer keine zufriedenstellende Erklärung eingelaufen war, kam man ohne viel Reden überein, nicht länger zu warten, sondern die Arbeiter ohne Verzug zum Generalstreik aufzurufen und mit der Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratie in Verbindung zu treten. Sendboten eilten nach allen Richtungen, den Beschluß in den Fabriken kundzutun. Bis zur Frühstückspause waren gemäß ausgegebener Weisung die Arbeiter in den Fabriken verblieben. Nun folgten sie, die großen Elektrizitätswerke und Maschinenfabriken voran, bereitwillig der Parole: »Heraus aus den Betrieben! Auf die Straße!« Waren doch auch von Seiten eines aus unabhängigen Sozialisten und Spartakusleuten zusammengesetzten Revolutionsausschusses, der in fast allen großen Fabriken Berlins seine Vertreter hatte, Handzettel folgenden Inhalts in den Betrieben und auf der Straße zur Verbreitung gelangt:

Arbeiter, Soldaten, Genossen!

Die Entscheidungsstunde ist da! Es gilt der historischen Aufgabe gerecht zu werden.

Während an der Wasserkante die Arbeiter- und Soldatenräte die Gewalt in Händen haben, werden hier rücksichtslos Verhaftungen vorgenommen. Däumig und Liebknecht sind verhaftet.

Das ist der Anfang der Militärdiktatur, das ist der Auftakt zu nutzlosem Gemetzel.

Wir fordern nicht Abdankung einer Person, sondern Republik!
Die sozialistische Republik mit allen ihren Konsequenzen.
Auf zum Kampfe für Friede, Freiheit und Brot.

Heraus aus den Betrieben!
Heraus aus den Kasernen!
Reicht Euch die Hände.
Es lebe die Republik.

Der Vollzugsauschuß des Arbeiter- und Soldatenrates.
Barth, Brühl, Eckert, Franke, Haase, Ledebour, Liebknecht,
Neuendorf, Pick, Wegmann.

Von dieser Seite hatte man schon am 4. November die Erhebung ins Werk setzen wollen, dann aber den Termin um einige Tage hinausgeschoben, während deren die Polizei von dem Vorhaben Kenntnis erhielt und verschiedene Verhaftungen, zuletzt — am 8. November — die von E. Däumig vornahm. Auf die Nachricht von dieser waren die Vertrauensleute — die revolutionären Obleute — schleunigst zusammengetreten, hatten beschlossen, nun nicht länger zu zaudern, und den vorstehenden Aufruf vereinbart, dessen Stil die Eile verrät, in der er abgefaßt worden war. Er war unter den gegebenen Verhältnissen natürlich nur geeignet, die Bereitwilligkeit der Massen noch zu steigern.

Ungeheure Züge bildeten sich, die mit roten Fahnen dem Stadtinnern zuströmten und die großen Verkehrsstraßen durchzogen. Berlin füllte sich mit Massen, denen gegenüber selbst einer ihrer Truppen sicheren Regierung die Lust zum Widerstand vergangen wäre.

Aber solche Truppen gab es für die Regierung Wilhelms II. nicht. Der neue Oberbefehlshaber in den Marken, General von Linsingen, und der Polizeipräsident von Berlin hatten es an Sicherheitsmaßnahmen verschiedenster Art nicht fehlen lassen. Das Rathaus war stark mit Polizei besetzt. Hauptpost und Telegraphenamt hatten militärische Besatzung, das königliche Schloß war abgesperrt, an wichtigen Stellen wurden Maschinengewehre aufgefahren, reichlich Militär war in der Hauptstadt zusammengezogen, dagegen der Eisenbahnverkehr vom Norden und Nordwesten her, wo der Aufstand siegreich war, vollständig eingestellt. Indes was halfs? Abgesandte der Sozialdemokratie, die nach den Kasernen zogen, mit den verschiedenen Regimentern zu verhandeln, erhielten überall die Zusicherung, daß man unter keiner Bedingung auf das Volk schießen werde. Von dieser Stimmung der Truppen unterrichtet, ließ sich der Reichskanzler von einer an ihn entsandten Deputation leicht zu einem Erlaß bewegen, der in einer Extra-Ausgabe des Vorwärts wie folgt bekannt gegeben wurde:

»Es wird nicht geschossen!

Der Reichskanzler hat angeordnet, daß seitens des Militärs von der Waffe kein Gebrauch gemacht werde.«

Ein weiteres, vom Vorwärts herausgegebenes Flugblatt lautete:

Generalstreik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Berlin hat den Generalstreik beschlossen. Alle Betriebe stehen still. Die notwendige Versorgung der Bevölkerung wird aufrecht erhalten. Ein großer Teil der Garnison hat sich in geschlossenen Truppenkörpern mit Maschinengewehren und Geschützen dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt. Die Bewegung wird gemeinschaftlich geleitet von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Arbeiter, Soldaten, sorgt für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Es lebe die soziale Republik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat.«

Das Flugblatt eilte in etwas den Tatsachen voraus. Die Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratie war am Vormittag des 9. November nicht zusammengetreten und hatte auch nicht herangezogen werden können. Die an den Reichskanzler entsandte Deputation bestand aus den mehrheitssozialistischen Abgeordneten Fritz Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Braun und den mehrheitssozialistischen Mitgliedern des Zwölferausschusses Fritz Brolat und Gustav Heller. Sie begab sich in die Reichskanzlei, wo der Reichskanzler und die übrigen Kabinettsmitglieder gerade Sitzung abhielten, und ward alsbald vorgelassen. Ebert als Sprecher der Deputation eröffnete den Herren, das arbeitende Volk wolle jetzt seine Geschicke selbst in die Hand nehmen. Es wisse die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung hinter sich und sei entschlossen, die volle Demokratie zur Verwirklichung zu bringen. An einen erfolgreichen Widerstand der Regierung sei nicht zu denken, ein großer Teil der Garnison sei bereits zum Volk übergegangen.

Auf die Frage des Kanzlers an Ebert, ob er glaube, die Aufrechterhaltung der Ordnung verbürgen zu können, antwortete dieser mit ja. Der Kanzler teilte nun mit, daß nach einem soeben eingegangenen Telegramm der Kaiser zurückgetreten sei, und nach kurzer daran sich anknüpfenden Besprechung erklärten die Kabinettsmitglieder insgesamt gleichfalls ihren Rücktritt, und Max von Baden trat seine Befugnisse als Reichskanzler in aller Form an Fritz Ebert ab. Die Tatsache wurde von letzterem in folgendem Wortlaut der Öffentlichkeit bekannt gegeben:

»Mitbürger! Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriffe, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden, und werde über das Ergebnis der Öffentlichkeit in Kürze berichten.

Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem Deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen.

Mitbürger! Ich bitte euch alle um eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unser harrt. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht.

Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören. Es muß die erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern.

Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderung und Raub mit Elend für alle. Die Ärmsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten getroffen werden.

Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich aufs schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte euch alle dringend, verlaßt die Straßen, sorgt für Ruhe und Ordnung!

Berlin, den 9. November 1918. Der Reichskanzler
Ebert.

Soweit Wilhelm II. als wollende Persönlichkeit in Betracht kam, war die Mitteilung von seinem Rücktritt eine fromme Vorwegnahme kommender Ereignisse. Tatsächlich hatte er sich noch zu nichts entschlossen, sondern suchte noch immer nach Möglichkeiten, sich und seiner Dynastie die Krone zu retten. In der Erkenntnis, daß längeres Zögern die Situation nur verschlimmern könne, hatte Max von Baden ein Telegramm, das eine halbe Zusage enthielt, für voll ausgelegt. Wie sein Erlaß durchblicken läßt, hoffte er auf diese Weise, wenn nicht für Wilhelm Vater und Sohn, so doch vielleicht für ein anderes Mitglied der Familie Hohenzollern die Krone zu retten. Das sollte nun freilich vergebene Liebesmühe sein.

Von der Deputation der Mehrheitssozialisten eilten Scheidemann und Otto Braun in den Reichstag zurück. Die andern waren gerade im Begriff, das Gebäude der Reichskanzlei zu verlassen, als sie auf die eben in es eingetretenen Abgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokratie Oskar Cohn, W. Dittmann und Ewald Vogtherr stießen. Sie machten ihnen von dem Geschehenen Mitteilung, und Ebert schlug ihnen vor, es solle ein zu gleichen Teilen aus Mehrheitlern und Unabhängigen zusammengesetztes Kabinett gebildet werden, dem Mitglieder der bürgerlichen Parteien der Linken als Fachminister zur Seite stehen könnten; Deutschland solle als Republik mit tiefgreifendem sozialistischen Programm und dem Ziel der Erstellung einer sozialistischen Republik ausgerufen werden. Damit erklärten sich die genannten Abgeordneten grundsätzlich einverstanden, setzten aber hinzu, daß sie keine Vollmacht hatten, eine ihre Partei bindende Abmachung zu treffen, sondern dies dem Zentralvorstand überlassen müßten. Sie schlugen für diesen eine Bedenkzeit bis Nachmittag vier Uhr vor, worauf die andern willig eingingen.

Das Anerbieten von Ebert und Genossen an die Unabhängigen hat auf eine gerechte Würdigung Anspruch. Als es gemacht wurde, hatten die Mehrheitssozialisten nicht nur im Lande die übergroße Mehrheit der sozialistischen Arbeiter hinter sich, selbst in Berlin war ihnen die Unterstützung der Mehr-

heit des sozialistischen Proletariats noch sicher. Da war es ein Beweis großer Einsicht in die Erfordernisse des Augenblicks und ein Beispiel versöhnlichen Entgegenkommens, daß sie von jedem Gedanken einer Verteilung der Stellungen im Kabinett nach den Stärkeverhältnissen der Reichstagsvertretung oder der Mitgliederzahl der sozialistischen Parteien ohne weiteres Abstand nahmen und der organisatorisch noch sehr viel schwächeren sozialistischen Rivalin die gleiche Zahl Mitglieder der Regierung anboten, die sie für ihre Partei beanspruchten. Auch unterließen sie jeden Versuch, ihr hinsichtlich der Auswahl der Vertreter Bedingungen zu stellen. Auf die Frage Oskar Cohns: »Wie denken Sie über den Eintritt noch weiter links stehender Sozialisten in das Kabinett? Ich will ganz offen reden: wie denken Sie über den Eintritt von Karl Liebknecht?« antwortete Ebert: »Bitte, bringen Sie uns Karl Liebknecht, er soll uns angenehm sein. Von Personenfragen machen wir die Bildung der Regierung nicht abhängig.« Trotzdem stieß ihr Anerbieten in der Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratie keineswegs auf einhellige Annahme.

Mittlerweile rückte der Nachmittag heran. Auf dem Platz vor dem Reichstag hatten sich ungeheure Züge von Arbeitern und Soldaten, denen sich ein nicht minder zahlreiches gemischtes Publikum zugesellt hatte, mit wehenden roten Fahnen und Plakaten, auf denen die Worte »Frieden! Freiheit! Brot!« standen, aufgestellt, eine unabsehbare singende und rufende Menschenmenge. Vor sie tritt an einem Fenster des Reichstags Philipp Scheidemann, gibt ein Zeichen, das Ruhe eintreten läßt, und verkündet dann:

»Mitbürger! Arbeiter! Genossen!

»Das monarchische System ist zusammengebrochen. Ein großer Teil »der Garnison hat sich uns angeschlossen. Die Hohenzollern haben ab- »gedankt. Es lebe die große deutsche Republik! Fritz Ebert bildet eine »neue Regierung, der alle sozialdemokratischen Richtungen angehören. »Dem Militäroberbefehlshaber ist der sozialdemokratische Abgeordnete »Göhre beigeordnet, der die Verordnungen mit unterzeichnen wird; jetzt »besteht unsere Aufgabe darin, den vollen Sieg des Volkes nicht beschmut- »zen zu lassen, und deshalb bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, daß keine »Störung der Sicherheit eintrete. Sorgen Sie dafür, daß die Republik, die »wir errichten, von keiner Seite gestört werde. Es lebe die freie deutsche »Republik!«

Nachdem schon an verschiedenen Stellen der Ansprache stürmische Beifallsrufe die Ankündigung unterbrochen hatten, löste der Schlußruf brausende, sich immer wiederholende Hochs aus, denen dann erneutes Absingen sozialistischer Lieder folgte.

Im Reichstag selbst hielten nun die beiden sozialdemokratischen Fraktionen Sonderberatungen ab, um zu dem Vorschlag der Bildung eines paritätischen Kabinetts Stellung zu nehmen, und bejahendenfalls ihre Vertreter in diesem zu bestimmen. Die große Mehrheitsfraktion brauchte dazu keine lange Zeit. Sie erklärte sich ohne Zaudern mit dem Vorschlag einverstanden und ernannte zu ihren Vertretern im Kabinett die beiden Vorsitzenden der Partei Fritz Ebert und Philipp Scheidemann, der eine als Sattler, der andere als Schriftsetzer aus der Arbeiterklasse hervorgegangen, und den als Juristen hochgeschätzten Otto Landsberg. Alle drei seit Jahrzehnten Mitglieder der Sozialdemokratie.

Nicht so einfach spielten sich die Dinge in der Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratie ab, die, Vorstand und Reichtagsfraktion, im Sitzungszimmer der letzteren sich versammelt hatte. Hier stieß schon der bloße Gedanke eines Zusammenarbeitens mit den von den Mehrheitssozialisten ausgewählten Personen auf den leidenschaftlichen Widerspruch eines Teils der führenden Parteivertreter, dessen energischster Sprecher Georg Ledebour war. Nach ihm und Gleichdenkenden waren die Führer der Mehrheitler, die Ebert, Scheidemann, Landsberg und Genossen, Verräter am Sozialismus, mit denen man unter keinen Umständen eine Regierung bilden dürfe. Diese Leute müßten von vornherein abgelehnt werden. Das hätte nun faktisch die Ablehnung der Zusammenarbeit mit den Mehrheitlern überhaupt geheißen. Denn die Partei der Unabhängigen konnte diesen um so weniger Vorschriften über die Auswahl ihrer Vertreter machen, als gerade ihre Wortführer stets auf das Schärfste den Standpunkt vertreten hatten, daß die Partei bei Entsendung von Mitgliedern in eine gemischte Kommission unter keinen Umständen von Außenstehenden sich in die Auswahl hineinreden lassen dürfe. Auch hätten die Mehrheitler sich schwerlich die Ablehnung ihrer anerkanntesten Führer gefallen lassen. Ein Teil der Unabhängigen trat deshalb dafür ein, daß der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Parteien in bezug auf die Auswahl ihrer Vertreter festgehalten werden müsse und nur das Grundsätzliche der Kabinettsbildung den Gegenstand der Verhandlung zu bilden habe. Die Debatte darüber nahm viel Zeit in Anspruch, sodaß Sendboten der Mehrheitler, die erfragen sollten, ob man zu einer Entscheidung gekommen sei, wiederholt unverrichteter Sache den Rückzug antreten mußten. Indes endete sie mit einem Sieg der letzteren Anschauung. Als man darauf dazu überging, das politische Grundprinzip der neuen Republik zu erörtern, nahm der kurz vorher mit einigen seiner Anhänger ins Zimmer getretene Karl Liebknecht das Wort und diktierte dem Schriftführer der Fraktion fast befehlenden Tones die Worte: »Alle exekutive, alle legislative, alle richterliche Gewalt bei den Arbeiter- und Soldatenräten.« Er hatte am Nachmittag an der Spitze seines Anhangs auf dem Berliner Schloß die rote Fahne aufziehen lassen und von einem Fenster des Schlosses herab an die unten versammelte, Kopf an Kopf gedrängte Menge eine revolutionäre Ansprache gehalten, die jubelnden Beifall fand und endlose Hochs auslöste. Jetzt folgte auf seine Worte zunächst eine seltsame Pause. Keiner schien ihm rückhaltlos zuzustimmen, keiner sich mit ihm in eine Debatte einlassen zu wollen.*) Noch war diese nicht wieder aufgenommen, als Philipp Scheidemann, der Hauptsprecher der ob des langen Wartens immer ungeduldiger werdenden Mehrheitler, begleitet von Brolat und Heller selbst in das Fraktionszimmer der Unabhängigen kam und an diese halb vorwurfsvoll die Frage richtete: »Seid Ihr nun endlich zu einem Entschluß gekommen?« Man sagte ihm, es handle sich noch um die grundsätzlichen Bedingungen des Zusammenarbeitens. Auf die weitere Frage, ob denn ein Vorschlag vorliege, ward ihm die Niederschrift des Liebknecht'schen Diktats gereicht. Er betrachtete sie

*) Der Schreiber dieses kann hier eine persönliche Bemerkung nicht unterdrücken. Ich hatte bis dahin trotz weitgehender Meinungsverschiedenheiten zwischen uns viel Sympathie für Karl Liebknecht gehabt. Als er aber in der geschilderten Weise der Partei das Bolschewistensystem aufzudiktieren sich anschickte, zuckte es mir wie ein Blitz durch den Kopf: »Er bringt uns die Konterrevolution.«

lange und sagte dann in fast väterlichem Tone: »Ja, aber Leute, wie denkt ihr euch denn das?« Liebknecht antwortet schroff, es müsse sein, und es entspann sich eine Diskussion zwischen ihm, den zur Linken der Partei zählenden unabhängigen Arbeitern Emil Barth und Richard Müller einerseits und Scheidemann, Brolat und Heller andererseits. Aus der Tatsache, daß die gemäßigteren Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie schwiegen, schlossen die Mehrheitler, daß die Partei für die Unterhandlung absichtlich ihren linken Flügel vorgeschoben hatte, um den rechten zu entlasten. So u. a. Friedrich Stampfer in seiner Denkschrift »Der 9. November« (Berlin, Buchhandlung Vorwärts). Das ist aber, wie man sieht, durchaus irrig. Die gemäßigten Mitglieder der Partei schwiegen, weil sie Liebknecht nicht beipflichten konnten, ihm aber auch nicht vor andern entgegentreten mochten, bevor nicht die Parteileitung unter sich zu einer bestimmten Stellungnahme gelangt war.

Mit welchem Bescheid schließlich Scheidemann und seine Begleiter zur Mehrheitsfraktion zurückkehrten, ersieht man aus der Antwort, die der Parteivorstand dieser um 8½ Uhr abends dem Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie zugehen ließ. Sie lautet:

»Von dem aufrichtigen Wunsche geleitet, zu einer Einigung zu gelangen, müssen wir unsere grundsätzliche Stellung zu Ihren Forderungen klarlegen.

Sie fordern:

1. Deutschland soll eine sozial e Republik sein. Diese Forderung ist das Ziel unserer eigenen Politik, indessen hat darüber das Volk durch die konstituierende Versammlung zu entscheiden.

2. In dieser Republik soll die gesamte exekutive, legislative und jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten sein.

Ist mit diesem Verlangen die Diktatur eines Teils einer Klasse gemeint, hinter dem nicht die Volksmehrheit steht, so müssen wir diese Forderung ablehnen, weil sie unseren demokratischen Grundsätzen widerspricht.

3. Ausschluß aller bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung.

Diese Forderung müssen wir ablehnen, weil ihre Erfüllung die Volksernährung erheblich gefährden, wenn nicht unmöglich machen würde.

4. Die Beteiligung der Unabhängigen gilt nur für drei Tage als ein Provisorium, um eine für den Abschluß des Waffenstillstands fähige Regierung zu schaffen. Wir halten ein Zusammenwirken der sozialistischen Richtungen mindestens bis zum Zusammentritt der Konstituante für erforderlich.

5. Die Ressortminister gelten nur als technische Gehilfen des eigentlichen und entscheidenden Kabinetts. Dieser Forderung stimmen wir zu.

6. Gleichberechtigung der beiden Leiter des Kabinetts. Wir sind für die Gleichberechtigung aller Kabinettsmitgleder, indessen hat die konstituierende Versammlung darüber zu entscheiden.«

Da der nach Kiel entsandte und auf der Rückreise befindliche Vorsitzende des Vorstands und der Fraktion der Unabhängigen Hugo Haase

noch nicht in Berlin eingetroffen war, die Parteileitung aber ohne ihn eine so wichtige Entscheidung nicht treffen wollte, mußte die Beantwortung dieses Schreibens auf den nächsten Tag zurückgestellt werden. Während all dieses in den Sitzungszimmern vor sich ging, flutete draußen und in den anderen Räumen des Reichstags noch das Leben einer im Zustand der ersten Lebensäußerung befindlichen Revolution. Wichtige öffentliche Gebäude, darunter das Postamt und das Telegraphenamt wurden von Sozialisten besetzt, andere unter Bewachung genommen. An verschiedenen Stellen der Hauptstadt kam es auch zu Schießereien, die ernstesten davon in der Umgebung kaiserlicher Schlösser. Aus dem oberen Stock des der Ostseite des Berliner Schlosses gegenübergelegenen Marstalls wurden gegen 6 Uhr abends plötzlich Schüsse auf die vorübergehende Menge abgefeuert und forderten ihre Opfer. Mit Maschinengewehren bewaffnete Soldaten und Zivilisten erzwangen nach kurzem, aber schwerem Kampf, bei dem es mehrere Tote gab, den Eingang, fanden aber beim Vordringen keine Besatzung vor. Sie mußte sich aus irgendeinem unbekannten Ausgang geflüchtet haben. Noch mehr Tote gab es, als aus dem Gebäude der ehemaligen Königlichen Bibliothek und dem Gebäude der Universität, das eine neben, das andere gegenüber dem am Opernplatz gelegenen Palais, auf Passanten geschossen wurde und im Anschluß daran sich ein erbittertes Gefecht zwischen Belagerern und Besatzung entwickelte. Wieviel politischer Fanatismus und wieviel nervöse Überreizung oder mißverstandene Aufträge mit diesen und anderen Zwischenfällen gleicher Art zu tun gehabt haben, ist unaufgeklärt geblieben. Von irgendwelchem militärischerseits organisierten Widerstand war keine Rede. Die in Berlin weilenden militärischen Befehlshaber folgten der vom abgetretenen Reichskanzler ergangenen Weisung und ließen es ruhig geschehen, daß auch das Kommandanturgebäude und das Gebäude des Polizeipräsidiums von Sozialisten besetzt wurden.

Es war das Beste, was sie tun konnten. Hatten doch die Truppen der Berliner Garnison sich vorbehaltlos auf die Seite der Revolution gestellt. Voran das Kaiser-Alexanderregiment und das vierte Jägerregiment, die in derselben Kaserne lagen, bei deren Einweihung Wilhelm II. am 28. März 1901 jene Rede gehalten hatte, in der er zu den Soldaten sagte:

»Wie eine feste Burg ragt eure neue Kaserne in der nächsten Nähe »des Schlosses auf. Das Kaiser Alexander-Regiment ist berufen, gewisser»maßen als Leibwache Tag und Nacht bereit zu sein, um für den König »und sein Haus, wenn es gilt, Leben und Blut in die Schanze zu schlagen. »Und wenn jemals wieder in dieser Stadt eine Zeit wie damals (Anspielung auf den 18. März 1848) kommen sollte, eine Zeit der frechen Auflehnung »gegen den König, dann, davon bin ich überzeugt, wird das Regiment »Alexander alle Unbotmäßigkeit und Ungehörigkeit wider seinen König»lichen Herrn mit dem Bajonette zu Paaren treiben.«

Die »Burg« war noch da, aber die Besatzung hielt es nicht für ihre Aufgabe, als Leibwache gegen das Volk sich zu betätigen. Ziemlich spät am Abend, gegen ½10 Uhr, kamen die gewählten Arbeiter- und Soldatenräte im großen Sitzungssaal des Reichstags zu einer ersten und großen Sitzung zusammen. Sie wird von Emil Barth, der zum Vorsitzenden gewählt wird, mit einer feurigen Ansprache eröffnet, die den siegreichen Aufstand des Berliner Proletariats feiert und der Berliner Garnison Anerkennung und Dank dafür ausspricht, daß sie sich auf die Seite des Volkes gestellt und durch ihr Ver-

halten der Revolution einen fast unblutigen Sieg gesichert habe. Es wird beschlossen, am folgenden Tage vormittags 10 Uhr in allen Fabriken Berlins Wahlen für den Arbeiterrat und in allen Kasernen und Lazaretten Wahlen für den Soldatenrat regelrecht vorzunehmen. Auf je 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen sollte ein Mitglied des Arbeiterrats und auf jedes Bataillon oder entsprechende Formation ein Mitglied des Soldatenrats gewählt werden, und die Gewählten sollten am Nachmittag behufs Wahl der provisorischen Regierung zusammentreten.

Vom provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat, der in einem der Kommissionszimmer des Reichstags ständig versammelt war, war außer dem auf Seite 31 abgedruckten folgender Aufruf ausgegeben worden:

I.

Bürger! Arbeiter!

Zur wirksamen Durchführung der revolutionären Bewegung ist Ordnung und Ruhe nötig.

Die Bevölkerung wird dringend gebeten, Straßenaufläufe zu unterlassen und nach Eintritt der Dunkelheit die Straße zu meiden.

Die Groß-Berliner Magistrate arbeiten in Übereinstimmung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat.

Die Groß-Berliner Schutzmannschaft hat sich in den Dienst des Volkes gestellt.

Lebensmittelautos und städtische Autos dürfen nicht angehalten werden.

Die Lebensmittelversorgung Groß-Berlins darf nicht gestört werden. Die Lebensmittelvorräte und Lebensmittelkarten-Verteilungsstellen unterstehen dem Schutze des Volkes. Sämtliche gemeinnützige Einrichtungen, wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Sparkassen und andere öffentliche Kassen, ebenso die Verkehrsmittel werden ebenfalls dem Schutze des Volkes unterstellt.

Der Volksausschuß zum Schutze der gemeinnützigen Einrichtungen von Groß-Berlin wird diese Einrichtungen durch Beauftragte beschützen. Die geschützten Einrichtungen werden durch Plakate kenntlich gemacht.

Die Beauftragten sind mit roten Armbinden mit dem Aufdruck »Volksausschuß« versehen. Sie führen außerdem Legitimationskarten. In ihrer Tätigkeit werden sie durch Abgeordnete des Arbeiter- und Soldatenrats unterstützt.

Die Bürgerschaft wird gebeten, die Beauftragten des Volksausschusses in ihrer Tätigkeit zu unterstützen.

Berlin, den 9. November 1918.

Der Bevollmächtigte
des Reichskanzlers und des Ministers des Innern
Paul Hirsch.

Der Volksausschuß
Eugen Ernst. Sassenbach. Leid.

Der Soldatenrat
Baumann, Gelberg, Hertel.

Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend
Körsten.

Außerdem erschien in der Nummer des »Vorwärts« vom 10. November 1918 folgende Bekanntmachung:

»Lebenswichtige Betriebe dürfen nicht streiken.

Es haben sich gestern eine Anzahl Gewerke dem Generalstreik angeschlossen, die nicht streiken dürfen, wenn nicht dadurch die gesamte Existenz der Berliner Bevölkerung auf das allerschwerste gefährdet werden soll. Um eine Fortdauer dieses Zustandes, der zu den schwersten Übelständen führen und eine Katastrophe heraufbeschwören würde, zu verhindern, hat der Arbeiter- und Soldatenrat folgende Bestimmungen erlassen, die hiermit der Arbeiterschaft zur Kenntnis gebracht werden.

Es dürfen nicht streiken:

1. Handels-, Verkehrs- und Transportgewerbe (insbesondere sämtliche Kutscher und Fahrer der Spedition, Lager, Lebensmittel und Kohlen).
2. Lebens- und Genußmittelbranche (insbesondere Fleischer, Bäcker, Brauer, Restaurationsbetriebe (außer Cafés).
3. Lebenswichtige Staats- und Gemeindebetriebe (insbesondere Gas, Wasser, Elektrizität, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr und ähnliche).
4. Haus- und Pflegepersonal (auch Hauspersonal) der Krankenhäuser, Pflege- und Heilstätten.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Hieran anschließend ward in den »Vorwärts« vom 10. November 1918 noch folgende Anzeige in starken Lettern eingerückt:

Organisatoren gesucht!

Personen, die imstande sind, die Aufsicht über gemeinnützige und städtische Betriebe aller Art zu übernehmen, werden dringend gesucht.

Wer hierzu bereit ist, möge sich auf dem Büro seiner Organisation melden.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Dem gleichen Zweck wie dieses Inserat diente der nachstehende, ebenfalls im »Vorwärts« vom 10. November 1918 veröffentlichte Aufruf:

Arbeiter! Mitbürger!

Die Unterzeichneten sind im Auftrage ihrer Organisationen und im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung zu einem »Volksausschuß« zum Schutze der gemeinnützigen Einrichtungen von Groß-Berlin zusammengetreten. Der Ausschuß wird die gemeinnützigen Einrichtungen, die im Interesse des Volkes ihre Tätigkeit schützen müssen, durch Beauftragte bewachen lassen.

Solche Anlagen sind u. a.

die Aufbewahrungsstelle für die Lebensmittelvorräte,
die Lebensmittelkartenverteilungsstellen,
die Volksküchen,
die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke,
die Sparkasse und andere öffentlichen Kassen,
die Verkehrsmittel.

Diese Einrichtungen sind auf jeden Fall sicherzustellen. Die Bevölkerung wird gebeten, die von uns Beauftragten in Ausübung ihrer

Schutzmaßnahmen zu unterstüzen. Das Militär ist aus den städtischen Betrieben zurückgezogen, im Vertrauen darauf, daß das Volk sein Besitztum schützen wird.

Für den Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Karl Leid. Dr. Kurt Rosenfeld. Mathilde Wurm.

Für die sozialdemokratische Partei Deutschlands Bezirk Groß-Berlin
Eugen Ernst. Theodor Fischer. Hugo Pötzsch.

Für die Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend
Alwin Körsten. Eugen Brückner. Hermann Mietz. Ernst Schulze.
Ludwig Hodagg.

Für den Verband der deutschen Gewerkvereine Hirsch-Duncker
(Berlin und Umgegend)
Franz Neustedt. Ed. Jordan.

Für das Kartell der christlichen Gewerkschaften:
Tränert.

Für die Berliner Stadtverwaltung:
Der Magistrat, Wermuth.

Aus all diesen Kundgebungen ersieht man, wie sehr am Tage der Revolution in der Arbeiterschaft Berlins der alte sozialdemokratische Geist vorherrschte, den die Begründer der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung ihr eingeimpft hatten; wie sehr die siegende Arbeiterschaft und ihre Vertreter darauf bedacht waren, der Revolution selbst im stürmenden Klassenkampf den Charakter einer entschiedenen Kulturbewegung zu bewahren; wie sehr sie von dem Gedanken getragen waren, auch in der Revolution müsse auf Wohl, Sicherheit und Recht der Nichtkämpfenden die größte Rücksicht genommen werden, und daß die Revolution, indem sie neuem Recht die Bahn bricht, sich rein halten müsse von Zugeständnissen an die Geister der wilden Unordnung und einer niederen Instinkten Ausdruck gebenden Willkür.

---

VI.

# Die erste Gestalt der deutschen Republik.

Kein besserer Zeuge für den überwältigenden Eindruck der Erhebung vom 9. November 1918 in Berlin als die Leitartikel der Berliner Zeitungen vom 10. November. Selbst die Organe der äußersten Rechten wagten nicht, ihr rückhaltlos die politische Bedeutung für die Neugestaltung Deutschlands abzusprechen, sondern beschränkten sich darauf, die Tatsachen zu verzeichnen und etlichen Vorbehalten Ausdruck zu geben.

So schrieb die streng konservative Kreuzzeitung resigniert:

> »Alle Elemente des Volkes, die an dem Staat und der Gesellschaftsordnung festhalten wollen, werden geschlossen zusammengehen müssen, um, wenn möglich, ein Chaos zu verhindern.«

Welcher Staat und welche Gesellschaftsordnung gemeint seien, hielt das Blatt für weise im Unbestimmten zu lassen und tröstete seine Gesinnungsgenossen mit einer Anweisung auf die Zukunft:

> »Die Konservativen müssen die Saat ausstreuen, aus welcher dereinst den kommenden Geschlechtern des deutschen Volkes ein besseres Los erwachsen soll, als es uns und unsern Kindern beschieden ist.«

Die agrarisch-konservative »Deutsche Tageszeitung« erklärte sich mit dem Vorschlage einverstanden, so rasch als möglich Wahlen für eine verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vorzunehmen.

> »Die Regierungsgewalt«, schrieb sie, »kann dauernd nur von einer Regierung ausgeübt werden, die ihr Mandat von dem auf ordnungsmäßigen Wege einwandfrei festgestellten Mehrheitswillen des deutschen Volkes empfangen hat.«

Womit das Gottesgnadentum grundsätzlich schon preisgegeben war.

Die nationalistische »Tägliche Rundschau« stellt in ihrer Freude, daß die Revolution sich so frei von Ausschreitungen der Gewalt gehalten, den Arbeiter- und Soldatenräten das Zeugnis aus, daß es falsch sei, deren Herrschaft, wie bisher geübt, bolschewistisch zu nennen. Man sei ehrlich bemüht gewesen, Ordnung und Disziplin aufrecht zu erhalten; und so sei »der Aufforderung Eberts zur Mitarbeit der Andersgesinnten, um das Volk vor Bruderkrieg, Hungersnot und Anarchie zu bewahren, Folge zu leisten.«

Die Organe der fortschrittlichen Volkspartei, der Linken der bürgerlichen Demokratie, und der katholischen Zentrumspartei drückten ihre Freude über den im Ganzen so unbefleckten Verlauf der Revolution aus und traten

gleichfalls für die baldige Berufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung ein.

Drei Blätter hatten über Nacht anscheinend ihren Charakter geändert. Der einzige Einbruch in private Rechte, der am 9. November verübt worden war, betraf einige Preßorgane der Hauptstadt und entbehrte nicht eines gewissen Humors. Was hatte am Tage der Revolution aus den Zeitungen werden sollen, die bis dahin die offiziösen Mundstücke der abgesetzten Regierung gewesen waren? Sie konnten nicht in dieser Eigenschaft weiter erscheinen. Sie konnten aber, selbst wenn ihre Herausgeber dies wollten, auch nicht sofort als Offiziöse der neuen Regierung sich präsentieren, da eine solche ja noch garnicht zustande gekommen war, man noch nicht genau wußte, wie diese nun aussehen werde. Und so benutzten eine Anzahl Sozialisten den Umstand, daß die Republik wohl da war, aber ihre Form noch nicht gefunden hatte, sich — die einen der bisher oberoffiziösen »Norddeutschen Allgemeinen Zeitung«, die andern — Sozialisten spartakistischer Richtung — des mehr gelegenheitsoffiziösen »Berliner Lokal-Anzeiger« vorübergehend zu bemächtigen. Die Abonnenten der »Norddeutschen Allgemeinen Zeitung« erhielten am 10. November 1918 ihr Blatt mit dem Titel

DIE INTERNATIONALE
früher: Norddeutsche Allgemeine Zeitung«

und einem sozialdemokratischen Inhalt. Der Leitartikel »An die Arbeit!« überschrieben, feiert die vollzogene Umwandlung als eine solche »von so großer Gewalt und Bedeutung, daß wir sie in ihren Wirkungen noch garnicht ausmessen können«, und läuft in den Satz aus:

**»Wir grüßen die Freiheit, wir grüßen die sozialistische Republik Deutschland mit dem Ruf, der ein Gelöbnis ist:**
**Hoch die Republik!**
**Hoch die Internationale!«**

Ohne Änderung des Titels erhielt einen ausgesprochenen sozialdemokratischen Inhalt die im Ullsteinschen Verlag herausgegebene »Berliner Allgemeine Zeitung«, ein für diejenigen Elemente, die nur ganz bescheidene Mittel für Zeitungen ausgeben können, berechnetes, namentlich in den kleinen Ortschaften im Umkreise Berlins verbreitetes Blatt, während die vielleicht dreimal so stark verbreitete »Berliner Morgenpost« des gleichen Verlags und die auf ihn übergegangene »Vossische Zeitung«, das Organ der liberalen Gelehrten und gewisser Handelskreise Berlins, unbehelligt blieben. Ebenso die sehr verbreiteten Organe des Mosse'schen Verlags »Berliner Tageblatt« und »Berliner Volkszeitung«.

Ganz anders mit dem vom Scherl-Verlag herausgegebenen »Berliner Lokal-Anzeiger«.

Schon am 9. November erschien in später Abendstunde eine Nummer dieses Blattes unter dem Titel:

»DIE ROTE FAHNE.«
Ehemaliger Berliner Lokal-Anzeiger —
2. Abend-Ausgabe.«

Sie brachte an der Spitze des Textes die Mitteilung:

»Die Redaktion des »Berliner Lokal-Anzeigers« ist von Vertretern des revolutionären Volkes (Spartakus-Gruppe) besetzt. Die Redaktionsführung ist damit an die Leitung der Genossen übergegangen.«

Der Inhalt jedoch ist im allgemeinen im üblichen Ton des Blattes gehalten, sodaß man sieht, daß der größte Teil schon gesetzt war, als die Spartakus-Leute sich seiner bemächtigten. Nur eine mit großen Lettern fettgedruckte Querzeile über der »ersten Seite« »Berlin unter der roten Fahne«, eine etwas weniger groß gesetzte Querzeile darunter »Polizeipräsidium gestürmt« — 650 Gefangene befreit — »Rote Fahnen am Schloß« und eine Anzahl von Berichten über die Vorgänge in Berlin verraten im Ton die Parteinahme für die Revolution, ohne jedoch die besondere Tendenz der Spartakusgruppe demonstrativ zum Ausdruck zu bringen. Aus dem Bericht über den Sturm auf das Polizeipräsidium ist der erste Absatz wichtig. Er lautete:

> »In den Nachmittagsstunden zogen bewaffnete Trupps in Kraftwagen mit Umzügen durch die Stadt. In der Nähe des Halle'schen Ufers wurden aus einem
>
> geheimen Waffendepot
>
> Gewehre verteilt, und nun begann die Rundfahrt, die zweifellos gut organisiert war.«

Das deutet auf eines der Waffenlager hin, zu deren Bildung die Bolschewisten Geldmittel beigetragen hatten.

Wesentlich deutlicher spricht die Morgennummer des Blattes vom 10. November 1918 die Sondertendenz aus. Sie trug den gleichen Titel »Rote Fahne« und hat an der Spitze des Textes folgende Ankündigung:

> »Zur Beachtung.
>
> »Der seitherige »Lokal-Anzeiger« wurde von uns erst in später Abendstunde übernommen, sodaß wir zur Füllung des Blattes eine Reihe bereits gesetzter Mitteilungen aufnehmen mußten, die also nicht in der Form dargeboten sind, wie wir die Dinge und Ereignisse darzustellen beabsichtigen. Von morgen ab wird dies anders werden.
>
> Die Redaktion der »Roten Fahne«.
> Organ der Spartakus-Richtung.«

War hier die Aneignung des bürgerlichen Blattes als eine dauernde in Aussicht gestellt, so enthält der Text des Blattes neben Mitteilungen und Aufrufen, die der Einheit der sozialistischen Arbeiterschaft im Kampf Ausdruck geben, auch solche, die der neuen sozialdemokratischen Regierung schon den Krieg ankündigen. An den — im einfachen Petitsatz gedruckten — Aufruf Eberts, der dringend mahnt, »alles zu unterlassen, was die für die Ernährung der Bevölkerung nötigen Zufuhren gefährden könne, die Straßen zu verlassen und für Ruhe und Ordnung zu sorgen«, ward in größeren Lettern und Fettdruck die folgende Notiz gefügt:

> »Wir fordern im Gegenteil dazu auf, nicht die Straßen zu verlassen, sondern bewaffnet zu bleiben und in jedem Augenblick auf der Hut zu sein. Die Sache der Revolution ist nur in den Händen des Volkes sicher. Die Aufforderung des vom gestürzten Kaiser neugebackenen Reichskanzlers verfolgt nur den Zweck, die Massen heimzusenden, um die alte »Ordnung« wieder herzustellen. Arbeiter, Soldaten, bleibt auf der Hut!«

Ein »Arbeiter und Soldaten« überschriebener Aufruf fordert diese zu »ganzer Arbeit« und zu Mißtrauen gegenüber denen auf, »die von Reichskanzler- und Ministerstellen herunter glauben, Eure Geschicke lenken zu dürfen.« Zur Erlangung des Ziels der Arbeiter sei es notwendig, daß das Berliner Proletariat in Bluse und in Feldgrau erkläre, folgende Forderungen mit Entschlossenheit und unbezähmbaren Kampfwillen zu verfolgen:

1. Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der Soldaten, die nicht auf dem Boden der neuen Ordnung stehen; Bewaffnung des Volkes; alle Soldaten und Proletarier, die bewaffnet sind, behalten ihre Waffen.
2. Uebernahme sämtlicher militärischen und zivilen Behörden und Kommandostellen durch Vertrauensmänner des Arbeiter- und Soldatenrates.
3. Uebergabe aller Waffen- und Munitionsbestände sowie aller Rüstungsbetriebe an den Arbeiter- und Soldatenrat.
4. Kontrolle über alle Verkehrsmittel durch den Arbeiter- und Soldatenrat.
5. Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit; Ersetzung des militärischen Kadavergehorsams durch freiwillige Disziplin der Soldaten unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates.
6. Beseitigung des Reichstages und aller Parlamente sowie der bestehenden Reichsregierung; Uebernahme der Regierung durch den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat bis zur Errichtung eines Reichs-Arbeiter- und Soldatenrates.
7. Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten über ganz Deutschland, in deren Hand ausschließlich Gesetzgebung und Verwaltung liegt.
   Zur Wahl der Arbeiter- und Soldatenräte schreitet das gesamte erwachsene werktätige Volk in Stadt und Land und ohne Unterschied der Geschlechter.
8. Abschaffung aller Dynastien und Einzelstaaten; unsere Parole lautet: einheitliche sozialistische Republik Deutschland.
9. Sofortige Aufnahme der Verbindung mit allen in Deutschland bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten und den sozialistischen Bruderparteien des Auslandes.
10. Sofortige Rückberufung der russischen Botschaft nach Berlin.

Von einigen, allen Sozialdemokraten gemeinsamen Forderungen abgesehen, ist dies das spezifische politische Programm des russischen Bolschewismus. Ein Muster von Anträgen der Spartakusgruppe, die in allen Versammlungen von Betrieben, Soldatenräten usw. zu stellen seien, fordert die »unverzügliche Wiederherstellung der deutschen Beziehungen zu der russischen Sowjetrepublik, dem siegreichen Vortrupp der Weltrevolution«, und daß »neben den andern treuesten und tapfersten Genossen in das Präsidium des zentralen Arbeiter- und Soldatenrates Deutschlands oder einer andern sich bildenden Körperschaft dieses Ranges die Genossin Rosa Luxemburg entsandt wird«.

Dann heißt es weiter:

»Arbeiter und Soldaten! Eine jahrtausende alte Knechtschaft geht zu Ende; aus den unsäglichen Leiden eines Krieges steigt die neue Freiheit empor. Vier lange Jahre haben die Scheidemänner, die Regierungssozialisten euch durch die Schrecken eines Krieges gejagt, haben euch gesagt, man müsse »das Vaterland« verteidigen, wo es sich nur um die nackten Raubinteressen des Imperialismus handelte. Jetzt, da der deutsche Imperialismus zusammenbricht, suchen sie für die Bourgeoisie zu retten, was noch zu retten ist und suchen die revolutionäre Energie der Massen zu ersticken.

Es darf kein »Scheidemann« mehr in der Regierung sitzen; es darf kein Sozialist in die Regierung eintreten, solange ein Regierungssozialist noch in ihr sitzt. Es gibt keine Gemeinschaft mit denen, die Euch vier Jahre lang verraten haben.

Nieder mit dem Kapitalismus und seinen Agenten!
Es lebe die Revolution!
Es lebe die Internationale!«

Damit war außer dem sachlichen auch der persönliche Kampf in die Bewegung hineingetragen: die Ächtung von Personen, deren Politik während des Krieges man als verfehlt hinstellen konnte, deren Beweggründe aber mit imperialistischen Tendenzen nichts gemein hatten und in denen die große Mehrheit der sozialistischen Arbeiterschaft Deutschlands ihre berufenen Führer erblickte.

An diese Kampfansage schloß sich der folgende »Gruß an die russische Sowjetrepublik«:

> »Die Rote Fahne (Organ der Spartakus-Richtung) schickt ihren ersten und heißesten Gruß der föderativen sozialistischen Sowjetrepublik und bittet sie, unseren russischen Brüdern kundzutun, daß die Berliner Arbeiterschaft den ersten Jahrestag der russischen Revolution gefeiert hat durch die Vollbringung der deutschen Revolution.«

So das Organ der von Karl Liebknecht geführten Spartakusgruppe. Eine ganz andere Tonart schlug der »Vorwärts« in seiner Nummer vom 10. November 1918 an. Sein den Sieg der Revolution feiernder Leitartikel trug die Überschrift »Kein Bruderkampf!« Er erwähnt, daß am Tage vorher schon »von einzelnen kleinen Gruppen, oft unter unbekannter und unverantwortlicher Führung« Versuche gemacht worden seien, die Arbeit des Arbeiter- und Soldatenrates zu durchkreuzen. Das sei aber »die schwerste Versündigung an der Arbeiterschaft, die überhaupt denkbar ist«. Das Werk, das von der großen Masse der Arbeiterschaft getragen werde, dürfe nicht durch kleine Minderheiten gestört werden. Wörtlich heißt es weiter:

> »Der gestrige Sieg des Volkes über das alte System ist nur mit geringen Blutopfern bezahlt worden. Soll nun der Welt nach solchem herrlichen Triumph das Schauspiel einer Selbstzerfleischung der Arbeiterschaft in sinnlosem Bruderkampf geboten werden?
>
> Das darf nimmermehr geschehen.«

In einer Reihe von Bundesstaaten, insbesondere in Bayern, fährt der Artikel fort, haben sich alte Partei und Unabhängige am Tage der Revolution zusammengefunden, dort gebe es keine Spaltung mehr. Solle Berlin dahinter zurückstehen? Die Einigung müsse auch hier durchgeführt werden, es handle sich um Wohl und Zukunft der ganzen Arbeiterklasse. Das Versöhnungswerk dürfe »nicht an einigen Verbitterten scheitern, deren Charakter nicht stark genug ist, um allen Groll überwinden und vergessen zu machen.« Den Massen liege solcher Groll fern, fast instinktiv haben gestern Arbeiter und Arbeiter die Einigkeit hergestellt. Und das Organ der sozialdemokratischen Partei fährt fort:

> »Kein Führer darf das hemmen. Gibt es unter ihnen solche, mit denen die Einigung nicht gemacht werden kann, dann muß sie gemacht werden ohne sie. An keiner Personenfrage darf ein Werk von so ungeheurer Bedeutung scheitern.
>
> Die alte sozialdemokratische Partei erstrebt die Einigung mit aller Kraft auch unter eigenen Opfern. Sie weiß sich in diesem Bestreben eins mit dem gesundern Sinn der Arbeiterschaft .... die Bruderhand liegt offen — schlaget ein!

Wie sehr diese Sprache damals den Empfindungen der großen Mehrheit der Arbeiter Berlins Ausdruck gab, zeigte der weitere Verlauf des Tages.

Am Vormittag des 10. November traten Fraktion und Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratie zusammen, um über die Stellungnahme zu dem im vorigen Kapitel mitgeteilten Antwortschreiben der Parteileitung der Mehrheitssozialisten zu beraten. Den Vorsitz führte der Abends zuvor aus Hamburg zurückgekehrte Hugo Haase. Gegen eine Minderheit, die unter keinen Umständen von einer Regierung etwas wissen wollte, in der Männer wie Philipp Scheidemann säßen, ward nach lebhafter Debatte beschlossen, den Eintritt in ein aus Vertretern beider Parteien zusammengesetztes Kabinett nicht abzulehnen, sondern nur von bestimmten Bedingungen abhängig zu machen, die, wie folgt, formuliert wurden:

»Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ist bereit, um die revolutionären sozialistischen Errungenschaften zu festigen, in das Kabinett unter folgenden Bedingungen einzutreten:

Das Kabinett darf nur aus Sozialdemokraten bestehen, die als Volkskommissare gleichberechtigt nebeneinander stehen. Für die Fachminister gilt diese Beschränkung nicht; sie sind nur technische Gehilfen des entscheidenden Kabinetts. Jedem von ihnen werden zwei Mitglieder der sozialdemokratischen Parteien mit gleichen Rechten zur Seite gegeben, aus jeder Partei eines.

Eine Fristbestimmung wird an den Eintritt der Unabhängigen Sozialdemokraten in das Kabinett, in das jede Partei drei Mitglieder entsendet, nicht geknüpft.

Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu einer Vollversammlung aus dem ganzen Reiche alsbald zusammenzuberufen sind.

Die Frage der konstituierenden Versammlung wird erst nach einer Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Zustände aktuell und soll deshalb späteren Erörterungen vorbehalten bleiben.

Für den Fall der Annahme dieser Bedingungen, die von dem Wunsche eines geschlossenen Auftretens des Proletariats diktiert sind, haben wir unsere Mitglieder Haase, Dittmann und Barth in das Kabinett delegiert.«

Hugo Haase und Wilhelm Dittmann gehörten der Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratie an und waren als Reichstagsabgeordnete dieser Partei weithin bekannt, Emil Barth, von Beruf Metallarbeiter, war Mitglied der Spartakusgruppe und ward für diese in Vorschlag gebracht, nachdem Karl Liebknecht die Einladung, als Mitglied der radikalen Linken in das Kabinett einzutreten, schroff abgelehnt hatte.

Die Bedingungen wurden der Leitung der Sozialdemokratischen Partei übermittelt, und nach kurzer Überlegung erklärte diese sich bereit, auf sie einzugehen. Es ward dies mit dem Hinweis auf das Interesse der Einheit der proletarischen Bewegung und die bedrängte Lage Deutschlands begründet. Waren doch mittlerweile die schweren Bedingungen bekannt geworden, von denen die Ententemächte die Bewilligung eines Waffenstillstands abhängig machten und die nichts anderes bedeuteten, als eine vollständige Kapitulation. Sie waren mit maßgebend dafür gewesen, daß man seitens der Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratie den Vorschlag, gegebenenfalls allein die Regierung zu übernehmen, garnicht erst in Erwägung gezogen hatte.

Um dem Pakt der beiden Parteien endgültige Kraft zu geben, bedurfte es nun noch der Zustimmung des Arbeiter- und Soldatenrats der Hauptstadt.

Auch sie blieb nicht aus. Im Laufe des Vormittags nahmen die Arbeiter in den Fabriken und die Soldaten in den Kasernen die Wahlen ihrer Räte

gemäß den dafür festgesetzten Bestimmungen vor, und am Nachmittag um 5 Uhr traten diese Räte selbst zur Vollversammlung im großen Zirkus Busch zusammen.

Es war eine gewaltige Kundgebung, und ihr Verlauf ein sehr stürmischer. Am Vormittag noch hatten die Spartakusleute ein Flugblatt verbreitet, das nach Lage der Dinge nur als Feuerbrand wirken konnte, zugleich aber auch von merkwürdiger Verkennung der Stimmung der übergroßen Mehrheit der sozialdemokratisch gesinnten Arbeiterschaft Berlins zeugte. Es erklärt zunächst, daß sie, die Sozialisten der Spartakusrichtung, »an erster Stelle und während des ganzen Krieges den Gedanken des sofortigen revolutionären Kampfes gegen den Krieg vertreten« haben und gibt dann den Arbeiter- und Soldatenräten für die Wahl der provisorischen Regierung folgende Losung:

> »Es darf keine Stimme einem Regierungssozialisten gegeben werden. Sie haben die Revolution vier Jahre lang verraten und werden es weiter tun.
>
> Es darf keine Stimme einem Sozialisten gegeben werden, der bereit ist, gemeinsam mit den Bürgerlichen oder den Regierungssozialisten in eine Regierung zu treten. »Parteigenossen! die Bürgerlichen und Regierungssozialisten wollen Euch in die Regierung haben, damit Ihr ihnen helft, ihre Sünden zu verdecken. Dazu seid Ihr zu gut. Sie mögen endgültig abdanken oder selbst die Folgen einer verbrecherischen Kriegspolitik tragen.«

Es sollte also nicht nur kein Mitglied der großen sozialdemokratischen Partei, sondern auch kein Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie, das zur Verständigung mit jener bereit war, eine Stimme erhalten. Der Kampf im sozialistischen Lager sollte verewigt werden.

Wie wenig das dem Denken entsprach, das die versammelten Vertrauensleute der Arbeiter und Soldaten beseelte, zeigte sich bald nach Eröffnung der Beratungen. Dreitausend Personen, zur Hälfte Delegierte von Arbeitern, zur Hälfte Vertreter von Soldaten, wählten nach einer kurzen Ansprache Emil Barth's, der die Versammlung eröffnete, diesen und den der Unabhängigen Sozialdemokratie zugehörigen Metallarbeiter Richard Müller sowie den Oberleutnant Walz zu Vorsitzenden und das Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Brutus Molkenbuhr zum Schriftführer. Dann hielten nacheinander Fritz Ebert von der Sozialdemokratischen Partei, Hugo Haase von der Unabhängigen Sozialdemokratie und Karl Liebknecht vom Spartakusbund Ansprachen über die Bedeutung der Revolution. Alle wurden mit begeisterten Zurufen freudig begrüßt, und ihre Reden ernteten sämtlich großen Beifall. Aber so stürmisch diese Beifallsbezeugungen waren, so waren sie doch nur einheitlich, soweit sie Ausführungen über den Sinn und die Aufgaben der Revolution galten, und wurden in den Schatten gestellt durch den nicht enden wollenden stürmischen Jubel, den die von Ebert vorgetragene Mitteilung auslöste, daß zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien eine Einigung über die Bildung einer gemeinsamen Regierung auf der Grundlage eines aus je drei Mitgliedern der beiden Parteien zusammenzusetzenden Kabinetts erzielt worden sei. Es war eine spontane Antwort der erdrückenden Mehrheit der Versammlung auf die Versuche der Spartakusleute, das Verständigungswerk ungeschehen zu machen.

In dieser Absicht war von letzteren für die Wahl eines Aktionsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats eine Liste aufgestellt worden, die den Namen auch nicht eines Mitglieds der Sozialdemokratischen Partei aufwies, sondern nur solche von Angehörigen ihrer Richtung und von Mitgliedern des linken Flügels der Unabhängigen Sozialdemokratie zählte. Ihre Verlesung rief, als man zur Besprechung der Wahl überging, heftigsten Widerspruch und Zeichen großen Unwillens hervor. Insbesondere bestanden die Vertreter der Soldaten einmütig auf paritätische Zusammensetzung des Ausschusses. Dem Verlangen entsprach die von Angehörigen der Sozialdemokratischen Partei aufgestellte Vorschlagsliste, die deren Mitglied Büschel zur Verlesung brachte, und schließlich die Wahl selbst. Für die Sozialdemokratische Partei wurden deren Mitglieder Franz Büschel, Gustav Heller, Hiob, Ernst Jülich, Maynz und Oskar Rusch, für die Unabhängige Sozialdemokratie deren Mitglieder Emil Barth, Paul Eckert, Georg Ledebour, Richard Müller, Paul Neuendorf und Paul Wegmann in den Ausschuß gewählt, der dann den Namen Vollzugsausschuß erhielt. Die Vertreter des Spartakusbundes Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hatten, als die paritätische Zusammensetzung beschlossen worden war, jede Wahl in den Ausschuß abgelehnt.

Auch bei der Wahl der Ausschußmitglieder des Soldatenrats wurde jede Einseitigkeit vermieden. Bedingung war natürlich, daß der Gewählte die Revolution anerkannte und sich auf ihren Boden stellte. Sonst aber wurden die verschiedensten Grade und Richtungen berücksichtigt. Unter den 12 Personen, die gewählt wurden, findet man Offiziere, Unteroffiziere und einfache Soldaten, Unabhängige und Mehrheitssozialdemokraten. Ihre Namen sind: Walz, Bartusch, von Beerfelde, Bergmann, Echtmann, Gerhardt, Hase, Hertel, Köhler, Lampert, Brutus Molkenbuhr, Wimpel.

Nach Erledigung der Wahl handelte es sich nunmehr um Ernennung der vorläufigen Regierung der Republik. Hierbei machten die Vertreter der Spartakusrichtung und die mit ihnen sympathisierende Richtung unter den Unabhängigen Sozialdemokraten einen letzten Versuch, die Anerkennung der Führer der Mehrheitssozialisten zu verhindern. Georg Ledebour, Karl Liebknecht und andere griffen sie in schärfster Weise an und riefen dadurch Stürme des Widerspruchs hervor. Rede und Gegenrede drohten sich ins Endlose hinzuziehen, als schließlich einer der Soldaten sich erhob und unter allgemeiner Zustimmung seiner Kameraden ausrief: »Wenn ihr euch nun nicht endlich über die Regierung einigt, werden wir Soldaten allein sie ernennen.« Das führte den Schluß der Debatte herbei, und als es nun zur Abstimmung kam, zeigte sich von neuem, daß die Unversöhnlichen damals nur eine verschwindende Minderheit der Arbeiterschaft für ihre Politik hinter sich hatten. Der Vorschlag des Vorsitzenden Barth, das von den beiden Parteien vorläufig gebildete Kabinett zu bestätigen, ward mit Beifallssturm gegen ganz vereinzelte Stimmen angenommen. Zum Schluß fand auch der Antrag Annahme, einen Aufruf an die Arbeiter und Sozialisten aller Länder ergehen zu lassen, der ihnen von der Begründung der deutschen Republik Mitteilung machen und dem Wunsch nach Verbindung der Arbeitenden aller Länder zu einem großen sozialistischen und demokratischen Friedensbund der Völker Ausdruck geben solle.

Nach Beendigung der äußerst eindrucksvollen Versammlung trat das nunmehr bestätigte sechsköpfige Kabinett zu einer kurzen Besprechung zu-

sammen und nahm den Namen Rat der Volksbeauftragten an. Man wählte Fritz Ebert und Hugo Haase zu gleichberechtigten Vorsitzenden des Rats und einigte sich darüber, die Befassung mit den wichtigsten Arbeitsgebieten des Kabinetts, wie folgt, zu verteilen:

Inneres und Heerwesen: Fritz Ebert;
Äußeres und Kolonien: Hugo Haase;
Finanzen: Philipp Scheidemann;
Demobilisierung und öffentliche Gesundheitspflege:
Wilhelm Dittmann;
Presse und Nachrichtendienst: Otto Landsberg;
Sozialpolitik: Emil Barth.

Dies bedeutete indes nicht die Einsetzung der Genannten zu Ministern der betreffenden Ämter, sondern nur ihre Aufgabe, den unmittelbaren, laufenden Verkehr mit jenen zu pflegen, sie betreffende Eingänge entgegenzunehmen und ähnliches mehr.. Die Leitung der Reichsämter selbst wurde besonderen Staatssekretären vorbehalten, bei deren Auswahl die bürgerlichen Parteien, welche die Republik akzeptierten, sowie die fachmännische Eignung und Erfahrung die gebotene Berücksichtigung fanden. Leitender Grundsatz war, daß entweder der Staatssekretär selbst oder der Unterstaatssekretär erprobtes Mitglied der Sozialdemokratie sein mußte. Für Fälle, wo es sich um keinen Eintritt in das eigentliche Beamtentum handelte, sondern ein Kommissariat gemeint war, ward für die bestimmten Personen der Titel Beigeordneter gewählt. Auf Grund von Vorschlägen der Parteien und Verhandlung mit den in Frage kommenden Persönlichkeiten wurden in den nächsten Tagen die Ämter, wie folgt, neu besetzt:

1. Ämter mit sozialdemokratischen Staatssekretären: Reichswirtschaftsamt, Staatssekretär Dr. August Müller, Unterstaatssekretär Robert Schmidt, Beigeordneter Dr. August Erdmann; Reichsernährungsamt Emanuel Wurm; Reichsarbeitsamt Staatssekretär Gustav Bauer, Unterstaatssekretär Johann Giesbert, Beigeordneter Hermann Jäckel.

2. Ämter mit sozialdemokratischen Unterstaatssekretären oder Beigeordneten: Auswärtiges Amt Staatssekretär Dr. Solf, Unterstaatssekretär Dr. Eduard David, Beigeordneter Karl Kautsky; Reichsmarineamt Beigeordneter Gustav Noske und Ewald Vogtherr; Reichsamt für die Demobilisation Staatssekretär Dr. Koeth, Beigeordnete Otto Büchner und Oswald Schumann; Kriegsministerium Staatssekretär Scheüch, Unterstaatssekretär Paul Göhre, Beigeordneter Ernst Däumig; Reichsjustizamt Staatssekretär Dr. Krause, Beigeordneter Dr. Oskar Cohn; Reichspostamt Rüdlin; Reichsschatzamt Staatssekretär Dr. Schiffer, Beigeordneter Eduard Bernstein.

Zum Staatssekretär im Reichsamt des Innern wurde etwas später der Demokrat Dr. Hugo Preuß bestimmt.

Von den Ernannten gehörten Gustav Bauer, Eduard David, Paul Göhre, August Müller, Gustav Noske, Robert Schmidt und Os-

wald Schumann der Sozialdemokratischen Partei, Ed. Bernstein, Otto Büchner, Oskar Cohn, E. Däumig, August Erdmann, Hermann Jäckel, Karl Kautsky, Ewald Vogtherr und Emanuel Wurm der Unabhängigen Sozialdemokratie an.

Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte wählte zu seinem Vorsitzenden den keiner Partei angehörenden Hauptmann von Beerfelde, der aber schon nach wenigen Tagen zurücktrat und durch das Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Brutus Molkenbuhr ersetzt wurde, sowie den Metallarbeiter Richard Müller von der Unabhängigen Sozialdemokratie zu seinem Vorsitzenden.

Der Rat der Volksbeauftragten trat am 12. November mit folgendem Aufruf vor das deutsche Volk:

»An das deutsche Volk!

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.
5. Die Freiheit der Religionsübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen.
7. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.
8. Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt. Ebenso die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter.
9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden, spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Lasten auf Reich, Staat und Gemeinde. Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 Mark ausgedehnt werden. — Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellung von Wohnungen bekämpft werden. — Auf die Sicherung einer geregelten Volksernährung wird hingearbeitet werden.

Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen. —

Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionellen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen. —

Auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht.

Berlin, den 12. November 1919.

Ebert, Haase, Scheidemann, Landsberg, Dittmann, Barth.«

Damit war die Republik zunächst als demokratische Republik mit sozialistischer Politik verkündet. Neben Verordnungen, die direkt die Arbeiterklasse angehen und ihr wertvolle Rechte sichern, finden wir in dem Aufruf auch die Zusicherung, daß das Eigentum gegen Eingriffe Privater geschützt, die Produktion in geordnetem Gang erhalten werden solle, sodaß für das Bürgertum kein Anlaß zu einer Panik gegeben war. Dies wurde damals auch selbst von der Presse der Parteien des agrarischen und städtischen Besitzes dankbar anerkannt.

Wohl war nicht sofort ein Zustand völlig geregelter Ordnung hergestellt. Die Geister waren in Erregung geraten, die weitestgehenden Hoffnungen waren geweckt, die kühnsten Projekte wagten sich hervor und verlangten in Betracht gezogen zu werden, guter Wille und Phantasie verbanden sich hier und dort zu den wildesten Vorschlägen. Auch sonst rationell denkenden Personen ging das Maß für das zweckmäßig Durchführbare verloren. In der Arbeiterschaft, wie in weiten Kreisen der Intellektuellen, war man einig darüber, daß tiefgreifende Veränderungen kommen müßten, in bezug auf das Wie und Wo widersprachen sich jedoch die Vorschläge nicht selten in ganz wesentlichen Punkten. Aber über diesem Gewoge der Ideen, die der Klärung bedurften, stand, die Richtung weisend, die politische Erfahrung der Volksbeauftragten, die, von dem noch jugendlichen Emil Barth abgesehen, parlamentarisch geschulte Politiker waren, in Hugo Haase und Otto Landsberg zwei scharfsinnige Juristen von Ruf, in Wilhelm Dittmann und Fritz Ebert zwei in langjährigem Wirken als Arbeitersekretäre erprobte Praktiker des täglichen Ringens und Kämpfens der Arbeiterklasse hatten. Und hinter sich hatten diese Männer als Stütze eine politisch und wirtschaftlich so stark organisierte Arbeiterklasse, wie keine politische Revolution zuvor sie gekannt hatte, mit ganz bestimmten Überlieferungen und einem stark entwickelten Sinn für Disziplin in allen Kampfesphasen. Vor der Revolution hatte das Heer als Gegenkraft gegen sie gegolten. Nun aber, wo die Soldaten zum Volk übergegangen waren und sich für die Republik erklärt hatten, schien dieser eine ruhige Entwicklung gesichert.

Aus allen Teilen Deutschlands lagen Nachrichten vor, daß gleiche Erhebungen zum — teils freiwilligen, teils unfreiwilligen — Rücktritt der bisherigen Regierungen und zur Verkündung der Republik geführt hatten. Welche Form unter diesen Umständen das bisherige deutsche Reich endgültig annehmen werde, ob die einer Einheitsrepublik oder die einer Bundesrepublik stand noch dahin, kein Zweifel aber bestand mehr, daß die Monarchien ihre Rolle in Deutschland ausgespielt hatten. Anders als in Freiligrath's Schlacht am Birkenbaum war es gekommen. Aber das Schlußwort des Dichters in seiner wuchtigen Dichtung »Die Toten an die Lebenden« war in Erfüllung gegangen:

»Die Adler fliehn, die Löwen fliehn,<br>
die Klauen und die Zähne,<br>
Und seine Zukunft bildet selbst<br>
das Volk, das souveräne.«

## VII.

# Die Revolution in den Einzelstaaten.

### a) PREUSSEN.

Was in Berlin mit Bezug auf die Umwandlung der Regierung des Reichs sich vollzog, hatte selbstverständlich auch seine unmittelbare Rückwirkung auf die Regierung Preußens. Nach erfolgter Verständigung der Leitungen der zwei sozialistischen Parteien untereinander und mit dem Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte wurde am 10. November auch für Preußen eine revolutionäre Volksregierung ernannt, die zusammengesetzt wurde aus den Mehrheitssozialisten Paul Hirsch, Otto Braun und Eugen Ernst, sowie den Unabhängigen Sozialisten Heinrich Ströbel und Adolf Hoffmann. Den Posten des sechsten Mitglieds füllte zunächst der Mehrheitsozialist Kurt Hänisch aus, den dann der unabhängige Sozialist Kurt Rosenfeld ablöste. Von den Ministerien wurden sofort vier durch Sozialdemokraten in der Weise besetzt, daß je ein Mehrheitssozialist und ein unabhängiger Sozialist an die Spitze eines davon traten, nämlich Paul Hirsch (M) und Emil Eichhorn (U) — Inneres; Adolf Hoffmann (U) und Konrad Hänisch (M) — Kultus und Unterricht; Otto Braun (M) und Adolf Hofer (U) — Landwirtschaft; Albert Südekum (M) und — etwas später — Hugo Simon (U) — Finanzen. Das Ministerium der Justiz ward dem Mitglied der Zentrumspartei Peter Spahn, das des Handels dem Fortschrittler Fischbeck überlassen. Als Emil Eichhorn dann das Berliner Polizeipräsidium übernahm, trat an seine Stelle der unabhängige Sozialist Rudolf Breitscheid, und anstelle Peter Spahns, der gegen Ende November vom Justizministerium zurücktrat, ward dessen Leitung paritätisch an Wolfgang Heine (M) und Kurt Rosenfeld (U) übertragen. Dem Handelsminister Fischbeck ward der Mehrheitssozialist Otto Hue als Beigeordneter zur Seite gesetzt. Das Amt des Kriegsministers ward dem zuletzt ernannten Scheüch belassen, mit dem Mehrheitssozialisten Paul Göhre als Unterstaatssekretär. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten übernahm der Fortschrittsabgeordnete Hoff mit L. Brunner (M) und Paul Hoffmann (U) als Beigeordneten.

Die Ernennung Adolf Hoffmanns, der als Leiter der freireligiösen Bewegung in Berlin bekannt ist und dessen Reden nicht selten mit verschiedenen, dem Berliner eigentümlichen grammatikalischen Schnitzern gemischt sind, zum Minister für Kultus und Unterricht rief heftige Proteste vonseiten der Geistlichkeit und der akademisch gebildeten Lehrerschaft hervor. Dem

ward mittels Ergänzung durch den wissenschaftlich gebildeten unabhängigen Sozialisten M. Baege Rechnung getragen. Der Name des Ministeriums wird in Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung abgeändert, und am 27. November durch Verfügung dieses Ministeriums die geistliche Ortsschulaufsicht für Preußen aufgehoben und den Kreisschulinspektoren übertragen. Hinsichtlich anderer Reformen stellten sich bald Meinungsverschiedenheiten zwischen Hänisch und Hoffmann über Weg und Methode ein. Über die Schwierigkeiten der Verwaltung der andern Ämter weiterhin.

### b) BAYERN.

Der zweitgrößte Bundesstaat Deutschlands war in der Revolution dem Reich und Preußen vorangegangen. Hier hatte bis 1918 die Mehrheitssozialdemokratie fast unbestritten die Geister in der Arbeiterschaft beherrscht. Nur in München hatte der dort sich als freier sozialistischer Schriftsteller mühsam durchschlagende hochbegabte Kurt Eisner als Gegner der Kriegspolitik der Mehrheit eine Gemeinde von gleichgestimmten Sozialisten um sich gesammelt, die zwar nicht sehr zahlreich, aber um so rühriger war und von ihrer eifrigen Propagandatätigkeit nicht abließ, als Eisner im Frühjahr 1918 wegen einer Rede, die er auf einer der damals in ganz Deutschland abgehaltenen Demonstrationen für eine Friedensaktion gehalten hatte, behufs Aburteilung wegen Aufforderung zum Hochverrat in Untersuchungshaft gesteckt wurde. Eisner hatte, dies sei beiläufig bemerkt, von der im engeren Kreis seiner Freunde lebhaft von ihm verfochtenen Überzeugung durchdrungen, daß von führenden Sozialisten große Opfer der Person gebracht werden müßten, um das Volk zum energischen Widerstand gegen die Kriegspolitik der Regierung und die imperialistischen Parteien anzufeuern und zu ermutigen, in der Absicht, ein Beispiel zu geben, bei jener Rede alle Rücksichten auf die Staatsanwaltschaft und Militärzensur beiseite gelassen, so daß seine Verurteilung zu sehr schwerer Strafe mit Sicherheit in Aussicht stand. In den Oktobertagen 1918 auf freien Fuß gesetzt, nahm er sofort seine Agitation mit Feuereifer wieder auf und ward jetzt von den Massen, unter denen die Anhänger der extrem radikalen Spartakusgruppe eine sehr rege Werbetätigkeit entfalteten, als ihr erster Wortführer anerkannt. Als sodann die Nachrichten vom Aufstand in Kiel in München einliefen, fanden sie dort die Stimmung zur Revolution reif, und Eisner, der einen bis zur Weltfremdheit gehenden Idealismus mit starkem Sinn für praktisches Vorgehen verband, war umsichtig genug, trotz der tiefen Meinungsverschiedenheiten, die zwischen ihm und den Führern der Mehrheitssozialisten obwalteten, nun den Parteistreit nach Möglichkeit aus der Bewegung fern zu halten. Eine Riesendemonstration, die am 7. November 1918 auf der Teresienwiese in München stattfand, hatte neben ihm den einflußreichsten Führer der Mehrheitssozialisten Münchens, Erhard Auer, zu einem der Hauptredner. Ihre Worte wurden mit der denkbar größten Begeisterung aufgenommen, die Stimmung war von Grund aus revolutionär, und mit Jubel ward eine von Eisner entworfene Resolution angenommen, in der es zu Anfang hieß:

> »Das deutsche Volk weiß sich eins mit allen Völkern Europas in dem Willen, die Zukunft der Welt durch einen allgemeinen Bund des Rechts und der Freiheit sicherzustellen, und sieht der Erfüllung des vom Präsidenten der amerikanischen Union verkündeten Weltfriedens mit Vertrauen entgegen.«

Es werden daran anschließend folgende Forderungen aufgestellt: Sofortiger Rücktritt des Kaisers und Verzicht des Thronfolgers. Vereidigung des Heeres auf die Verfassung, Beseitigung aller Bestimmungen aus den Verfassungen, welche die volle Demokratisierung Deutschlands hemmen. Sofortige Ergreifung aller Maßnahmen, welche die Ordnung, Sicherheit und Ruhe bei der Heimbeförderung der Truppen verbürgen, umfassende soziale Fürsorge, Maßnahmen für die Notleidenden, Arbeitslosenversicherung, achtstündiger Arbeitstag.

Dann heißt es weiter:

»Nur durch rascheste Erfüllung dieser Forderungen kann den durch den wahnwitzigen Krieg heraufbeschworenen politischen und sozialen Zersetzungsgefahren gesteuert, dem Volksstaate und der Volksregierung eine für das deutsche Volk und für die Weltkultur segensreiche Entwicklung gesichert werden.

Alle Teilnehmer geloben feierlich, die Durchführung dieser Forderungen mit Rat und Tat, nach bestem Wissen und Gewissen, wo es nottut, auch um den Preis persönlicher Opfer, zum Wohle des Ganzen zu fördern, im Geiste der politisch-sozialen Verantwortung und Selbstzucht. Besonnenheit, Energie und der eigenen Kraft bewußte Ruhe sind die einzig den Erfolg verbürgenden Kampfmittel der aufsteigenden Arbeiterklasse.

Der Beschluß ist von der Parteileitung sofort der bayrischen Regierung zuzuleiten.«

Nach Schluß der Versammlung zogen die Demonstranten in gewaltigem Zug durch die Stadt, wobei sie ihrer Stimmung auf die mannigfachste Weise Ausdruck gaben. Waffenläden werden gestürmt und geplündert, die Residenzwache entwaffnet, vor dem Residenzschloß »Nieder mit dem Kaiser! Hoch die Republik!« gerufen, aus den Kasernen werden die Soldaten herausgeholt, die sich dem Zug anschließen, die Insassen des Militärgefängnisses werden befreit. Zum Schluß wird das Landtagsgebäude besetzt und im Saal der Abgeordneten ein Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern gewählt mit Kurt Eisner als ersten Vorsitzenden. Er hält bis in die Nacht hinein Sitzung und beschließt, Bayern zur Republik zu erklären. Ein Aufruf, der dies verkündet, enthält unter anderen die folgenden Sätze:

»Bayern ist fortan ein Freistaat. Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der Massen getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden. Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden. Eine neue Zeit hebt an. Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten. Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt.

Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern. Ausschreitungen werden rücksichtslos unterdrückt. Die Sicherheit der Person und des Eigentums wird verbürgt. Die Soldaten in den Kasernen werden durch Soldatenräte sich selbst regieren und die Disziplin aufrecht erhalten. Offiziere, die sich den Anforderungen der veränderten Zeit nicht widersetzen, sollen unangetastet ihren Dienst versehen.

Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung. Jeder Arbeiter an der neuen Freiheit ist willkommen. Alle Beamten bleiben in ihren Stellungen. Grundlegende soziale und politische Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt. Die Bauern verbürgen sich für die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln. Der alte Gegensatz zwischen Land und Stadt wird verschwinden. Der Austausch der Lebensmittel wird rationell organisiert werden.«

Nach einem Mahnwort an die Arbeiter und Bürger Münchens, dem Großen und Gewaltigen, das in diesen schicksalsschweren Tagen vor sich gehe, zu vertrauen und daran mitzuwirken, daß sich die unvermeidliche Umwälzung »rasch, leicht und sicher« vollziehe, jedes Menschenleben heilig zu achten, schließt der Aufruf mit den Worten:

> »Der Bruderkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet. Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt. Es lebe die bayrische Republik! Es lebe der Friede! Es lebe die schaffende Arbeit aller Werktätigen!«

Ein im gleichen Geist gehaltener Aufruf an die ländliche Bevölkerung Bayerns, der außer von Eisner auch von dem Leiter einer demokratischen Bauernvereinigung, Ludwig Ganghofer, gezeichnet ist, enthält folgende bemerkenswerten Sätze:

> »Der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat betrachtet es als die erste und größte Aufgabe, dem Volke den heißersehnten Frieden zu bringen, und ist zum Zwecke der Einleitung von Friedensverhandlungen mit den Ententemächten in Verhandlungen getreten.
>
> Noch ist aber die Gefahr nicht vorüber. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat lehnt es zwar ab, die nationale Verteidigung durchzuführen, er wird aber unter allen Umständen den Grenzschutz aufrecht erhalten, damit das Leben und Eigentum der bayrischen Bevölkerung geschützt und erhalten bleibt.
>
> . . . Bauern! Die Lebensmittel in den Städten sind durch verkehrte Maßnahmen der bisherigen Militär- und Zivilverwaltung knapp. Wir fordern euch auf, die neue Regierung sofort durch rege Lebensmittellieferung in die Städte zu unterstützen, denn nur dadurch ist diese in der Lage, die Massen zu beherrschen und Hungerkrawalle mit unausbleiblichen, unseligen Folgen für das flache Land hintanzuhalten.
>
> Beamte, Bürgermeister und Landarmee! An euch ergeht die Aufforderung, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Lande zu sorgen und die Amtsgeschäfte in der bisherigen Form auszuführen.
>
> Nicht zerstören wollen wir, sondern wieder aufbauen.«

Am 8. November legte Eisner vor einer zweiten Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats die Liste der neuen Regierung vor. Die Ansprache, in der er dies tat, ist so bezeichnend für die Denkweise dieses Mannes, der in jenen Tagen den größten Einfluß auf die erregten Volksmassen genoß, daß es angezeigt erscheint, einige der wesentlichsten Stellen aus ihr wörtlich wiederzugeben.

Nach einer Darlegung der Gründe, die gegen jeden weiteren Aufschub der Aktion sprachen, heißt es:

> »Bayern ist ein freier Staat. Das bayrische Volk genießt die freieste Selbstbestimmung. Eine konstituierende Nationalversammlung wird in Zeiten ruhigerer Entwicklung die endgültige Verfassung Bayerns festlegen. Heute herrschen in diesem Parlament die elementaren Triebkräfte der breiten Volksmassen selbst. In dieser heutigen Sitzung wird es uns obliegen, nun die neue Entwicklung zu ordnen. Wir werden Ihnen vorschlagen, eine Regierung zu bestätigen, einer Regierung Ihr Vertrauen zu schenken, die dann Ihnen verantwortlich jederzeit die Geschäfte Bayerns führen wird. Diese Regierung ist nicht einseitig gedacht nach den Vorschlägen und den Verständigungen, die inzwischen stattgefunden haben. Sie wissen, daß beinahe seit Kriegsbeginn die sozialistischen Arbeitermassee in heftigem Kampfe der Meinungen gegen einander standen. Dieser Kampf gehört, für Bayern wenigstens, der Geschichte an. Denn die Massen haben Bayern befreit, und auch die Richtung, die Menschen wie mich bekämpft

hat, akzeptiert diese Befreiung als eine unabänderliche revolutionäre Tatsache, und damit sind wir nicht durch ein Kompromiß, sondern innerlich zusammengewachsen. Ich hoffe, daß unser bayrisches Beispiel über unsere Grenzen hinaus wirken wird.

Zum Schlusse möchte ich Ihnen die Namen derer nennen, die die provisorische Regierung bilden werden. Wir haben mit einer Ausnahme, obwohl manches dagegen sprach, die alte Teilung der Ministerien beibehalten. Wir haben nur ein neues Ministerium geschaffen, das schon längst in der Luft lag, ein Ministerium für soziale Angelegenheiten. Der Grund, warum wir die nicht ganz glückliche Teilung der Ministerien beibehalten haben, ist der, daß wir die Beamten, auf deren freudige Beihilfe und Mitwirkung wir rechnen, daß wir diesen Beamten, deren Los in der Demokratie sicher ganz anders sein wird als bisher, nicht erschweren wollten, sich in die neuen Zustände hineinzufinden. Die Namen, die wir Ihnen vorschlagen, sind:

Das Ministerium des ußern und damit das Präsidium übernimmt als Symbol des revolutionären Ursprungs dieser Regierung der, der vor Ihnen jetzt steht. Für das Vizepräsidium und für das Kultusministerium ist J. Hoffmann in Aussicht genommen.

Das Ministerium für militärische Angelegenheiten — wir werden kein Kriegsministerium haben, sondern ein Ministerium für militärische Angelegenheiten — wird Roßhäupter übernehmen; es ziemt sich für die demokratische Regierung, daß ein Zivilist die Leitung der militärischen Angelegenheiten übernimmt.

Das Ministerium des Innern, heute eine der wichtigsten Angelegenheiten, wird, wenn Sie einverstanden sind, Auer übernehmen. Ich höre Widerspruch und »Nein!«, aber wenn wir entschlossen sind, den Weg gemeinsam zu gehen, so ist auch das ein Symbol. Darum empfehle ich Ihnen die Wahl Auers.

Den Verkehr soll ein Mann übernehmen, der einst in einer der lächerlichsten politischen Komödien in diesem Hause versank, Heinrich von Frauendorfer.

Das Justizministerium wird mit einem bewährten Sozialpolitiker — das ist kein Widerspruch, die Justiz ist wohl als eine Form der Sozialpolitik zu betrachten — besetzt, mit Herrn Timm.

Die undankbarste aller Aufgaben soll, und daran ist vielleicht eine Abneigung gegen die Professoren mit Schuld, Herrn Professor Jaffe zufällen, nämlich das Finanzministerium.

Endlich wird — wieder als eine Fanfare des revolutionären Ursprungs — ein an der Erhebung beteiligter Mann, ein einfacher Arbeiter ohne Amt und Würden, Herr Unterleitner, das neue Ministerium für soziale Verhältnisse übernehmen.

Eine Stellung, die in dieser gärenden Zeit sehr wichtig ist, die Polizeiobrigkeit der Hauptstadt der neuen Republik, wird in den Händen wieder eines Arbeiter- und Soldatenrates liegen, in den Händen des Herrn Steiner, der schon seit gestern eine segensreiche Tätigkeit als Aufsicht im Polizeipräsidium versieht. Er gehört zu den tüchtigsten und charaktervollsten Personen unserer revolutionären Erhebung.

Sie sehen, wir sind nicht einseitig. Wir haben weder Richtungen bevorzugt, noch haben wir bürgerliche Fachmänner ausgeschlossen. Ich möchte glauben, daß dieses Ministerium sich zu einer Körperschaft entwickeln wird, in der alle Männer Platz haben, gleichviel welcher Vorbildung und Herkunft, in der alles tätig sein kann, was uns nach Charakter, Wissen, Energie, Gesinnung fruchtbare Arbeit leisten kann. Ich bitte Sie, zu uns, die wir in stürmischer Zeit dieses Opfer bringen, Vertrauen zu haben, in einer Zeit, in der wir Ihnen kein Paradies versprechen können, in der alle Verhältnisse verzweifelt erscheinen. Ich sage also: schenken Sie uns und unserem vergänglichen und provisorischen Ministerium das Vertrauen, das wir um der Sache willen verdienen, nachdem wir uns bereitgefunden haben, an diese Stelle zu treten,

wenn Sie damit einverstanden sind. Wir gehen dunklen Tagen entgegen, vielleicht den furchtbarsten Tagen, die seit Jahrhunderten uns beschieden gewesen sind. Aber ich bin der festen Ueberzeugung, daß aus diesem Meer von Blut und Zerrüttung dennoch eine neue Welt, eine hellere und reichere und freiere Welt erstehen wird, und die politische Umwälzung, die wir hier erlebt haben und die wir verteidigen — wir haben dazu einen Soldatenrat, der diese neue Freiheit verteidigen wird — ich sage, daß diese politische Umwälzung ein Vorklang ist auf jene soziale Umgestaltung, die nach dem Frieden die heiligste und unaufschiebbarste Angelegenheit internationaler Arbeit sein wird.

Damit begrüße ich das erste Parlament der bayrischen Republik und bitte Sie, Vorschläge zu machen für die Konstituierung des Präsidiums.«

Nach Anhören der Ansprache wird der Arbeiter- und Soldatenrat als revolutionäres Parlament mit einem aus Mehrheitssozialisten, unabhängigen Sozialisten und Demokraten zusammengesetzten Präsidium konstituiert. Präsident wird der Mehrheitssozialist Franz Schmitt, Vizepräsident der unabhängige Sozialist Fritz Schröder und zweiter Vizepräsident der Demokrat und Pazifist Dr. Ludwig Quidde. Die vorgeschlagenen Minister werden mit Ausnahme Erhard Auers einstimmig, dieser letztere, gegen den die Spartakusleute stimmen, mit überwiegender Mehrheit gewählt. Von Brüssel aus legt am 10. November der Kronprinz Rupprecht gegen die revolutionäre Neuordnung Verwahrung ein und fordert die Entscheidung durch eine konstituierende Landesversammlung, dagegen sendet König Ludwig III., der am 8. November mit seiner Frau im Automobil München verlassen hatte, vom Schloß Anif im bayrischen Krongut Salzburg aus folgende Verzichtserklärung an die Regierung:

»Zeit meines Lebens habe ich mit dem Volk und für das Volk gearbeitet. Die Sorge für das Wohl meines geliebten Bayern war stets mein höchstes Streben.

Nachdem ich infolge der Ereignisse der letzten Tage nicht mehr in der Lage bin, die Regierung weiter zu führen, stelle ich allen Beamten, Offizieren und Soldaten die Weiteraraeit unter den gegebenen Verhältnissen frei und entbinde sie des mir geleisteten Treu-Eides.

Anif, den 13. November 1918. Ludwig.

Der Ministerrat beantwortete das Schreiben noch am gleichen Tage mit einem Erlaß, der von dem Thronverzicht des Königs Kenntnis nahm und dem König und seiner Familie den unbeschränkten Aufenthalt in Bayern freistellte, sofern sie sich verbürgen, »nichts gegen den Bestand des Volksstaates Bayern zu unternehmen«. Proteste des Präsidiums der bayrischen Abgeordnetenkammer und der Vorsitzenden der bürgerlichen Parteien gegen die Beiseiteschiebung der Kammer bleiben wirkungslos, im übrigen geht das Wirtschaftsleben, nachdem die Regierung bekannt gegeben hatte, daß sie keinerlei Beschlagnahme von Bank- und Sparkassenguthaben beabsichtige, bis auf weiteres ruhig seinen Gang. Eine Verordnung des Ministers für militärische Angelegenheiten vom 11. November, welche die Angehörigen des Besatzungsheeres auffordert, ihre bisherigen Dienstaufgaben weiter zu erfüllen, wird am 12. November durch folgende Verfügung des Soldatenrats München ergänzt:

»Soldaten! Am 12. November treten gemäß übereinstimmendem Beschluß des Soldatenrates München und des Ministers für militärische Angelegenheiten, Roßhäupter, auch die bisherigen Offiziere und sämtliche Beamte ihren Dienst wieder an.

Soldaten! Die Demobilmachung beginnt nun in den nächsten Tagen.

Die Offiziere kommen in guter Absicht und auf Befehl des Ministers Roßhäupter, um die vielen Hunderttausende von Kameraden der Front zu versorgen und in die Heimat zu entlassen! Die Offiziere kommen nicht als Eure Vorgesetzte wie früher, sondern sie kommen als Soldaten, die zum Wohl unseres Volkes arbeiten wollen. Ihr seid nicht verpflichtet, die Offiziere zu grüßen, weder in noch außer Dienst. Was auch von den Offizieren angeordnet wird, kann nur im Einverständnis mit einem von Euch gewählten Kasernenrat angeordnet werden. Seid überzeugt, daß Euer Soldatenrat aufs strengste darüber wachen wird, daß die Offiziere ihre Befugnisse nicht überschreiten! Der Soldatenrat München ermahnt die Offiziere, sich in jedem Augenblick des neuen Geistes des freien Volksstaates Bayern bewußt zu bleiben, die Achselstücke abzulegen und nach einmal vollzogener Tatsache ebenso fruchtbare Arbeit zu leisten, wie sie Tag und Nacht seit dem Sieg der Revolution von den Soldaten zur Sicherung der Ordnung geleistet worden ist. Soldaten! In allernächster Zeit werdet Ihr hören, wie Euer Soldatenrat Euere unveräußerlichen Rechte gesichert hat. Habt Vertrauen in uns! Den freien Volksstaat kann uns niemand mehr entreißen.«

An die Erhebung in München hatten sich ähnliche in Nürnberg, Augsburg, Regensburg und andern Städten Bayerns geschlossen, die den Optimismus, der aus diesem Aufruf spricht, gerechtfertigt erscheinen ließen. Die erste Enttäuschung brachten dagegen die Meldungen über die Deutschland auferlegten Waffenstillstandsbedingungen. Ihr gab ein von Eisner unterzeichneter Aufruf des Ministeriums des neuen Volksstaates an die Regierungen und Völker Amerikas, Frankreichs, Englands und Italiens sowie an die Proletarier aller Länder Ausdruck, der die Begeisterung schildert, mit der das Volk die Republik verkündet habe, und dann fortfährt:

»In diesem Augenblick stürzt auf die junge Republik Bayern die Veröffentlichung der Waffenstillstandsbedingungen der alliierten Mächte herein. Alle Hoffnungen, die wir durch den Erfolg der Revolution hegen durften, sind damit zerstört. Die neue Republik wird, wenn diese entsetzlichen Bedingungen unabänderlich sein sollten, in kurzer Zeit Wüste und Chaos sein.«

Das dürfe nicht geschehen. Die demokratischen Völker dürfen nicht wollen, daß die revolutionäre Schöpfung der deutschen Demokratie durch die Schonungslosigkeit der Sieger vernichtet werde. Jetzt sei »die Stunde gekommen, wo durch einen Akt weitblickender Großmut die Versöhnung der Völker herbeigeführt werden könne«. Der Völkerbund könne »niemals werden, wenn er beginnt mit der Ausrottung des jüngsten Gliedes demokratischer Kultur. Wir beschwören Euch, die Regierungen, wie die Völker, in einer Tat erhabener Selbstüberwindung die für alle verhängnisvolle Liquidierung des Weltkrieges in gemeinsamer Arbeit der Sieger und Besiegten zu unternehmen.«

Der Aufruf fand bei denen, an die er gerichtet war, keinen Widerhall. Es muß allerdings bemerkt werden, daß Eisner die Waffenstillstandsbedingungen später etwas anders beurteilt hat, als es auf Grund der ersten Depeschen der deutschen Unterhändler geschehen war, und gegen diese wegen ihrer Berichterstattung scharfe Angriffe richtete.

## c) SACHSEN.

Nachdem im letzten Drittel des Oktober Verhandlungen zwischen dem leitenden Minister und den Parteien des Friedensblocks wegen Neubildung des Ministeriums durch Hereinnahme von Vertretern dieser Parteien statt-

gefunden und zu dem Ergebnis geführt hatten, daß am 1. November u. and. zwei Mehrheitssozialisten, die Abgeordneten Fräßdorf und Heldt in das Ministerium eintraten, schlug schon am 8. November die Revolutionswelle auch auf Sachsen über. In Leipzig, der Zentrale der unabhängigen Sozialdemokratie Sachsens, finden an diesem Tage Massenumzüge von Arbeitern und Soldaten statt, nötigen das Generalkommando zur Kapitulation, besetzen die Post und entwaffnen die Polizei. Die Soldaten wählen in den Kasernen einen Soldatenrat, für die Arbeiterschaft verhandelt mit diesem ein aus der Ortsleitung der unabhängigen Sozialdemokratie gebildeter Arbeiterrat, als dessen Wortführer der Reichstagsabgeordnete Fritz Geyer und der Schriftsteller Lipinski auftreten. Ein engerer Ausschuß aus beiden Räten bildet die eigentliche Vollziehungsbehörde. Die Nachricht von dieser erfolgreichen Erhebung hat noch am gleichen Abend Massenversammlungen und Umzüge an anderen Orten Sachsens zur Folge. In der Hauptstadt Dresden, wo die alte sozialdemokratische Partei stark vertreten ist, wird in der Nacht vom 8. auf 9. November ein großenteils aus Anhängern dieser bestehender vorläufiger Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der die Leitung der Garnison Dresden an sich nimmt, woraufhin noch in derselben Nacht der König mit Familie Dresden verläßt und sich auf eines seiner entlegenen Schlösser zurückzieht. Am 9. November bilden die unabhängigen Sozialdemokraten ihrerseits einen Arbeiter- und Soldatenrat mit einem radikalen Programm und bringen das Generalkommando und andere öffentliche Gebäude in ihre Gewalt. Indes findet am späten Abend nach längeren Unterhandlungen eine Einigung der beiden sozialdemokratischen Körperschaften statt. Ein vereinigter revolutionärer Arbeiter- und Soldatenrat wird gebildet, ruft noch in der Nacht vom 9. auf den 10. November die Republik für Sachsen aus und beschließt folgende Proklamation:

> »An das sächsische Volk! Der König ist seines Thrones entsetzt. Die Dynastie Wettin hat aufgehört zu existieren.
>
> Die Erste Kammer ist aufgelöst. Auch die Zweite Kammer besteht nicht mehr.
>
> Die Staatsministerien, die im Einverständnis mit dem Vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat die Geschäfte provisorisch weiterführen, haben sofort Neuwahlen auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Männer und Frauen ausgeschrieben. Es lebe die soziale Republik Sachsen!«

Im Laufe des 10. November findet im Zirkus Sarrasani eine vom vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat einberufene große Versammlung der Vertrauenspersonen usw. der Dresdener Arbeiterschaft statt. Sie nimmt mit freudigster Erregung die vom Unabhängigen Fleißner vorgetragene Schilderung der vollzogenen Ereignisse, sowie eine Reihe Ansprachen von Vertretern der Bewegung aus beiden Lagern entgegen. Am Schluß der Verhandlung ziehen Soldaten und Arbeiter zum Schloß und hissen dort die rote Fahne auf. Verhandlungen mit dem Minister des Innern Dr. Koch, an den zugleich mit der Ankündigung, daß die bisherigen Minister ihres Amtes enthoben seien, die Anfrage gerichtet wird, ob er bereit sei, im Interesse der geregelten Lebensmittel- usw. Versorgung einstweilen persönlich sein Ministerium weiter zu verwalten, haben das Ergebnis, daß der Minister zwar erklärt, nicht länger im Amt bleiben zu können, als seine Kollegen, da das ganze Ministerium einen einheitlichen politischen Auftrag habe, dagegen das Versprechen abgibt, die Beamtenschaft aufzufordern, unter dem neuen Voll-

ziehungsausschuß ihre Arbeiten weiter zu versehen. Ein von ihm in diesem Sinne abgefaßter und am 12. November veröffentlichter Aufruf an die Beamten stellt in der Einleitung fest, daß der über sämtliche Machtmittel des Staates verfügende vereinigte revolutionäre Arbeiter- und Soldatenrat erklärt habe, daß er unbeschadet aller geplanten politischen Umwälzungen die öffentliche Sicherheit und die Versorgung des Landes mit Ernährungsmitteln und Rohstoffen aufrecht zu erhalten entschlossen sei, betont, daß es sich hierbei um die wichtigsten Erfordernisse der Stunde handle und richtet »im Einverständnis mit dem Gesamtministerium an alle Beamte und Angestellten« des Ministeriums des Innern die dringende Aufforderung, auf ihren Posten auszuharren und ihre Pflicht zu erfüllen«. Mehr als je müsse »in diesen schweren Tagen das Wort gelten: Über Alles das Vaterland.«

Tags darauf, am 13. November, geht dem Arbeiter- und Soldatenrat vom gleichen Minister ein Schreiben zu, daß der König auf den Thron verzichtet und alle Offiziere, Beamte ihres Treu-Eides entbunden habe, und am 14. November wird ein diese Ankündigung wiederholender Aufruf vom Gesamtministerium veröffentlicht. In Anknüpfung daran, daß der König dem Wunsch Ausdruck gegeben habe, die Beamten mögen auch unter der veränderten Regierungsform fortfahren, mit all ihren Kräften dem Vaterland zu dienen, erklären die Minister sich bereit, im Interesse der öffentlichen Ordnung die ihnen anvertrauten Ämter weiter zu verwalten »insoweit und solange ihnen dazu die Möglichkeit bleibt.«

Inzwischen ist von Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte von Dresden, Leipzig und Chemnitz folgender Aufruf vereinbart worden und wird gleichfalls am 14. November veröffentlicht:

»An das sächsische Volk!

Das kapitalistische System hat seinen Zusammenbruch erlebt. Die bürgerliche monarchische Regierung ist gestürzt. Das revolutionäre Proletariat hat die öffentliche Gewalt übernommen. Sein Ziel ist die sozialistische Republik. Verwirklichung des Sozialismus heißt: Verwandlung der kapitalistischen Produktion in gesellschaftliche; Enteignung des Privateigentums an Grund und Boden, Berg- und Hüttenwerken, Rohstoffen, Banken, Maschinen, Verkehrsmitteln u. s. w., Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, Uebernahme der Produktion durch das Proletariat. Aufgabe der sozialistischen Regierung ist, die Revolution fortzusetzen und zu steigern bis zur völligen Ueberwindung der herrschenden bürgerlichen Klasse. Verwirklichung der Republik heißt, absolute Herrschaft des Willens der Arbeiterklasse, Beseitigung der Knechtschaft in jeder Form, allgemeine Volksbewaffnung zum Schutze der Errungenschaft der Revolution, Abschaffung aller Arten des arbeitslosen Einkommens, Trennung der Kirche vom Staat, Abschaffung aller bürgerlichen Gerichte. Die republikanische Regierung Sachsens hat die besondere Aufgabe, die Liquidierung des sächsischen Staates herbeizuführen und die einheitliche sozialistische deutsche Republik zur Tatsache zu machen.

Die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte von Dresden, Leipzig und Chemnitz:

Schwarz. Neuring. Fleißner. Rühle. Geyer. Lipinski. Seeger. Heckert. Fellisch.«

Die Mehrzahl der Unterzeichner gehören teils der Unabhängigen Sozialdemokratie und teils der kommunistischen Partei an, und den Geist dieser Parteien atmet denn auch die Phrasierung des Aufrufs. In ihm, sowie in einem ebenfalls am 14. November veröffenlichten Protest der Vertreter der

Arbeiter- und Soldatenräte der drei genannten Städte gegen die Verfügung der Reichsregierung, wonach das Vorgesetztenverhältnis der Offiziere zu den Mannschaften bis auf weiteres bestehen bleiben soll, kündigt sich bereits die Wiederauflösung der eben erst zustande gekommenen Einigung der Sozialisten an. In Dresden und Chemnitz, wo die Anhänger der Mehrheitssozialdemokratie die große Masse der Arbeiter hinter sich hatten, hatten Erstere sich mit den Unabhängigen auf eine paritätische Zusammensetzung des Arbeiter- und Soldatenrats geeinigt, in Leipzig aber, wo die Unabhängigen über die Macht verfügten, hatten diese nicht nur die Parität, sondern jede Berücksichtigung der Mehrheitssozialisten abgelehnt. So verfügten sie denn im Revolutionsrat der drei Städte über die Mehrzahl der Stimmen und erzielten es, daß dessen Beschlüsse zumeist den Stempel ihres Geistes trugen.

Dies Übergewicht zeigt sich auch bei der Verteilung der Ministerien des neuen Freistaats. Am 15. November ward den einer Entscheidung über ihre fernere Stellung harrenden Ministern erklärt, es sei für ihre weitere Tätigkeit »kein Rahmen vorhanden«, sämtliche Ministerplätze würden aus den Reihen der Revolutionsparteien besetzt werden. Dies geschah in der Gestalt, daß ein aus sechs Personen bestehender Rat der Volksbeauftragten ernannt wurde, der zugleich das Gesamtministerium, bzw. das Kabinett bildete. War hierbei die Parität nicht zu umgehen gewesen, so wurden die politisch einflußreichsten Ministerien Mitgliedern der unabhängigen Sozialdemokratie zugeteilt, nämlich das Innere und Äußere an Lipinski, die Finanz an Fritz Geyer, das Militärwesen an Fleißner. Den Mehrheitssozialisten wurden das Kultus- und Unterrichtswesen — Buck; die Justiz — Georg Gradnauer und das Arbeitsministerium — Schwarz überwiesen. Das Ministerium gab in einer vom 16. November datierten Bekanntmachung die einstweilige Regelung der Aufgaben und Befugnisse der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte bekannt, wonach diese zu allen Sitzungen der Bezirksausschüsse hinzuzuziehen waren und die Ausführung der Verordnungen der Zentralregierung durch die örtlichen Verwaltungen zu kontrollieren hatten, und entwickelte am 18. November in einem Aufruf an das sächsische Volk sein eigentliches Regierungsprogramm. Im Gegensatz zu dem oben abgedruckten Aufruf des Vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldenrats ist diese umfangreiche Ansprache durchaus nüchtern gehalten. Nach Feststellung der vollzogenen Umwälzung der öffentlichen Gewalt kennzeichnet sie die Aufgabe der neuen Regierung dahin:

> »Das Land über die großen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage hinwegzuführen, die demokratischen Errungenschaften sicherzustellen und wirtschaftliche Umgestaltungen nach sozialistischen Grundsätzen zu verwirklichen. Die Arbeiterklasse braucht nicht nur politische Rechte, sondern auch die Befreiung aus ökonomischer Bedrückung, die in vollem Umfang nur der Sozialismus bringen kann . . .
>
> . . . Die Regierung will in Uebereinstimmung mit der neuen Reichsleitung wirken. Sofern Anordnungen der Reichsleitung unseren Beifall nicht finden, werden wir unsere Auffassungen dagegen geltend machen. Die von der Reichsleitung mit Gesetzeskraft erlassenen Verfügungen werden wir für Sachsen durch Vorschriften ergänzen, denen gleichfalls Gesetzeskraft zukommt.«

Nach Entwicklung eines Arbeitsprogrammes, das in keinem Punkt die Absicht überstürzten Vorgehens durchblicken läßt, schließt der Aufruf mit den Worten:

»Zur Ueberleitung aus dem Kriege zum Friedensstand und zum neuen Aufbau des Wirtschaftslebens bedarf es des Aufgebots aller Kräfte. Vornehmlich haben die Organisationen der Arbeiterklasse ihr Aeußerstes einzusetzen, um der Schwierigkeiten Herr zu werden. Nur so kann das Gespenst des Hungers gebannt und eine bessere Zukunft angebahnt werden. Schwer ist die Not der Zeit. Jeder tue seine Pflicht. Ist die gefahrvolle Uebergangszeit überstanden, dann wird das deutsche Volk vermöge der unvergänglichen Kräfte, die in ihm leben, in demokratisch-sozialistischer Entwicklung sich zu neuer Blüte entfalten. Vorwärts! Aufwärts!«

Offensichtlich war dieser Aufruf ein Kompromißwerk, in dem die Punkte unerörtert blieben, hinsichtlich deren zwischen den beiden in der Regierung vertretenen Parteien, wie in der Frage der Bildung einer neuen Volksvertretung, ernsthafte Meinungsverschiedenheiten bestanden. Damit war aber schon die Dauer des erträglichen Zusammenarbeitens ernstlich in Frage gestellt.

### d) WÜRTTEMBERG.

Nachdem am 6. November das amtierende Ministerium von Weizsäcker seine Entlassung erhalten hatte und am 7. November ein neues radikal gerichtetes Ministerium unter dem Vorsitz des demokratischen Volksparteilers Liesching und mit Hinzuziehung des Sozialdemokraten Dr. Hugo Lindemann gebildet worden war, gibt tags darauf ein aus Vertretern der Mehrheitssozialisten und der vereinigten Gewerkschaften Württembergs gebildeter Ausschuß eine Erklärung bekannt, die das folgende erheblich weitergehende Programm von unverzüglich aufzustellenden Forderungen aufstellt:

»Die Durchführung der republikanischen Staatsverfassung. — Allgemeines, gleiches, geheimes, direktes Wahlrecht in Reich, Staat und Gemeinde auf der Grundlage der Verhältniswahl für alle über 20jährigen Staatsangehörigen. — Abschaffung der Ersten Kammer und aller auf Besitz und Geburt ruhenden Vorrechte. — Neuwahl der Parlamente. — Schleunige Herbeiführung des Friedensschlusses, Abrüstung und Auflösung des stehenden Heeres. — Sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur. — Freilassung aller aus politischen und disziplinaren Gründen inhaftierten Zivil- und Militärpersonen. — Aufhebung der Hilfsdienstpflicht. — Durchführung aller von den Gewerkschaften verlangten Maßnahmen für die Uebergangswirtschaft, sowie des sozialistischen Programmes von Partei und Gewerkschaften. — Tilgung der Kriegsschulden durch restlose Erfassung der Kriegsgewinne und große allgemeine Vermögensabgabe.«

Am 9. November erscheint gewissermaßen als Antwort hierauf ein Aufruf des neuen Ministeriums, der ankündigt, daß der König in Übereinstimmung mit dem Ministerium die Einberufung einer konstituierenden Versammlung angeordnet habe, deren Aufgabe sein soll, dem Lande »eine den Bedürfnissen der neuen Zeit genügende Verfassung zu geben«. Der König spreche aus, daß seine Person »niemals ein Hindernis einer von der Mehrheit des Volkes geforderten Entwicklung sein wird.« Aber diese Erklärung und die an sie angeknüpfte »dringende Mahnung und Bitte, in diesen Tagen der schweren Not des Vaterlandes Besonnenheit zu bewahren, um Ruhe und Ordnung zu schaffen, konnten den revolutionären Drang der Massen nicht aufhalten. Beide sozialdemokratische Fraktionen halten am frühen Vormittag auf dem Platz vor dem Schlosse unter gewaltigem Zulauf Demonstrationen ab, und während drinnen die Minister vereidigt werden, sprechen draußen die Volksredner schon von der Republik. Dann formieren die Versammelten

sich zum Zug durch die Stadt, und kaum hat sich dieser in Bewegung gesetzt, so dringen Soldaten in das königliche Palais, erklären den König für abgesetzt und ertrotzen das Niederholen der königlichen Standarte. Ein Arbeiter- und Soldatenrat wird gebildet, Verständigung zwischen den zwei sozialdemokratischen Fraktionen erzielt, auf Grund deren eine neue provisorische Regierung zustandekommt, die aus vier Mehrheitssozialisten — W. Blos (Auswärtiges), B. Heymann (Kultus und Unterricht), H. Lindemann (Arbeit) und H. Mattutat (Justiz), zwei unabhängigen Sozialisten — A. Crispien (Inneres) und Thalheimer (Finanz) sowie dem der Spartakusrichtung zuneigenden Sozialisten Schreiner (Krieg) besteht. W. Blos und Artur Crispien teilen sich in den Vorsitz.

Ein von dieser Regierung veröffentlichter Aufruf sagt in den ersten Sätzen:

> »An das württembergische Volk! Eine gewaltige, aber glücklicherweise unblutige Revolution hat sich heute vollzogen. Die Republik ist erklärt.
>
> Eine neue Epoche der Demokratie und der Freiheit bricht an, die alten Gewalten treten ab, und das Volk, das die Revolution bewirkt hat, übernimmt die politische Macht.
>
> Seine nächste Vertretung bildet der aus den freien Gewerkschaften, der sozialdemokratischen Partei und dem Arbeiter- und Soldatenrat berufene Arbeitsausschuß, dem sich General von Ebbinghaus mit seinem Offizierkorps zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit zur Verfügung gestellt hat. Die genannten Körperschaften werden geeignete Fachleute für die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte heranziehen ohne Rücksicht auf ihre politische und religiöse Gesinnung.
>
> Die Regierung ist provisorisch und betrachtet es als ihre erste Aufgabe, eine konstituierende Landesversammlung auf Grund der in unserem Programm bekanntgegebenen Wahlrechtsforderungen vorzubereiten.«

Nachdem der Arbeiter- und Soldatenrat in seiner Sitzung vom 10. November die so zusammengesetzte Regierung bestätigt hatte, erfährt sie Tags darauf die Neubesetzung einiger Posten. Sie macht sie in einer neuen Kundgebung in folgenden Sätzen bekannt:

> »Die provisorische Regierung hat ihr in der Kundgebung vom 9. November gegebenes Versprechen erfüllt, geeignete Fachleute für die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte heranzuziehen, ohne Rücksicht auf deren politische oder religiöse Gesinnung. Es sind in die Regierung neu eingetreten die Herren Baumann für das Ernährungswesen, Kiene für die Justiz, Liesching für die Finanzen.«

Und weiter heißt es daselbst:

> »Das Verkehrswesen bleibt dem Ministerium des Auswärtigen unterstellt. Die obersten fachmännischen Leiter bleiben für die Eisenbahnen der Präsident der Generaldirektion der Staats-Eisenbahnen, Staatsrat Stieler, für das Postwesen der Präsident der Generaldirektion der Posten und Telegraphen, Metzger.
>
> Diese Gestaltung der Dinge ist erfolgt im Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat.«

Danach sind der dem Spartakusbund angehörige unabhängige Sozialist Thalheimer und der Mehrheitssozialist Mattutat aus der Regierung ausgeschieden, die nun nicht mehr eine rein sozialistische Regierung ist. Von den neu ernannten Mitgliedern gehört Baumann der nationalliberalen Partei, Kiene

dem Zentrum und Liesching der fortschrittlichen Volkspartei an. Am gleichen Tage, dem 11. November, erläßt der Aktionsausschuß der vorläufigen Arbeiterräte einen Aufruf zur Wahl endgültiger Räte auf Grund zugleich veröffentlichter Bestimmungen. Die Wahlen ergeben zumeist Mehrheiten der alten sozialdemokratischen Partei. Die bürgerlichen Parteien veröffentlichen Erklärungen, wonach sie sich unter gewissen Vorbehalten dem neuen Zustand der Dinge unterwerfen und ihre Bereitwilligkeit zur positiven Mitarbeit aussprechen. Der König läßt am 16. November durch seinen Kabinettschef der vorläufigen Regierung mitteilen, daß er alle Personen, die sich durch ihren Diensteid zu Treue und Gehorsam gegen ihn verpflichtet haben, von dieser Verpflichtung freigesprochen haben will. Das wird aber nicht für genügend befunden, und am 30. November erklärt der König seinen Verzicht auf den Thron und nimmt den Titel eines Herzogs von Württemberg an. Sein an das Württembergische Volk gerichteter Abschiedsgruß lautet:

»An das Württemberger Volk! Wie ich schon erklärt, soll meine Person niemals ein Hindernis sein für die freie Entwicklung der Verhältnisse des Landes und dessen Wohlergehen.

Geleitet von diesem Gedanken, lege ich mit dem heutigen Tage die Krone nieder.

Allen, die mir in 27 Jahren treu gedient oder mir sonst Gutes erwiesen haben, vor allem auch unseren heldenmütigen Truppen, die durch vier Jahre schwersten Ringens mit größtem Opfermut den Feind vom Vaterlange ferngehalten haben, danke ich aus Herzensgrund, und erst mit meinem letzten Atemzuge wird meine Liebe zur teuren Heimat und ihrem Volke erlöschen.

Ich spreche zugleich hierbei im Namen meiner Gemahlin, die nur schweren Herzens ihre Arbeit zum Wohle der Armen und Kranken im bisherigen Umfang niederlegt.

Gott segne, behüte und schütze unser geliebtes Württemberg in alle Zukunft! Dies mein Scheidegruß!

Bebenhausen, den 30. November 1918. Wilhelm.«

Gleichzeitig veröffentlicht die vorläufige Regierung im Württembergischen Staatsanzeiger folgende, auch von dem unabhängigen Sozialdemokraten Crispien unterzeichnete Erklärung:

»Die provisorische Regierung nimmt den Thronverzicht des Königs entgegen. Eine Thronfolge im Sinne des § 7 der württembergischen Verfassungsurkunde ist nach den durch die Umwälzung vom 9. November geschaffenen Verhältnissen ausgeschlossen.

Die provisorische Regierung dankt im Namen des Volkes dem Könige, daß er in allen seinen Handlungen von der Liebe zur Heimat und zum Volke getragen war und daß er durch seinen freiwilligen Verzicht dazu beigetragen hat, die Bahn für die freiheitliche Entwicklung zu ebnen. Das württembergische Volk vergißt nicht, daß der König mit seiner Gemahlin in Werken der Nächstenliebe stets edel und hilfreich gehandelt hat.«

Damit hatte auch in Württemberg die Abschaffung des monarchischen Regierungssystems die Anerkennung des gesetzlichen Trägers dieses Systems erhalten.

* * *

Ähnlich wie in Sachsen und Württemberg vollziehen sich die Umwälzung der Staatsform und die Bildung provisorischer, auf Arbeiter und Soldatenräte gestützter sozialistisch-republikanischen Regierungen in den übrigen

deutschen Bundesstaaten. Die Fürsten, von denen verschiedene sich auch in sozialistischen Kreisen persönlicher Sympathie erfreuten, suchen zunächst durch Entgegenkommen an das Verlangen nach Neuordnung der Dinge die Regierungsform zu retten, leisten aber dann ohne Versuch eines Widerstandes überhaupt auf den Thron Verzicht. Ebenso nehmen in den Hansastädten Ausschüsse von Arbeiter- und Soldatenräten die Regierung in die Hand. Die sozialdemokratischen Parteien gehen hierbei zusammen. Aber es ist nur ein durch den Druck der Umstände, verschiedentlich sogar, wie in Berlin, von der Masse erzwungenes Zusammenwirken. Die Gegensätzlichkeiten in bezug auf die Kampfmethoden sind keineswegs behoben und werden von seiten der nun eine fieberhafte Tätigkeit entfaltenden Anhänger der Spartakusgruppe eifrigst rege erhalten.

## VIII.

# Kämpfe von Sozialisten gegen Sozialisten.

So klar es für jeden Sozialisten sein mußte, daß der gute Fortgang der Revolution vom gefestigten Zusammenarbeiten der sozialistischen Fraktionen abhing, da auf sie die politische Macht übergegangen war, so schwer erwies es sich in der Praxis, dieses Zusammenarbeiten in dem erforderten Grade und auf die nötige Zeitdauer zur Wirklichkeit zu machen. Wohl darf man sagen, daß bei der großen Mehrheit der führenden Mitglieder der beiden sozialdemokratischen Fraktionen es am guten Willen hierzu nicht mangelte. Aber mit diesem guten Willen allein war es nicht getan, solange nicht auch wenigstens in bezug auf die wichtigsten Fragen der zu beobachtenden Haltung und der zu ergreifenden Maßnahmen grundsätzliche Übereinstimmung erzielt war. Hieran fehlte indes, wie sich bald zeigte, so mancherlei, und die erste Wirkung war, daß, ganz besonders im Reich, wie die Republik Deutschland noch hieß, die Arbeiten des Rats der Volksbeauftragten ungemein schleppend vonstatten gingen und den Persönlichkeiten, die ihn bildeten, wenig Befriedigung gewährten. Man stand sich drei gegen drei gegenüber, war also bei Meinungsverschiedenheiten von Gruppe gegen Gruppe auf sich lange hinziehendes Unterhandeln angewiesen, um überhaupt einen Beschluß zu erzielen, und mußte, wo ein solcher nicht zu erzielen war, manche zur Entscheidung stehende Angelegenheit aufs Unbestimmte hinaus unerledigt lassen.

Der Krieg und die Verschiedenheit der Stellungnahme in diesem hatten eben doch auf die Seelen so tiefe Eindrücke zurückgelassen, daß es manchmal scheinen mochte, als stünden sich die Vertreter grundverschiedener Lebens- und Gesellschaftsauffassungen gegenüber. Die Mehrheitssozialisten hatten in bezug auf die spezifisch nationalen Fragen, einschließlich der Frage des Heerwesens, sich der Auffassung der bürgerlichen Parteien ziemlich stark angenähert, die Unabhängigen wiederum einen intransigenteren Standpunkt gewonnen als vor dem Kriege. Die ersteren waren zu größeren Zugeständnissen an bürgerliche Interessen geneigt als vordem, die letzteren um so mehr veranlaßt, über solche sich hinwegzusetzen, als ihre mit spartakistischen Elementen durchsetzte Anhängerschaft im Lande ungeduldig auf radikale Maßnahmen drängte.

Indes wäre es, da man auf beiden Seiten sich der großen Verantwortungen durchaus bewußt war, doch wohl mit der Zeit zu einer ziemlichen Annäherung der Standpunkte gekommen, wenn nicht Agitationen von außen dafür gesorgt hätten, daß eines Tages die Gegensätze im Gegenteil sich zu

verschärfen anfingen. Ganz besonders verhängnisvoll wurden der jungen Republik auf der einen Seite die Mißgriffe des auswärtigen Amtes und der deutschen Waffenstillstandskommission in der Behandlung der durch die harten Forderungen der Entente geschaffenen Sachlage, auf der anderen Seite die Streitigkeiten über die Aufgaben und Vollmachten der Arbeiter- und Soldatenräte, wie sie durch die wühlende Hetzarbeit der vom Bolschewismus erfaßten Elemente sich zu verhängnisvollen Zusammenstößen zuspitzten.

Bei Besetzung der Posten in der Republik hatte man das Amt des Staatssekretärs des Auswärtigen in den Händen des Ministers Solf gelassen, der sich unter der Regierung Wilhelms II. als tüchtiger und modernen Auffassungen nicht unzugänglicher Kolonialminister bewährt hatte und von dem man wußte, daß er Gegner der kaiserlichen Kriegspolitik gewesen war. Ebenso beließ man dem Zentrumspolitiker Mathias Erzberger das Amt des Unterstaatssekretärs im auswärtigen Amt und übertrug ihm die Vertretung der Regierung bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Spaa. Beide Persönlichkeiten begingen jedoch in der Behandlung dieser letzteren Frage zunächst große Fehler. Man wird es ihnen nicht zu hart anrechnen, daß sie im ersten Augenblick über die Schwere der Bedingungen der Entente die Fassung verloren, und konnte nichts dagegen einwenden, daß sie gegen diejenigen davon, die ihnen ungeheuerlich und mit den Ankündigungen der leitenden Staatsmänner der Allierten und insbesondere des Präsidenten Wilson in hellem Widerspruch stehend erschienen, Protest einlegten und das Urteil der öffentlichen Meinung der Kulturwelt anriefen. Aber sie überschritten darin wiederholt das Maß dessen, was vernünftigerweise vertreten werden konnte, und stellten Forderungen als unerhört und mörderisch hin, die zwar sehr drückend waren, aber, wie die Forderung der Auslieferung von 5000 Lokomotiven als Ersatz für die aus Belgien und Frankreich weggeführte gleiche Zahl, doch einer Berechtigung nicht entbehrten und innerhalb eines etwas verlängerten Termins auch ohne ernsthaften Schaden durchgeführt werden konnten. Außerdem begingen sie auch die Taktlosigkeit, immer wieder Wilson gegen seine Alliierten anzurufen, wodurch diese nur um so mehr gereizt wurden, Wilsons Stellung im Rat der Sieger aber sehr erschwert ward. Auch schwächten sie die Eindruckskraft ihrer Proteste dadurch selbst ab, daß sie kaum einen Tag verstreichen ließen, ohne deren Zahl um einen neuen zu vermehren. Alles das schuf eine sehr unangenehme, der Republik abträgliche Stimmung. Die Nationalisten höhnten, man sehe jetzt, wie verkehrt es gewesen sei, den Erklärungen der Politiker der Entente Glauben zu schenken, daß ihr Kampf nur dem deutschen Imperialismus, nicht aber dem deutschen Volk gelte. Im sozialistischen Lager aber forderten Wortführer der Unabhängigen einen Personenwechsel, während leitende Mitglieder der Mehrheitler vor einem solchen zurückschreckten, wobei sie sich hinsichtlich Erzbergers auf dessen unleugbar große Sachkunde berufen und schließlich auch auf einige von ihm erwirkte kleine Zugeständnisse hinweisen konnten.

Der Gegensatz kam öffentlich zur Sprache auf der Reichskonferenz der neuen Regierungen der jetzt Freistaaten genannten deutschen Einzelstaaten, die am 25. November 1918 in der Reichskanzlei zu Berlin stattfand. Die Zusammenkunft wurde durch eine angemessene Ansprache Fritz Eberts eröffnet, worauf die Herren Solf und Erzberger Bericht gaben über die Waffenstillstandsbedingungen und die Aussichten des Friedensschlusses.

Ihre Darlegungen klangen überaus pessimistisch. Übereinstimmend erklärten sie, daß von Seiten der Entente das Schlimmste zu gewärtigen sei, wenn nicht bald eine von der Nation auf Grund von Wahlen anerkannte Regierung gebildet werde, die einen Präliminarfrieden schließen könne. Nachdem sie geendet, nahm der neben ihnen sitzende Kurt Eisner als Vertreter Bayerns das Wort und hielt eine auch im Ton außerordentlich scharfe Anklagerede gegen sie. Ihre Tätigkeit könne nur als gegenrevolutionär bezeichnet werden und schädige Deutschland schwer. Es zeige sich, daß die Verhandlungen mit den Alliierten nicht durch Leute geführt werden dürfen, die irgendwie zum alten System gehört hatten. Mit andern Worten, sie müßten unbedingt den Platz räumen. Die Rede wurde auf Seiten der Mehrheitler sehr unangenehm empfunden. Drei ihrer Redner, Fritz Ebert, Wolfgang Heine und Otto Landsberg, traten Eisner entgegen, wobei sie insbesondere Erzberger in Schutz nahmen, während Solf weniger Verteidigung fand. Er legte denn auch in der Tat bald darauf sein Amt nieder und wurde auf Vorschlag Hugo Haase's durch den Grafen Brockdorff-Rantzau ersetzt, bis dahin deutscher Gesandter in Kopenhagen, aus dessen während des Krieges nach Berlin gesandten Berichten eine klare Erfassung der Situation und freimütige Kritik der Kriegspolitik sprachen.

Die Konferenz beschäftigte sich dann weiter mit der von einigen radikalen Mitgliedern (Geitner-Gotha, Merges-Braunschweig) verfochtenen Idee, unbekümmert um die Frage des Friedens an die Durchführung des Sozialismus heranzugehen und bis diese vollzogen sei, die Herrschaft der Arbeiter- und Soldätenräte aufrecht zu erhalten, bezw. von der Wahl einer Nationalversammlung abzusehen. Die Anwälte dieser Idee blieben jedoch mit ganz vereinzelten Stimmen in der Minderheit. Außer Vertretern der Mehrheitssozialisten sprachen auch die namhaftesten Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie — die Haase, Eisner, Crispien — gegen sie. Mit großer Mehrheit wurden vielmehr die folgenden von Ebert vorgeschlagenen Sätze als Zusammenfassung des Ergebnisses der Besprechung angenommen:

»1. Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich, entschieden im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.

2. Der Berufung der konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Absicht der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.

3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die Arbeiter- und Soldatenräte die Repräsentanten des Volkswillens.

4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf schleunige Herbeiführung des Präliminarfriedens hinzuarbeiten.«

Einstimmig nahm die Konferenz ferner nach sehr eindrucksvollen Referaten der Staatssekretäre Wurm vom Reichsernährungsamt, Dr. Koeth vom Demobilmachungsamt, August Müller vom Reichsarbeitsamt und Eugen Schiffer vom Reichsschatzamt folgende Resolution an:

»Um das wirtschaftliche Leben Deutschlands aufrechtzuerhalten, die ungestörte Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Ausland zu sichern und die deutsche Volksrepublik im In- und Ausland kreditfähig zu erhalten, ist das Fortarbeiten aller Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute auf der bisherigen Grundlage und in der bisherigen Form unbedingt erforderlich. In Übereinstimmung

mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten erklärt daher die Reichsregierung, daß jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Kreditanstalten zu unterbleiben hat.«

Nicht ohne ein Gefühl der Wehmut liest man nachträglich die Darlegungen Schiffers über die Finanzlage der Republik. Was er dort als äußerst bedenklichen Stand der Finanzen hinstellte, mutet uns nun, noch nicht zwei Jahre später, fast als ein Idealzustand an. Indes zeigten sich doch damals schon deutlich genug die Gefahren an, welche den Haushalt der Republik bedrohten, und so forderte denn Schiffer noch mit stärkerem Nachdruck als seine Vorredner die schleunige Einberufung der Nationalversammlung. Er entwickelte ein Steuerprogramm, das in bezug auf radikales Anfassen der Gewinne und des Besitzes schon so ziemlich die ganze spätere Erzbergersche Steuergesetzgebung vorwegnahm und daher selbst auf der Linken der Konferenz Beifall erntete. Aber er setzte hinzu, daß die Durchführung dieses Programms auf tausend Schwierigkeiten stoßen werde, wenn für es nicht die gesetzliche Grundlage geschaffen sei. Ohne eine solche würde es namentlich ganz unmöglich sein, Wirksames gegen Kapitalsflucht und Steuerscheu auszurichten.

Ebenso klangen auch die Schlußworte Eberts, die auf die Notwendigkeit von Arbeit und Selbstzucht für die gedeihliche Entwicklung der Republik hinwiesen, in einen Ruf nach der Nationalversammlung aus.

In bezug auf diese Frage gingen jedoch die Meinungen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen hinsichtlich des Termins noch ziemlich weit auseinander. Bei den Mehrheitlern war man für möglichst baldige Ausschreibung von Wahlen, ein bei der Masse der Berliner Unabhängigen einflußreicher Flügel, dessen entschiedenster Sprecher Georg Ledebour war, wollte dagegen den Termin möglichst weit hinausschieben. Gar nicht zu reden von den Anhängern des Spartakusbundes, die als gelehrige Schüler der russischen Bolschewisten Gegner jeder auf Grund allgemeiner Wahlen gebildeten Gesetzgebungs- und Verwaltungskörper waren.

Der Spartakusbund bildete in jenem Zeitpunkt noch einen Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratie. Er war während des Krieges aus Anhängern der äußersten Opposition der sozialdemokratischen Partei erstanden, der ein regelmäßig erscheinendes, geheim verbreitetes Blättchen mit Spartakus gezeichneten Artikeln als geistiges Verbindungsglied diente, und hatte nach diesen, zum großen Teil von Karl Liebknecht herrührenden Artikeln seinen Namen gewählt. Opposition innerhalb der von Hugo Haase, Wilhelm Dittmann, Georg Ledebour und andern geführten Opposition hatte er zuerst die Spaltung der sozialdemokratischen Partei propagiert, und unter seiner Mitwirkung war diese Ostern 1917 auf einer in Gotha abgehaltenen Konferenz von Gegnern der Kriegspolitik der Partei dadurch zustande gekommen, daß mit 76 gegen 44 Stimmen der Zusammenschluß der Opposition zu einer eigenen, sich Unabhängige Sozialdemokratie nennenden Partei bebeschlossen wurde.

Hugo Haase, der dieser Sonderbildung widerraten hatte, sich aber dann dem Mehrheitsbeschluß unterwarf, hatte am Schluß der Konferenz an die dem Spartakusbund angehörenden Delegierten die Mahnung gerichtet, die beschlossene Parteiorganisation nicht, wie vom Delegierten Heckert und anderen schon unter der Hand herumgegeben worden war, lediglich als »schützendes Dach für die bequemere Betreibung ihrer Sonderzwecke« zu be-

nutzen, sondern nun auch gute Parteigenossenschaft zu üben. Er hatte aber damit keine nachhaltige Wirkung erzielt. Die Spartakusleute suchten die Mitgliedschaften der neuen Partei im Sinne ihrer, auf revolutionäre Erhebungen abzielenden Agitation zu bearbeiten, und betrieben, wo ihnen das nicht gelang, nach wie vor ihre eigene Propaganda. Dies namentlich, nachdem in Rußland die Bolschewisten zur Herrschaft gekommen waren und, nach Abschluß des Friedens von Brest-Litowsk, in Berlin eine Gesandtschaft mit Joffe als Chef errichtet hatten. Unter den verschiedensten Formen flossen ihnen von Joffe Unterstützungen zu, mit Hilfe deren sie im größeren Stil systematisch die Vorarbeit für aufständische Bewegungen betreiben und schließlich zum Ankauf von Waffen übergehen konnten. Dem darüber im vierten Kapitel dieser Schrift (S. 22) Mitgeteilten sei noch folgendes Stück aus dem in der Freiheit vom 15. Dezember 1918 abgedruckten Funkspruch des nach Moskau zurückgekehrten Joffe wiedergegeben:

> »Auf die Erklärung der Herren Volksbeauftragten Emil Barth und Hugo Haase erkläre ich zunächst, daß ich allerdings ein lächerlicher Konspirator und in der illegalen Organisation der russischen sozialdemokratischen Partei 15 Jahre lang umsonst tätig gewesen wäre, wenn ich in meiner streng illegalen revolutionären Tätigkeit in Berlin so gehandelt hätte, wie es den beiden Herren darzustellen beliebte.
>
> Es versteht sich von selbst, daß ich die zum Ankauf von Waffen bestimmten Geldbeträge nicht unmittelbar an Barth aushändigen konnte, da dieser Herr ein Neuling in der Arbeiterbewegung war und mir kein großes Vertrauen einflößte. Ich mußte vielmehr als Mittelsperson solche Genossen auswählen, die auf mein Vertrauen mehr Anspruch und deren Namen besseren Klang in der Arbeiterbewegung hatten. Es war jedoch Herrn Volksbeauftragten Barth ganz genau bekannt, daß die mehrere Hunderttausend Mark, die er, wie er selbst zugibt, von den deutschen Genossen erhalten hatte, letzten Endes von mir stammten. Mir gegenüber hat er dies bei unserer von ihm erwähnten Zusammenkunft, vierzehn Tage vor Ausbruch der Revolution, bestätigt, als er sagte, er wisse ganz genau, wo diese Gelder ihren Ursprung hätten.«

Ihrerseits nahmen die Spartakusleute mit der materiellen Hilfe schrittweise auch die politische Doktrin der Bolschewisten an. Auf einer am 7. Oktober 1918 in Gotha abgehaltenen Reichskonferenz beschloß der Spartakusbund überall in Deutschland die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten zu betreiben. Der Beschluß fand die rückhaltlose Zustimmung und Unterstützung Karl Liebknecht's, der nach seiner am 21. Oktober 1918 durch Philipp Scheidemann erwirkten Freilassung aus dem Zuchthaus die Führung des Spartakusbundes übernahm. Wir haben gesehen, wie er am Abend des 9. November 1918 versuchte, die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie auf das bolschewistische Programm der Rätediktatur festzulegen, in der »Die Rote Fahne« betitelten Nummer des Berliner Lokal-Anzeiger vom 10. November 1918 die Arbeiter Berlins aufforderte, es zu ihrem Programm zu machen, und in der großen Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Berlins vom Abend des 10. November 1918 in diesem Sinne auftrat, wie jedoch entgegen dem von seinen Anhängern gestellten Antrag, den Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte so zusammenzusetzen, daß auf eine Mehrheit im Rat für jenen Plan gehofft werden konnte, dieser vielmehr paritätisch aus Unabhängigen und Mehrheitssozialisten zusammengesetzt wurde, worauf Liebknecht für sich und die abwesende Rosa Luxemburg jede Wahl in den so zusammengesetzten Vollzugsrat ablehnte.

Dieser Verzicht sollte aber nicht heißen, daß die beiden und der Spartakusbund sich dem Mehrheitsbeschluß zu unterwerfen und bis auf weiteres passiv zu verhalten gedachten. Im Gegenteil, mit Eifer verlegten sie sich nun auf eine Agitation, die den Zweck hatte, die von jener Versammlung sanktionierte paritätische sozialistische Regierung der neuen Republik zu sprengen — die »Scheidemänner«, wie das Wort ging, das heißt die Mitglieder der Mehrheitssozialdemokratie, aus ihr hinauszutreiben. Daß, wenn der Plan in Berlin gelang, dies angesichts der Stärke der Mehrheitssozialisten im Lande Deutschland in den Zustand der Anarchie mit allen verheerenden Folgen einer solchen hätte stürzen müssen, kam für Karl Liebknecht und seine Parteigänger nicht in Betracht. Eine starke Unbekümmertheit um die Folgen seines politischen Tuns war ja auch sonst Liebknecht eigen. Sie war die psychologische Ursache der großen tragischen Schuld, die er in jenen Tagen auf sich lud.

Der Politiker, und insbesondere der Führer einer Massenbewegung, nimmt mit seinem Tun und Lassen eine Verantwortung auf sich, bei der die gute Absicht allein nicht genügt, jede Schuld für üble Wirkungen auszuschließen. Vom Führer kann und muß man verlangen, daß er sich ernsthaft und gründlich die Wirkungen von Aktionen überlegt, zu denen er oder seine Partei den Reiz verspüren, ehe er sie anordnet und gutheißt. Im Grunde kann man sogar den kategorischen Imperativ aufstellen: der Führer muß w i s s e n — nämlich eben, welches die wahrscheinlichen Folgen seiner Anordnungen sein werden. Weiß er das nicht, so war er nicht zum Führer berufen und lud schon dadurch eine Schuld auf sich, daß er die so verantwortungsvolle Rolle des Führers übernahm, ohne ihr gewachesn zu sein. Treffend führt der Karl Liebknecht in dessen Wollen sehr nahestehende radikale Ethiker Magnus Schwantje in seiner Schrift »Sollen wir jede sogenannte ehrliche Überzeugung achten?« (Berlin 1920, Verlag Neues Vaterland) aus, daß selbst ein Mensch, der Gutes wollte und sich in dieser Absicht schwere Opfer auferlegte, aber tatsächlich, weil er falsche Mittel anwandte oder die Folgen seines Tuns nicht voraussah, Schaden bereitete, nicht auf den Irrtum hin von Schuld freizusprechen sei. »Denn«, schreibt Schwantje sehr richtig, »es ist ja möglich, daß er nur deshalb sich in der Wahl der Mittel irrte und die Folgen seines Tuns nicht erkannte, weil er s i c h n i c h t g e n ü g e n d b e m ü h t e, die richtigen Mittel zur Erreichung seines guten Zweckes zu finden, oder daß seine guten Absichten vermischt waren mit egoistischen Neigungen, welche die Unbefangenheit seines Nachdenkens trübten (a. a. O. S. 4 und 5). Egoistische Neigungen brauchen aber nicht notwendig auf materielle Vorteile gerichtet sein, sie liegen auch vor, wo Menschen gewohnt sind, ohne Rücksicht auf die Wirkung auf andre wahllos ihren persönlichen Empfindungen und Eingebungen zu folgen.

Der Spartakusbund setzte sich vornehmlich aus jungen Leuten ohne Erfahrung und politisches Urteil zusammen, denen sich nach dem Sieg der Revolution exaltierte und unzufriedene Elemente der verschiedensten Art zugesellten. Er hatte in einer Anzahl von Fabriken Berlins seine Vertrauensleute, und diese nebst den Vertrauenspersonen seiner sonstigen Sektionen hielten gemeinsame Sitzungen ab und machten die in diesen Sitzungen gefaßten Beschlüsse mit der Unterschrift »die revolutionären Obleute« bekannt, ohne daß die große Masse der Berliner Arbeiterschaft über die Mandate und die Zusammensetzung dieser revolutionären Obleute Genaueres erfuhr.

Nicht wenige Arbeiter wurden auf diese Weise irregeführt. An ihre so gemischte Anhängerschaft aber richteten Karl Liebknecht und andere Führer des Spartakusbundes in der nach Räumung des Lokal-Anzeigers von ihnen herausgegebenen Zeitung »Die Rote Fahne« in überaus heftigen Artikeln den Ruf, sich zum Kampf wider die eben geschaffene Regierung der Republik zu rüsten. An ihrer Spitze zog Liebknecht unter Rufen, die zum Sturz der mehrheitssozialistischen Mitglieder der Regierung aufforderten, durch die Straßen, wo die Regierungsgebäude liegen, und an sie teilten er und Freunde schließlich Waffen aus. Wohin sollte, wohin mußte das führen? Konnte es anderes als blutige Kämpfe zwischen Sozialisten zum Schaden für die Republik zur Folge haben? Diese Frage stellte am 24. November 1918 Kurt Eisner an Liebknecht, als er zur Reichskonferenz der einzelstaatlichen Regierungen nach Berlin gekommen war, und hielt ihm in zwei Stunden währender eindringlichen Unterredung vor, wie schwer er sich an der großen Sache, die auf dem Spiele stehe, versündige, wenn er fortfahre, in der geschilderten Weise zu agitieren. Aber so wenig wie andere konnte Eisner Liebknecht bewegen, von der Art seiner Agitation Abstand zu nehmen.

So trat denn eines Tages die unvermeidliche Folgewirkung ein. Schon in der Nacht vom 21. Nov. 1918 versuchten nach einer Versammlung, in der Liebknecht gesprochen hatte, einige von dieser kommende Hitzköpfe, denen selbst der linksunabhängige Polizeipräsident Eichhorn nicht radikal genug erschien, einen Angriff auf das Polizeipräsidium, wobei sie einen Polizisten erschossen. doch konnte der Versuch ohne sonstiges Blutvergießen abgewehrt werden. Blut floß dagegen am Abend des 6. Dezember 1918. Es ist der Tag, an dem Nachmittags ein konfuses Mitglied des Soldatenrats, der Feldwebel Fischer, angestachelt durch einen als Skandaljournalisten bekannten Deutsch-Amerikaner, namens Martens, und zwei jüngere Aristokraten aus dem Auswärtigen Amt, mit Bewaffneten in eine Sitzung des Vollzugsrats der Arbeiterräte eindrang und ihn, der sich allerhand Gegner gemacht hatte, für verhaftet erklärte, während ein Feldwebel Spiro an der Spitze von Soldaten vor die Reichskanzlei zog, Fritz Ebert herausrufen ließ und ihn im Namen der inzwischen angesammelten Menge aufforderte, sich zum Präsidenten der Republik ausrufen zu lassen. Ebert gab im Angesicht der in allerhand Zurufen sich ergehenden Menge die hinhaltende Antwort, er müsse die Sache doch erst mit seinen Kollegen vom Rat der Volksbeauftragten besprechen, und ordnete die sofortige Freisetzung des Vollzugsrats an, womit der durch seine Hirnlosigkeit harmlose »Putsch« sein Ende nahm. Aber er hatte sein böses Nachspiel.

Vielleicht nicht ganz zufällig war er zur gleichen Zeit in Szene gesetzt worden, wo im Norden und Nordosten Berlins vom Spartakusbund veranstaltete Versammlungen von Deserteuren, Kriegsbeschädigten, Urlaubern und Arbeitslosen stattfanden. In diesen Versammlungen besonders leicht zu unüberlegten Aktionen erregbarer Elemente, für die eigene Organisationen und »Räte« geschaffen worden waren, ward die Nachricht von der vermeintlichen Aufhebung des Vollzugsrates verkündet und versetzte, durch die Redner entsprechend kommentiert, die Teilnehmer in nicht geringe Wut. Man beschloß, sofort zu Gegendemonstrationen überzugehen, erwirkte sich vom Polizeipräsidenten Emil Eichhorn die Erlaubnis zu, wie behauptet wird, unbewaffneten Umzügen und setzte diese ins Werk. Noch ehe aber die Trupps sich formiert hatten, war dem Soldaten Krebs, Mitglied des

Soldatenrats der Kommandantur, von einem Mitglied des Soldatenrats Berlin telefonisch gemeldet worden, die Teilnehmer an den Deserteurversammlungen beabsichtigten nach Schluß der Versammlungen Demonstrationen zu veranstalten, »um ihre Forderungen mit Waffengewalt durchzusetzen«. Krebs berichtete dies pflichtgemäß der Kommandantur, an deren Spitze der Mehrheitssozialist Otto Wels stand, und diese, an die kurz vorher die Nachricht von der versuchten Aufhebung des Vollzugsrat gelangt war, so daß sie glauben mußte, es gleichzeitig mit einem Putschversuch von rechts und von links zu tun zu haben, gab, da ihr von der Abmachung mit dem Polizeipräsidenten nichts mitgeteilt worden war, den Befehl, die Straßen nach dem Regierungsviertel, durch welche die Züge der Demonstranten gehen wollten, abzusperren. Da die Hauptversammlung der Spartakusleute in den Germaniasälen in der Chausseestraße im Norden Berlins stattfand, wurden Truppen des in der gleichen Straße kasernierten Regiments der Gardefüsiliere (im Berliner Volksmund Maikäfer genannt) mit der Ausführung des Befehls beauftragt.

Der aus den Germaniasälen ausrückende Zug, der sich durch die, die Chausseestraße kreuzende Invalidenstraße nach dem Westen zu bewegen wollte, ließ sich ohne ernsthaften Widerstand zum Auseinandergehen bewegen. Anders dagegen ein Zug, der von einer in den Sophiensälen in der dem nördlichen Zentrum zugehörenden Sophienstraße abegehaltenen Versammlung vom Oranienburger Tor her durch das südliche Stück der Chausseestraße gegen die Invalidenstraße hin vorrückte. Er wurde, an dieser angelangt, ebenfalls von Gardefüsilieren angehalten und zum Auseinandergehen aufgefordert, widersetzte sich jedoch, und so kam es zu einer Schießerei, der nicht weniger als 16 Tote, 12 Schwerverwundete und eine Anzahl Leichtverwundeter zum Opfer fielen. Wer den Befehl zum Schießen gegeben hat, beziehungsweise auf welcher Seite zuerst zum tätlichen Angriff übergegangen wurde, ist nicht festgestellt worden. Die Soldaten, die strengen Befehl hatten, nur im Fall äußerster Notwehr von der Waffe Gebrauch zu machen, behaupteten, es sei zuerst aus den Reihen der Demonstranten auf sie geschossen worden, und da auch sie Verwundete hatten, liegt das nicht außer dem Bereich der Möglichkeit. Tatsächlich hatte Polizeipräsident Eichhorn diesen Demonstranten Waffen aushändigen lassen. Natürlich ist es auch möglich, daß im Wortwechsel mit den Demonstranten einer der Soldaten den ersten Schuß abgegeben hat.

Das traurige Ereignis rief nicht geringe Erregung hervor. Alle diejenigen, denen an der Festigung und fortschreitenden Entwicklung der demokratischen Republik lag, konnten es nur auf das Tiefste beklagen. Dieses Empfinden brachten denn auch die Presse der bürgerlich-republikanischen Parteien und die Organe der Sozialdemokratischen Partei zum Ausdruck. Die bürgerlichen Blätter fügten hinzu, daß es zu diesem Schießen wahrscheinlich nicht gekommen wäre, wenn die Regierung eine wohlorganisierte Schutzmacht hinter sich hätte und unzweideutig zu erkennen gäbe, daß sie fest entschlossen sei, Krawallen mit ihr zu begegnen. Umgekehrt schoben die Führer der Spartakuspartei sofort alle Schuld für den Zusammenstoß auf die Sozialdemokraten in der Regierung. So schrieb die Rote Fahne vom 7. Dezember 1918:

»Arbeiter! Soldaten! Genossen! Vierzehn Leichen liegen auf dem Pflaster Berlins! Wehrlose, friedliche Soldaten, durch feigen Meuchel-

mord niedergemacht! Zieht zur Verantwortung die Schuldigen dieses blutigen Verbrechens! Fegt hinweg von der Regierung die wahren Schuldigen, die infamen Hetzer, die Verführer der unaufgeklärten Soldatenmasse, die Wels, Ebert und Scheidemann mit Genossen! Ihre Namen sind jetzt zum Schlachtruf der Gegenrevolution, zum Feldzeichen der Anarchie und des Brudermordes, zum Banner des Hochverrats an der Revolution geworden! Energie! Geschlossenheit, Festigkeit! Es gilt zu handeln! Das blutige Verbrechen muß geahndet, die Verschwörung der Wels—Ebert—Scheidemann muß mit eiserner Faust niedergemacht, die Revolution gerettet werden. Nieder mit den Wels—Ebert—Scheidemann und Genossen! Die ganze Macht an die Arbeiter- und Soldatenräte! Ans Werk! Auf die Schanzen! Zum Kampf! Nieder mit den blutbesudelten, feigen Veranstaltern des Putsches! Hoch die Revolution!«

Umgekehrt machte der »Vorwärts« das »gewissenlose Treiben der Spartakusleute« und die »ungeheure Erbitterung von neun Zehnteln der Berliner Soldaten gegen dieses Treiben« für den blutigen Zusammenstoß verantwortlich. Die Behauptung, die Regierung lasse auf das Volk schießen, lehnte er im voraus mit der Bemerkung ab, in der Chauseestraße habe »Volk auf Volk« geschossen, denn die Soldaten, die versicherten, daß sie sich tatsächlich in der Notwehr befunden hatten, seien »schließlich doch auch Volk«. Das Organ der Unabhängigen, die »Freiheit«, schrieb zuerst mehr im Sinne der »Roten Fahne«, daß die Militärbehörden, welche die Soldaten auf die Straße geschickt hatten, vor allem für das Blutvergießen verantwortlich zu machen seien, und forderte »rücksichtslose, schleunige Untersuchung und exemplarische Bestrafung der Schuldigen, aller Schuldigen«. Daneben schob sie einen Teil der Schuld auf die vom Vorwärts und der bürgerlichen Presse gegen Liebknecht und dessen Anhänger angeblich betriebene »Hetze«. Eine arge Umkehrung des Sachverhalts. Denn soweit hier Hetze vorlag, war sie zumeist nur das Echo der unablässig in der Roten Fahne betriebenen Aufstachelung der Arbeiter zum gewaltsamen Sturz der Regierung. Aber die Freiheit befand sich in einer Zwischenstellung, in der sie glaubte, sich den Einfluß der rabiateren Elemente dadurch sichern zu können, daß sie ihre Sprache möglichst der der äußersten Linken anpaßte. Tatsächlich förderte sie jedoch dadurch um so mehr die Arbeit dieser letzteren, während sie von ihnen selbst nur Hohn erntete.

Diesmal blieb es jedoch nicht dabei. In der Abendausgabe ihrer Nummer vom Montag, den 9. Dezember 1918 brachte die »Freiheit« eine Notiz, in der sie mit Genugtuung feststellt, daß die Spekulation der bürgerlichen Presse auf einen, aus Anlaß der Vorgänge vom 6. Dezember sich einstellenden Konflikt zwischen dem Kabinett, d. h. dem Rat der Volksbeauftragten, und dem Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte sich als trügerisch erwiesen habe. In der am Sonnabend, dem 7ten stattgehabten Aussprache seien »alle schwebenden Fragen geklärt« worden.

»Insbesondere sei festgestellt worden,« sagt die Notiz, »daß Ebert und Scheidemann von dem Putschversuch nichts gewußt haben und durch ihn überrascht worden sind. Man darf erwarten, daß durch diese Aussprache eine gemeinsame Basis gefunden worden ist, auf der ein ersprießliches Zusammenarbeiten der revolutionären Behörden, der Regierung und des Vollzugsrats, erfolgen wird.«

Diese Richtigstellung war selbstverständlich nicht nach dem Geschmack der Roten Fahne. In ihrer Nummer vom 10. Dezember schrieb sie:

»Das unabhängige Organ triumphiert also und jubelt, daß die angebliche Hoffnung der Bourgeoisie auf den Konflikt zwischen dem Kabinett und dem Vollzugsrat, lies: zwischen den Scheidemännern und den Unabhängigen, schnöde enttäuscht worden sei. Die »Freiheit« triumphiert darüber, daß die Scheidemänner und die Unabhängigen sich wieder ausgesöhnt haben!

Die 14 Leichen in der Chausseestraße, der Freitagsputsch, war nur ein vorübergehendes Wölklein auf dem blauen Himmel der Harmonie zwischen den Haase-Leuten und den Organisatoren des gegenrevolutionären Umsturzes und des Blutbades. In den Armen liegen sich beide, und die »Freiheit« verkündet freudestrahlend, daß »eine gemeinsame Basis gefunden worden sei«, auf der »ein ersprießliches Zusammenarbeiten« zwischen den Unabhängigen und den Scheidemännern erfolgen werde!

Und das sagt dieselbe »Freiheit«, die jene Zuschrift des Mitglieds des Soldatenrats Hermann Gräber abgedruckt hat, worin protokollarisch nachgewiesen ist, daß Ebert von A bis Z über den Putsch informiert war und daß er das betreffende Protokoll seinem Haase unterschlagen hat.

Das sagt dieselbe »Freiheit«, die die Erklärung von Wels über die Abriegelung der Chausseestraße abgedruckt hat, worin Wels geständig ist, den Befehl zum Blutbad gegeben zu haben.

Das sagt dieselbe »Freiheit«, die das weitverzweigte gegenrevolutionäre Komplott der W e l s — M a r t e n geschildert hat.

Das sagt sie in dem Moment, wo gegenrevolutionäre Offiziere an der Spitze aufgehetzter Fronttruppen nach Berlin einmarschieren, um »Ordnung zu machen«.

Nach alledem können wir die »gemeinsame Basis«, die für das »ersprießliche Zusammenarbeiten« zwischen den Unabhängigen und den Scheidemännern »gefunden« sei, klipp und klar formulieren.

Diese »gemeinsame Basis« heißt:

geflissentliche Vertuschung der eigentliche Quelle gegenrevolutionärer Verschwörungen,

bewußte Irreführung der Massen über die wahren Schuldigen des Blutbades vom 6. Dezember,

systematische Betreibung der politischen Korruption und der weiteren Hetze gegen den Spartakusbund,

mit der schließlichen Erdrosselung der Revolution als Endergebnis.

Dies die »gemeinsame Basis«. Sie steht auf einem blutigen Fundament. Die Haase—Ebert reichen sich jetzt die Hand über den vierzehn Leichen in der Chausseestraße.

Wir wiederholen: was v o r dem 6. Dezember politische P r i n z i p i e n l o s i g k e i t war, ist n a c h dem 6. Dezember politische E h r l o s i g k e i t.«

So wenig Otto Wels, wie aus dem Vorhergesagten ersichtlich ist, den Befehl zu einem Blutbad gegeben hatte, so wenig besagt der Bericht des Soldatenratsmitglied Hermann Gräber, auf den die Rote Fahne sich beruft, daß Ebert überhaupt von dem Putschversuch unterrichtet war. Gräber erzählte da nur, daß, nachdem die Marine-Landwehr-Abteilung, der er angehörte, am 6. Dezember von einem gewissen Echtmann aufgefordert worden war, sich an einer bewaffneten Aktion zur Verhaftung des Vollzugsrats, Beseitigung der Regierung Haase und Ausruf Eberts zum Präsidenten zu beteiligen, er und einer seiner Kameraden sich im Auftrage der Abteilung in die Reichskanzlei begeben hatten, um dem Rat der Volksbeauftragten von dem Plan Mitteilung zu machen. Sie hatten aber, da gerade Kabinettssitzung war, nicht vorgelassen werden können.

»Wir gaben da«, heißt es in Gräbers Bericht, »den ganzen Plan den Privatsekretären Moser und Brecht zu Protokoll, worauf Moser erwiderte,

zu dem Volksbeauftragten Ebert zu gehen. Wir hatten da noch ungefähr eine Stunde gewartet, als der Bescheid kam, anscheinend von Ebert, daß eine friedliche Demonstration geplant sei, geschlossen für die Regierung Ebert—Haase einzutreten, und man legte uns dort nahe, daß es auch erwünscht sei, daß wir Landflieger uns daran beteiligen.«

Gräber erzählt weiter, er habe darauf auf telefonischem Wege noch einmal sich zu vergewissern gesucht, ob die Demonstration, von der Echtmann ihnen gesagt, bewaffnet oder unbewaffnet sein solle, und als er eine Anwort erhielt, die auf das Erstere schließen ließ, dies dem vorerwähnten Sekretär Moser mitgeteilt, der ihm dann sein Ehrenwort gab, er würde veranlassen, daß auch die Garde-Pioniere unbewaffnet kämen.« Tags darauf habe er, Gräber, über alle diese Dinge mit dem Volksbeauftragten Haase verhandelt, und diesem habe Ebert auf dessen Anfrage bekundet, von dem allen nichts gewußt zu haben.

Danach geht aus dem Bericht des Gräber hervor, daß dieser vermutete, der Bescheid, den ihm der Sekretär Moser gab, rühre von Ebert her. Er weiß nichts Genaues, von wem der Bescheid ausging, er weiß auch nicht einmal, ob Moser überhaupt den durch eine Kabinettssitzung gebundenen Ebert habe sprechen und ihm das Protokoll habe vorlegen können. Und diese, vorsichtig jeder bestimmten Anschuldigung Eberts sich enthaltende Aussage wird von der Roten Fahne umgedeutet in den »protokollarischen Nachweis, daß Ebert von A bis Z über den Putsch informiert war« und seinem Kollegen Haase das betreffende Protokoll »unterschlagen« habe. Damit noch nicht zufrieden, bekam das Blatt es fertig, in der gleichen Nummer weiterhin zu schreiben: »Ebert, der Gewaltmensch, die Hände noch triefend vom Blutbad in der Chausseestraße« . . . .

Die »Rote Fahne« trug am Titel die Angabe: »Schriftleitung Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg«. Beide Genannten verfügten über die Bildung, die uns genau die Tragweite unserer Worte beurteilen läßt, und Liebknecht als geschulter Jurist konnte unmöglich darüber im Unklaren sein, daß jene Deutung der Erzählung des Fliegers Gräber der schlimmsten Sophistik gleichkommt, die von der Rechtslehre als unehrenhaft verworfen wird. Es ist um so weniger möglich, hier gutgläubigen Irrtum anzunehmen, als kein auch nur leidlich vernünftiger Zweck auszufinden ist, um dessentwillen Ebert hätte veranlaßt sein können, den »Putsch« der Spiro und Genossen zu begünstigen. Dieser Putsch mußte, auch wenn er zunächst glückte, womit aber noch gar nichts außerhalb Berlins erreicht war, Ebert in die denkbar unangenehmste Lage bringen. Indes hatte selbst nach der Erzählung des Gräber in der Reichskanzlei der Sekretär Moser ihn aufgefordert, samt Kameraden die Regierung Ebert-Haase leben zu lassen. Die Darstellung der Roten Fahne war ein Gewebe von Unwahrheiten, von der Absicht diktiert, einen möglichst großen Teil der Arbeiterschaft Berlins gegen die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei in der Regierung aufzustacheln.

Leider blieb diese Art des politischen Kampfes nicht ohne Erfolg. Durch fortgesetzte Wiederholung der Anschuldigung gelang es, einer wachsenden Zahl von Angehörigen der Arbeiterschaft die Meinung beizubringen, es habe wirklich ein mit Vorwissen Eberts unternommener Putschversuch gegen die radikalen Sozialisten vorgelegen und Wels habe gewissenlos, wenn nicht mit Vorbedacht, auf unbewaffnete Demonstranten schießen lassen. Im-

mer mehr Unzufriedene liefen der »Partei Liebknecht« zu, in deren Versammlungen die wildesten Verwünschungen der »verräterischen Scheidemänner« ertönten.

Es geschah zu jener Zeit, daß der Schreiber dieses einer ihm bekannten russischen Sozialistin, die sich Liebknechts Gruppe zugesellt hatte, beim zufälligen Treffen auf der Straßenbahn bittere Vorbehalte über deren Treiben machte, das nach allem politischen Ermessen nur Unheil stiften könne. Die Angeredete begegnete meinem Vorhalten mit dem Hinweis auf das tägliche Wachstum der Anhängerschaft Liebknechts, worauf ich ihr zurückgab, der Zulauf beweise in Zeiten so starker Gärung gar nichts für die Richtigkeit einer Agitation. Ohne uns verständigt zu haben, hatten wir uns schon getrennt, als die Genossin noch einmal auf mich zutrat und leise mit bewegter Stimme zu mir sagte: »Sie wissen gar nicht, was für Vorschläge uns alles gemacht werden, *wir sind oft selbst entsetzt!*«

Sie sagte mir damit nichts, was mich überraschen konnte. Jede extreme Agitation zieht alle Arten von Menschen an, die aus irgend einem Grunde ihr seelisches Gleichgewicht verloren haben und nun je nachdem in den phantastischsten oder den brutalsten Plänen sich ergehen. Es war der Stolz der Gründer der Sozialdemokatie, diese mit dem geistigen Rüstzeug ausgestattet zu haben, das sie gegen den Einfluß solcher Desperados wetterfest mache. Jedes Heraustreten einer Gruppe aus den von ihnen vorgezeichneten Bahnen mußte aber jenen Elementen ein zunehmend stärkeres Gewicht in deren Rat verleihen. Wenn also immerhin nicht alle auf Unschädlichmachung der Mehrheitssozialisten abzielenden Vorschläge von Fanatikern und Abenteurern die Zustimmung von Liebknecht und Genossen fanden, so blieb darum doch das Leitmotiv ihrer Agitationsarbeit, aus den mit dem Gang der Revolution Unzufriedenen ein Heer von Exaltierten heranzubilden, das imstande sein würde, in einem gegebenen Zeitpunkt der Verwirrung durch Anwendung von Gewalt sich in den Besitz der politischen Macht zu versetzen. Für eine auf diese Bahn gelenkte Bewegung gibt es aber, sobald es zur Aktion kommt, keinen Halt.

Dazu ist es nun freilich in Berlin nicht gekommen. Wie sehr man dieser Möglichkeit aber sich näherte, sollte sich bald zeigen. Am 14. Dezember 1918 fanden in Berlin die Delegiertenwahlen zu dem auf den 16. Dezember angesetzten allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands statt. Von Seiten der Gegner des Fortbestandes der sozialdemokratischen Koalition und der von dieser eingeschlagenen Politik war begreiflicherweise alles mögliche aufgeboten worden, die Wahl von Oppositionsleuten zu erwirken, wobei sie sich aber weniger an Tatsachen hielten, als daß sie die von ihnen Bekämpften der schnödesten Absichten bezichteten. Ein Beispiel ist der Kommentar, mit dem die Rote Fahne die Bekanntgabe der vorläufigen Tagesordnung des Kongresses begleitete. Diese Tagesordnung lautete:

1. *Berichte*
   a) des Vollzugsrates. Referent: *Richard Müller*;
   b) des Rats der Volksbeauftragten. (Referent wurde W. Dittmann.)
2. Nationalversammlung oder Räteverfassung? Referent: *Cohen-Reuß*, Korreferent: *Däumig*.

3. Sozialisierung des Wirtschaftslebens. Referent: **H i l f e r d i n g**; (Korreferent sollte Rosa **L u x e m b u r g** sein, sie lehnte aber mit der Begründung ab, wenn vorher schon die Frage der Nationalversammlung erledigt sei, würde ihr Referat keinen Zweck mehr haben.)
4. Wirkung des Friedensschlusses auf die innere Lage der Republik. Referent: **L e d e b o u r**.
5. Wahl des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte.

Dazu schrieb die Rote Fahne in ihrer Nummer vom 10. Dezember:

»Bezeichnend an dieser Tagesordnung ist zweierlei: E r s t e n s die Formulierung des Zentralproblems der Revolution als einer Alternative: Nationalversammlung o d e r Räteverfassung. Hier wird wenigstens offen zugestanden, daß die Nationalversammlung mit der Vernichtung der A- und S-Räte und ihrer politischen Rolle gleichbedeutend ist.

Z w e i t e n s die Tatsache, daß n u r der Vollzugsrat einer Neuwahl durch das Reichsparlament der A- und S-Räte unterzogen werden soll. Das politische Kabinett, die Herren Ebert—Haase, die ihre Macht genau aus derselben Quelle empfangen haben, wie der Vollzugsrat, nämlich vom Berliner A- und S-Rat, denken nicht daran, sich der Bestätigung oder Neuwahl durch das Organ der A- und S-Räte des ganzen Reiches zu unterziehen! Ebert—Haase dünken sich ü b e r dem Reichsparlament der Arbeiter und Soldaten Deutschlands stehend! Der Zentralrat der A- und S-Räte wird von den Scheidemännern seiner obersten entscheidenden Macht beraubt, ehe er noch zusammengetreten ist. Und diese Leute reden von »Demokratie«!

Wollen sich die A- und S-Räte ganz Deutschlands diesen Anschlag auf ihre politische Macht gefallen lassen?«

In Wirklichkeit war die Tagesordnung nicht von der Regierung Haase-Ebert, sondern von dem Berliner Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte aufgestellt worden, in dem die Unabhängigen das Übergewicht erlangt hatten. Daher denn auch von den bestimmten Referenten nur einer — Cohen Reuß — der sozialdemokratischen Partei, alle andern aber der Partei der Unabhängigen entnommen waren. Die Wahl eines Vollzugsrats hatte auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen, da der Berliner Vollzugsrat nur vorläufig auch das Amt des Vollzugsrats für die Arbeiter- und Soldatenräte von ganz Deutschland ausgeübt hatte, ein solcher überhaupt erst zu wählen war. Und drittens hieß die Fragestellung Nationalversammlung oder Räteverfassung nicht, ob überhaupt Arbeiter- und Soldatenräte sein, sondern ob sie ausschließlich Deutschland regieren sollten. Nichts anderes konnte das Wort Räteverfassung bedeuten. In jeder Hinsicht besteht der Kommentar der Roten Fahne aus der Wahrheit widersprechenden Verdächtigungen. Der genauer Zusehende mußte das ohne weiteres herausfinden, es gab aber genug Leute, die sich durch diese Dialektik beeinflussen ließen.

Trotzdem verhinderte sie nicht, daß die Delegiertenwahlen in Berlin noch eine Mehrheit für die Sozialdemokratische Partei ergaben. Es wurde auf Grund von Listen nach dem Verhältniswahlsystem gewählt, und es erhielten Stimmen bei den Arbeiterräten

| | |
|---|---|
| die Liste der sozialdemokratischen Partei | 349 |
| die Liste der Unabhängigen | 281 |
| die Liste der freien Berufe | 79. |

Noch etwas günstiger für die alte Sozialdemokratie fielen die Wahlen bei den Soldatenräten Berlins aus. Dort erhielt ihre Liste 204, die der Unabhängigen aber nur 121 Stimmen.

Das war indes immer noch wenig gegen den Ausfall der Wahlen im übrigen Deutschland. Sie ergaben dort, wie sich auf dem Kongreß zeigen sollte, insgesamt eine Mehrheit für die alte Partei gegenüber den Unabhängigen von mehr als 8 zu 1.

Am Tage vor dem Zusammentritt des Kongresses fand in Berlin in den Pharussälen die Generalversammlung des Verbands der Unabhängigen Sozialdemokraten Berlins statt. Sie hatte zu den Fragen Stellung zu nehmen, die dem Kongreß zur Entscheidung vorlagen und in deren Mitte die Frage der Einberufung einer Nationalversammlung stand. Daß Meinungsverschiedenheiten in bezug auf sie im Lager dieser Partei obwalteten, ist schon weiter oben (S. 68) entwickelt worden. Es war über sie in der Fraktion der Unabhängigen zu keinem Ausgleich gekommen, so daß man sich schließlich auf den Rat des Verfassers dieser Schrift dahin geeinigt hatte, den Entscheid dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte zu überlassen. Das legte Hugo Haase, der das einleitende Referat über die politische Lage hatte, der Versammlung dar. Er bekannte sich selbst zur Ansicht derer, die mit den Wahlen bis zum Monat März 1919 warten wollten, drückte aber die Befürchtung aus, daß der Kongreß sich für den Vorschlag entscheiden werde, den Wahltermin schon auf den 19. Januar anzusetzen, was er für zu früh hielte. Sollte es geschehen, so werde man sich jedoch dem fügen müssen, denn die Nationalversammlung sei eine unabweisbare Notwendigkeit und die Partei müsse alles tun, möglichst stark in ihr vertreten zu sein. Wie viel in Berlin noch daran fehle, habe das Ergebnis der Wahl der Delegierten der Arbeiterräte zum Kongreß gezeigt, das in erschreckendem Maße hinter den Erwartungen zurückgeblieben sei. Die Partei könne unmöglich die Politik der Spartakusleute mitmachen, und energisch müsse sie sich dagegen auflehnen, daß die Spartakusleute eine Organisation in der Partei bildeten, um diese von innen heraus zu bekämpfen. Er habe schon 1917 auf der Konferenz von Gotha — siehe S. 68 — dagegen protestiert und wiederhole jetzt, daß er es für besser halte, wenn Unabhängige und Spartakusleute sich trennten.

Ihm trat Rosa Luxemburg, die das Gegenreferat hatte, mit scharfen Angriffen auf seine Politik entgegen, die nach ihrer Darstellung die Niederlage in Berlin verschuldet hatte. Sie erklärte es für unerhört, daß die Unabhängigen nicht unmittelbar nach den Vorgängen des 6. Dezember aus der Regierung ausgetreten seien, und legte der Versammlung eine Resolution vor, welche diesen sofortigen Austritt und die sofortige Übernahme der ganzen politischen Macht durch die Arbeiter- und Soldatenräte, die Ausstattung des Vollzugsrats dieser mit der höchsten Staatsgewalt forderte und die Einberufung der Nationalversammlung als gegenrevolutionär ablehnte. Nachdem verschiedene Redner für und gegen gesprochen hatten, unterlag diese Resolution mit 195 gegen 485 Stimmen, die auf eine Resolution entfielen, welche die Organisation der Wahlen für die Nationalversammlung für die wichtigste politische Aufgabe der Partei erklärte, die sich als die Trägerin der Revolution und ihre vorwärtstreibende Kraft betrachte und gewillt sei, alle sich daraus ergebenden Pflichten zu erfüllen.

Eine fast einstimmig angenommene Zusatzresolution sprach sich gegen jedes Zusammengehen bei der Wahl mit den Mehrheitssozialisten aus.

Die Auseinandersetzung Haase-Luxemburg war das Vorspiel zu einem noch schärferen Zusammenstoß zwischen Unabhängigen und Spartakisten auf dem Tags darauf eröffneten Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte. Zum Verständnis der sich dort abspielenden Kämpfe sei noch folgendes bemerkt.

Zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Berliner Vollzugsrat hatten sich allmählich starke Reibungen eingestellt. Der Vollzugsrat, der laut Übereinkunft aus den ersten Tagen der Revolution als vorläufiger Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands amtieren sollte, hatte diesem Amt eine sehr weitgehende Deutung hinsichtlich seiner Rolle als Instanz für die politische Kontrolle des Rats der Volksbeauftragten gegeben. Durch Hinzuziehung von Vertretern aus andern Teilen Deutschlands hatte er seine Mitgliederzahl von 26 auf 45 erhöht und eine Zusammensetzung erfahren, in der die Parteigänger der äußersten Linken zu immer stärkerer Geltung kamen. Er glaubte eine Art Zensur über die einzelnen Maßnahmen des Rats der Volksbeauftragten ausüben zu sollen und das Recht zu haben, seinerseits über dessen Köpfe hinweg Verfügungen treffen zu dürfen, die nach Ansicht der Volksbeauftragten deren Aufgabenkreis zugehörten. Das hätte selbst bei Übereinstimmung in den Hauptfragen der Politik zu Mißhelligkeiten führen müssen, hatte aber, da an dieser vieles fehlte, um so mehr gegenseitige Gereiztheit zur Folge.

Einen Streitgegenstand bildete unter anderem die Frage der Aufsicht über das wirtschaftliche Gebahren der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte. Diese bewährten sich keineswegs gleichmäßig. An einer ganzen Reihe von Orten haben sie der Republik durch Ausübung einer wohlorganisierten Kontrolle über öffentliches Gut (Läger von Kriegsmaterial und dergleichen) höchst wertvolle Dienste geleistet. An andern Orten aber arteten sie in kostspielige Klubs aus, in denen vielerlei geredet, aber wenig Vernünftiges getan wurde, vielmehr durch Einmischung in Angelegenheiten der örtlichen Verwaltung, von denen man nichts Rechtes verstand, allerhand Schaden angerichtet wurde. So gab es denn viele Klagen über die Vergeudung öffentlicher Mittel und ruinöse Eingriffe in die Gemeindeverwaltungen durch die Arbeiter- und Soldatenräte, und wenn es dabei auch an bösartigen Übertreibungen nicht fehlte, die dann von der Presse der Feinde der Republik geflissentlich verallgemeinert wurden, so beruhen doch nicht alle Anklagen auf Unwahrheit und mußte sich die Regierung und insbesondere die Finanzverwaltung veranlaßt sehen, die Finanzgebarung der Räte genauer unter die Lupe zu nehmen und nicht jeder von dieser Seite an sie gelangenden Geldforderung ohne weiteres Folge zu geben. Das schuf bei den Räten vielfach eine Oppositionsstimmung gegen die Regierung, die dem Vollzugsrat, der jener gegenüber als Anwalt der Räte agierte, sehr zugute kommen mußte.

Unliebsame Reibungen hatten sich auch zwischen der Regierung und den in Berlin weilenden Abteilungen und Vertretern der Marinetruppen eingestellt. Abgesehen von den Matrosen und Seesoldaten, die in den Tagen der Novembererhebung nach Berlin gekommen waren, waren auch Mitte November auf Wunsch des Berliner Stadtkommandanten Otto Wels 600 Mann Marinemannschaft von Cuxhaven nach Berlin entsandt worden und zum Teil im alten Königsschloß, in der Hauptsache aber im früher kgl. Marstall untergebracht

worden. Sie nahmen den Titel Volksmarinedivision an und sollten eine Art Reservetruppe der Republik bilden, da man sich auf Grund der in Kiel gemachten guten Erfahrungen auf sie besonders verlassen zu können glaubte. Es kam aber umgekehrt. Da das Schloß große Werte barg, mußten sich die dort hausenden Mannschaften einschränkenden Vorschriften unterwerfen, die von ihnen unangenehm empfunden wurden und sie um so mehr der Bearbeitung durch Oppositionselemente zugängig machten, als sie in ihrer Mehrheit politische Neulinge und den konfusesten Vorstellungen über den Sinn der ihnen gepredigten revolutionären Schlagworte ausgesetzt waren. Ungenügende politische Durchbildung beherrschte auch eine etwas später in Wilhelmshafen abgehaltene Konferenz von Delegierten der verschiedenen Soldatenräte der Marine, die damit endete, daß ein aus 53 Mitgliedern bestehender Zentralrat ernannt wurde, der den Namen »Oberster Marinerat« annahm und den Auftrag hatte, die Kontrolle über die Vorgänge in der Marine zu üben und die einheitliche Leitung sowie die Reform der Marine in die Hand zu nehmen. Er siedelte nach Berlin über, richtete sich im Reichsmarineamt ein, bildete dort aus seiner Mitte Unterabteilungen für die verschiedenen Arbeitsgebiete des Amts und griff wiederholt selbstherrlich in dessen Verwaltung ein, was naturgemäß in den Reihen der eingeschulten Beamtenschaft nicht geringe Erregung hervorrief und allerhand Verwirrung im Betrieb des Amts zur Folge hatte.

Als Gustav Noske, damals noch Gouverneur von Kiel, Anfang Dezember 1918 vorübergehend von Kiel nach Berlin kam und in seiner Eigenschaft als Beigeordneter des Marineministeriums an einer Sitzung dieses obersten Marinerats teilnehmen wollte, ließ der Vorsitzende erst darüber abstimmen, ob Noske überhaupt der Sitzung beiwohnen dürfe, was genehmigt wurde. Man verhandelte über die Machtbefugnisse des Rats, und es wurde vorgeschlagen, der Rat solle als »Parlament der Marine« tagen, das selbstständig alle Marineangelegenheiten regle, nach eignem Ermessen seine Beschlüsse fasse und es der Regierung überlasse, sich mit ihnen abzufinden oder nicht. Dem Einwand Noskes, daß dem Rat kein Recht zustehe, in die Vollziehungsgewalt der Regierung einzugreifen, ward von einem Mitglied entgegengehalten, der Rat handle aus eigenem, revolutionärem Recht als oberste Instanz der Marine. Noske, der dies in seiner Schrift »Von Kiel bis Kapp« (Berlin, Verlag für Politik und Wirtschaft) erzählt, fügt hinzu, daß er in der Minderheit geblieben sei und darauf die Sitzung verlassen habe.

Unzweifelhaft hatte er in der Sache Recht, in dieser Weise war die Demokratisierung der Verwaltung nicht durchzuführen. Auch hatte, wie Noske an anderer Stelle der Schrift anführt, der Rat der Volksbeauftragten vorher ihm erklärt, daß er von dem Wirken des 53er Rats nichts wisse, die Schaffung einer solchen Körperschaft keineswegs billige und ihm anheimgegeben, danach zu verfahren. (A. a. O. S. 49.)

Eine andere Frage ist es jedoch, ob Noske in der Auseinandersetzung mit dem 53er Rat denjenigen Ton angeschlagen hat, den die allgemeine Lage erforderte. Er schreibt selbst, daß ein Teil der Mitglieder verständige Leute waren, andern mußte man die politische Unerfahrenheit zugute halten, und so kam es darauf an, weniger auf das politische Recht zu pochen, als auf die politische Notwendigkeit zu verweisen, was stets ermöglicht, in die Zurückweisung unberechtigter Ansprüche ein versöhnendes Moment hinein-

zutragen. Daran scheint es aber Noske fehlen gelassen zu haben, sodaß diese Auseinandersetzung dazu beitrug, der regierungsfeindlichen Agitation unter den Marinemannschaften neuen Zündstoff zuzuführen. Gelang es dieser Agitation auch nicht, den Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, von dem man nach dem Ergebnis der Delegiertenwahlen im Lande draußen voraussehen konnte, daß die Oppositionselemente in der Minderheit sein werden, auseinanderzusprengen, so erreichte sie doch soviel, ein größeres Aufgebot von Demonstranten gegen ihn aufzubringen, als man ihr zugetraut hatte und auch der Stärke ihrer grundsätzlichen Anhängerschaft entsprach.

IX.

# Der erste Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands.

Die große Rückwirkung, die der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte auf den weiteren Verlauf der Revolution gehabt hat, und der Einblick, den sein bewegter Verlauf in das Gewoge der Ideenkämpfe in der Revolution gewährt, lassen es für angezeigt erscheinen, bei ihm etwas länger zu verweilen.

Etwas über 500 Vertreter von Arbeiter- und Soldatenräten hatten sich zur Tagung des ersten Parlaments der deutschen Revolution, wie der Kongreß genannt worden war, am 16. Dezember 1918 in dem für ihn belegten preußischen Abgeordnetenhaus zu Berlin eingefunden. Doch wurden schließlich nur 442 Mandate für gültig anerkannt. Die erste Sitzung ward am genannten Tage Vormittags 10 Uhr mit Begrüßungsansprachen von Richard Müller für den Berliner Vollzugsrat und Fritz Ebert für den Rat der Volksbeauftragten eröffnet. Der Kongreß wählte ein aus einem Mehrheitszozialisten — Leinert-Hannover — einem unabhängigen Sozialisten — Seeger-Leipzig — und einem Soldatenvertreter — Gomolka — paritätisch zusammengesetztes Büro, — lehnte aber in zweimaliger Abstimmung den von einigen Delegierten gestellten Antrag, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg als Gäste mit beratender Stimme zu den Sitzungen hinzuzuziehen, mit erdrückender Mehrheit ab. Diese Mehrheit war augenscheinlich durch den Umstand hervorgerufen, daß die von Liebknecht und Rosa Luxemburg redigierte »Rote Fahne« am Morgen in fetten Buchstaben einen Aufruf an die Berliner Arbeiter gebracht hatte, der diese in irreführender Sprache zu einem Demonstrationsstreik aufforderte. Er lautete nämlich:

> »Heute Montag große Massendemonstration! Arbeiter Berlins! Genossen! Heraus aus den Betrieben! Es gilt den Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands würdig zu begrüßen. Es gilt den entschlossenen revolutionären Willen des Berliner Proletariats zum Ausdruck zu bringen. Heraus auf die Straße!«

Während danach der mit den Verhältnissen unvertraute Arbeiter glauben konnte, es handle sich wirklich um eine Kundgebung für den Kongreß, war dem Kenner der Sachlage ohne weiteres klar, daß hier ganz etwas anderes im Schilde geführt wurde. Denn keine der großen politischen Organisationen der Arbeiter, keine Gewerkschaft hatte mit dieser Demonstration irgend etwas zu tun. Sie war hinter dem Rücken der berufenen Leiter

dieser Organisationen verabredet — offenbar um eine möglichst große Zahl von Arbeitern für eine Sache ins Feld führen zu können, die ihnen fern lag.

Bis zu einem gewissen Grade ist das denn auch gelungen. Teils durch Überredung, teils aber schon durch Anwendung von Zwangsmitteln erreichten es die Spartakusleute, daß in einer Anzahl großer und mittlerer Betriebe die Arbeit am Vormittag des 16. Dezember 1918 eingestellt wurde und eine nach vielen Tausenden zählende Menge sich in der Siegesallee im Tiergarten zusammenfand, wo sie zum Zug durch die Stadt sich formierten, der auf dem Wege zum Abgeordnetenhaus noch allerhand Zuwachs erhielt, sodaß er schließlich zwar nicht 250 000 Personen, wie dann die Rote Fahne schrieb, wohl aber 50 bis 60 000 Personen gezählt haben mag. Von dem Gesims des Abgeordnetenhauses herab hielten Paul Levi und Karl Liebknecht Ansprachen an die Menge, nun mit offener Kriegserklärung gegen die »Scheidemänner« und die Nationalversammlung. »Vor dem Abgeordnetenhaus, als Liebknecht vom hohen Gesims an die Menge sprach,« hieß es Tags darauf in der Roten Fahne, »wie jubelten da die Massen jedem seiner Worte zu, wie brausten da die Hochs auf die soziale Revolution, auf die Macht der Arbeiter- und Soldatenräte, wie dröhnten da die Rufe »Nieder mit den Scheidemännern!« Das war die Stimme des arbeitenden Volkes Berlins.«

Letzteres war, wie sich bald zeigen sollte, eine arge Übertreibung. Aus verschiedenen Fabriken liefen Verwahrungen der Arbeiter dagegen ein, daß sie gegen die Nationalversammlung hatten demonstrieren wollen.

Eine von den Leitern der Demonstranten an den Kongreß entsandte Deputation unterbreitete diesem, wie der Obmann der Deputation erklärte, »im Auftrage der revolutionären Arbeiterschaft Berlins, die heute demonstriert, und zwar in einer Anzahl von mindestens 250 000 Menschen (lebhafte Ohorufe) folgende Forderungen«:

1. Deutschland eine freiheitliche, sozialistische Republik.
2. Die ganze Macht den Arbeiter- und Soldatenräten.
3. Der vom Zentralrat ernannte Vollzugsrat ist das rechte Organ der Gesetzgebung und Exekutivgewalt, so daß auch die Volksbeauftragten vom Vollzugsrat zu ernennen und abzusetzen sind.
4. Beseitigung der Volksbeauftragten Ebert—Haase.
5. Energische Durchführung aller zum Schutze der Revolution erforderlichen Maßnahmen durch den Zentralrat, vor allem Entwaffnung der Gegenrevolution, Bildung der roten Garde.
6. Aufruf des Zentralrats an die Proletarier aller Länder zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten und zur Weltrevolution.

Die Punkte 4 und 5 wurden von der Mehrheit des Kongresses mit stürmischen Protestrufen beantwortet, die sich am Schluß wiederholten.

Als sich der Lärm gelegt hatte, erklärte der Vorsitzende Leinert der Deputation, sie möge den Arbeitern draußen erklären, daß der Kongreß die Forderungen zur Kenntnis genommen habe und in seinen Verhandlungen darüber entscheiden werde.

Damit war dieser Zwischenfall im Saal erledigt. Draußen zog ein Teil der Demonstranten, nachdem ihnen Bericht über die Verlesung der Forderunge erstattet worden war, nach dem Friedrichshain zum Begräbnisplatz der Märzgefallenen von 1848.

So übertrieben der Jubelruf der Roten Fahne über den Umfang der Demonstration war, so war sie immerhin berechtigt, sich eines Erfolges des Spartakusbundes zu rühmen. Gleichviel, mit welchen Mitteln er erzielt

und wie sein Wert für die Gesamtbewegung einzuschätzen war, so war es doch eine nicht abzuleugnende Tatsache, daß dem Rufe des Bundes Massen von Arbeitern gefolgt waren, wie man sie nicht erwartet hätte, und das konnte auf seine Anhänger nur ermutigend wirken. Die Mehrheit der Menschen unterliegen in Volksbewegungen einem Gravitationsgesetz, das sie dorthin zieht, wo die größte Masse sich ansammelt. Für viele Tausende gefühlsmäßig urteilender Arbeiter hatte der Spartakusbund an Ansehen gewonnen.

Er gab denn auch seine Sache durchaus noch nicht verloren. Am 18. Dezember erschien eine von ihm ausgehende, einige fünfzig Personen zählende Deputation von neuem im Abgeordnetenhaus und verlangte vom Kongreß Einlaß und Gehör, widrigenfalls 250 000 Arbeiter die Arbeit niederlegen würden. Obwohl der Kongreß mit mehr als 400 gegen noch nicht ein Dutzend Stimmen beschloß, sie nicht zu empfangen, da er nicht bloß für Berlin, sondern für ganz Deutschland tage und seine Zeit nicht vergeuden wolle, drängte sie sich mit Fahnen und Schildern in den Sitzungssaal, und als der Vorsitzende Leinert nach einigem Wortwechsel sie unter Hinweis auf den gefaßten Beschluß ersuchte, im Interesse der gemeinsamen Sache der Arbeiterklasse den Saal zu verlassen, legte ihr Sprecher Haller, ohne von ihm das Wort erhalten zu haben, mit einer Ansprache an den Kongreß los, die von diesem mit stürmischen Zurufen um Ruhe beantwortet wurde, sodaß seine Stimme übertönt wurde, was er und einige seiner Begleiter mit um so lauteren Gegenrufen beantworteten. Um der peinlichen Szene ein Ende zu bereiten, schlug Leinert schließlich vor, noch einmal eine Ausnahme zu machen und dem Sprecher zum kurzen Vortrag des Anliegens der Deputation das Wort zu geben. Dieser begann mit der Erklärung, es handle sich hier um ein Revolutionsrecht, auch in der französischen Revolution haben wiederholt die Tribünen in die Beratungen des Konvents eingegriffen, und verlas dann von neuem die schon am 16ten überreichten Forderungen als die »von 250 000 Arbeitern«. Er fügte hinzu, das bedeute natürlich »Nieder mit der Nationalversammlung und alle Macht den Räten«, und wollte noch weiterreden, ward indes vom Vorsitzenden mit dem Bedeuten unterbrochen, der Kongreß werde die Forderungen zur Kenntnis nehmen und müsse nun darauf bestehen, daß seine Arbeiten nicht weiter gestört werden. Unter einem Wortwechsel mit den Delegierten Barth und Ledebour und mit Rufen wie »Auch hier herrscht die Reaktion«, »hier werden nicht die Arbeiterinteressen vertreten«, entfernte sich die Deputation, und wenn auch bei den außerhalb des Saales versammelten Spartakusleuten noch kräftigere Verwünschungen über den Kongreß ertönten und Karl Liebknecht nach einigen Berichten ausrief, es sei »Zeit mit dem ganzen Unfug des Kongresses ein Ende zu machen«, nahm man doch von einem erneuten Aufgebot der Massen Abstand. Nun, wo der Zweck von vornherein klar gewesen wäre, sprach alle Wahrscheinlichkeit für einen großen Mißerfolg.

Eine andere Störung erfuhr der Kongreß aus den Reihen der Soldaten. In der Sitzung vom 17. Dezember erschienen am Nachmittag etwa 30 Soldaten mit Schildern der nach ihrer Angabe von ihnen vertretenen Regimenter im Sitzungssaal, stellten sich hinter der Rednerbühne zu beiden Seiten des Präsidentensitzes auf, worauf ihr Sprecher vor das Rednerpult trat und als einstimmigen Beschluß einer Versammlung der Soldatenräte und militärischen Formationen von Berlin« folgende Resolution verlas:

»Wir stehen nach wie vor der jetzigen Regierung, also der Regierung, auf deren Programm als endgültige Ziele die Ziele einer sozialistischen Republik stehen, zur Verfügung. Die Kameraden der Marine sind die ersten Träger und Schützer der Revolution, ihre Anwesenheit ist deshalb unbedingt erforderlich. Die Soldatenräte beantragen bei dem Kongreß, folgenden Dringlichkeitsantrag sofort zum Beschluß zu erheben:

1. Der oberste Soldatenrat, zusammengesetzt aus gewählten Delegierten aller deutschen Soldatenräte, übt die Kommandogewalt über alle Truppen des Heeres aus, analog bei der Marine.

2. Die Rangabzeichen aller Dienstgrade sind verboten. Alle Offiziere sind zu entwaffnen. Das Verbot der Rangabzeichen und aller Dienstgrade tritt für die heimgekehrten Truppen in Kraft, nachdem die Niederlegung der Waffen in den Kasernen erfolgt ist.

3. Für die Zuverlässigkeit der Truppenteile und die Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich.«

Die Abordnung bitte, über diese Resolution als Dringlichkeitsantrag sofort zu beschließen. Der Vorsitzende Seeger (Unabhängiger) erklärt dies für untunlich, und auch ein Delegierter der Frontsoldaten, Dorrenbach, der im übrigen den Heimattruppen den freundlichen Gruß jener ausspricht und sie versichert, daß er und seine Kameraden nach Möglichkeit für ihre Interessen eintreten werden, bittet sie, von sofortiger Beschlußfassung über ihre Resolution Abstand zu nehmen, da sie Punkte enthalte, die reiflich überlegt werden müßten. Dem widersprechen die Unabhängigen Heckert und Ledebour, und die Bemerkung des Letzteren, es handle sich besonders darum, die Matrosen gegen die vom Volksbeauftragten Landsberg gegen sie in Szene gesetzte Hetze in Schutz zu nehmen, ruft stürmische Proteste der Mehrheitssozialisten hervor. Es entsteht ein minutenlanger Lärm, und eine ungeheure Erregung, die sich nicht legen will. Eine große Zahl von Mehrheitssozialisten verlassen auf Vorschlag ihres Fraktionsvorsitzenden Severing den Saal, um Sitzung abzuhalten, und werden beim Hinausgehen von Pfuirufen der Radikalen und lauten Verwünschungen der jeder Überlegung verlustig gegangenen Soldaten im Saal und auf den Tribünen begleitet. Nachdem der Lärm eine Weile gedauert, versucht der Vorsitzende der Unabhängigen Sozialdemokraten Hugo Haase durch vermittelnde Worte Ruhe zu schaffen. Er erklärt die beiderseitige Erregung für verständlich und verspricht den Soldaten, daß ihr Antrag schnellstens erledigt werden solle. Als er aber hinzufügt, daß dies doch nicht ohne vorherige Aussprache geschehen könne, ertönt sofort lärmender Widerspruch der Soldaten. Selbst ein Vorschlag, den Antrag im Hinblick auf die Unmöglichkeit der Weiterführung der Sitzung am nächsten Tage als ersten Punkt der Tagesordnung zu verhandeln, wird von ihnen für Verschleppung erklärt, die sie sich nicht gefallen lassen könnten, und auch von Georg Ledebour in großer Erregung bekämpft. Er wird aber vom Vorsitzenden Seeger unter andauernden Protesten der Soldaten zur Abstimmung gebracht und gegen eine kleine Minderheit angenommen, worauf wieder die äußerste Linke großen Lärm anstimmt, der Vorsitzende schnell die Sitzung schließt, die Soldaten teils die Fäuste ballen und teils die mitgebrachten langen Stöcke drohend schwingen und der Saal sich nur langsam leert.

Über Nacht beruhigten sich die Geister, und in der Sitzung vom 18. Dezember zeigte sich die Soldatenabordnung wesentlich nachgiebiger. Es war bekannt geworden, daß mindestens ein Teil ihrer Mitglieder das Regi-

ment, das sie zu vertreten angaben, gar nicht hinter sich hatten, auch wandten sich verschiedene Delegierte der Frontsoldaten gegen ihr Auftreten und wiesen nach, daß ein Teil ihrer Forderungen in der Provinz schon durchgeführt, andere aber schon aus technischen Gründen nicht von heute auf morgen durchzuführen seien. So erklärten sie sich denn zum Verhandeln bereit, und eine zur Beratung ihres Antrags gewählte Kommission kam, wie ihr Berichterstatter, der Volksbeauftragte Hugo Haase, am Nachmittag mitteilen konnte, zu einstimmig angenommenen Beschlüssen, denen dann auch der Kongreß gleichfalls einstimmig beipflichtete. Die wichtigsten davon sind:

»1. Die oberste Kommandogewalt über Heer und Marine üben die Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrates aus.

2. Als Symbol der Zertrümmerung des Militarismus . . . . wird die Entfernung aller Rangabzeichen angeordnet und das außerdienstliche Waffentragen verboten.

3. Für die Zuverlässigkeit der Truppenteile und die Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich. Vorgesetzte außer Dienst gibt es nicht mehr.

4. Die Soldaten wählen ihre Führer selbst. Frühere Offiziere, die das Vertrauen der Mehrheit ihres Truppenteils genießen, dürfen wiedergewählt werden.

5. Die Abschaffung des stehenden Heeres und die Errichtung der Volkswehr sind zu beschleunigen.«

Damit war diese Angelegenheit formell erledigt. Erwähnt sei hier nur noch, daß in der Diskussion auch Gustav Noske in seiner Eigenschaft als Beigeordneter das Wort hatte und sich gegen die aufgestellte Behauptung wandte, daß er mit den Plänen des sich oberster Marinerat nennenden 53er Ausschusses einverstanden sei. Der Ausschuß verwende einen großen Teil seiner Zeit mit politischen Fragen, und dabei komme die praktische Arbeit des Marineamts zu kurz. Unerträgliche Verschleppung wichtiger Angelegenheiten finde statt. Dinge, die die Waffenstillstandsverhandlungen zur See betrafen, seien tagelang unerledigt geblieben, weil ein Mitglied des Ausschusses, dessen Unterschrift erforderlich gewesen, drei Tage lang nicht im Amt erschien. Dem sekundierte der Delegierte Pfaff vom Soldatenrat Kiel. Auch er und seine Genossen, führte er aus, hielten den Apparat von 53 Köpfen für den Ausschuß als viel zu groß, sie hätten überhaupt von ihm noch keine Direktiven erhalten, sondern alles aus eigner Initiative gemacht. Sie haben die Offiziere als beratende Beiräte für die Soldaten hinzugezogen und stellten sie an die richtige Stelle.

Der Stadtkommandant von Kiel tue nichts ohne ihre Zustimmung, und sie haben zu Noske das Vertrauen, daß er sich vom Admiral nicht über den Löffel barbieren lasse. In der Sitzung vom 19. Dezember wies dagegen ein Mitglied des 53er Ausschusses Noske's Bemerkungen als unzutreffend zurück und erklärte, über die Verminderung des Ausschusses habe die Marine zu entscheiden und nicht dieser Kongreß. Eine eigenartige Auffassung, deren Logik die Selbstherrlichkeit des einzelnen Organs über den Gesamtkörper bedeutete, die aber die obwaltende Verwirrung der Geister erkennen läßt und anzeigt, wessen sich die Republik im Konfliktfall von dieser Seite gewärtigen mußte.

Dies die in den Kongreß von außen hineingetragenen Zwischenfälle. Die Debatten über seine die Tagesordnung bildenden Fragen standen fast durchweg unter dem Zeichen des Kampfes der vom Spartakusbund be-

einflußten äußersten Linken der Sozialdemokratie wider die sozialdemokratische Regierungskoalition, bezw. der radikalen Mehrheit des Berliner Vollzugsrats wider das Kabinett der Republik. Vollzugsrat wider den Rat der Volksbeauftragten — das war die Signatur des Streites, der an die heftigen Kämpfe erinnert, die in Frankreich wiederholt zwischen dem Stadthaus von Paris und der Zentralregierung gespielt haben. Er wurde eingeleitet mit dem Bericht des Vorsitzenden des Vollzugsrates Richard Müller über dessen Tätigkeit. Müller, der lange Jahre Führer der Opposition in der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbands gegen dessen Leitung gewesen war, entwickelte in der Revolution einen Zug zum Fanatiker. In einer Sitzung des Vollzugsrats hatte er ausgerufen, nur über seine Leiche gehe der Weg zur Nationalversammlung, was ihm bei seinen Widersachern den Spottnamen Leichenmüller eintrug. Sein Referat, das er mit den Worten einleitete, es sei ihm unmöglich, den Bericht objektiv zu geben, war eine leidenschaftliche Anklage gegen den Rat der Beauftragten. Er beschuldigte diesen, dem Bestreben des Vollzugsrats, die Errungenschaften der Revolution sicherzustellen und in die Praxis zu überführen, bei jeder Gelegenheit Widerstand entgegengesetzt zu haben, und klagte ihn an, daß er nichts getan habe, das reaktionäre Element in den Reichs- usw. ämtern durch auf dem Boden des Neuen stehende Personen zu ersetzen. Ebenso stehe es mit der Heeresleitung und Heeresverwaltung. Die zurückgekehrten Frontsoldaten habe man nicht auf die sozialistische Republik, sondern nur auf die Republik schlechthin, nicht auf den Vollzugsrat, der doch die Souveränität des Volks durch die Arbeiter- und Soldatenräte darstelle, sondern auf den Rat der Volksbeauftragten vereidigt. Des weiteren beschwerte er sich bitter über die heftigen Angriffe, die in Versammlungen und der Presse gegen den Vollzugsrat geschleudert worden seien, der sich durch Mitglieder aus dem ganzen Reich ergänzt habe, jetzt statt aus 26 aus 45 Mitgliedern bestehe, und sich als oberste Reichsbehörde konstituiert habe, um Putsche gegen die Errungenschaften der Revolution zu verhindern. Die besagten Angriffe gingen zum großen Teil von Militärs aus, die von Soldatenräten in den Vollzugsrat gewählt worden waren, von diesem aber, weil sie sich — insbesondere der Hauptmann Colin-Roß — durch Eigenmächtigkeiten und Umtriebe lästig machten, an die Luft gesetzt worden seien. Man habe die unsinnigsten Gerüchte über angebliche Vergeudung von Geldmitteln durch den Vollzugsrat in Umlauf gesetzt, von 800 Millionen Mark gefaselt, während seine ganzen Ausgaben in sechs Wochen sich auf 500 000 Mark beliefen, einschließlich der Kosten für Reisen, um Verschleuderung von Millionenwerten an Heeresgut usw. zu verhindern. Der Putsch vom 6. Dezember sei die Frucht dieser Verleumdungen gewesen, über ihn habe es erregte Auseinandersetzungen mit dem Rat der Volksbeauftragten wegen dessen Verhalten bei diesem Anlaß gegeben, denn der Putsch kam von rechts, der von links sei nicht so schlimm gewesen. Die Urheber des Putsches von rechts seien vom Vollzugsrat ermittelt und festgesetzt worden, aber man habe sie alle wieder in Freiheit gesetzt, den Hauptschuldigen, einen Hauptmann Lorenz, direkt auf Verlangen des Kriegsministers. Der Vollzugsrat habe wiederholt gefordert, daß Dr. Solf und Eduard David, die versucht haben, Deutschlands Unschuld am Weltkrieg nachzuweisen, aus dem Auswärtigen Amt entfernt würden, sei aber immer wieder auf den Widerstand des Rats der Volksbeauftragten gestoßen, so daß die komprommittierten Beamten den größten

Teil des belastenden Materials verbrennen konnten. Mit natürlichen und unnatürlichen Gegnern hatte so der Vollzugsrat zu kämpfen gehabt, und nun übergebe er das Schicksal der Revolution dem Kongreß mit dem Wunsche, daß es diesem gelingen möge, die Errungenschaften der Revolution zu sichern und weiter auszubauen.

Noch während Müller sprach, waren die Abgesandten der Spartakus-Demonstration erschienen und hatten sofortiges Anhören verlangt, wodurch die Rede eine Unterbrechung erfuhr und erst nach Abfertigung der Abgesandten fortgesetzt und zu Ende geführt werden konnte. Alsdann ward dem Mitglied des Vollzugsrats Maynz das Wort gegeben zur Erstattung von dessen Kassenbericht. Laut diesem waren dem Vollzugsrat insgesamt Mittel im Werte von rund 650 000 Mark zugeflossen, davon 450 000 Franken in Schweizer Banknoten, für die damals 620 000 Mark erlöst wurden. Die Gesamtausgaben für Tagegelder, sachliche Kosten, Agitation und Propaganda beliefen sich auf rund 614 000 Mark. Maynz bestätigte Richard Müllers Angabe, daß dieser für sich persönlich nichts beansprucht und entnommen habe, und bemerkte weiter, daß der Vollzugsrat gegen den umfangreichen Apparat, der zumeist von den soldatischen Mitgliedern verursacht worden sei, energische Maßnahmen ergriffen und bis zum 14. Dezember das Haus einigermaßen gesäubert habe.

Für den Rat der Volksbeauftragten sprach zunächst dessen Mitglied W. Dittmann von der Unabhängigen Sozialdemokratie. Er wies von einigen der Behauptungen Müllers nach, daß sie teils unrichtig und teils unbegründet waren. Dem Minister Solf sei das Entlassungsgesuch genehmigt worden, nicht Ed. David, sondern Karl Kautsky und Max Quarck seien mit der Prüfung der Akten im Auswärtigen Amt beauftragt und Kautsky habe keinerlei Anzeichen entdeckt, die auf Vernichtung von Akten schließen ließen, er erkläre vielmehr, weit mehr gefunden zu haben, als er erwartet hatte. Der Hauptmann Lorenz sei freigelassen worden, nachdem eine vom Vollzugsrat selbst eingesetzte Untersuchungskommission von drei Juristen einstimmig auf Freilassung erkannt hatte. Auf das Sachliche der Polemik übergehend, legte Dittmann dar, daß der Rat der Volkbeauftragten zumeist unter dem Zwange unerbittlicher Notwendigkeiten, den Folgen des Krieges und der durch diesen geschaffenen Lage gehandelt habe. Deutschland brauche so bald wie nur möglich den Vorfrieden und dann einen schnellen endgültigen Frieden. Das sei die erste Voraussetzung der Wiederherstellung des durch den Krieg zerrütteten, ganz auf ihn eingestellt gewesenen Wirtschaftslebens. Die Umstellung der Wirtschaft auf den Frieden sei aber eine äußerst schwierige und unproduktive Arbeit, es fehle an den nötigsten Rohstoffen, in den Eingeweiden des Volkes wühle der Hunger, nie sei für ein Volk und seine Regierung eine verzweifeltere Situation vorhanden gewesen. Daher könne die Sozialisierung nur mit Vorsicht ins Werk gesetzt werden, sie werde aber dort in Angriff genommen werden, wo Industrie und Betriebe dafür reif seien. Eine Kommission namhafter Volkswirtschaftler sei mit dem Auftrage eingesetzt worden, die Frage zu prüfen und entsprechende Vorschläge zu machen. Dann entwickelte Redner das Steuerprogramm der Regierung, verwies auf ihre sozialpolitischen Verordnungen, die Festsetzung des Achtstundenarbeitstags, der Erwerbslosenfürsorge usw. und setzte hinzu, erst nach der Übergangszeit werde der Sozialismus sich voll entwickeln können. Die Reichtümer, die die Arbeiter geschaffen, seien zum größten

Teil nicht mehr da, die Arbeiter seien bisher die Enterbten gewesen und seien es auch jetzt, sie müßten erst wieder neue Werte schaffen, ehe sie zu Wohlstand kommen würden. Daran könne keine Regierung etwas ändern. Die Arbeiter müßten alles tun, die Produktion in Gang zu halten. Jeder Streik richte seine Spitze gegen sie selbst. Große Schwierigkeiten mache die Entmobilisierung, bis sie aber durchgeführt sei, müsse die oberste Heeresleitung im Amte bleiben und Disziplin gehalten werden, die aber nicht mit Kadavergehorsam zu verwechseln sei. So sei das darauf bezügliche Telegramm der Regierung an die oberste Heeresleitung, das Müller gerügt hatte, zu verstehen. Gewiß herrsche noch bei vielen Offizieren ein reaktionärer Geist und gar manche seien konterrevolutionär gesinnt. Aber die überwältigende Mehrheit der Soldaten wolle keine Konterrevolution. Die Regierung sei daher zwar wachsam in bezug auf Putschversuche, jedoch nicht überängstlich. Der Belagerungszustand sei aufgehoben, volle Preßfreiheit sei verkündet, mögen die Gegner von rechts und links die Regierung noch so sehr angreifen, sie werde darum doch sich gegen jede Unterbindung der Preßfreiheit wenden. Die Regierung habe das freieste Wahlrecht der Welt eingeführt, um dem Proletariat seinen Einfluß auf die Geschicke der Republik dauernd zu sichern. Einstimmig habe sie schon am 12. November die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung in Aussicht gestellt, wenn jetzt der Ruf der Reaktionäre nach einer solchen viele Arbeiter in bezug auf sie kopfscheu mache, so müsse sie aus einer ganzen Reihe von Gründen darum doch kommen. Gewichtige Gründe sprächen gegen eine zu frühe Einberufung der Nationalversammlung, ebenso gewichtige gegen ein zu langes Hinausschieben. Die Regierung habe sie alle ernstlich erwogen und sich schließlich auf den 16. Februar 1919 als den Wahltermin geeinigt, über den der Kongreß nun endgültig zu befinden habe. Jetzt gelte es für das Proletariat, zu gemeinsamem Kampf gegen die bürgerlichen Parteien Schulter an Schulter zusammenzustehen und kein Atom von Kraft im Bruderkampf zu vergeuden.

Die durchgängig im versöhnlichen Ton gehaltene Rede erntete namentlich bei den Mehrheitssozialisten stürmischen Beifall, während ein Teil der eigenen Parteigenossen des Redners sich jeder solchen Kundgebung enthielt.

In der Diskussion über die Berichte sprachen sich die meisten Redner gegen den Berliner Vollzugsrat aus. Er fand lebhafte Verteidiger nur in den Delegiertenn Braß (Remscheid), Wegmann (Berlin), Hecker (Chemnitz) und Georg Ledebour (Berlin), welch letzterer in seinen Angriffen gegen den Rat der Volksbeauftragten Müllers Kritik noch in den Schatten stellte. Einen unbeschreiblichen Lärm rief er dadurch hervor, daß er das Regierungsmitglied Ebert wegen der Antwort, die dieser am 6. Dezember den demonstrierenden Soldaten gegeben hatte, ein Schandmal der Regierung nannte. Gegen eine Bemerkung Dittmanns, daß man Revolutionen nicht machen könne, stellte er fest, daß er und ein Teil seiner Freunde schon seit 1916 die Revolution vorbereitet hatten, und teilte mit, daß am 2. November 1918 in einer Sitzung ihres Revolutionsausschusses alle Teilnehmer bis auf Haase und noch einen der Meinung gewesen seien, daß man am 4. November losschlagen müsse. Am Abend des gleichen Tages sei in einer neuen Sitzung dann noch Dittmann an Haase's Seite getreten, während Karl Liebknecht seine Putschtaktik empfahl, die wiederum er, Ledebour, bekämpft habe.

So sei die Sache infolge der von den Flaumachern ausgehenden Hemmungen auf mehrere Tage verschleppt und den Ebert-Scheidemann Gelegenheit gegeben worden, nun ihrerseits die Sache in die Hand zu nehmen. Bis zum Ausbruch der Revolution seien Scheidemann und dessen Freunde die Nutznießer des Belagerungszustandes gewesen und jetzt seien sie die Nutznießer der Revolution.

Vom Rat der Volkbeauftragten nahmen in dieser Diskussion noch Otto Landsberg, Emil Barth und Fritz Ebert das Wort. Ersterer verteidigte den Rat gegen eine Reihe der Anklagen Müllers und begründete die Beanstandung der Geldforderungen des Berliner Vollzugsrats, Barth überraschte seine Kollegen im Rat der Volksbeauftragten durch eine gegen sie gerichtete Philippika. Er warf ihnen vor, daß sie in Fragen der Entmilitarisierung Deutschlands viel zu zaghaft vorgingen, in Fragen des angeblich notwendigen Grenzschutzes im Osten und im Westen den Militaristen viel zu sehr freie Hand, sich von ihnen viel zu willkürlich mitspielen ließen. Er stellte den Antrag, wonach jetzt energisch eingegriffen, jeder Grenzschutz, der nicht zur Entmobilisierung notwendig sei, sofort im Osten und im Westen aufgehoben werden müsse. Alle Offizere müßten sofort bei der Ankunft in die Garnison entlassen, die älteren und kranken gegen Ruhegehalt, die jungen gegen Gewährung von Mitteln zur Erlernung eines bürgerlichen Berufs. Ebert erwiderte, wenn Barth geglaubt habe, seine Kollegen im Kabinett zum Gegenstand von Angriffen machen zu sollen, dann sei es wohl seine Pflicht gewesen. sich vorher mit ihnen ins Benehmen zu setzen. Was er vorgetragen habe, seien zum Teil Dinge, über die im Kabinett einstimmig Beschluß gefaßt worden sei, über andere stehe die Entscheidung noch aus. Die Regierung habe für schnellste Zurückführung der Truppen und für die Sicherung großer Lebensmitteltransporte Sorge zu tragen gehabt, und das habe bestimmte militärische Schutzmaßnahmen unvermeidlich gemacht. In der Frage von Sicherheitsmaßnahmen im Westen, die vielfach von Genossen und Soldaten verlangt würden, liegen nur erst Vorschläge der Heeresleitung vor, betreffs deren die Regierung diese um genauere Auskünfte ersucht habe und der Antwort entgegensehe. Ein Beschluß sei überhaupt noch nicht gefaßt. Könne man da Barth's Vorgehen als gerechtfertigt erachten? Es gefährde das Zusammenarbeiten im höchsten Grade, und er, Ebert, müsse seinen engeren Freunden vorbehalten, zu entscheiden, ob sie, wenn nicht Bürgschaften gegen solche Vorgänge geschaffen werden, überhaupt noch in der Lage seien, weiter mitzuarbeiten.

Ebert hatte mit zurückgehaltener Bitterkeit gesprochen, aber seine Schlußbemerkung rief um so größere Erregung hervor, von allen Seiten meldeten sich Redner zum Wort, was den Vorsitzenden Leinert zu der Aufforderung an die Delegierten veranlaßte, sich in Fraktionen zu gruppieren, damit eine systematische Anordnung der Rednerliste stattfinden könne. Zur Zeit gebe es neben den zwei sozialdemokratischen Fraktionen noch die Fraktion der Soldaten und die Fraktion der Demokraten.

Hier setzte die oben beschriebene Unterbrechung durch die Soldatendeputation ein, die zur Verlegung der Sitzung auf den folgenden Tag führte. An diesem, dem 18. Dezember, wurden zunächst die Anträge der Soldaten diskutiert, die erneute Abordnung der Spartakusleute abgefertigt und die Schlußreden von Müller und Dittmann entgegengenommen. Müller verteidigte den Berliner Vollzugsrat gegen die Angriffe, die in der Diskussion

gegen ihn erhoben worden waren, und hielt seine Angriffe auf den Rat der Volksbeauftragten aufrecht, Dittmann wies diese Angriffe zurück, betonte gegenüber Ledebour, daß dessen Vorwürfe gegen Ebert schon in einer gemeinsamen Sitzung von Vollzugsrat und Rat der Volksbeauftragten zurückgewiesen worden seien, in der von 35 Mitgliedern des Vollzugsrats nur 5 für Ledebours Antrag auf Amtsentsetzung Eberts gestimmt hätten, erklärte mit Bezug auf Barth's Vorwürfe, daß die Regierung den Militärs genau auf die Finger sehe, und befürwortete dann von neuem und mit Nachdruck den festen Zusammenhalt der Sozialisten über alle Parteidifferenzen hinweg.

Bei der Abstimmung wurde ein Antrag des links-radikalen Sozialisten Braß-Remscheid, sofort alle Maßregeln zur Entwaffnung der Gegenrevolution zu ergreifen, angenommen, die andern von radikaler Seite gestellten Anträge, darunter der Antrag Barth, aber abgelehnt. Zu erwähnen ist, daß einer dieser Anträge unter dem Namen Leviné-Essen eingebracht war, das heißt den Bolschewisten Leviné zum Urheber hatte, der später in dem Kommunistenaufstand in München eine Rolle spielte. Der Antrag erklärte, daß die Tätigkeit der Volksbeauftragten auf die systematische Vernichtung der Macht der Räte hinauslaufe und dadurch der Stärkung der Gegenrevolution diene.

Mit großer Mehrheit wurde gegen die Anträge der Radikalen folgender Antrag der Mehrheitssozialisten Lüdemann und Genossen angenommen:

> »Die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, die die gesamte politische Macht in Deutschland repräsentiert, überträgt bis zur anderweitigen Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und die vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten. Der Kongreß bestellt ferner einen Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der die Ueberwachung des deutschen und des preußischen Kabinetts ausübt. Ihm steht das Recht der Berufung und Abberufung der Volksbeauftragten des Reiches und, bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse, auch der Volksbeauftragten Preußens zu. Zur Ueberwachung der Geschäftsführung in den Reichsämtern werden von dem Rat der Volksbeauftragten Beigeordnete der Staatssekretäre bestellt. In jedes Reichsamt werden zwei Beigeordnete entsandt, die aus den beiden sozialdemokratischen Parteien zu entnehmvn sind. Vor Berufung der Fachminister und der Beigeordneten ist der Zentralrat zu hören.«

Obwohl der Beschluß dem Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte damit ein sehr weitgehendes Kontrollrecht über die Volksbeauftragten zusprach, erblickten die radikalen Unabhängigen und Kommunisten doch in ihm eine so große Verkürzung der Machtbefugnisse der Räte, daß sie wiederholt Versuche machten, das nach ihrer Ansicht Verlorene durch Anträge auf genauere Interpretation seines Sinnes und neue Anträge zurückzugewinnen. Die Handhabe dazu bot ihnen der zweite Punkt der Tagesordnung: Erörterung der Frage Nationalversammlung oder Rätesystem.

Sie wurde durch das Referat des Mehrheitssozialiten Max Cohen-Reuß und das Gegenreferat Ernst Däumigs eingeleitet. Das erstere war außerordentlich sorgfältig durchgearbeitet und machte einen tiefen Eindruck. Es begann mit einer umfassenden Schilderung all der Schwierigkeiten im Innern und nach außen, mit denen die deutsche Republik zu kämpfen habe und derer sie nicht Herr werden könne, wenn sie nicht schleunigst der eingerissenen Desorganisation ein Ende mache. Das aber sei nur möglich durch die Nationalversammlung. Im Augenblick sei »die Politik die Voraussetzung für die Ökonomie« geworden, eine geregelte Produktion in Deutschland nur

möglich durch die Nationalversammlung, die dem Lande eine Verfassung gebe und das Reich zusammenhalte. Die Arbeiter- und Soldatenräte drückten immer nur einen Teilwillen des Volkes aus, niemals den Willen des ganzen Volkes. Wer sich für die Diktaturtheorie auf Karl Marx berufe, verkenne den Geist seiner Lehre. Der Sozialismus könne nicht durch Gewalt dekretiert werden, er sei ein organischer Entwicklungs- und Umbildungsprozeß. In Rußland habe man das Pferd am Schwanz aufgezäumt. Die Furcht, daß die Nationalversammlung keine sozialistische Mehrheit erhalten werde, wenn nicht vorher sozialisiert worden sei, sei durchaus unbegründet, je eher die Wahlen zur Nationalversammlung stattfänden, um so günstiger würden sie für den Sozialismus ausfallen. Die Sozialdemokratie brauche auch die Unterstützung nennenswerter bürgerlicher und intellektueller Kreise, deren Einfluß man nicht unterschätzen dürfe. Ein Streik dieser Elemente würde den Zusammenbruch und den Einmarsch der Ententetruppen bringen, auf eine Revolution in den Ententeländern sei vorläufig ganz und gar nicht zu rechnen. Die Arbeiter- und Soldatenräte seien besser als ihr Ruf, sie mögen mehr Geld als nötig ausgegeben haben, aber sie haben dafür Milliardenwerte gerettet. Die Aufgaben der Nationalversammlung könnten sie dagegen nicht erfüllen, indes neben ihr fortbestehen und gute Arbeit leisten. Unter stürmischem Beifall und Händeklatschen bittet Redner die Versammlung, seinem Antrag zuzustimmen, der die Ansetzung der Wahlen zur Nationalversammlung schon auf den 19. Januar 1919 fordere. Mit der Mahnung, bis zum Wahltag unermüdlich für den Sozialismus zu werben, schloß die Rede, der erneuter und lang andauernder Beifall folgte.

Der von ihr geschaffenen Stimmung gegenüber hatte der Gegenreferent Däumig keinen leichten Stand. Einleitend drückte er sein Bedauern aus über den philiströsen Verlauf der Versammlung und erklärte, daß diese durch ihre jubelnde Zustimmung zur Forderung der Nationalversammlung ein Todesurteil gegen das Rätesystem gefällt habe, das aber trotzdem leben werde, denn es sei die gegebene Organisationsform der modernen Revolution. Zwar stoße es noch auf viele Vorurteile bei den eigenen Klassengenossen der revolutionären Arbeiterschaft, aber ihm gehöre die Zukunft. Wie das parlamentarische System historische Notwendigkeit der bürgerlichen Demokratie gewesen sei, so sei das Rätesystem die gegebene Ausdrucksform der sozialistischen Gesellschaft. »Als Sie Cohen so lebhaft applaudierten, der die Nationalversammlung und den nahen Wahltermin forderte, da haben Sie Ihr eignes Todesurteil gesprochen«, rief Redner der Versammlung zu und erging sich in Ausmalung der üblen Wirkungen, welche die Einberufung der Nationalversammlung zur Folge haben werde. Sein Gegenantrag forderte, unter allen Umständen an dem Rätesystem als Grundlage der sozialistischen Republik festzuhalten, »und zwar derart, daß den Räten die höchste gesetzgebende und Vollzugsgewalt zusteht«, die Ausarbeitung eines allgemein gültigen Wahlsystems für die Arbeiter- und Soldatenräte und Bauernräte Deutschlands, die Ausschreibung auf Grund dieses Systems von Wahlen zu einem Nationalkongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, der die Entscheidung über die künftige Verfassung Deutschlands zu fällen habe. Bis dahin solle ein Zentralrat von 53 allen Teilen Deutschlands zu entnehmenden Delegierten von Arbeiter- und Soldatenräten die höchste Kontrollinstanz des Rats der Volksbeauftragten und der Reichsämter bilden.

Nachdem in der Debatte Redner für und gegen die Einberufung der

Nationalversammlung gesprochen hatten, forderte Lipinski von der Unabhängigen Sozialdemokratie zur Geschäftsordnung genaue Aufklärung, was in dem beschlossenen Antrag Lüdemann, der eigentlich zu diesem Punkt der Tagesordnung gehöre, unter parlamentarischer Überwachung der Volksbeauftragten durch den Zentralrat zu verstehen sei. Namens der Volksbeauftragten gibt Hugo Haase (unabhängig) folgende Erklärung ab:

»Unter parlamentarischer Bewachung versteht der Rat der Volksbeauftragten, daß alle Gesetzentwürfe dem Zentralrat vorgelegt, und alle wichtigen Gesetzesvorlagen mit ihm beraten werden. Er hält es für ganz ausgeschlossen, daß bei dieser Regelung Zerwürfnisse zwischen ihm und dem Zentralrat entstehen können. Es muß in dieser revolutionären Periode rasch auf gesetzgeberischem Wege gearbeitet werden. Sollte in irgend einem Falle es nicht zu einer Übereinstimmung kommen, dann darf ein Vakuum nicht entstehen, sondern es muß dann der Rat der Volksbeauftragten selbst entscheiden können, solange er das Vertrauen des Vollzugsrats hat, der ihn ja jederzeit abberufen kann.«

Geyer (unabhängig) fordert Unterbrechung der Sitzung, da diese Auskunft ihm und Freunden nicht genüge; sie müßten Gelegenheit haben, sich in der Fraktion über die veränderte Situation auszusprechen. Der Antrag wird jedoch abgelehnt, worauf Braß-Remscheid seine Gesinnungsgenossen auffordert, den Saal zu verlassen und sich darüber schlüssig zu machen, ob sie noch weiter an den Verhandlungen teilnehmen könnten. Während die Spartakusleute und der größere Teil der Unabhängigen den Saal verlassen, nimmt Hugo Haase noch einmal das Wort zur Sache selbst.

Der Vorsitzende der Fraktion der Unabhängigen führt aus, es sei zwar im Rat der Volksbeauftragten Einstimmigkeit darüber, daß die Nationalversammlung einzuberufen sei, aber über ihren Zweck herrschen noch Meinungsverschiedenheiten. Die Fragestellung Nationalversammlung oder Rätesystem sei falsch, denn die Räte würden auch nach Einberufung der Nationalversammlung ihre Bedeutung behalten. Die Gründe, die man für die sofortige Einberufung der Nationalversammlung ins Feld geführt habe, seien schon durch die Tatsachen als irrig widerlegt worden, überaus triftige Gründe sprächen vielmehr dagegen, daß man den Termin sehr früh ansetze. In den besetzten Gebieten könne nicht gewählt werden, ein großer Teil der Soldaten könne noch nicht wählen, ein andrer großer Teil wisse noch gar nicht, worum es sich bei der Wahl handle. »Das Schicksal der jungen Republik darf nicht in den Händen unaufgeklärter Wähler ruhen.« Ein großes Aufklärungswerk sei noch zu verrichten — vor allem bei den Frauen, die nun zum ersten Mal wählen. Im Verlauf der vielfach mit Beifall aufgenommenen Rede legte Haase scharfen Protest dagegen ein, daß die Polen, ehe noch die Entscheidung über die Gebietsabgrenzung gefallen sei, in Gebieten wählen ließen, die noch zu Deutschland gehörten.

Von den nach Haase sprechenden Delegierten traten namentlich Vertreter von Soldatenräten für baldmöglichste Vornahme der Wahlen ein. Desgleichen der Volksbeauftragte Scheidemann. Er erklärte sich gegen ein dauerndes Bestehen der Arbeiter- und Soldatenräte, es würde »den absolut sicheren Untergang von Handel und Industrie, den Ruin des Reichs und unabsehbares Elend für unser Volk« bedeuten. Wenn das ganze Volk die Verantwortung mittragen soll, dann müsse es auch mitbestimmen können. In einer so verzweifelten Lage könne eine Klasse gar nicht allein die Verantwortung tragen. Übrigens seien selbst in Berlin diejenigen, welche die

Wahlen verschieben wollen, in der Minderheit, sie machten nur mehr Spektakel als die andern. »Wir bedanken uns für die täglichen Spazierfahrten mit Maschinengewehren, wir wollen keinen Bürgerkrieg, wir wollen Arbeit, Frieden und Brot unserem Volk sichern und damit auch die Errungenschaften der Revolution.«

Die letzten Worte, die auf die Umzüge anspielten, die von den Spartakusleuten unter Karl Liebknechts Führung alltäglich den Bewohnern der Hauptstadt dargeboten wurden, wurden wieder von der Mehrheit mit stürmischem Beifall aufgenommen. Dann wurden, nachdem noch die Referenten in Schlußworten ihren Kritikern geantwortet hatten, in der Abstimmung der Antrag Geyer und Genossen, den Wahltermin auf den 16. März 1919 anzusetzen, mit allen gegen 50 Stimmen, der Satz im Wahlgesetzentwurf der Volksbeauftragten, der als Wahltermin den 16. Febr. 1919 einsetzte, mit allen gegen eine etwas größere Minderheit abgelehnt, dagegen der Antrag Cohen, die Wahlen schon am 19. Januar 1919 vorzunehmen, mit rund 400 gegen etwa 50 Stimmen angenommen. Über den Antrag Däumig fand auf Antrag der Unabhängigen namentliche Abstimmung statt. Sie ergab 98 Stimmen für und 344 dagegen, der Antrag war abgelehnt.

Ein Antrag Geyer, der den von Haase interpretierten Satz in der Resolution Lüdemann so fassen wollte: »Der Zentralrat hat das volle Recht der Zustimmung oder Ablehnung von Gesetzen vor ihrer Verkündung«, wird von Ebert mit folgenden Worten als für die Volksbeauftragten unannehmbar bezeichnet:

> »Wir stehen vor Schwierigkeiten, wie sie noch kein hochentwickeltes Land vor sich gesehen hat. Sollen Sie überwunden werden, so muß der Regierung ein gewisses Maß von Bewegungsfreiheit bleiben. Es muß ein einheitlicher Wille durch das ganze Land gehen, vor allem muß die Zentralinstanz schnell arbeiten können. Das dem Zentralrat eingeräumte Recht, die Mitglieder der Regierung abzuberufen, schließt jede Willkür der Regierung aus und gibt ihm die absolute Sicherheit, daß alle Träger der Regierungsgewalt das Vertrauen ihrer Beauftragten besitzen müssen. Damit können Sie sich genügen lassen . . . Uns fehlen die Rohstoffe und Nahrungsmittel. Nur schnellstes Handeln kann beim Auftreten wichtiger Fragen uns retten. Müßten wir zu jedem Gesetz die Zustimmung des Zentralrates einholen, so wäre das um so unmöglicher, als heute alles, was sonst durch Verordnung des Bundesrats oder der Reichsämter bestimmt wurde, durch ein Gesetz gemacht werden muß. Wir müssen z. B. auf telefonische Anfragen der Waffenstillstandskommission sofort die schwierigsten Entscheidungen fällen. Unsere Freunde von den Unabhängigen erklären gleich mir, daß wir, wenn der Kongreß dem Antrag Geyer zustimmt, die Verantwortung unmöglich weiter tragen können. Was auf dem Gebiet des Zusammenarbeitens mit dem Zentralrat geschehen kann, das soll geschehen, aber die Exekutive und Legislative muß in den Händen der Volksbeauftragten liegen.«

Das habe der Kongreß Tags vorher beschlossen, und die Volksbeauftragten seien, wenn er dies jetzt umkehre, nicht willens, die auf ihnen ruhende Verantwortung zu tragen. Es sei das keine Drohung, sondern lediglich Ausdruck ihrer ihnen durch die Erfahrung eingeprägten Überzeugung, und zwar auch die der Vertrauensleute der unabhängigen Sozialdemokratie.

Trotz dieser mit großem Ernst abgegebenen Erklärung traten die radikalen Unabhängigen Rechtsanwalt Obuch und Volksbeauftragter Barth noch scharf für den Antrag Geyer ein. Obuch's Rede schloß mit den Worten:

»Hinter der Argumentation von der Erschwerung der Gesetzgebung und Verwaltung steckt etwas anderes. Proletarier seid auf der Hut! Haltet fest an Eurem Recht!« Barth führte aus, daß der Antrag Geyer angenommen werden müsse, um das Vertrauen der Massen wieder zu gewinnen. Dem gegenüber beantragt Lüdemann namens der sozialdemokratischen Fraktion, es bei der Erklärung Haase's bewenden zu lassen, worauf Volksbeauftragter Landsberg noch einmal auseinandersetzt, daß, wenn der Rat der Volksbeauftragten arbeitsfähig sein solle, der Antrag Geyer unannehmbar sei.

Auf Antrag von unabhängiger Seite, der große Lärmszenen verursacht, wird namentliche Abstimmung über die Anträge Geyer und Lüdemann beschlosen. Ihr Ergebnis, das am folgenden Tage bekannt gegeben wird, ist 290 Stimmen für den Antrag Lüdemann, 115 Stimmen für den Antrag Geyer. Es verbleibt demnach bei der Interpretation Haase's über das Verhältnis von Vollzugsrat und Volksbeauftragten.

Inzwischen ist in der Fraktion der Unabhängigen auf Betreiben Ledebours und entgegen dem dringenden Rat Haase's der Beschluß gefaßt worden, sich an der Wahl der Mitglieder des beschlossenen Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte überhaupt nicht zu beteiligen, und der Unabhängige Braß teilt dies dem Kongreß mit. Es werden infolgedessen nur die auf der Liste der Sozialdemokratischen Partei verzeichneten Personen in den auf 27 Mitglieder normierten Zentralrat gewählt, nämlich:

> Robert Leinert (Hannover), Georg Mayer (Ostfront), Hermann Wäger (Ostfront), Hugo Struve (Westfront), Emil Pörschmann (Westfront), Max Cohen (Heimat), Max Pfaff (Marine), Müller (Berlin), Heinrich Zwesta (Nürnberg), Heinrich Schäfer (Köln), Hermann Kahmann (Dresden), Fritz Herbert (Stettin), Walter Lampel (Hamburg), Albert Stuber (Eßlingen), Richard Kater (Karlsruhe), Wilhelm Knoblauch (Darmstadt), Gustav Heller (Berlin), Karl Prokesch (Münden), Karl Zörgiebel (Köln), Karl Bethge (Freiburg), Fritz Voigt (Breslau), Heinrich Kürbig (Hamburg), Otto Sydow (Brandenburg), Albert Grzesinski (Kassel), Max König (Dortmund), Fritz Faß (Westfront), Robert Kohl (Ostfront).

Mit der Wahlenthaltung der Unabhängigen war die Stellung ihrer Parteimitglieder im Rat der Volksbeauftragten auf das Schwerste kompromittiert. Sie legte es den Haase und Genossen sehr nahe, nun ihrerseits zurückzutreten. Wenn sie das nicht taten, so brachten sie damit der Sache der Republik ein Opfer, was der neugewählte Zentralrat auch dadurch anerkannte, daß er ihr Mandat gar nicht erst in Frage stellte.

Von unabhängiger Seite — Geyer-Leipzig — ward noch beantragt, da der Kongreß sich gegen alle separatistischen Bestrebungen erklärt und die Wahl zur Nationalversammlung schon auf den 19. Januar angesetzt habe, möge beschlossen werden, daß Wahlen zu den Landtagen überhaupt nicht mehr erfolgen sollen. Gegen ihn wird jedoch darauf hingewiesen, daß in einigen Staaten solche Wahlen schon stattgefunden haben, auch würde seine Annahme nur die Wirkung haben, den Wahlkampf zu zersplittern und den bürgerlichen Parteien eine in breiten Volkskreisen zugkräftige Parole zu liefern. Er wird dann auch gegen eine kleine Minderheit abgelehnt.

Das Referat Rudolf Hilferdings über die Sozialisierung des Wirtschaftslebens, das den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bildete, läßt sich kennzeichnen als eine sachkundige Darlegung des Weges, den die Sozialisierung rationellerweise gehen müsse, nämlich bei der schon monopolistischen

Charakter tragenden Produktion der Kohle und der Massenartikel der Schwerindustrie anfangen und dann schrittweise weitergehen. Dadurch gewinne man auch starken Einfluß auf das Bankkapital, während die sofortige Sozialisierung der Banken bei der zerrütteten Lage des deutschen Wirtschaftslebens, das erst wieder aufzubauen sei, sich nicht empfehle. Nur einzelne Zweige des Bankwesens seien dazu geeignet. Wenn man aber nur einzelne Gruppen von Unternehmungen sozialisiere, sei die Entschädigung der Unternehmer nicht zu umgehen, was durch Gewährung von Staatsrenten geschehen könne. Auf dem Lande sei nur der Großgrundbesitz zur Sozialisierung geeignet, an die übrige Landwirtschaft komme man durch das Getreidemonopol heran. Jedenfalls brauche das Sozialisieren Zeit, eine politische Revolution mache sich verhältnismäßig leicht, die Ersetzung einer Wirtschaftsform durch eine andere sei dagegen ein langwieriger Prozeß, die Revolution könne da keine Wunder wirken. Indes sei ja auch das deutsche Proletariat in der Lage, warten zu können, da es den Achtstundentag habe und sich in einer Periode steigender Löhne befinde. Inzwischen sollen die Arbeiter die Sozialisierungsfrage nicht als eine Lohnfrage betrachten, sondern als die Verwirklichung eines sozialen Ideals, die das systematische Zusammenwirken aller Sozialisten erfordere. Mit dem Geist dieses Ideals müssen die Sozialisten die Menschheit erfüllen.

Der Vortrag erntete lebhaften Beifall, an dem sich namentlich die Fraktion der Mehrheitssozialisten beteiligte. Aus ihren Reihen ward auch in der anschließenden Diskussion vorwiegend in seinem Sinne gesprochen. Die Delegierten Möhlich-Dortmund, Berten-Düsseldorf, Schreck-Bielefeld und andere betonten energisch, daß es sich bei der Sozialisierung um ein Werk handle, das ein organisches Vorgehen erfordere, zunächst also durch Betriebskontrolle und ähnliche Maßnahmen vorzubereiten sei. Im Gegensatz dazu forderten Emil Barth und andere unverzügliche Sozialisierung, die schon aus dem Grunde nötig sei, daß es sonst unmöglich sein werde, die Arbeiter in den Betrieben zu halten.

Nach einem kurzen Schlußwort Hilferdings, worin dieser noch einmal vor der Annahme warnt, daß die Sozialisierung nun auch sofort eine Besserung der materiellen Lage der Arbeiter bringen werde, und hinzufügt, daß sie sogar unter Umständen von den Arbeitern Opfer verlangen werde, da man heruntergewirtschaftete Betriebe würde übernehmen müssen, die nicht sofort hohe Löhne zahlen könnten, wird mit großer Mehrheit ein Antrag Lüdemann-Severing angenommen, der die Regierung beauftragt, unverzüglich mit der Sozialisierung aller dazu reifen Industrien, insbesondere im Bergbau zu beginnen. Ebenso findet ein von unabhängiger Seite gestellter Antrag Annahme, der für den Bergbau Mindestlöhne und den Achtstundentag mit Einrechnung von Einfahrt und Ausfahrt forderte. Desgleichen ein Antrag der Soldatenfraktion auf baldigen Erlaß eines Heimstättengesetzes und Förderung der Heimstättenbewegung durch eine Notverordnung.

Ein ganz anderes Schicksal hatte dagegen ein Antrag der Soldatenfraktion, der einen Zusammenschluß der beiden sozialdemokratischen Fraktionen und insbesondere die Bildung einer gemeinsamen sozialdemokratischen Kampffront im Wahlkampf forderte. Er führt zu Sturmszenen, die alles in dieser Beziehung auf dem Kongreß schon Vorgefallene in Schatten stellen.

Zunächst empfiehlt der Unabhängige Seeger-Leipzig, den Antrag überhaupt nicht zur Abstimmung zu bringen, da der Kongreß nicht für ihn zuständig sei, und der Mehrheitler Severing-Bielefeld erklärt sich damit einverstanden. Dem widerspricht der Mehrheitler Sicker (Frankfurt), und das Mitglied der Soldatenfraktion Heitmann-Königsberg begründet nun deren Antrag. Folgendes nach dem Bericht des Vorwärts vom 21. Dezember 1918 seine Aufnahme.

Heitmann (Soldatenfraktion) tritt in lebhafter Rede für den Antrag ein.

> Die Soldaten haben kein Verständnis für den Bruderkampf, auch soweit sie die Kriegspolitik Scheidemanns verurteilen. Jetzt nach Beendigung des Krieges liegt gar kein Grund mehr zu einer Spaltung wegen der Kriegspolitik vor. So denken Millionen von Soldaten. Die Unterschiede sind gar nicht mehr so groß. Not und Elend müssen so schnell wie möglich beseitigt werden. Im Kampf gegen den Kapitalismus können wir uns den Luxus des Bruderkampfes nicht mehr erlauben. In diesem historischen Augenblick sollten sich die beiden Parteien wieder zusammenschließen. (Lebhafter Beifall. — Lärmende Kundgebungen gegen die Mehrheitssozialisten bei den Linksradikalen und den Tribünenbesuchern.) Das ist die Folge, wenn wir nicht einheitlich in den Wahlkampf ziehen. (Demonstrativer Beifall bei der Mehrheit.)

Dem Soldatenredner, der unter anderem noch bemerkt hatte, daß der Gegensatz zwischen Haase und Liebknecht größer sei als der zwischen Haase und Ebert, stimmt der Mehrheitler Kahmann-Dresden zu, anders Georg Ledebour. Er erklärt das, was der Antrag wolle, für gut und schön, es sei aber nicht in der vorgeschlagenen Weise zu erzielen.

> »Im Zusammenarbeiten mit den Arbeitern müssen wir sie für den von uns betriebenen entschiedensten sozialrevolutionären Kampf gewinnen, aber nicht Verschmelzung oder gemeinsame Listen, wie auch Dittmann empfohlen hat. (Dittmann: »Nein, das habe ich nicht, ich habe nur die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes des Proletariats betont. — Gegenruf aus der radikalen Ecke: Mit Scheidemann?) Mit Ebert, Scheidemann und Landsberg, den Hauptschuldigen daran, daß der Kapitalismus den Krieg überleben konnte, in ein Kabinett einzutreten, war der schwerste Fehler unserer Freunde von der U.S.P. (Stürmischer Beifall bei den Radikalen. Lebhafter Widerspruch der Mehrheit.) Die Überrumpelung durch Lüdemann und die Vergewaltigung durch diese unaufgeklärten Leute (Redner weist auf die Soldaten, neue stürmische Beifalls- und Widerspruchskundgebungen), die noch unter der Verhetzungspsychose leiden, beweisen, daß die Zeit für die Einigung erst da ist, wenn auch diese unaufgeklärten Leute den Sinn der Revolution erkannt haben.« (Stürmischer Widerspruch der Mehrheit, großer Beifall bei den Radikalen, Rufe von dort und von den Tribünen: man muß die Volksverräter hinausschmeißen.)

Der nächste Redner ist der Volksbeauftragte Scheidemann. Kaum erscheint er auf der Tribüne, so erhebt sich ein furchtbarer Lärm. Radikale Delegierte brechen in unaufhörliche Beschimpfungen, wie Lump, Schuft, Kriegshetzer usw. gegen ihn aus und werden dabei von den Besuchern auf der Tribüne unterstützt, die teils dazwischen schreien, teils auf Hausschlüsseln, einige sogar auf mitgebrachten Straßenjungenpfeifen ein Pfeifenkonzert anstimmen, was die Mehrheitssozialisten mit entrüsteten Gegenrufen und mit stürmischen Begrüßungen Scheidemanns sowie anhaltendem Händeklatschen beantworten. Nur mühsam kann Redner sich verständlich machen, denn kaum daß er einige Worte gesprochen, so beginnt auch schon der Lärm

von neuem. Er anerkennt die guten Absichten des Antrags der Soldatenfraktion, stellt aber die Unmöglichkeit fest, auf diesem Kongreß in eine rein parteipolitische Auseinandersetzung einzutreten; hier sei objektives Urteil unmöglich. Alle Bemühungen nach dieser Richtung haben nur das Gegenteil von dem erzielt, was sie wollten.

Rufe der Radikalen im Saal und auf den Tribünen: Erst muß Scheidemann weg, weg mit Scheidemann!

> Scheidemann: In einer halben Stunde gehe ich ohnehin zum Essen, (Große Heiterkeit und neuer Lärm.) Der Erfolg des Einigungsantrags war diese Auseinandersetzung und die letzte Rede Ledebours. Herausgekommen ist höchstens eine neue Zuspitzung der gegenseitigen Abneigung. Es zeigt sich nur wieder, daß so manche Genossen, statt den Kapitalismus zu bekämpfen, lieber die Arbeiterschaft auseinandersprengen — — —«

Der Lärm steigert sich jetzt durch Auseinandersetzungen im Saal zwischen Mehrheitlern und Unabhängigen zu unbeschreiblicher Intensität, so daß Scheidemann nach einigem Warten erklärt, trotz seines guten Organs auf den Kampf mit den Schreiern zu verzichten. Er tritt mit den Worten von der Tribüne ab:

> »Die Antwort, die Sie von mir nicht hören wollen, werden Ihnen am 19. Januar die deutschen Arbeiter geben.«

Erneuter Sturm, worauf der Soldatendelegierte Lampel namens seiner Fraktion deren Resolution mit der Erklärung zurückzieht, er bitte seine Freunde von der West- und Südwestfront, das, was sie in Berlin gesehen, dort bekannt zu geben, damit die Kameraden die Antwort darauf geben können, und eine weibliche Delegierte, Frau Lau, fordert in bewegten Worten die Delegierten auf, die Zeit bis zum Wahltag zur unablässigen Agitation für den Sozialismus auszunutzen, und endet mit einer erneuten Mahnung zur Einigkeit. Doch wird eine Anregung der revolutionären Fraktion Laufenberg und Genossen, wieder in die Diskussion über den Einigungsantrag einzutreten, vom Kongreß abgelehnt. Ein Antrag der Unabhängigen Fraktion, die diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland unverzüglich wieder aufzunehmen, wird mit großer Mehrheit dem Rat der Volksbeauftragten überwiesen. Es kommen noch zwei dem Kongreß übersandte Proteste entgegengesetzter Tendenz zur Verlesung, und dann wird dieser vom Vorsitzenden Leinert mit einer kurzen Ansprache geschlossen, die in die Worte ausläuft:

> »Nicht Auflösung, sondern Hinaufführung des deutschen Volkes und Deutschlands zur höchsten Kultur, zu Glück und Freude wollen wir, damit es auch die Liebe zur Arbeit, zur Arbeit nicht für Kapitalisten, sondern für sich selbst gewinnt. Das revolutionäre sozialistische Deutschland, die geeinte sozialistische Republik Deutschland lebe hoch!«

Und mit Ausnahme eines Teils der Radikalen stimmen die Delegierten in ein dreimaliges Hoch ein.

Noch am gleichen Tage konstituiert sich der vom Kongreß gewählte Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte und wählt zu seinen Vorsitzenden Leinert-Hannover, Cohen-Reuß, Hermann Müller-Berlin, zu Schriftführern Wäger-Ostfront und zum Kassierer Schäfer-Köln. Eine Besprechung mit dem Rat der Volksbeauftragten über die Durchführung der vom Kongreß angenommenen Anträge ergibt Übereinstimmung in allen wesentlichen Punkten. Die Zusammensetzung des Rates wird unverändert belassen.

Aber das betraf nur die Personen. Die Position der zwei Gruppen,

aus denen er sich zusammensetzte, zu einander hatte sich bedeutsam verschoben. Während den drei Mitgliedern aus der Mehrheitssozialdemokratie nun der ganze Zentralrat Deckung bot, war den drei Mitgliedern aus der Unabhängigen Sozialdemokratie durch die von Ledebour und Gleichgesinnten erwirkte Enthaltung der Unabhängigen bei der Wahl des Zentralrats die parteigenössische Deckung in diesem entzogen, sodaß sie gewärtigen mußten, nunmehr bei der ersten ernsthaften Meinungsverschiedenheit überstimmt zu werden.

Einstweilen freilich herrschte in beiden Gruppen der gute Wille vor, solange es irgend angehe, an der Zusammenarbeit im Rat festzuhalten. Die Mitglieder der Mehrheitssozialdemokratie im Rat begriffen, von welchem Wert es für die Sache der Republik sei, daß ihre Leitung sich den Massen nicht als die Vertretung einer einzelnen Fraktion darstelle, und das loyale Verhalten der Haase und Dittmann auf dem Kongreß ließ erhoffen, daß die kollegialische Verbindung zum mindesten doch vielleicht bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung vorhalten werde. Die genannten Unabhängigen und auch Emil Barth aber hielten es für ihre Pflicht, im Rat der Volksbeauftragten solange auszuharren, als es ihnen möglich blieb, ihre Auffassung dort mit Erfolg geltend zu machen.

»Indem man auf die Wahlbeteiligung verzichtete«, schrieb das Organ der Unabhängigen, die »Freiheit«, in ihrem Artikel über den Kongreß mit Bezug auf die Haltung der Unabhängigen, »begab man sich eines wichtigen Mittels . . . auf die künftige Politik einzuwirken und brachte überdies die der Unabhängigen Partei zugehörigen Volksbeauftragten in eine schwierige Lage. Sie werden es künftighin sehr viel schwerer haben als bisher, ihren Einfluß geltend zu machen und die Politik der Regierung in sozialistischem Sinne vorwärts zu treiben. Ganz auf eine Einwirkung innerhalb der Regierung zu verzichten, auch die Mitarbeit im Rat der Volksbeauftragten einzustellen, wie von dem linken Flügel des Kongresses auf eine Mitwirkung im Zentralvollzugsrat verzichtet wurde, kann aber nicht als Ziel erscheinen. Die bisherige Entwicklung hat gezeigt, daß unsere Genossen im Rat der Volksbeauftragten wohl mit Hemmungen zu kämpfen haben und nicht alle ihre Wünsche durchzusetzen vermochten, daß aber ihr Einfluß doch auch nicht wirkungslos blieb. Ein Hinausgehen könnte nur dazu beitragen, die revolutionäre Energie der Regierung noch weiter zu schwächen und bürgerlichem Einfluß Tür und Tor zu öffnen.«

Der »Vorwärts« aber hatte schon Abends vorher von den Unabhängigen geschrieben: »Sie sagen, sie seien nötig, um die Sozialdemokratie vorwärts zu treiben. Wir bezweifeln das, wollen uns aber das Vorwärtstreiben gern gefallen lassen, wenn es von innen heraus geschieht, und so allein kann es, soweit es überhaupt nötig sein sollte, wirksam sein.«

Und in seiner Nummer vom 21. Dezember schrieb er mit Bezug auf den letzten Tag des Kongresses:

»Auch dieser Tag hat gezeigt, wie wenig heute noch Sozialdemokraten verschiedener Gruppen von einander trennt. Hilferdings kluges Referat über die Sozialisierung hätte auch von einem »Rechtssozialisten« ebenso gehalten werden können. Wo in der Debatte von einander abweichende Meinungen zutage traten, zeigte sich doch, daß man sich auf einer gemeinsamen sachlichen Grundlage befand.«

Das klang alles recht hoffnungsvoll, doch sollte in Wirklichkeit das Zusammenarbeiten im Rat der Volksbeauftragten keine zehn Tage mehr andauern.

---

## X.

# Der Matrosenaufstand in Berlin von Weihnachten 1918.

Es lag in der Natur der Sache, daß das Ergebnis des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte in den Reihen derjenigen Sozialisten Berlins, welche der Regierung Ebert-Haase mißtrauisch oder entschieden oppositionell gegenüberstanden, mit großem Mißvergnügen aufgenommen wurde. Ganz besonders unangenehm mußte es die radikaleren Elemente des Berliner Vollzugsrates berühren. Denn dieser war nun seines Mandats als führendes Organ der auf dem Boden der Revolution stehenden Arbeiter und Soldaten Deutschlands entkleidet, in der Rgierung aber war die Position der gemäßigten Sozialisten ganz wesentlich gestärkt. Wohl unterwarf sich, wie anerkannt werden muß, der Vollzugsrat loyal dem seine Position ändernden Beschluß des Kongresses. In einer von Max Cohen und Hermann Müller im Auftrage des neugewählten Zentralrates und Brutus Molkenbuhr und Richard Müller im Auftrage des Vollzugsrates gezeichneten Bekanntmachung ward unter dem 21. Dezember 1918 der Wechsel der Funktionen mit dem Zusatz bekannt gegeben, daß alle vom Vollzugsrat ausgestellten Vollmachten und Legitimationen mit dem 28. Dezember ihre Gültigkeit verlieren und fortan Vollmachten für Angelegenheiten des Reiches und Preußens vom Zentralrat, Vollmachten für Berliner Angelegenheiten vom Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins ausgestellt würden. Aber die Gährung in den Gemütern dauert fort und wird vom Spartakusbund und dessen Agenten in jeder Weise geschürt. Als am 21. Dezember die bei dem Zusammenstoß vom 6. Dezember gefallenen Arbeiter in feierlichem Zug zu Grabe getragen wurden, nahm Karl Liebknecht dreimal das Wort und beschuldigte jedesmal in schärfsten Ausdrücken die Männer der Regierung, daß sie allein die Schuld an der Schießerei und dem Tode der Gefallenen trügen. In seiner Nummer vom 22. Dezember weist der »Vorwärts« das zurück und schreibt:

> »Wir wollen die freie demokratische Ordnung der Republik. Liebknecht hetzt mit Lügen zum Bügerkrieg und klagt dann über die Opfer, die doch nur die Opfer seines **eigenen gewissenlosen Treibens** sind. Er ist nicht zur Vernunft zu bringen. Auf die Vernunft, die Besonnenheit, den Gerechtigkeitssinn der **Berliner Arbeiter** aber hoffen wir!«

Diese Eigenschaften waren auch sicherlich in hohem Grade vorhanden. Aber es wirkten Faktoren der verschiedensten Art zusammen, das Vertrauen

in den guten Willen und die Umsicht der vom Spartakusbund mit besonderem Eifer bekämpften Personen in der Regierung zu erschüttern. Auch geschah nicht alles, was nötig war, die Arbeiterschaft über die Bedeutung der in die Massen geworfenen Schlagworte aufzuklären.

Mitte Dezember 1918 hatte der Spartakusbund ein Manifest veröffentlicht, in dem er seine Politik und seine Ziele programmatisch darlegte. In einer, den lapidaren Sätzen des kommunistischen Manifests nachgebildeten Sprache mischt es Anklänge an dieses letztere mit rein blanquistischen Schlagworten und Stücken aus den Kundgebungen und Verordnungen der Bolschewisten in einander. Da heißt es zum Beispiel, nachdem der erstrebte Gesellschaftszustand kurz als Kommunismus skizziert worden war:

> »Als Uebergang zu diesem Gesellschaftszustande ist die bewaffnete Herrschaft der Arbeiterklasse notwendig.
>
> Unter der Herrschaft der Arbeiterklasse liegt alle bestimmende und ausführende Gewalt in den Arbeiter- und Soldatenräten und ihren Vollzugsausschüssen. Die oberste Gewalt haben der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte und sein Vollzugsausschuß.
>
> Wahlrecht zu den Arbeiter- und Soldatenräten darf nur die arme arbeitende Bevölkerung haben. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht regieren.
>
> Unter der Herrschaft der Arbeiterklasse wird das Eigentum der Kapitalisten an den Produktions- und Verkehrsmitteln beseitigt. Alle Banken, die Herzen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, und industriellen und Verkehrsbetriebe werden von der Arbeiterschaft in Besitz genommen.
>
> Unter der Herrschaft der Arbeiterklasse wird bei der Verteilung der Lebensmittel zuerst die arbeitende Bevölkerung ausreichend versorgt.
>
> Um die Preßfreiheit für die Arbeiterschaft unbedingt zu verwirklichen, werden Papier- und Betriebsstoff beschlagnahmt und der Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt.
>
> Als militärische Stütze ihrer Herrschaft schafft sich die arbeitende Bevölkerung eine kommunistische Garde, bestehend aus Arbeitern und Soldaten.«

Und in einem »Gebot der Stunde« betitelten Abschnitt wird entwickelt:

> »Die Herrschaft der Arbeiterklasse ist nur erreichbar auf dem Wege der bewaffneten Arbeiterrevolution. Die Kommunisten sind ihre Vorkämpfer.
>
> Diese wird kommen, denn das Bürgertum setzt sich zur Wehr, und die Arbeiterklasse wird nur zu wählen haben zwischen Knechtung durch das Bürgertum und ihrer Herrschaft über das Bürgertum.
>
> Die von der jetzigen Regierung vorbereitete Nationalversammlung würde ein Organ der Gegenrevolutionäre zur Erdrosselung der Arbeiterrevolution werden. Ihr Zustandekommen muß mit allen Mitteln verhindert werden.«

Damit war, wenn Worte noch einen Sinn haben, der gewalttätige Kampf zur Niederhaltung aller nichtspartakistischen Elemente, die Vergewaltigung der ausführenden Organe der Republik proklamiert. Zum Überfluß folgt auch bald darauf der dem literarischen Arsenal des Blanquismus entnommene Satz: »Das Bürgertum bereitet sich zum Bürgerkrieg vor. Es will ihn«, und wird an diese, in jenem Augenblick jeder tatsächlichen Unterlage entbehrende Behauptung der Aufruf geknüpft:

> Wir rufen daher der Arbeiterschaft zu: Haltet Euch bereit! Organisiert Euch, der Kampf für die Schaffung des offenen Weges zum Kommunismus steht nahe bevor. Tragt den revolutionären Geist in die Arbeitermassen!«

Allerdings heißt es dann weiterhin plötzlich:

»Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors. Sie haßt und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft.«

Schon der gleich darauf folgende Abschnitt »Maßnahmen zur Sicherung der Revolution« enthält jedoch Bestimmungen, die, wie die Verhinderung der eben erst von dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte beschlossenen Wahlen zur Nationalversammlung, nach Lage der Dinge ohne Terror und blutigen Kampf garnicht durchführbar waren. Gleich der erste Satz verkündet:

»Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere, sowie der nicht proletarischen Soldaten, Entwaffnung aller Angehörigen der herrschenden Klassen.«

Es wird einem schwer zu glauben, daß eine so geistig begabte und wissenschaftlich gebildete Person wie Rosa Luxemburg an diesem ebenso konfusen, wie demagogisch hetzerischen Machwerk mitgearbeitet haben kann. Zumal das Programm der wirtschaftlichen Maßnahmen eine hochgradige Unkenntnis der elementarsten Erfordernisse des Wirtschaftslebens eines Industriestaates wie Deutschland verrät. Eines freilich muß man ihr zugute halten: als Frau und obendrein Ausländerin hatte sie in Deutschland das Arbeiten von Gesetzgebung und Verwaltung immer nur von außen kennen gelernt, von deren Innenbetrieb dagegen keine klare Vorstellung, wie ihr auch das organische Triebwerk wirtschaftlicher Unternehmungen und seine funktionellen Lebensbedingungen gänzlich unbekannt sein mußten. Bei alledem hätte ihr doch nicht und noch weniger einem Karl Liebknecht, der in der Gesetzgebung und Verwaltung tätig gewesen war, die Tatsache entgehen können, daß der Versuch der Umsetzung dieses Manifestes in die Praxis Deutschland in den Zustand einer mörderischen und verheerenden Anarchie versetzen mußte. Nicht voraussetzen aber konnte man diese Einsicht bei den vielen politisch ungeschulten Elementen, die sich damals plötzlich in die politische Bewegung hineingezogen sahen, und da es immer deutlicher sich zeigte, daß große Teile dieser Elemente von der Dialektik des Manifestes bestochen wurden, war es nicht überflüssig, dessen inneren Widersprüche und die verderbliche Natur seiner Weisungen dem Volke in klarer, verständlicher Sprache in Flugschriften eindrucksvoll darzulegen. Das ist aber nicht geschehen. Man hat wohl in allgemeinen Bemerkungen die Tendenzen bekämpft, denen es Ausdruck gab, aber es für überflüssig gehalten, sich näher mit ihm zu befassen, offenbar, weil man sicher zu sein glaubte, daß die große Mehrheit der Arbeiter und Soldaten sich von ihm nicht zu Torheiten hinreißen lassen würden. Nichts pflegt sich aber in Zeiten allgemeiner Gährung schwerer zu rächen, als die Unterschätzung einer an die Leidenschaften appellierenden Minderheit. Man muß in solchen Zeiten stets gewärtig sein, daß Augenblicke eintreten, wo die besonnenen Elemente, wie das in ihrer Natur liegt, durch Passivität unzuverlässig werden und die von der Leidenschaft zur größeren Aktivität hingerissenen Elemente die Straße beherrschen und eine Stoßkraft erhalten, die ihre ziffernmäßige Stärke weit übersteigt.

Eine Probe davon lieferte der Matrosenaufstand in den Weihnachtstagen 1918, der kaum drei Tage nach dem Auseinandergehen des Kongresses

der Arbeiter- und Soldatenräte ausbrach und zu einem blutigen Straßenkampf zwischen Regierungstruppen und Matrosen nebst Spartakusleuten führte. Angesichts der für die weitere Entwickelung der Republik so verhängnisvollen Rückwirkungen dieses Zusammenstoßes scheint eine ausführliche Darlegung seiner Ursachen und seines Verlaufs angezeigt.

Die Beziehungen zwischen der Regierung und der in Berlin stationierten sogenannten Volksmarinedivision hatten sich von Tag zu Tag unbefriedigender gestaltet. Zum Teil waren die Ursachen unpolitischer Natur. Über tausend Matrosen waren in den Räumen des großen, vordem kaiserlichen Marstall gegenüber dem alten Königsschloß untergebracht, und ein Teil davon übte Wachdienst in letzterem selbst, das in seinen Prunkgemächern allerhand Kunstgegenstände von großem Werte barg. Von diesen Wertsachen, deren Eigentumsverwaltung dem Finanzministerium unterstand, kamen bald eine ziemliche Anzahl abhanden, sei es, daß unter den Matrosen selbst Personen waren, die der Verführung zur Aneignung von öffentlichem Gut nicht Widerstand leisten konnten, sei es, daß von den vielen Besuchern, die nunmehr in den den Matrosen zugewiesenen Räumen aus und ein gingen, etliche die Gelegenheit zu wilden Requisitionen benutzten. Massen gestohlenen Guts wurden in Kähnen, die an der Wasserseite des Schlosses anlegten, verschleppt. Als die Diebstähle sich häuften, drang das Finanzministerium immer stärker auf Änderung. Die Vertrauensmänner der Matrosen zeigten auch den guten Willen, Abhilfe zu schaffen, doch erwiesen sich die nun getroffenen Schutzmaßnahmen als unzulänglich, es fanden trotz ihrer immer wieder Entwendungen statt. Unter dem 12. Dezember 1918 unterbreitete der Finanzminister Hugo Simon, Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie, dem Staatsministerium eine Denkschrift, die ein unverzügliches Einschreiten, rasche und vollständige Entfernung der Matrosendivision aus Schloß und Marstall forderte. Der Abschub, heißt es da, müsse »unvermutet und plötzlich geschehen, damit keine Gelegenheit mehr bleibt, geraubte Gegenstände, die sich in den Quartieren sicher noch befinden, wegzuschaffen.« (Elftes Aktenstück des Urkundenbandes der Untersuchung der preußischen Landesversammlung über die Januar-Unruhen 1919.) So ward denn von Seiten der Regierung der Beschluß gefaßt, die Marinedivision zunächst aus dem Schlosse zu entfernen. Da letztere nun in bezug auf Unterbringung und örtliche Bewegung der Stadtkommandantur unterstand, war es Aufgabe der letzteren, an deren Spitze der Mehrheitssozialist Otto Wels stand, über die Einzelheiten der Räumung des Schlosses mit den Matrosen in Verhandlung zu treten.

Bei diesen herrschten aber ganz andere Anschauungen und Wünsche vor. Die Volksmarinedivision hatte vielmehr bei der Regierung den Antrag gestellt, ihre Stärke zu erhöhen, sie aus dem Verband der Marine auszuscheiden und als ständige Truppe der unter Leitung von Wels in Bildung begriffenen und etwas höher gelöhnten Republikanischen Soldatenwehr in Berlin anzugliedern. Als die Matrosen nun erfuhren, daß im Gegenteil die Stärke der Division auf 600 Mann verringert werden und sie das Schloß ganz räumen solle, rief das bei einem Teil von ihnen nicht geringe Mißstimmung hervor, die von radikalen Elementen weidlich geschürt wurde. Zwar hatte Wels, nachdem ihm vom Volksbeauftragten Ebert, der in der Regierung die militärischen Angelegenheiten besorgte, der Auftrag geworden war, sich behufs Ausführung des erwähnten Beschlusses mit der Volks-

marinedivision in Verbindung zu setzen, von dieser das Versprechen erwirkt, dem Beschlusse gemäß zu verfahren, und es waren auch an zwei aufeinander folgenden Tagen zusammen 90 Mann entlassen worden. Dann aber machten sich andere Einflüsse geltend. Es wurden keine weiteren Entlassungen gemeldet, und die Matrosen blieben im Schloß. Wie sich später herausstellte, war bei ihnen die Meinung verbreitet worden, die maßgebende Entscheidung über ihr Verbleiben liege nicht bei dem Volksbeauftragten, sondern beim Berliner Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte, dessen Zusammensetzung sich nach der radikaleren Seite hin entwickelt hatte. So erklärt sich das Auftreten der Matrosendeputation auf dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte (siehe voriges Kapitel), wie überhaupt die willige Aufnahme der spartakistischen Schlagworte auch bei den Matrosen. Inzwischen wurde deren Löhnung fällig und Wels erhielt am 21. Dezember von der Regierung den Auftrag, ihnen 80 000 Mark auszuzahlen, aber erst, nachdem sie das Schloß geräumt und ihm sämtliche Schlüssel übergeben haben würden. Anstatt der Räume im Schloß wurden ihnen Räume in dem diesem östlich gegenüber gelegenen Marstall angewiesen, gleichzeitig aber verfügt, daß, entsprechend einer am 13. Dezember zwischen der Kommandantur und der Volksmarinedivision getroffenen Abmachung, vom 1. Januar 1919 ab nur noch für 600 Mann Löhnung gezahlt werden würde.

Der Zahlungsbefehl der Regierung lautete wörtlich:

Berlin, den 21. Dezember 1918.

»Der Rat der Volksbeauftragten weist die Stadtkommandantur an, dem Volksmarinerat den Betrag von 80 000 (achtzigtausend) Mark zu zahlen, indessen erst nach Räumung des Schlosses und H e r a u s g a b e a l l e r S c h l ü s s e l a n d i e S t a d t k o m m a n d a n t u r. Vom 1. Januar 1919 ab werden die Zahlungen nur noch für 600 Mann geleistet gemäß der Vereinbarung zwischen der Stadtkommandantur und dem Vorsitzenden des Zentralrats (53er Ausschuß) der Marine vom 13. d. Mts.

gez.: Ebert, Haase, Landsberg, Barth, Dittmann, Scheidemann.«*)

Wels ließ das die Führer der Matrosen wissen, und sein Adjutant, Leutnant Anton Fischer, bestellte sie auf Sonntag, den 22. Dezember Vormittags 11 Uhr behufs näherer Rücksprache auf die Kommandantur. Sie kamen aber nicht, sondern beschlossen, unter Umgehung von Wels noch einmal an den Rat der Volksbeauftragten heranzutreten.

Das taten sie am Montag, den 23. Dezember. Das Mitglied des Vollzugsrates Thost und 2 Mitglieder des Marineausschusses erchienen gegen 12 Uhr in der Reichskanzlei und erklärten, als ihnen ein Protokoll der von Wels mit ihren Vertretern über die Räumung des Schlosses und die Verringerung der Division gepflogenen Verhandlungen vorgelegt, es sei dies kein gemeinsam aufgesetztes Schriftstück, sondern eine einseitige und zum Teil unzutreffende Darstellung der Besprechungen, erhoben aber in der Hauptsache keine ernsthaften Einwände mehr, sondern gaben sich, nachdem Ebert in aller Ruhe die Differenzpunkte mit ihnen durchgesprochen hatte, anscheinend mit der Zusicherung zufrieden, daß diejenigen Matrosen, die die Entlassung treffen würde, nach Möglichkeit der Republikanischen Sicherheitswehr eingereiht werden sollten, und versprachen dafür zu wirken, daß

*) Man beachte den von uns unterstrichenen Zwischensatz dieser von a l l e n Volksbeauftragten unterzeichneten Weisung. Nur unter Berücksichtigung seiner ist eine gerechte Beurteilung des Zusammenstoßes möglich, den ihre Innehaltung zur Folge hatte.

nunmehr die Matrosen gutwillig das Schloß räumen und gegen Ablieferung der Schlüssel die Löhnung in Empfang nehmen sollten. Alle sonstigen Differenzpunkte sollten nach dem Fest »am 27. Dezember« in gemeinsamer Sitzung durchberaten werden. Thost und seine Begleiter richteten das aus. Statt aber nun, wie es dem Reglement entsprach, in der nur fünf Minuten von dem Schloß entfernten Kommandantur die Sache abzuwickeln, brachte der von den Matrosen zu ihrem »Kommandanten« gewählte sehr radikal auftretende ehemalige Leutnant Dorrenbach mit einem Trupp bewaffneter Matrosen die große Kassette, welche die Schlüssel enthielt, unter Umgehung der Kommandantur zur Reichskanzlei in das Zimmer des ihm gleichgesinnten Volksbeauftragten Emil Barth. Da laut der Verteilung der Funktionen im Kabinett nicht dieser, sondern Fritz Ebert die militärischen Angelegenheiten zu besorgen hatte, hätte Barth zum mindesten die Matrosen an jenen verweisen müssen. Statt dessen läutete er Wels an, teilte ihm mit, daß die Kassette mit den Schlüsseln bei ihm abgeliefert worden sei, und forderte ihn auf, nunmehr den Vertretern der Matrosen die Löhnung auszuzahlen. Wels antwortete, in dieser Weise sei die Sache nicht zu erledigen, die Schlüssel seien laut Verfügung der Volksbeauftragten bei ihm abzuliefern. Darüber gab es zwischen ihm und Barth einen Wortwechsel am Fernsprecher, wobei die Matrosen in Barths Zimmer hörten, was dieser Wels sagte, aber nicht, was Wels ihm antwortete. Barth schildert in seiner Schrift »Aus der Werkstatt der Revolution« die Unterhaltung wie folgt:

> Wels: »Nein, das geht nicht! Die müssen mir die Schlüssel selbst bringen, sonst gibts keinen Pfennig. Jetzt habe ich sie in der Hand.«
>
> Ich: »Menschenskind, mach doch keinen Unsinn und rede kein Blech, die Schlüssel sind hier, und Du kannst sie ja, wenn wir entschieden haben, wer sie aufbewahrt, abholen. Die Matrosen sagen, sie hätten sie hierher gebracht, weil, wenn sie nach der Kommandantur gegangen wären, es leicht zu unliebsamen Zusammenstößen hätte führen können. Du weist doch selbst, welcher Beliebtheit Du Dich bei ihnen erfreust, und es wäre doch jedenfalls das denkbar Bedauerlichste, wenn es 24 Stunden vor Weihnachten durch den einen oder anderen Unbesonnenen zu irgendwelchen unliebsamen Zusammenstößen käme!«
>
> Wels: »Das ist mir ganz gleich. Ich muß die Schlüssel haben, ehe ich das Geld herausgebe. Ich habe die Verantwortung.«
>
> Ich: »Aber nun erlaube einmal, wenn ich Dir sage, ich übernehme die Verantwortung, dann muß Dir das doch genügen. Also zahle, ja?«
>
> Wels: »Nein. Deine Verantwortung genügt mir nicht, wenn es Ebert sagt, dann ja.«
>
> Ich: »Zum Donnerwetter nochmal! Jetzt kann ich wirklich verstehen, daß kein Mensch mit Dir verhandeln kann, ohne sich mit Dir in den Haaren zu liegen! Du sprichst mir nolens volens die Vertrauenswürdigkeit ab. Wenn die Matrosen nicht hier ständen, würde ich Dir etwas anderes sagen. Doch das eine merke Dir. Ebert ist kein Jota mehr und keine Jota weniger als ich. Wir sind sechs Volksbeauftragte mit völlig gleichen Rechten. Ich habe mir wahrlich noch keine Sekunde etwas darauf eingebildet, Volksbeauftragter zu sein. Aber hier hört es denn doch auf. Also ich übernehme die Verantwortung, und Du gibst das Geld!«
>
> Wels: »Ich wollte Dich nicht beleidigen. Aber Ebert hat das Militärische. Wenn er mir also sagt: Zahle, dann kann ich zahlen, aber wenn Du es sagst, dann bleibt mir immer die Verantwortung.«
>
> Ich: »Na gut! Ich schicke jetzt die Matrosen zu Ebert, dann mag doch er, wenn es mir nicht möglich ist, die Sache zu regeln, weil Du mir die Berechtigung absprichst, sie regeln.« Schluß.

»Ihr habt ja gehört, was ich sagte«, erklärte nach seiner Darstellung Barth den Matrosen, »geht zu Ebert, der klingelt bei Wels an, dann ist die Sache erledigt.« Und er fährt fort:

> »Die Matrosen waren nun begreiflicherweise ärgerlich, schimpften und fluchten und zogen mit ihrer Bundeslade ab.«

Von Unabhängigen und Spartakisten ist Wels für das nun Folgende verantwortlich gemacht worden. Man sprach von bürokratisch-starrem Eigensinn, ohne den es nicht zur Zuspitzung des Konfliktes und dem daran sich anschließenden Blutvergießen gekommen wäre. Aber bei Berücksichtigung der damaligen Umstände wird man das Verhalten von Wels begreiflich genug finden. Er hatte die von allen Volksbeauftragten unterzeichnete Weisung erhalten, die Löhnung nur nach Ablieferung der Schlüssel an die Kommandantur auszuzahlen. Davon auf einen Anruf von Barth hin abzuweichen, mußte ihm um so weniger angezeigt erscheinen, als nur wenige Tage erst verstrichen waren, seit dieser durch sein Auftreten auf dem Rätekongreß sogar seine Kollegen aus der Unabhängigen Sozialdemokratie im Rat der Volksbeauftragten auf das Peinlichste überrascht hatte. Er gehörte zum linken, spartakistisch gerichteten Flügel der Unabhängigen, ebenso der obengenannte Dorrenbach. Von dieser Seite aber wurde schon in Versammlungen laut der Austritt der Unabhängigen aus dem Rat der Volksbeauftragten gefordert, während im Organ der Spartakisten selbst immer rückhaltloser die gewaltsame Beseitigung der Regierung Ebert-Haase gepredigt ward. Wenn also Dorrenbach in Widerspruch mit der von der Regierung getroffenen Verfügung Wels geflissentlich überging und die Schlüssel bei Barth abgab, der amtlich mit der Sache nichts zu tun hatte, so mußte das den Ersteren stutzig machen, und Barths Aufgabe als Regierungsmitglied, das die Verfügung mit unterzeichnet hatte, wäre es gewesen, Dorrenbach das Ungehörige seines Verhaltens klar zu legen und ihn zu ermahnen, ordnungsgemäß zu verfahren. Ohne Einhaltung einer gewissen Ordnung und Disziplin kann kein Gemeinwesen bestehen, sie sind in der Revolution nicht weniger notwendig als im gewöhnlichen Verlauf der Dinge.

Barth handelte anders. Daß er es in keiner schlimmen Absicht tat, kann man ihm ruhig glauben. Aber kein Leser seines Buches kann sich des Eindruckes erwehren, daß er von einem hochgradigen Selbstgefühl besessen war, das krankhaft genannt werden muß, und ihn der Fähigkeit beraubte, Andersdenkende objektiv zu beurteilen, über die Möglichkeiten der Revolution aber sich in verhängnisvollen Illusionen wiegte. Nach einem, im Vorwärts am 28. Dezember 1918 gegebenen Bericht von Wels über diese Vorgänge, hat letzterer am Schluß des Gespräches Barth aufgefordert, die Matrosen zu Ebert zu begleiten. Weshalb Barth das nicht tat, ist schwer ersichtlich. Nachdem er einmal die Matrosen empfangen und gesehen hatte, in welche Erbitterung sie seine, vor ihnen am Fernsprecher geäußerten Bemerkungen versetzt hatten, mußte es ihm nahe genug liegen, die aufgeregten Leute nicht schlechthin sich selbst zu überlassen. Nach seiner eigenen Darstellung hatte er sich so ausgedrückt, daß sie annehmen mußten, es liege eine bloße Schikane von Wels vor. Darin und daß er nichts tat, selbst die Sache ins richtige Geleise zu bringen, liegt die größere Verantwortung für das nun Folgende und seine schlimmen Nachwirkungen.

Wie Barth die Dinge weiterhin schildert, sind die Matrosen von ihm zu Ebert gegangen, hatten diesen nicht in seinem Amtszimmer noch sonst im Hause gefunden und, schreibt er,

»das bedeutet für die Matrosen, daß sie das Geld nicht bekommen konnten. Da sagten sie sich, nun sind wir seit 3 Tagen von Pontius zu Pilatus gelaufen, jetzt haben wir es satt. Gingen munter zur Wache — das waren ebenfalls Matrosen, die noch keine Löhnung erhalten hatten — und sagten: besetzt die Reichskanzlei und die Telefonzentrale, bis ihr von uns weitere Nachricht bekommt. Die Volksbeauftragten zu verhaften, war nicht ihre Absicht, sondern nur die Absperrung, bis sie auf der Kommandantur ihr Geld geholt hätten. Aber daß es zur Absperrung der Reichskanzlei, zum Blutvergießen vor der Kommandantur usw. kam, das war lediglich die Schuld Eberts und Landsbergs.«

Es ist nicht die Aufgabe dieser Arbeit, Schriften, wie die Barthsche, im einzelnen polemisch zu behandeln. Der vorstehende Satz und namentlich die Schlußzeilen lassen die Folgerungsweise Barths und die tendenziöse Art, wie der ehemalige Volksbeauftragte die Beweggründe von Leuten auslegt, mit denen er Streit hatte, zur Genüge erkennen. Daß die Matrosen und ihr Führer Dorrenbach Ebert im ganzen Haus gesucht haben sollen, bevor sie den geschilderten Gewaltakt begingen, klingt schon deshalb höchst unwahrscheinlich, weil sie Ebert sofort fanden, nachdem sie die Telefonzentrale besetzt und die Wache, wie angegeben, instruiert hatten. Er war in seinem, nur 50 Schritt von seinem Amtszimmer entfernten Wohnzimmer, wo er und Landsberg ihr Mittagsmahl einnahmen, als sehr bald nach dem Vorgang in Barths Zimmer zwei voll ausgerüstete Matrosen bei ihnen eintraten und den beiden Volksbeauftragten eröffneten, sie und Kameraden hätten von ihrem Kommandanten Dorrenbach den Befehl erhalten, die Tore der Reichskanzlei zu schließen, niemand in das Gebäude hinein und keinen aus ihm heraus zu lassen, sowie die Telefonzentrale der Kanzlei besetzt zu halten, bis die anderen Kameraden bei der Kommandantur angelangt sein würden, um dort die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen durchzusetzen. Mit anderen Worten, daß die Regierungsmitglieder in der Reichskanzlei eingesperrt und vom Telefonverkehr mit der Außenwelt abgeschlossen seien. Ebert veranlaßte nun seinen Sekretär nachzusehen, welche Volksbeauftragten sonst noch im Hause seien. Der einzige davon, den dieser antraf, war Emil Barth. Dieser schreibt, daß der Beamte, als er zu ihm kam, ihn gebeten habe, sogleich zu Ebert zu kommen. Er, Barth, habe daraufhin mit dem gerade bei ihm weilenden Unterstaatssekretär von Möllendorf eine neue Zusammenkunft verabredet und dann Ebert aufgesucht, in dessen Zimmer außer Landsberg nun auch Scheidemann und der Unterstaatssekretär Baake, der Chef der Reichskanzlei, saßen. Ebert sei, als Barth eintrat, im Zimmer hin und her gelaufen. Hören wir Barth weiter:

»Sie schauten mich alle vier ganz perplex an, ich sie auch.«
»Sie ließen mich doch rufen«, sagte ich zu Ebert.
Ebert: »Ich? Nein!«
Ich: »Nanu, machen Sie doch keine Witze! Krüger war doch bei mir!«
Landsberg: »Ja, Kollege Barth, wir wollten nur sehen, ob Sie uns Gesellschaft leisten.«
Ich: »Gesellschaft leisten?«
Landsberg: »Ja, wissen Sie denn von nichts? Von garnichts?«
Ich: »Na, sprechen Sie doch nicht in Rätseln!«
Landsberg: »Na, dann will ich Ihnen die Mitteilung machen, daß wir außerordentlich erfreut sind, daß Sie uns in unserer Gefangenschaft Gesellschaft leisten.«
Ich: »Was? Gefangenschaft? Seit wann machen denn Sie Witze?«

Landsberg: »Ich sehe, Sie wissen wirklich von nichts, ich werde es Ihnen also erklären. Wir sind von den Matrosen verhaftet. Von unserer eigenen Wache. Kein Mensch darf das Haus verlassen und die Telefonzentrale ist gesperrt. Sie sind also unser Schicksalsgenosse.«

Ich: »Machen Sie doch keinen Unsinn. Haben Sie Telefon hier? Nein? Na, da will ich mal von meinem Zimmer telefonieren. Davon muß ich mich selbst überzeugen, bevor ich es glaube.«

»Ich ging nun in mein Zimmer, nahm den Hörer, und auf die Erklärung, die Leitung ist gesperrt, sagte ich dem Betreffenden, er solle keinen Unsinn machen, ich müsse Verbindung haben. Darauf wurde ich verbunden.«

Gleichzeitig, erzählt Barth weiter, habe auf dem zweiten der in seinem Amtszimmer befindlichen Fernsprecher der Vorsitzende des Soldatenrates Potsdam, Klawunde, angeläutet und ihm mitgeteilt, daß soeben einige Regimenter Infanterie und Kavallerie, die schon seit dem Morgen alarmbereit lagen, nach Berlin verladen worden seien, wie es heiße, auf Veranlassung der Regierung, um einen Spartakistenputsch niederzuschlagen. Ob das richtig sei? Barth habe es für Unsinn erklärt, wer an Blutvergießen am Weihnachsabend denke, sei verrückt. Er habe sodann Klawunde aufgefordert, sein Möglichstes zu tun, um die Abfahrt von Truppen nach Berlin zu verhindern, sei darauf zu Ebert zurückgegangen und habe gefragt, wer diese Anweisungen in Potsdam gegeben habe. Die Antwort sei gewesen: »Wir wissen von nichts!« Als er aber Ebert aufgefordert habe, sofort bei allen militärischen Stellen anzurufen, Auskunft zu erbitten und Gegenbefehle anzuordnen, habe dieser geantwortet, es ginge nicht an, dauernd einer Handvoll Elemente preisgegeben zu werden, sie können nicht dauernd auf einem Pulverfaß sitzen. Mit diesen Zuständen müsse ein Ende gemacht werden. Er, Barth, habe dagegen protestiert, und nach einigem Wortwechsel habe Ebert ihm versprochen zu veranlassen, daß keine Truppen mehr von Potsdam kämen und ankommende zurückgeschickt würden. Von 6 Uhr Abends ab sei dann Kabinettssitzung gewesen, in der Ebert und Genossen jedes Zurückkommen auf die Matrosenangelegenheit mit der Begründung bekämpft hätten, daß diese erledigt sei, Arbeitsminister Bauer habe die Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vorgelegt und begründet, alle Gegenanträge Barths seien mit fünf gegen seine Stimme abgelehnt und dann sei mit der gleichen Mehrheit die endgültige Berufung des Grafen Brockdorff-Rantzau zum Leiter des Auswärtigen Amtes beschlossen worden. Obwohl Ebert und Genossen mittlerweile erfahren hätten, was inzwischen auf der Kommandantur vorgegangen sei, hätten sie in der Sitzung kein Wort davon gesagt, und auch Dittmann und Haase seien — obwohl Barth sie auf den Ernst der Situation aufmerksam gemacht und ihnen seine Bedenken dargelegt habe, sofort nach Beendigung der Sitzung fortgegangen, ohne ihm zu sagen, wohin. Freilich habe er sie auch nicht darnach gefragt.

Diese Erzählung ist zum größten Teil unrichtig. Weder war Scheidemann an jenem Nachmittag in der Reichskanzlei gewesen, noch hat am genannten Tage die geschilderte Kabinettssitzung stattgefunden. Auch Haase und Dittmann waren den ganzen Nachmittag und Abend außer dem Hause, das erst ganz spät von der Matrosenwache freigegeben wurde. Freilich waren die zwei Volksbeauftragten der Sozialdemokratischen Partei nicht so von der Außenwelt abgeschlossen, wie Dorrenbach und Genossen ver-

meinten. Es gab eine diesen unbekannt gebliebene direkte telefonische Verbindung mit der in Kassel sitzenden Obersten Heeresleitung. Dem General Gröner, der dieser damals vorstand, hatte Ebert daher mitgeteilt, daß er und Landsberg gefangen gehalten würden, und ihn ersucht, Anordnungen zu treffen, um nötigenfalls ihre Befreiung militärisch zu erzwingen.

Vorher hatte er, was Barth und die andern Schilderer jener Vorgänge aus dem Lager der halben oder ganzen Spartakisten verschweigen, noch einen Versuch gemacht, eine gütliche Beilegung zu erzielen. Durch die Matrosenwache hatte er die Matrosen im Schloß aufgefordert, noch einmal Vertreter zu ihm zu entsenden. Dem war entsprochen worden. Dorrenbach erschien mit zwei Begleitern, und es ward von neuem verhandelt. Die begleitenden Matrosen zeigten starke Geneigtheit, den eindringlichen Ermahnungen Eberts Folge zu geben. Dorrenbach aber blieb störrisch, und so verlief die Unterredung ergebnislos, das aber hieß unter den gegebenen Umständen Verschlimmerung der Situation. Daher die Aufforderung Eberts an Gröner. Noch auf eine andere Weise hatte ersterer mit der Außenwelt in telefonische Verbindung treten können. Man erinnerte sich, daß von der Reichskanzlei über verschiedene Höfe ein Weg ins Reichsamt des Auswärtigen führt, und der war ebenfalls nicht besetzt. So war es möglich, schließlich auch den Stadtkommandanten Wels von der Besetzung der Reichskanzlei und der Sperrung ihrer Telefonzentrale zu unterrichten. Wels hatte, wie er in einem sehr schmucklosen, aber gerade darum Vertrauen erweckenden Bericht im Vorwärts vom 28. Dezember 1918 darlegte, nach dem Telefongespräch mit Barth angenommen, daß letzterer seiner Aufforderung gemäß die Matrosen zu Ebert geführt habe, und nun auf Weisung von diesem gewartet. Sie kam aber nicht, und als ihm dann nach vielen vergeblichen Anrufen endlich auf Umwegen gemeldet wurde, daß das Gebäude von rebellischen Matrosen besetzt sei, die niemanden hinein noch heraus ließen, hat er sich in die benachbarten Quartiere der republikanischen Soldatenwehr und anderer Regierungstruppen begeben und veranlaßt, daß von dieser Seite aus Mannschaften zur Reichskanzlei entsandt wurden. Er ist dann zur Kommandantur zurück geeilt und wollte diese gleich nachher wieder verlassen, um selbst die Truppen in der Wilhelmstraße zu beaufsichtigen, als ihm beim Heraustreten aus dem Haus Matrosen mit Dorrenbach an der Spitze entgegentraten und ihn dadurch am Fortgehen hinderten, daß sie erklärten, mit ihm unverzüglich verhandeln zu müssen. Man ging darauf in sein Zimmer, wo Wels zunächst die Frage an Dorrenbach richtete, wie er denn dazu gekommen sei, die Reichsregierung gefangen zu setzen. Dorrenbach gab eine ausweichende Antwort. Auf die nächste Frage von Wels, wo nun die Schlüssel seien, ob Barth sie noch habe oder sie Ebert übergeben seien, ward ihm erwidert, sie seien zur Zeit wieder im Schloß. Er gab darauf zurück, dann könne er auch die achtzigtausend Mark nicht auszahlen, ohne sich mit dem ihm ausdrücklich von der Reichsregierung gewordenen Befehl in Widerspruch zu setzen. Mittlerweile waren immer mehr Matrosen ins Zimmer eingedrungen, alles schrie durcheinander, und es herrschte wüster Lärm, als plötzlich von der Straße her Schüsse ertönten, die von der Gegend der etwa hundert Schritt schrägüber gelegenen Universität herkamen. Wels sprang, schreibt er, auf den Balkon der Kommandantur, vor der sich große Massen Matrosen angesammelt hatten und schrie in der Richtung nach dem, von Sicherheitsgardisten besetzten Zeughause: »Feuer einstellen, nicht schießen,

es wird verhandelt!« Der Ruf sei weitergegeben und darauf das Feuer eingestellt worden. Leider war damit das angerichtete Unheil nicht behoben.

Was war unten vor sich gegangen?

Gegen 6 Uhr abends waren von zwei Seiten her, nämlich südlich von der in die Straße Unter den Linden einmündenden Charlottenstraße und der zwischen Opernhaus und Kronprinzenpalais in den sogenannten Franz-Joseph-Platz einmündenden Oberwallstraße, und nördlich von der Schloßbrücke her verschiedene hundert bewaffnete Matrosen in Trupps vorgedrungen, hatten Ketten gebildet, welche die Straßen von Unter den Linden her bis zum Lustgarten absperrten, während mehrere hundert andre vor der Kommandantur Aufstellung nahmen, d. h. diese umzingelten. Darauf traten auch der von Wels unterrichtete Soldatenrat der im Kronprinzenpalais untergebrachten republikanischen Soldatenwehr, sowie die gleichfalls von Wels alarmierten, im Zeughaus, dem Gebäude der ehemaligen Königlichen Bibliothek und im Palais Friedrich Wilhelm (das einstige Palais von Wilhelm I.) befindlichen Sicherheitsgarden in Aktion. Die Führer dieser Abteilungen rückten mit Maschinengewehren sofort auf die Straße und brachten die Gewehre dort in Stellung. Gleichzeitig wurden die Soldatenräte der Berliner Garnison telefonisch verständigt und sandten auf Lastwagen je eine Kompagnie Soldaten nach der Kommandantur. Ebenso wurden von der Kommandantur selbst aus zwei Panzerwagen mit Maschinengewehren, sowie mehrere gefechtsmäßig eingerichtete Personenwagen herausgesandt, die in der Oberwallstraße Stellung nahmen. Alle diese Regierungstruppen, wenn man sie so nennen darf, enthielten sich jedoch jedes Angriffs gegen die Matrosen, und auch diese hüteten sich, eine Schießerei zu beginnen.

Eine solche setzte aber ein, als von der Charlottenstraße her ein Lastwagen, der nicht zur Kommandantur gehörte, in die Straße Unter den Linden einfuhr, dort in der Richtung auf die Kommandantur zu umbog und, ohne daß der Führer die Zurufe der Postenketten der Matrosen beachtete, seine Fahrt fortsetzte. Dies veranlaßte die Matrosen, durch deren Kette der Wagen hindurchzufahren versuchte, aus ihren Karabinern ein Schnellfeuer auf ihn zu eröffnen, das wahrscheinlich nur aus Schreckschüssen bestand, da niemand durch es verletzt ward. Dagegen veranlaßten die Schüsse die Besatzung eines Panzerwagens, der gerade in diesem Augenblick ebenfalls von der Charlottenstraße her in die Straße Unter den Linden einbog, schleunigst ein ernsthaftes Schnellfeuer auf die vor der Kommandantur postierten Matrosen zu eröffnen, durch das einer von ihnen getötet und drei schwer verletzt wurden. Dies rief unter den ohnehin erregten Matrosen eine ungeheure Erbitterung hervor. Eine Anzahl von ihnen drang, die Karabiner auf dem Rücken, unter dem Ruf »Nieder mit Wels« durch Tür und Fenster in die Kommandantur ein. Ins Amtszimmer von Wels gelangt, überhäuften die Eindringlinge diesen mit Schimpfworten und Drohungen, und einige von ihnen hätten ihn am liebsten auf der Stelle gelyncht. Es war ihm gerade noch möglich, auf einen telefonischen Anruf des General Lequis von der Gardeschützenkavallerie zu antworten, er sei in der Kommandantur eingeschlossen und könne von ihr aus nichts unternehmen, er bäte den General, von seiner Stelle aus das Nötige zu veranlassen. Dann sah er sich von Matrosen umringt, die von ihm unter fortgesetzten Drohungen die Auszahlung der 80 000 Mark sowie die schriftliche Erklärung forderten, daß die Volksmarinedivision als dauernd in Berlin stehender Truppenteil anerkannt sei. Zu letzterem ver-

stand er sich nicht, erklärte sich dagegen bereit, das Geld auszuzahlen, in der Hoffnung, dadurch die Wütenden zum Abzug zu bewegen. Das ging indes nicht in Erfüllung. Es wurde weiter und stärker getobt, wobei Persönlichkeiten den Ton angaben, die nie mit der Arbeiterbewegung etwas zu tun gehabt hatten, und schließlich erklärte man Wels, dessen Adjutant Fischer und den Sekretär der Kommandantur Dr. Bongartz für »Gefangene« und zog mit ihnen von der Kommandantur nach dem Marstall, um sie dort in Gewahrsam zu halten oder, wie einige schrien, »abzuurteilen«. Auf dem Transport wurde Wels von verschiedenen der ihn umzingelt haltenden Matrosen, zu denen sich nach seinem Bericht auch Sicherheitsmannschaften des Polizeipräsidenten Eichhorn gesellt hatten, in überaus brutaler Weise mißhandelt. Während Fischer und Dr. Bongartz verhältnismäßig bald freigelassen wurden, ward er in der Dunkelheit von Quartier zu Quartier geschleppt, darunter die Geschäftsstube des Schlosses, wo der stellvertretende Kommandant der Volkmarinedivision, Radtke, ein Mitglied der unabhängigen Sozialdemokratie, sein Bestes tat, die Matrosen von Gewaltakten gegen ihn abzuhalten. Er ward dafür von einem der »wilden« Matrosenführer in Gegenwart von Wels angeschrien, er hafte dafür, daß dieser nicht lebend heraus käme, andernfalls würde jener dem Radtke selbst eine Kugel durch den Kopf schießen. Da er sah, daß er im Augenblick an Ort und Stelle nichts ausrichten könne, begab sich Radtke in die Kommandantur und besprach mit Leutnant Fischer die Situation. In der Zwischenzeit ward Wels in einen zu ebener Erde gelegenen Verschlag eingesperrt und ihm gesagt, er solle mit dem Leben abrechnen. Nach Radtke's Rückkehr ward er auf dessen Veranlassung wieder in einem wohnlichen Raum untergebracht, und Radtke erklärte den Matrosen, es sei eine Verständigung erzielt worden, Wels sei nur noch als in Schutzhaft befindlich zu betrachten.

Es war nämlich am späten Abend noch folgendes geschehen. Bald nachdem durch die Besatzung des Panzerautos die Schüsse auf die Matrosen abgegeben worden waren und ihre Opfer gefordert hatten, waren Trupps der erbitterten Matrosen zur Reichskanzlei gezogen und hielten die in dieser noch anwesenden Regierungsmitglieder von neuem gefangen. Dann aber waren Trupps der Berliner Garnison und der republikanischen Soldatenwehr angerückt, die Regierung gegen die Matrosen zu beschützen. Zu diesem Zweck nahmen sie vor der Kanzlei demonstrativ Stellung, enthielten sich jedoch jedes Angriffes auf die Matrosen, und auch diese nahmen nun eine abwartende Haltung ein. Eine Kommission des Fünfer-Ausschusses der republikanischen Soldatenwehr mit Brutus Molkenbuhr an der Spitze begab sich zum Volksbeauftragten Ebert, teilte ihm mit, daß diese Wehr und ebenso der größte Teil der Truppen der Berliner Garnison das Vorgehen der Matrosen auf das schärfste mißbilligten und nicht gesonnen seien, den Putsch ruhig hingehen zu lassen, sie seien bereit, wenn nötig, Wels mit Gewalt zu befreien. Ebert ermahnte zu besonnenem Vorgehen, damit Blutvergießen vermieden werde, die Regierung hoffe durch Verhandeln mit der Matrosendivision den Gefangenen ohne solches freizubekommen. Molkenbuhr und die anderen Mitglieder der Deputation setzten sich darauf mit dem Soldatenrat der republikanischen Soldatenwehr ins Einvernehmen, dann fuhr Molkenbuhr zum Marstall und leitete die Verhandlungen der Soldatenwehr mit der Volksmarinedivision ein. Sie wurden in der Reichskanzlei vor Ebert und Landsberg, zu denen sich dann auch Barth gesellte, fortgesetzt und hatten

eine Verständigung dahin zur Folge, daß Garnisontruppen und Matrosen gleichzeitig nach verschiedenen Richtungen von der Reichskanzlei abzogen, sodaß dieser nur die übliche Schutzwache verblieb. An die abziehenden Truppen richtete Ebert folgende Ansprache:

> »Ich will im Augenblick auf die Vorgänge nicht eingehen, die sich heute abgespielt haben. Ich will nur die Tatsache feststellen, daß die Regierung eine Zeitlang im Reichskanzleigebäude durch ihre eigene Wache festgehalten wurde und niemand das Haus verlassen durfte. Die Telefonzentrale war besetzt, sodaß alle Telefongespräche unmöglich waren. Später ist es mir gelungen, die Matrosen zu bewegen, abzuziehen.
>
> Wir haben weiter festgestellt, daß die Matrosen das Haus verließen. Gleichzeitig müssen aber auch die anderen Truppen jetzt fortgehen. Ich bitte Sie, alles zu tun, um ein Blutvergießen zu vermeiden. Wir haben in diesem Kriege so viel Blut vergossen, daß es einfach Wahnsinn wäre, noch neues Blutvergießen herbeizuführen, wofür niemand die Verantwortung übernehmen könnte. Ziehen Sie also in Ihre Quartiere.«

Das war nach zehn Uhr abends vor sich gegangen. Um elf Uhr ward von der Reichskanzlei in Schloß und Marstall telefoniert und angefragt, ob Wels nun auf freiem Fuß sei. Die Antwort lautete verneinend. Um zwölf Uhr nachts geschah das gleiche mit dem gleichen Ergebnis. Ebenso um ein Uhr. In der Zwischenzeit hatte die Regierung Truppen, deren Anmarsch von Potsdam her gemeldet wurde, zum Zurückgehen veranlaßt. Endlich nach ein Uhr rief Radtke vom Schloß her an und teilte mit, daß Wels noch immer von erbitterten Matrosen in Gewahrsam gehalten werde. Auf die Frage, ob Wels in Lebensgefahr sei, antwortete Radtke, im Augenblick sei das nicht der Fall, aber man könne im Angesicht der Stimmung der Matrosen nicht für dessen Leben bürgen. Das klang so ominös, daß Ebert nach Besprechung mit den noch in der Reichskanzlei weilenden Landsberg und Scheidemann den Kriegsminister Scheüch anrief, ihn von dem Geschehenen in Kenntnis setzte und ersuchte, das Nötige zur Befreiung von Wels und zur Unterwerfung der Matrosen zu veranlassen.

Es soll hier nichts vertuscht und beschönigt werden. Diese Aufforderung war in doppelter Hinsicht, militärisch und politisch, ein verhängnisvoller Schritt: militärisch, weil durch sie die Auftraggeber ein Stück der Verantwortung für die Maßnahmen auf sich luden, welche die Militärs nun trafen, politisch, weil sie ohne Hinzuziehung der Volksbeauftragten von der Unabhängigen Sozialdemokratie geschah und schon dadurch geeignet war, das ohnehin sehr gespannte Verhältnis zu dieser noch zu verschlechtern.

Man vergegenwärtige sich jedoch die Situation. Die Regierung stand einer unverkennbaren Rebellion gegenüber. Und zwar nicht, wie Barth und andere es hinstellen, einer Rebellion, die lediglich aus einem »Dummenjungenstreich« politischer Kinder erwachsen war. Gern kann man dem zustimmen, daß die Mehrzahl der Matrosen nicht genug von der Politik verstanden, um die politische Tragweite ihrer Schritte voll ermessen zu können und zu begreifen, daß, wer in der Weise, wie sie es getan, die elementarsten Pflichten der Disziplin mit Füßen tritt, unter allen Regierungsformen die gewaltsame Unterdrückung selbst herausfordert. Aber die Matrosen handelten unter der Anleitung eines Führers, der als ehemaliger Offizier keinen Augenblick darüber im Zweifel sein konnte, was das ganze Treiben bedeutete. Dorrenbach ist später von Militärs unter Umständen erschossen worden,

angesichts deren der Ausdruck feiger Mord nicht zu scharf erscheint. Das kann aber kein Grund sein, über die große politische Verantwortung, die er in jenen Tagen auf sich geladen hat, mit abschwächenden Worten hinwegzugehen. Wenn man, so schwer selbst dies fällt, immer noch die Möglichkeit zuläßt, daß sein Verfahren am Nachmittag mit der Schlüsselkassette und der Abschließung der Reichskanzlei lediglich von einer Aufwallung des Augenblicks eingegeben war, so ist eine solche Annahme mit Bezug auf die am Abend ins Werk gesetzte Umzingelung der Kommandantur und die darauf folgende Erpressung an Wels eine Unmöglichkeit. Da war, wie das zur gleichen Zeit erfolgte Anmarschieren der Matrosen in Trupps von verschiedenen Seiten her dartut, nach einem vorbedachten Plan gehandelt worden, der zweifelsohne auf Dorrenbach zurückgeht. Welchen Einfluß dieser damals auf die Matrosen in der Marinedivision ausgeübt hat, geht aus den Aussagen der im Mai 1919 im Prozeß Ledebour verhörten Zeugen Alpers und Milewski hervor, die zu jener Zeit der Marinedivision angehört hatten. Bemerkenswert ist da namentlich, daß beide hervorhoben, Dorrenbach habe fast nie vor den Matrosen als Körperschaft seine Absichten dargelegt, sondern stets nur mit Einzelnen verhandelt. So darf man annehmen, daß die große Mehrzahl der Matrosen tatsächlich auch an jenem Abend von keinem Plane wußten. Als Ergebnis eines solchen aber, als abgekartetes Spiel mußten die vor und in der Kommandantur erfolgten Vorgänge Ebert und Kollegen erscheinen. Und klar ist, daß die Erregung, die sie bei ihnen hervorgerufen hatten, sich noch gewaltig steigern mußte, als in der Nacht anfänglich stundenlang gar keine Auskunft über das Schicksal zu erhalten war, das Wels im Schloß bevorstand, und dann jene in ihrer Unbestimmtheit erst recht beunruhigende Mitteilung Radtkes einlief. Den an einen so wichtigen und zugleich gefährlichen Posten gestellten Mitkämpfer, den die Rote Fahne in fast jeder Nummer ob des Zusammenstoßes am 6. Dezember den Massen als Bluthund denunziert hatte, schnellstens aus dieser Lage zu befreien, mußte ihnen in jenem Augenblick als dringendes Pflichtgebot erscheinen. Damit verbunden war aber die Aufgabe, die rebellierenden Matrosen dazu zu bringen, dem doch einstimmig gefaßten Beschluß der Regierung gemäß endlich das Schloß zu räumen. Wie die Dinge lagen, war nicht zu erwarten, daß dies ohne Heranziehung von Regierungstruppen zu erwirken war. Nicht das war daher das Bedenkliche, daß erneut das Militär angerufen wurde, wohl aber, daß den militärischen Befehlshabern kein Sozialist als Berater zur Seite gegeben wurde, der wußte, wie man mit sozialistisch orientierten Arbeitern umzugehen hat.

So handelten denn die Militärs, »wie sie es verstanden«. Vorher hatte sich noch folgendes abgespielt.

Bald nachdem Radtke Ebert den obenerwähnten Bescheid gegeben hatte, überkamen ihn, Milewski und gleichgesinnte Mitglieder der Matrosendivision im Angesicht des Tobens eines Teils der Matrosen ernsthafte Befürchtungen, daß diese doch Wels ums Leben bringen würden. In diesem Empfinden beschlossen sie, einen Politiker heranzuziehen, der bei der radikalen Arbeiterschaft besonderes Ansehen genoß, und da dies von Georg Ledebour ihrer Ansicht nach zutraf, läuteten sie mitten in der Nacht bei ihm an, und nachdem er zugesagt, holten einige von ihnen ihn im Automobil zum Marstall ab. An Ort und Stelle angelangt, sprach Ledebour eindringlich auf die Wütenden unter den Matrosen ein, die immer wieder riefen:

»Wels wird nicht freigegeben, der wird erschlagen«, und erreichte es nach vielem Hin und Her, daß sie schließlich sich bereit erklärten, unter bestimmten Bedingungen Wels freizugeben. Nach der Schilderung, die Ledebour in seinem Prozeß von den damaligen Vorgängen gibt, ist dann auf dessen Vorschlag eine Kommission gewählt worden, die mit der Regierung über diese Frage verhandeln sollte, und der außer ihm selbst auch Dorrenbach angehörte.

Ehe es zu dieser Verhandlung kam, erfolgte jedoch das Eingreifen des Militärs gegen die Matrosendivision. Der Kriegsminister Scheüch hatte dem Generalleutnant Lequis von der Gardeschützenkavallerie die Ausführung des ihm von Ebert gewordenen Auftrags übertragen, und Lequis hatte gegen morgen des 24. Dezember den größten Teil des in und um Berlin lagernden Militärs für den etwa notwendig gewordenen Kampf aufgeboten. Bei Tagesgrauen glich die Straße Unter den Linden, heißt es im Bericht einer bürgerlichen Zeitung,

> »einem riesigen Heerlager. Von allen Seiten rückten die Kompagnien, zum Teil zu Fuß, zum Teil auf Lastwagen, von den Soldatenräten geführt, heran. Die Mannschaften waren sturmmäßig, d. h. mit Stahlhelm, Tornister und aufgepflanztem Seitengewehr ausgerüstet. Die Potsdamer Division rückte geschlossen mit ihrer Artillerie heran, die Mannschaften mit Handgranaten am Koppel. Der Stab der Regierungstruppen war im Palais des alten Kaisers (Wilhelm I.) und im Prinzessinnen-Palais eingerichtet. Hier traten die Führer der Mannschaften zusammen und man beschloß noch einen letzten Versuch zur Verständigung zu machen.«

Worin bestand aber dieser Versuch zur Verständigung? Hören wir den Bericht weiter:

> »Es wurde eine Abordnung von 5 Mann nach dem Marstall geschickt. Um sieben Uhr fünfzig trafen die Abgeordneten mit weißer Fahne dort ein, wurden von den Matrosen in Empfang genommen und zum Soldatenrat geführt. Die Führer der Soldatenwehr erklärten kurz und bündig:
>
> »Wir verlangen völlige Ergebung der Matrosen, denen ihre berechtigten Forderungen sofort erfüllt werden sollen. Binnen zehn Minuten haben alle im Marstall und Schloß befindlichen Matrosen sich unbewaffnet auf dem (zwischen Marstall und Schloß befindlichen) Schloßplatz aufzustellen. Wir geben zehn Minuten Bedenkzeit. Wenn nach dieser Frist nicht die weiße Fahne gezogen wird, werden wir Schloß und Marstall mit Artillerie beschießen.«

Nun, das war kein Versuch einer Verständigung, sondern weiter nichts als eine schroffe Aufforderung zur unterwürfigen Kapitulation. Und da die Ansprache obendrein von einem noch bartlosen jungen Leutnant im üblichen Leutnantston abgegeben wurde, konnte sie keine andere Wirkung haben, als die Matrosen von neuem aufs äußerste zu reizen. Die Militärs aber hatten es mit dem Schießen sehr eilig. Um 7$^{50}$ war die Abordnung bei den Matrosen gewesen, hatte, wie es in einem anderen Bericht heißt, den Marstall mit Maschinengewehren gespickt vorgefunden, und da die Matrosen in einem begreiflichem Trotzempfinden die weiße Fahne nicht heraussteckten, ward Punkt 8 Uhr an die Truppen das Zeichen zum Losschlagen gegeben. Hören wir den zitierten Bericht weiter:

> »Um $^3/_4$ 8 Uhr waren alle Zugänge zum Schloßplatz und zur Schloßfreiheit abgesperrt. Da die Matrosen die Gebäude nicht gutwillig verließen, begann um 8 Uhr heftiges Feuer. Die Truppen hatten am

Schinkelplatz zwei, am Werderschen Markt und an der Oberwallstraße mehrere Maschinengewehre aufgestellt. Die Matrosen traten den Truppen mit 5 Maschinengewehren und einem schweren Geschütz entgegen. Darauf ließ der Kommandant der Garde-Kavalleriedivion Oberst v. Tschirschky und Bögendorff, die Artillerie abprotzen; auf der Schloßbrücke. vor dem Schloß und am Werderschen Markt wurden je ein Geschütz von 10,5 cm aufgestellt.

›Der erste Schuß auf das Schloß saß zwischen den Fenstern des ersten Stockes und riß ein Loch von mehreren Metern Umfang; das Maschinengewehr, das dort aufgestellt war, ging in Trümmer. Weitere Schüsse sitzen im Erdgeschoß in der Höhe des weißen Saales. Die beiden großen Tore sind arg beschädigt, die Steinarbeiten vernichtet. Auch der historische Balkon des Schlosses, von dem der Kaiser im August 1914 seine Ansprache hielt, ist arg mitgenommen.

›Gleichzeitig begann die Beschießung des Marstalls vom Werderschen Markt her. Aus den Fenstern schossen die Matrosen mit versteckten Maschinengewehren auf die heranrückenden Truppen. Auch aus der Französischen Straße, in die das Garde-Kürassier-Regiment mit leichten Geschützen eingerückt ist, wird die Beschießung verstärkt. Der Feuerkampf wogte bis zehn Uhr hin und her; dann trat eine Pause ein. Aus einem Fenster des Marstalls wurde eine Fahne geschwenkt, die man zuerst für eine List der Matrosen hielt, die Truppen auf größere Nähe heranzulocken. Als eine Abordnung der Matrosen vor dem Marstall erschien, wurde das Feuer vollkommen eingestellt. Von der Französischen Straße kommt der Kommandant der Kavallerie-Brigade, Oberst v. Tschirschky, mit einem Regierungsvertreter in einem Kraftwagen; vorn ein Soldat, auf dem Bajonett seines Gewehres eine weiße Fahne. Vor dem Marstall hält der Kraftwagen und Oberst v. Tschirschky und sein Adjutant treten ein. Nach einer Viertelstunde kommen sie, eine weiße Fahne voran, wieder heraus, umgeben von dem Verhandlungsausschuß der Matrosen. Die Verhandlungen schienen zur Uebergabe der Matrosendivision geführt zu haben, denn kurz nach zehn Uhr verließen erst einzelne Matrosen, dann ganze Trupps das Marstallgebäude ohne Waffen. Auch ein Teil der Truppen zog sich nunmehr zurück und kurz nach elf Uhr war der Abmarsch allgemein.‹

Es war nämlich inzwischen der Rat der Volksbeauftragten zu einer Sitzung zusammengetreten und hatte beschlossen, das Militär zum Einstellen der Schießerei zu veranlassen. Emil Barth schildert in seiner schon zitierten Schrift, die von der Tendenz beherrscht ist, alle Schuld an dem Blutvergießen auf die Volksbeauftragten der Mehrheitssozialisten abzuwälzen, die hierauf bezüglichen Vorgänge wie folgt:

›Ebert suchte Verbindung, und als er den Kriegsminister hatte, gab es folgendes Gespräch:

Ebert: ›Guten Morgen, Exzellenz. Hier Ebert. Es wird uns eben die Mitteilung, daß auf das Schloß und den Marstall ein Angriff der Gardekavallerieschützen-Division stattfände. Da uns von der Angelegenheit nichts bekannt ist, möchte ich Sie doch im Auftrage des gesamten Kabinetts dringend bitten, umgehend zu veranlassen, daß weiteres Blutvergießen unterbleibt.‹ — — — — — — — — — — — — — — — —

›Ja, es ist einstimmiger Beschluß des Kabinetts, und wir bitten, daß sofort die Feindseligkeiten eingestellt werden und verhandelt wird.‹ — — — — — — — — — — —

Ebert: ›Ich danke.‹

Es kam nun Tost vom 53er Ausschuß der Marine, der um Ausstellung einer Bescheinigung oder Vollmacht bat, um zwischen beiden Parteien verhandeln zu können. Nach anfänglichem Widerstand Landsbergs bekam er sie. Dann kamen Cohen als Vorsitzender des Zentralrats und Richard Müller als Vorsitzender des Berliner Vollzugsrats und baten ebenfalls um Vollmachten zum Verhandeln. Auch sie bekamen sie.

Darauf kamen die Mitglieder vom 53er Ausschuß vom Jade-, Elbe- und Kieler Gebiet, um Auskunft zu holen, wie das kam und wer die Schuld trägt, damit sie die Matrosen von Wilhelmshaven, Lehrte, Hamburg und Kiel zum Schutze ihrer Kameraden aufrufen könnten.

Allen erklärte Ebert, genau wie uns, daß er selbst völlig überrascht sei und keine Auskunft geben könne, aber auf schnellste Aufklärung dringen würde.«

Die Sitzung der Volksbeauftragten nahm ihren weiteren Verlauf, während Cohen, Müller, Thost und die Matrosen sich in die Universität begaben, wo die von Ledebour in der Nacht angeregte Besprechung stattfand. An ihr nahm von Militärs der Generalleutnant von Hoffm[illegible] teil, mit dem und anderen Militärs Ledebour, laut seiner Erzählung in [illegible] Gerichtsverhandlung vom 20. Mai 1919 schon persönlich Rücksprache g[illegible]men hatte. Er und seine Genossen fanden, berichtet er, bei Hoffmann ein »durchaus anerkennenswertes Entgegenkommen«, sodaß ein befriedigender Vergleich zustande kam.

»Es wurden die berechtigten Forderungen der Marinedivision auf Auszahlung der Löhne bewilligt. Die Matrosen erklärten sich bereit, das Schloß zu räumen, das die Marinedivision außer dem Marstall besetzt hatte, und Generalleutnant Hoffmann erklärte sich auf unsere Anregungen hin bereit, ohne daß die Volksmarinedivision daran gedacht hatte, diese Forderung zu stellen, seine Truppen aus Berlin zurückzuziehen.«

Da diese Besprechung stattfand, nachdem Ebert namens der Regierung den Kriegsminister aufgefordert hatte, das Schießen einzustellen, war, was Ledebour freilich nicht wissen konnte, von einem besonderen Entgegenkommen des Herrn von Hoffmann kaum noch die Rede. Weder hatte dieser einen Auftrag oder ein Recht, die Auszahlung der Löhne an die Matrosen zu bewilligen, noch lag eine Veranlassung dazu vor, da die Bewilligung längst von seiten der Regierung erfolgt war. Überhaupt scheinen einige Militärs in jenen Tagen eine recht zweideutige Rolle gespielt zu haben. Sie gaben der Aufforderung, das Nötige für die Räumung des Schlosses und die Befreiung von Wels zu tun, die krasseste Ausdeutung. Wurden sie aber wegen der Schießerei zur Rede gestellt, so erklärten sie, was sie täten, geschehe ganz gegen ihren Wunsch im Auftrag der Regierung, an den sie gebunden seien. Sie haben dadurch viel dazu beigetragen, das Mißtrauen der Sozialdemokraten der zwei Richtungen gegen einander zu verschärfen.

Von der andern Seite sorgten die Spartakisten dafür, daß der Kampf nicht sofort sein Ende fand.

Der zitierte bürgerliche Bericht, der mit den Berichten sozialistischer Blätter mit Bezug auf das Tatsächliche in der Hauptsache übereinstimmt, fährt fort:

»Aber die Ruhe hielt nicht lange an, und die Veranlassung zu den neuen Kämpfen, die sich bis zum Abend hinzogen, scheint das offene Eingreifen des Spartakusbundes gewesen zu sein. Untätig war die Liebknechtgruppe allerdings auch bis dahin nicht gewesen. Bereits um 9¼ Uhr war es am Lustgarten und im Hofe des Schlosses zu einem Kampf zwischen Regierungstruppen und Spartakusbund gekommen. In der Nähe der Börse hatten sich etwa 300 mit Revolvern bewaffnete Spartakusleute angesammelt, die mit einer Tafel »Nieder die Regierung! Alle Macht dem Proletariat!« die Postenkette an der Börse durchbrochen hatten und nun gegen das Schloß vorstürmten. Am

> Lustgarten gelang es ihnen, dem dritten Zug der Potsdamer Ulanen zwei Maschinengewehre zu entreißen. Unter lautem Gejohl drangen sie nun über den Lustgarten durch das Portal 4 in das Schloß ein und versuchten die Posten auf dem Schloßhof zu überrennen. Die Regierungstruppen hatten den Vorfall jedoch schon bemerkt. Eine Kompagnie drang von der Kommandantur aus in das Schloß ein, während Mannschaften der Sturmtruppen im Schloß die Treppen hinabeilten und sich den Spartakusleuten entgegenwarfen, die bereits begonnen hatten zu plündern. Ein Führer der Soldatenwehr forderte die Eindringlinge auf, sofort das Schloß zu räumen, ehe er den Befehl zum Feuern gebe. Als die Eingedrungenen jedoch Miene machten, sich zur Wehr zu setzen, drangen die Soldaten mit gefälltem Bajonett auf sie ein. Unter lautem Schreien flüchteten die Plünderer und verteilten sich über den Schloßplatz, von wo sie von den dort aufgestellten Posten weiterbefördert wurden.«

Die in den letzten Sätzen enthaltene Identifizierung der Spartakisten mit den Plünderern ist natürlich von der Presse der Ersteren und den ihnen nahestehenden Blättern scharf zurückgewiesen worden. Sie hat als tatsächliche Unterlage auch lediglich den Umstand, daß, nachdem einmal die Postenkette durchbrochen war, den Spartakisten allerhand sonstiges Straßenvolk nachrückte, darunter zweifelsohne auch unsauberes Element, das jede Gelegenheit zu Plünderungen und dergleichen zu benutzen sucht.

Dies war aber nicht der einzige Übelstand, den das Durchbrechen der Postenkette im Gefolge gehabt hat. Der, wie bemerkt, dem radikalen Flügel der unabhängigen Sozialdemokraten angehörige damalige Polizeipräsident von Berlin, Emil Eichhorn, nahm, als das Schießen im Gange war, Veranlassung, die ihm zur Verfügung stehenden Sicherheitsmannschaften mit Revolvern bewaffnet mit dem Auftrage auszusenden, dem Übergreifen des Kampfes auf die andern Stadtteile entgegenzuwirken. Von diesen Sicherheitsmannschaften nun nahm ein erheblicher Teil für die aufständischen Matrosen Partei und kam ihnen in Trupps zu Hilfe, indem er den Regierungstruppen in den Rücken fiel oder sich zwischen sie drängte und ihre Angriffskraft lähmte. Im Lager der Regierungspartei sah man darin eine von Eichhorn geflissentlich organisierte Unterstützung der Aufständischen, zumal die später von ihm als gänzlich unwahr zurückgewiesene Behauptung gemeldet wurde, daß er außerdem auf dem Hof des Polizeigebäudes Waffen an Spartakisten habe austeilen lassen, und so griff eine Erbitterung gegen Eichhorn Platz, die kurze Zeit danach zu noch blutigeren Kämpfen führen sollte. Das unmittelbare Resultat war ein für die Matrosen günstiges. In den Reihen der Regierungstruppen war infolge der Durchsetzung mit Zivilpublikum Demoralisation eingerissen, ein Teil wäre zur Fortsetzung des Kampfes nicht zu haben gewesen, andere hatten sich sogar unter dem Einfluß der Bearbeitung durch Spartakusleute und gleichgesinnte Elemente bewegen lassen, zu den Aufständischen überzutreten. Aber auch bei diesen war die Kampfeslust gewichen.

Infolge all dieser Vorgänge erhielt die schließlich zustande gebrachte Vereinbarug eine solche Gestalt, daß sie von den einen als Kapitulation der Matrosen, von anderen als Kapitulation der Regierung vor den Matrosen hingestellt wurde. Sachlich erhalten die Matrosen zwar nichts, was ihnen nicht schon wiederholt vonseiten der Regierung grundsätzlich zugesichert worden war, doch wird von jeder Untersuchung nach den Urhebern und Schürern des Aufstandes und Bestrafung solcher Abstand genommen. Folgendes der Wortlaut der Abmachung:

1. »Die Volksmarinedivision verpflichtet sich, sofort das Schloß zu verlassen, wenn der Vertrag vom 18. Dezember durchgeführt wird. Darnach hat die Matrosendivision Anspruch auf Büroräume im Marstall.

2. Die Matrosen werden der republikanischen Soldatenwehr angegliedert, die dem Befehl der Kommandantur untersteht. Die Form der Angliederung bleibt einer späteren Vereinbarung vorbehalten.

3. Die Matrosen verpflichten sich, in Zukunft nicht wieder an Aktionen gegen die Regierung teilzunehmen. Meinungsverschiedenheiten sind stets auf dem Verhandlungswege durch die zuständigen Stellen zu erledigen. Die Division des Generalkommandos Lequis wird sofort zurückgezogen. Die Alarmbereitschaft der Berliner Truppen und der Matrosendivision wird sofort aufgehoben. Die Matrosen und Soldaten gehen in ihre Quartiere zurück. Der Kommandant Wels its sofort freizulassen.«

Erst einzeln und dann in Trupps verlassen nun die Mehrheit der Matrosen den Marstall. Sie hatten neun Tote verloren, und ganz erheblich größer noch war die Zahl ihrer schwer Verwundeten. Dazu kamen noch etliche 20 Tote und doppelt soviel Verwundete aus den Reihen ihrer spartakistischen und sonstigen Parteigänger. Die Regierungstruppen verzeichneten 2 Tote und 2 Verwundete.

Es ward nun der Verkehr wieder frei gegeben, und Massen Volks strebten die Linden herauf dem Schauplatz der Kämpfe zu. Allerhand Ansprachen werden vor improvisierten Haufen gehalten, die meisten davon im Sinne der radikalen Opposition. Über den Charakter einer Ansprache, die gegen 12 Uhr Georg Ledebour vor der Universität von einem Bierwagen herab gehalten hat, gehen die Berichte auseinander. Die einen schildern sie als zur Ruhe mahnend, andere als hetzerisch. Die Wahrheit wird auch hier in der Mitte liegen. Nach seiner eigenen Darstellung hat Ledebour die Ansprache an die vor der Universität während der oben geschilderten Verhandlungen harrende Menge auf Wunsch von Offizieren der Gardeschützendivision gehalten, um neuen Zusammenstößen vorzubeugen, und daß er zum Auseinandergehen ermahnt hat, wird auch von anderer Seite bestätigt. Das schließt aber nicht aus, daß er diese Rede mit scharfen Ausfällen auf die Mehrheitssozialisten in der Regierung gewürzt und, wie es in einer Reihe von Berichten heißt, dafür gesprochen hat, daß die Matrosen ihre Waffen behalten sollten. Sehr scharfe Reden gegen Ebert und Genossen hielten er und andere noch am Abend, und in einer Zusammenkunft der revolutionären Obleute wird immer stürmischer der Austritt der Unabhängigen aus der Regierung gefordert. Sie wären Verräter an der Revolution, wird erklärt, wenn sie noch länger mit den »Mordbuben« in einer Regierung säßen.

Die Luft ist mit Konfliktstoff überladen. Am nächsten Tage, dem eigentlichen Weihnachtstag, besetzten am Nachmittag Spartakusleute, radikale Mitglieder der Matrosendivision und Gleichgesinnte, die sich von einem Demonstrationszug abgesplittert hatten, unter gewaltsamer Verdrängung der vor dem Vorwärtsgebäude aufgestellten Wachen die Lokalitäten des Vorwärts, der am Morgen einen Artikel gebracht hatte, worin das Verhalten der aufständischen Matrosen und die Schuld der zur Widersetzlichkeit hetzenden Hintermänner scharf gekennzeichnet worden war. Ein einstweiliger Redaktionsstab wird eingesetzt und ein Flugblatt gedruckt, das mitteilt, der bisherige Vorwärts, das »lügnerische Reptil«, das im Verein mit der bürgerlichen Presse bemüht sei, das Proletariat um die Früchte der Revolution zu bringen, werde von nun als »Roter Vorwärts« erscheinen und dem Volk »die heiß

ersehnte Wahrheit verkünden«. Als die Redakteure am 26. abends auf die Redaktion kamen, ward ihnen bedeutet, sie hätten dort nichts mehr zu suchen, das dem revolutionären Berliner Proletariat vor zwei Jahren geraubte Blatt sei diesem wieder zurückgegeben und der Chefredakteur Friedrich Stampfer wird, als er gegen diesen Gewaltakt Einspruch erhebt, in den Marstall in Haft gebracht.

Inzwischen hatten Verhandlungen zwischen leitenden Persönlichkeiten der beteiligten sozialistischen Parteien und der Regierung begonnen. Der Polizeipräsident Eichhorn war eingeschritten und hatte zunächst die Räumung der Druckerei des Vorwärts erwirkt, und schließlich entschied sich eine Versammlung der revolutionären Obleute und Vertrauensleute unter dem Einfluß führender Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie dafür, daß der Vorwärts wieder freizugeben sei. Doch mußte sich die Redaktion verpflichten, an der Spitze der ersten von ihr herausgegebenen Nummer folgende Erklärung zu veröffentlichen:

> »Die Versammlung der revolutionären Obleute und Vertrauensleute Groß-Berlins, 26. Dezember 1918, hat volles Verständnis für den Groll der Arbeitermassen, der am 25. Dezember zur Besetzung des »Vorwärts«-Unternehmens geführt hat. Der ungeheuerliche Rechtsbruch, der vor 2 Jahren gegen die Berliner Arbeiterschaft begangen wurde, wird heute um so aufreizender von der revolutionären Arbeiterschaft empfunden, als der »Vorwärts« in der letzten Zeit in der schamlosesten Weise alle ehrlichen und entschieden revolutionären Kreise sowie die Volksmarinedivision beschimpft hat.
>
> Die revolutionären Obleute halten daher die den »Vorwärts«-Leuten erteilte Lektion für wohlverdient, aber sie halten das Vorgehen gegen den »Vorwärts« nicht für den gegebenen Anlaß, den umfassenden Endkampf gegen die offene und verkappte Gegenrevolution aufzunehmen.
>
> Die Versammlung der revolutionären Obleute empfiehlt daher die Aufgabe der Besetzung des »Vorwärts«-Gebäudes. Sie verpflichtet sich alle Kräfte einzusetzen, die revolutionäre Entwicklung weiterzutreiben und den Kampf für den Sozialismus zu Ende zu führen. In diesem Kampf ist selbstverständlich eingeschlossen der Kampf gegen die Regierung Ebert und deren Lakaien im »Vorwärts«.
>
> Die Versammlung der revolutionären Obleute erkennt das Recht der Berliner Arbeiterschaft auf den »Vorwärts« an. Sie ist der Meinung, daß die »Vorwärts«-Angelegenheit in dieser revolutionären Epoche sofort vom Vollzugsrat der Groß-Berliner Arbeiterschaft in diesem Sinne geregelt werden muß.
>
> Die revolutionären Obleute und Vertrauensleute
> der Großbetriebe Groß-Berlins.

Die Erklärung erschien in der Morgenausgabe des »Vorwärts« vom 27. Dezember 1918, und die Redaktion ließ ihr dort unmittelbar eine kurze Notiz folgen, in der sie sagt, sie habe aus den Erklärungen der Kommission der revolutionären Obleute »die Überzeugung gewonnen, daß die Besetzung des Vorwärts weder von ihnen noch von der Leitung des Spartakusbundes veranlaßt worden ist.«

Dann aber folgt ein Artikel »Der Standpunkt der Redaktion«, worin diese sachlich scharf, aber in ruhiger Sprache ihren Standpunkt darlegt.

> »Es wäre unser gutes Recht«, heißt es da, »Kraftworte mit Kraftworten zu erwidern.« Wir beschränken uns darauf, Tatsachen richtig zu stellen — . . . Wir sollen die ehrlich revolutionären Kreise in schamloser Weise beschimpft haben. Wir halten diejenigen Kreise für »ehrlich revolutionär«, die an den Errungenschaften der Revo-

lution festhalten. Die größte Errungenschaft der Revolution ist, daß das ganze Volk künftig selbst über seine Geschicke entscheiden soll. Versuche, ihm dieses Recht vorzuenthalten, die Wahlen zur Nationalversammlung zu vereiteln, halten wir für konterrevolutionär und nur der äußersten Reaktion dienend. Solche Versuche — ebenso wie der tolle Plan, die gegenwärtige Regierung gewaltsam durch eine Regierung Liebknecht-Rosa Luxemburg zu ersetzen, die nur ein paar handvoll Arbeiter hinter sich hätte — beschwören die Gefahr des Bürgerkriegs herauf. Denjenigen aber, die mit dem Bürgerkrieg spielen, werden wir immer wieder sagen, daß sie Verderber des Volkes sind, und wir werden immer wieder unseren Genossen raten, das Selbstbestimmungsrecht des Volkes nach allen Seiten hin bis zum äußersten zu verteidigen. Wenn wir dabei auch scharfe Worte gebrauchen sollten, so mögen diejenigen, die es angeht, nicht zu empfindlich sein, sie nehmen ja — siehe oben! — auch auf die Empfindlichkeiten anderer keine Rücksicht. —

»Der »Vorwärts« bleibt, was er gewesen ist, das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, das keiner anderen Kontrolle als jener der eigenen Parteiinstanzen unterworfen ist, seine Redaktion bleibt unverändert, ebenso seine Gesinnung. Sein Recht aber, frei seine Meinung sagen zu dürfen, wird er hoffentlich im revolutionären, republikanischen Deutschland kein zweites Mal noch besonders zu verfechten brauchen.«

Das letztere sollte sich nicht bewahrheiten. Die Art, wie im Jahre 1916 der Parteivorstand der damals noch nicht gespaltenen sozialdemokratischen Partei den »Vorwärts« der in Berlin vorherrschenden Opposition aus der Hand nahm, hält der Schreiber dieses auch heute noch nicht für korrekt. Es ist aber fraglich, ob das Blatt, das ja nicht nur Organ der Berliner Parteimitgliedschaft, sondern zugleich Zentralorgan der Gesamtpartei war, bei der Praxis des mit unbegrenzten Vollmachten über die Presse ausgestatteten Oberkommandos in den Marken als Organ der die Kriegspolitik der Partei bekämpfenden Opposition überhaupt hätte am Leben erhalten bleiben können, und ob eine beide Teile befriedigende Lösung damals überhaupt noch möglich war. Die Frage war zudem im Dezember 1918, nachdem beide Fraktionen sich eigene Organe in Berlin geschaffen hatten, die Unabhängigen die »Freiheit« und die Spartakusleute »Die Rote Fahne«, im Grunde nur noch für das retrospektive Urteil von Bedeutung. In einer Sondernotiz stellte Friedrich Stampfer fest, daß er am 9. November 1918 einigen namhaften Unabhängigen den Vorschlag gemacht habe, eine neue Vereinbarung über die Redaktion des Blattes zu treffen. »Die Unabhängigen gingen darauf nicht ein,« schreibt er, »sondern zogen es vor, ein eigenes Blatt zu gründen, womit, richtig erwogen, den beiderseitigen Interessen wohl am besten gedient war.«

In der gleichen Nummer des »Vorwärts« veröffentlichten die drei der Fraktion der Mehrheitssozialisten zugehörenden Volksbeauftragten ihren Bericht über die Kämpfe vom 23. und 24. Dezember, wie diese sich von ihrem Standpunkt aus darstellten. Ein überaus eindrucksvolles Schriftstück, das in markigen Sätzen die oben geschilderten Vorgänge zuammenfaßt, welche den blutigen Zusammenstoß zur Folge gehabt hatten und aus dem mit zwingender Beweiskraft zwei Tatsachen hervorgehen: erstens, daß bis zu dem Augenblick, wo in der Nacht vom 23. bis 24. Dezember die Meldung aus dem Schloß kam, daß für das Leben Wels nicht mehr gebürgt werden könne, die Regierung trotz wiederholter Provokation ihr Bestes getan hatte, Gewaltakte zu verhindern und mit den Matrosen zu einer gütlichen Vereinbarung zu kommen, und daß zweitens Dorrenbach und seine Hintermänner jedesmal, wenn eine solche Verständigung erzielt war, durch ihre Aktionen neue Kon-

flikte heraufbeschworen hatten. Der Bericht hebt hervor, daß die Führer der Volksmarinedivision, die mit der Regierung verhandelten, die Einigkeit herstellen wollten und dies nach dem Straßenkampf aufs neue durch die Zusicherung bewiesen haben, »sich an keinerlei Aktion mehr gegen die Regierung zu beteiligen.« Wer aber wollte es nicht zu Frieden und Zusammenarbeit kommen lassen, wer habe es verstanden, »jeden Vertrag zu einem Blatt Papier zu machen«? Und ohne Karl Liebknecht zu nennen, wird auf dessen Treiben mit folgenden Worten hingewiesen:

> »Die sind es, und die klagen wir an, welche Tag für Tag unseren Genossen in der Regierung alle Verbrechen angedichtet haben. Die kein anderes Wort mehr kennen als »Bluthund«, und selbst im Blut waten! Die angeblich für die Revolution kämpfen und nichts anderes wollen als Vernichtung, Anarchie, Terror! Denen die russische Wüste und ihr hungerndes Volk noch nicht genug sind, die noch eine Wüste anstreben: Deutschland! Die Weltrevolution predigen und nur eines erreichen werden: Weltuntergang!«

Und der Bericht schließt mit den Worten:

> »Genossen! Hier habt ihr den Bericht über die Handlungen Eurer Vertrauensmänner in der Regierung. Ihr müßt das Urteil sprechen, denn durch Euer Vertrauen heißen wir Volksbeauftragte! Wenn Ihr uns Entlastung erteilt, müßt Ihr aber noch ein Weiteres tun!
>
> Ihr müßt uns Macht schaffen! Es gibt keine Regierung ohne Macht! Ohne Macht können wir Euren Auftrag nicht ausführen, ohne Macht sind wir jedem preisgegeben, der verbrecherisch genug ist, für den eigenen jämmerlichen Ehrgeiz seine Kameraden und ihre Waffen zu mißbrauchen!
>
> Wollt Ihr die Deutsche sozialistische Republik? Wollt Ihr, daß Eure Parteigenossen in Eurem Auftrag die Regierung führen?
>
> Wollt Ihr, daß wir für Euch so schnell wie möglich Frieden schließen und für die Lebensmittelzufuhr sorgen? Dann helft uns, der Regierung eine Volksmacht zu schaffen, daß sie ihre Würde, ihre Entschlußfreiheit, ihre Tätigkeit gegen Anschläge und Putsche schützen kann.
>
> Der 24. Dezember hat uns ungeheure Werte an Volksvermögen und Volksansehen gekostet. Noch ein solcher Tag, und wir verlieren den Rang eines Staates, mit dem man verhandelt und Frieden schließt!
>
> Eine Regierung, so sagte Genosse Ebert zu den Vertretern der Volksmarinedivision, die sich nicht durchsetzen kann, hat auch kein Recht auf Existenz! Helft Ihr dies Recht verteidigen! Jeder Mann ein Kämpfer für dies Recht!«

Prinzipiell hätten auch die Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie das unterschreiben können. Infolge einer anderen Fragestellung fanden sie aber die Begründung eines Entschlusses, kraft dessen der von Dorrenbach und Genossen angestiftete Matrosenauftand den Erfolg hatte, dem Zusammenarbeiten der beiden soziademokratischen Parteien in der kritischen Periode der Revolution ein Ende zu bereiten.

---

XI.

# Der Austritt der unabhängigen Sozialdemokraten aus dem Rat der Volksbeauftragten.

Die Volksbeauftragten aus der Unabhängigen Sozialdemokratie sahen begreiflicherweise die Vorgänge vom 23. und 24. Dezember mit andern Augen an, als ihre Kollegen aus den Reihen der Mehrheitssozialisten. Emil Barth war, wie wir gesehen haben, mit seinen Sympathien auf Seiten des Dorrenbach gewesen. Dittmann und Haase hatten die kritischen Vorgänge vom 23. und 24. Dezember nicht mit durchgelebt, dagegen von Barth dessen sehr subjektiv gefärbten Bericht darüber gehört, ohne seine Richtigkeit sofort in allen Punkten nachprüfen zu können. So erklärten sie denn den in der Nacht vom 23. Dezember von Ebert in Übereinstimmung mit Landsberg und Scheidemann dem Kriegsminister behufs Rettung von Wels gegebenen Auftrag für einen durch die damalige Sachlage nicht zu rechtfertigenden Schritt. Als die Angelegenheit am 27. Dezember in einer gemeinsamen Sitzung von Volksbeauftragten und Zentralrat zur Verhandlung kam, platzten die Geister ziemlich heftig aufeinander. Barth hielt eine förmliche Anklagerede gegen die drei Mehrheitssozialisten, denen er, wie er in seiner Schrift ausführt, vorbedachtes Hinarbeiten auf den blutigen Zusammenstoß und systematisches Belügen der Kollegen vorwarf. Haase und Dittmann würden wahrscheinlich weniger geneigt gewesen sein, ein ähnlich hartes Urteil zu fällen, wenn sie nicht gerade in jenen Tagen über Fragen der deutschen Ostpolitik und der Auflösung des Heeres mit Ebert und Genossen in scharfen sachlichen Gegensatz geraten wären. Die Letztgenannten wollten in Deutschland noch eine Truppenmacht zurückbehalten, die gegebenenfalls stark genug wäre, die Deutschen in den Ostprovinzen und im Baltikum gegen Polen einerseits und die Bolschewisten andererseits mit Waffengewalt zu schützen, und auf der andern Seite waren sie bereit, der obersten Heeresleitung verschiedene Zugeständnisse inbezug auf Umfang und Zeitmaß der Durchführung der Beschlüsse des Rätekongresses über Abschaffung der Rangabzeichen usw., zu machen. Die unabhängigen Volksbeauftragten lehnten es dagegen schroff ab, irgend eine kriegerische Aktion auch nur als möglich in's Auge zu fassen, verwarfen insbesondere den Gedanken irgend einer solchen Aktion gegen Sowjet-Rußland und bestanden auf strikte Durchführung der die Militärfragen betreffenden Beschlüsse des Rätekongresses. Am Schluß der Sitzung formulierten sie ihren Standpunkt in folgenden acht Fragen, die sie dem Zentralrat zur Beantwortung übergaben:

»1. Billigt es der Zentralrat, daß die Kabinettsmitglieder Ebert, Scheidemann und Landsberg in der Nacht vom 23. zum 24. Dezember dem Kriegsminister den in keiner Weise begrenzten Auftrag erteilten, mit militärischer Gewalt gegen die Volksmarinedivision in Schloß und Marstall vorzugehen?

2. Billigt der Zentralrat das am Morgen des 24. Dezember von den Truppen des Generalkommandos Lequis mit nur 10 Minuten befristete Ultimatum, sowie die Artilleriebeschießung von Schloß und Marstall?

3. Erklärt sich der Zentralrat für die sofortige, strikte Durchführung der vom Kongreß der Arbeiter- und Soldaten-Räte gefaßten Beschlüsse über die Abschaffung der Rangabzeichen und das Untersagen des Waffentragens außerhalb des Dienstes für die Offiziere im Heimatheer?

4. Billigt es der Zentralrat, daß die oberste Heeresleitung in einem vertraulichen Telegramm an die Heeresgruppe Ober-Ost erklärt, sie erkenne diese Beschlüsse der Arbeiter- und Soldatenräte nicht an?

5. Billigt der Zentralrat die von den Kabinettsmitgliedern Ebert, Scheidemann und Landsberg befürwortete Verlegung der Reichsregierung von Berlin nach Weimar oder einem anderen Orte Mitteldeutschlands?

6. Billigt der Zentralrat, daß statt der völligen Demobilmachung des stehenden Heeres nur eine Reduzierung desselben auf den Friedensstand unter Zurückhaltung und eventueller Auffüllung der beiden Jahresklassen 1897 und 98 stattfindet?

7. Steht der Zeutralrat mit uns auf dem Standpunkt, daß die Regierung der sozialistischen Republik sich militärisch nicht schützen kann und darf auf die Generalität und die Reste des auf dem Kadavergehorsam aufgebauten, alten, stehenden Heeres, sondern nur auf eine nach demokratischen Grundsätzen aus Freiwilligen zu bildende Volkswehr?

8. Ist der Zentralrat dafür, daß die Sozialisierung der dafür reifen Industrieen durch gesetzgeberische Akte sofort in Angriff genommen wird?«

Nach dreistündiger Beratung brachte der Zentralrat seine Antwort, der er seinerseits zwei Fragen an die unabhängigen Volksbeauftragten angefügt hatte. Dies die Antworten auf die Fragen der Unabhängigen:

»1. Die Volksbeauftragten haben lediglich den Auftrag erteilt, das Nötige zur Befreiung des Genossen Wels zu veranlassen. Das ist aber auch erst geschehen, nachdem den drei Volksbeauftragten von dem Führer der Volksmarinedivision mitgeteilt worden ist, daß er für das Leben des Genossen Wels nicht mehr garantieren kann. Das billigt der Zentralrat.

2. Die zweite Frage beantwortet der Zentralrat mit: Nein.

3. Der Zentralrat steht auf dem Standpunkt, daß die auf dem Kongreß gefaßten Beschlüsse durchzuführen sind. Der Rat der Volksbeauftragten wird beauftragt, die Ausführungsbestimmungen alsbald vorzulegen.

4. Die vierte Frage wird mit Nein beantwortet.

Zu den Fragen 5, 6 und 7: Der Zentralrat kann diese Fragen ohne vorherige eingehende Erörterungen mit dem Rat der Volksbeauftragten nicht beantworten.

8. Der Zentralrat wünscht in allernächster Zeit von der für die Vorbereitung der Sozialisierung eingesetzten Kommission einen Vortrag über den Stand ihrer Arbeiten zu hören. Er ist der Meinung, daß die Sozialisierungskommission in Ausführung der Beschlüsse des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte so schnell wie möglich positive Vorschläge über die Sozialisierung der dazu reifen Betriebe (insbesondere des Bergbaues) macht.«

Die an die Unabhängigen gestellten Fragen lauteten:

»Sind die Volksbeauftragten bereit, die öffentliche Ruhe und Sicherheit, insbesondere auch das private und öffentliche Eigentum gegen gewaltsame Eingriffe zu schützen?

Sind sie mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auch bereit, ihre eigene Arbeitsmöglichkeit und die ihrer Organe gegen Gewalttätigkeiten, ganz gleich, von welcher Seite sie erfolgen sollten, zu gewährleisten?«

Nach kurzer Zeit ward die gemeinsame Sitzung wieder eröffnet, und Hugo Haase gab für sich, Barth und Dittmann folgende Erklärung ab:

»Wir treten aus der Regierung aus und begründen diesen Schritt in folgender Weise:

1. Das Blutbad vom 24. Dezember ist dadurch verschuldet, daß die Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann, Landsberg dem Kriegsminister den unbegrenzten Auftrag zu militärischer Gewaltanordnung gegeben haben. Zur Befreiung des Stadtkommandanten Wels war ein solcher Auftrag weder nötig noch zweckdienlich. Das Leben von Wels wurde gerade durch eine Kanonade auf das Gebäude, in dem er sich selbst befand, auf das Höchste gefährdet. Der militärische Angriff erfolgte außerdem erst 7 Stunden, nachdem dem Kriegsminister der Auftrag erteilt war, also zu einer Zeit, wo, wenn Wels's Leben wirklich bedroht war, mit seiner Unversehrtheit kaum noch gerechnet werden konnte.

»Die Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann und Landsberg haben während dieser ganzen Zeit keinen Schritt getan, um die Ausführung ihres Auftrages, der einer Blankovollmacht gleichkam, zu überwachen.

Wir können es nicht verantworten, daß einem Vertreter des alten Gewaltsystems die Verfügung über das Leben der Mitmenschen nach seinem Belieben übertragen wird. Der Weg der Verhandlungen, der schließlich zum Ziel geführt hat, hätte in keinem Stadium der Angelegenheit verlassen werden dürfen.

Im Gegensatz zu dieser unserer Auffassung hat der Zentralrat das Verhalten von Ebert, Scheidemann und Landsberg in dieser Frage gebilligt.

2. Wie gefährlich der dem Kriegsminister gegebene Auftrag gewesen ist, ergibt sich schon daraus, daß der Zentralrat die Art der Ausführung des Auftrages selbst in Beantwortung der Frage 2 ausdrücklich hat mißbilligen müssen.

3. Die Antwort auf die Frage 3 befriedigt uns ebenfalls nicht, da sie nicht die sofortige und strikte Durchführung der vom Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte gefaßten Beschlüsse verlangt, sondern lediglich die Aufforderung zur alsbaldigen Vorlage von Ausführungsbestimmungen enthält.

4. Unsere Fragen zu 5, 6 und 7 sind von entscheidender Bedeutung für die Führung der inneren und auswärtigen Politik im Geiste der Revolution. Da der Zentralrat die Beantwortung dieser grundlegenden Fragen trotz der eingehenden Erörterungen, die sie in der Verhandlung gefunden haben, hinausschiebt, so werden die Errungenschaften der Revolution nach unserer Überzeugung auch hierdurch gefährdet.

5. Die Beantwortung der Frage wegen der vom Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte geforderten sofortigen Sozialisierung der dazu reifen Industrien sichert durchaus nicht die Verwirklichung der Absichten des Kongresses.

6. Da wir hiermit aus der Regierung ausscheiden, haben wir die an uns als Volksbeauftragte gestellten Fragen nicht mehr zu beantworten.«

Schwerlich wird jemand bei genauer Prüfung der Sätze den so schwerwiegenden Schritt des Austrittes aus der Regierung für genügend begründet finden. Bei Punkt 1 wird völlig außer Betracht gelassen, daß Ebert und

Genossen in jener Nacht in einer Zwangslage sich befanden, und daß sie nicht annehmen konnten, der Kriegsminister werde so widersinnig handeln, wie von dessen Untergebenem, dem General Lequis gehandelt worden ist. Tatsächlich hat, wie Barth selbst erzählt, Herr von Scheüch, als Dittmann ihm Tags darauf in einem Gespräch die Lächerlichkeit vorhielt, auf ein Haus mit Kanonen zu schießen, um einen darin befindlichen Mann zu befreien, erregt geantwortet, er habe einen derartig unsinnigen Auftrag weder erhalten noch gegeben. Hätte er einen solchen erhalten, so hätte er ihn ob seiner Unsinnigkeit und Zweckwidrigkeit rundweg abgeschlagen.« (Barth. a. a. O. S. 118.) Es lag eine sträflich widersinnige Ausdeutung des Auftrages vor, und die hatte der Zentralrat unumwunden mißbilligt. Die Sätze 3, 4 und 5 unterstellen, daß die Antwort auf die dort berührten Fragen keine Minute Aufschub vertrug, was sicherlich nicht der Fall war, und der unter 6 angegebene Grund, warum die Fragesteller die vom Zentralrat an sie gerichtete Frage nicht zu beantworten hätten, wird nur als ein verlegenes Ausweichen betrachtet werden können.

Triftigere Gründe für den Austritt ihrer Partei aus der Regierung gaben die Volksbeauftragten der Unabhängigen Sozialdemokratie in einer in der »Freiheit« vom 29. Dezember 1918 veröffentlichte Erklärung. Dort wird dargelegt, daß die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung in wichtigen Fragen der inneren und äußeren Politik sich zunehmend gesteigert hätten. Die Vertrauensseligkeit der Mehrheitssozialisten gegenüber der obersten Heeresleitung habe sie dazu geführt, deren Vorschläge meist unbesehen anzunehmen, wodurch die Macht der alten Militärgewalt von neuem gestärkt worden sei. Das Zögern der Mehrheitssozialisten gegenüber verschiedenen Zumutungen der obersten Heeresleitung in bezug auf Grenzschutz im Westen, Zurückhaltung und Aufstellung zweier Jahresklassen bei der Demobilmachung, Frondieren in Sachen Abschaffung der Rangabzeichen und Verbot von Waffentragen außer Dienst habe bewirkt, daß jene »in ihrem Angriff immer kühner wurden und die gesamten Offiziere gegen die Beschlüsse des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte, denen die Regierung zugestimmt hatte, und damit auch gegen die Regierung aufputschte.«

Es wird dann auf die Vorgänge am 24. Dezember hingewiesen und erklärt, daß »der Zentralrat, in den die Unabhängigen auf dem Kongreß keinen Vertreter entsandt hatten«, in seiner Antwort auf die ihm vorgelegten Fragen Ebert, Scheidemann und Landsberg gedeckt habe, obwohl diese durch ihren Auftrag an den Kriegsminister die ungeheure Kanonade gegen Schloß und Marstall, sowie das Blutvergießen verschuldet haben.« Damit sei »der politische Moment gekommen, in dem die Unabhängigen aus der Regierung austreten mußten.«

›Die Unabhängigen standen kurz vorher vor der Frage‹, heißt es weiter, ›ob sie allein die Regierung übernehmen wollten. Dazu wären sie nur in der Lage gewesen, wenn sie sich auf einen Zentralrat hätten stützen können, der ihre Anschauungen in allen wesenlichen politischen Fragen teilte. Denn jeder Regierung fehlt die Existenzgrundlage, wenn die Gewalt, von der sie selbst ihre Macht herleitet, die sie jederzeit abberufen kann, in den Grundanschauungen anders denkt, als sie selbst. Die weitere Entwicklung der inneren und äußeren Politik wird die vorhandenen Schwierigkeiten für die neue Regierung sicherlich vermehren. Läßt sie sich dazu verleiten, die Rolle des starken Mannes, die sie so unglücklich begonnen hat, weiter fortzuführen, so wird das zu Kämpfen mit unübersehbaren Folgen innerhalb des Volkes führen.‹

Darin lag grundsätzlich viel Wahres. Die Frage ist nur, ob irgend etwas an der Lage dadurch gebessert wurde, daß die Unabhängigen aus der Regierung ausschieden. Sie konnten in dieser zum mindesten vieles von dem verhindern, was sie für schädlich hielten, denn man stand sich 3 zu 3 gegenüber und war übereingekommen, daß Stimmengleichheit bei einem Antrag oder Vorschlag deren Ablehnung bedeute, und in der Einleitung ihrer Erklärung heben sie selbst hervor, daß trotz der großen Verschiedenheiten in den Grundanschauungen zwischen ihnen und den Mehrheitssozialisten ein kollegiales Zusammenarbeiten bestanden habe. »Alle Beteiligten« heißt es da, »hatten das Bestreben, die ihnen zugewiesene Aufgabe zu erfüllen und zu diesem Zweck alle persönlichen Reibungen zu vermeiden. »Es sei auch geglückt, das Zusammenarbeiten von dem erbitternden Moment persönlicher Vorwürfe frei zu halten.« Hierzu hätte noch bemerkt werden können, daß, wenn es große Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Gruppen gab, so doch nicht minder große Übereinstimmung in bezug auf die positiven Aufgaben der Republik. Es ist bemerkenswert, daß in dieser letzteren Hinsicht die Erklärung keine ernsthafte Beschwerde erhebt, und in der Tat war in den sechs Wochen Zusammenwirkens ein tüchtiges Stück grundlegender Reformarbeit geleistet worden. Nein, der wahre Grund der Unmöglichkeit für die drei Unabhängigen, in der Regierung zu verbleiben, lag anderswo. Er lag in der Tatsache, daß ihnen in der eigenen Partei jeder Rückhalt für solches Zusammenarbeiten abhanden gekommen war, bei dem es nun einmal ohne gegenseitige Zugeständnisse nicht abgeht. Die Partei war physisch, d. h. in bezug auf Anhang im Volke, zu schwach, selbst die Regierung in die Hand zu nehmen, und sie war moralisch zu schwach, die Selbstentsagung üben zu können, welche die Teilnahme an der Regierung jeder Partei auferlegt und die in einer revolutionären Situation ganz besonders erforderlich ist. Es fehlte den drei unabhängigen Volksbeauftragten keineswegs nur die Deckung durch Parteigenossen im Zentralrat, es fehlte ihnen, was noch weit wichtiger war — denn der Zentralrat bestand ja doch aus Sozialisten, die keineswegs bloße Nachläufer der drei Mehrheitssozialisten in der Regierung waren, — an Verständnis in der eigenen Partei für die wirkliche Lage draußen im Lande und die aus ihr sich ergebenden politischen Notwendigkeiten. Schließlich aber, und das war vielleicht das Entscheidende, obwohl Haase und Genossen wahrscheinlich sich das nicht selbst eingestanden: der Zusammenstoß mit den Dorrenbach folgenden Matrosen war nur das Vorspiel eines sich immer deutlicher abzeichnenden Zusammenstoßes mit Karl Liebknecht und dessen wachsender Gefolgschaft. Über die Möglichkeit, den Ersteren zu vermeiden, konnte man verschiedener Meinung sein. Daß aber mit Karl Liebknecht und dessen Verbündeten, die nach bolschewistischem Muster und wahrscheinlich auch mit bolschewistischer Unterstützung arbeiteten, der gewaltsame Zusammenstoß eines Tages unvermeidlich werden würde, konnte sich niemand verheimlichen, der deren Treiben offenen Auges verfolgte. In solcher Situation auf der Seite der die dann notwendige Repression übenden Regierungsgewalt stehen zu müssen, das war eine Perspektive, die auch andere mit Grauen erfüllen konnte.

Unverkennbar war aber zugleich, daß der Austritt von Haase und Genossen aus der Regierung diese Gefahr außerordentlich steigerte. Er erschwerte die Lage der jungen Republik im Innern und nach außen. Dem Ausland gegenüber beraubte er die Regierung desjenigen Elements, das wegen

seiner Haltung im Kriege ihm die größte Bürgschaft für den völligen Bruch mit den Überlieferungen des Kaisertums bieten konnte. Im Inland entzog er ihr die Sicherung gegen das Mißtrauen derjenigen radikalgesinnten Volkskreise, die unter anderen Umständen bereit gewesen wären, sie auch gegen jeden Ansturm von links her zu verteidigen. Menschlich läßt sich der Schlag, den die drei Unabhängigen der Republik durch ihren Austritt aus der Regierung versetzten, verstehen und zum mindesten entschuldigen. Politisch bedeutete er eine unrühmliche und verderbliche Kapitulation vor Spartakus.

* * *

In den Tagen der Jahrswende 1918/1919 hielt in Berlin der deutsche Spartakusbund eine Konferenz ab, auf der er sich unter Annahme eines politischen Programms, das der bolschewistischen Doktrin angepaßt war, als Kommunistische Partei Deutschlands konstituierte. Die von 114 Teilnehmern, darunter 83 Delegierte, besuchte Zusammenkunft beschloß nach sehr lebhafter Diskussion mit 62 gegen 23 Stimmen an den bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung sich nicht zu beteiligen, sondern den Wahlkampf zu einer starken Agitation gegen die Wahl und den Parlamentarismus auszunutzen. Zu denen, die für die Wahlbeteiligung eingetreten waren, gehörten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Aber trotz ihrer eindringlichen Reden blieben sie, wie man sieht, in recht schwacher Minderheit, und man muß sagen, daß die Gegner der Wahlbeteiligung, zu denen auch der bisherige Reichstagsabgeordnete Otto Rühle zählte, die stärkere Logik für sich hatten. Die Arbeiter zum Wählen in eine Kammer aufrufen, die man in jeder Hinsicht verwirft, wäre der ärgste Widerspruch gewesen. Größere Logik hatte Rosa Luxemburg, als sie in einer Rede über die politische Theorie der neuen Partei ausführte, für deren Begründung müsse man auf das Kommunistische Manifest zurückgreifen. Denn im Manifest ist der Bruch seiner Verfasser mit der Doktrin des Blanquismus nur erst halb vollzogen.

XII.

# Der Kommunistenaufstand in Berlin im Januar 1919.

## a) Das Einheitskabinett der Mehrheitssozialisten und sein Programm.

Nach dem Rücktritt der unabhängigen Sozialdemokraten aus der Regierung wählte der Zentralrat die Mehrheitssozialisten Paul Löbe, Gustav Noske und Rudolf Wissell, alle drei aus der Arbeiterklasse hervorgegangen, zu Volksbeauftragten.

Paul Löbe, ursprünglich Schriftsetzer und dann Redakteur, war in der nichtsozialistischen Welt außerhalb seines Wirkungsorts Breslau noch wenig bekannt, erfreute sich aber in Breslau wegen seines bei aller sachlichen Entschiedenheit urbanen Auftretens auch in nichtsozialistischen Kreisen großer Achtung. Er lehnte mit der Begründung ab, daß er sich der Stelle in der Regierung nicht gewachsen fühle und in seiner Heimatprovinz nötiger zu sein glaube. Von ruhigem Urteil, ausgeglichenem Temperament und gewinnendem Wesen wäre er in mancher Beziehung ein nützliches Gegenstück gegen den zweiten der neugewählten Volksbeauftragten gewesen.

Dieser, Gustav Noske, ursprünglich Holzarbeiter und später Gemeindevertreter, Schriftsteller und Reichstagsabgeordneter, hatte sich schon in seinem öffentlichen Wirken als eine Mischung von nüchternem Urteil, Gegnerschaft gegen die Phrase und Neigung zu militärischer Denkart bekannt gemacht, schon lange vor dem Kriege durch Äußerungen in diesem Sinne sich heftige Angriffe vonseiten des radikalen Flügels der Sozialdemokratie zugezogen, die er nicht gerade sanft zu erwidern pflegte. In Kiel hatte er sich nach seiner Wahl zum Gouverneur als guter Organisator und tatkräftiger Leiter von Massen bewährt, auch manche Barschheit im Auftreten, die ihm als geborenen Brandenburger anhaftete, durch überzeugende Begründung seiner Maßnahmen im Rat der Mannschaften übersehen zu machen verstanden. Dabei ermangelte er aber doch jener Selbstbeherrschung, die in kritischen Situationen ein notwendiges Requisit des Führers ist.

Rudolf Wissell, von Hause aus Maschinenbauer und dann Gewerkschaftsleiter und Arbeitersekretär, hatte schon in dieser Tätigkeit und als Parteimann die geistige Begabung und die Fähigkeit rascher Einarbeit in gestellte Probleme an den Tag gelegt, die er später als Parlamentarier und Minister betätigen sollte. Musterbeispiel des bildungsfreudigen Proletariers

unserer Zeit, ist er nicht frei von einem Hang zum Grübeln und doktrinärer Starrheit.

Da für Loebe kein Ersatzmann gewählt wurde, blieb der Rat der Volksbeauftragten fortan auf fünf Mitglieder beschränkt. Bei der Neuverteilung der Arbeitsgebiete im Rat ward Ebert das Innere, Landsberg das Finanzwesen, Noske Heer und Marine, Scheidemann das Auswärtige und Wissell die Sozialpolitik zugeteilt.

Der Zentralrat zeigte den Regierungswechsel in einem Aufruf an die »Arbeiter, Soldaten, Bürger und Bürgerinnen der deutschen sozialistischen Republik« an, der mit den Worten begann:

»In schwerster Stunde wenden wir uns an Euch. Die von der unabhängigen sozialdemokratischen Partei bestellten Volksbeauftragten haben die Regierung verlassen. Die Fortführung und Sicherstellung der neuen Revolution liegt nunmehr allein in den Händen der alten sozialdemokratischen Partei.«

Wie man auch zu den politischen Fragen der Gegenwart stehen möge, heißt es weiter, es könne jetzt nur Eines geben, die Schaffung einer arbeitsfähigen Regierung, welche dem deutschen Volk vor allem Friede und Brot bringen, die Errungenschaften der Revolution sichern und die Einheit des deutschen Volkes aufrecht erhalten müsse. Der Zentralrat werde für die Erledigung der damit verbundenen Aufgaben seine ganze Kraft einsetzen. Vorbedingung hierfür sei aber:

»unbedingte Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, die Verhinderung gewaltsamer Eingriffe in das private und öffentliche Eigentum, die Wiederaufnahme einer geregelten Produktion, die durch die Unterbindung der Kohlenförderung auf das schwerste gefährdet ist.«

Im Ruhrgebiet brachen nämlich schon Streiks aus, bei denen Agenten der Bolschewisten ihre Hand im Spiele hatten, und ebenso arbeiteten solche im sächsisch-thüringischen Braunkohlenrevier und anderen Teilen Deutschlands für die Organisierung von Streiks und Aufständen. Wie später festgestellt wurde, hat die bolschewistische Regierung Rußlands damals Millionen Geldes für den Zweck aufgewendet, Deutschland in einen Zustand innerer Zerrüttung zu versetzen, der die Proklamierung einer Räterepublik nach ihrem Muster ermöglichen sollte.

Ein besonderer Aufruf des Zentralrats an die Soldaten ist im gleichen Sinne gehalten, wie der an die Bevölkerung im allgemeinen. Aus ihm sei folgendes Stück zitiert:

»Soldaten, Ihr müßt uns helfen! Wir kennen nur den freiwilligen Gehorsam freier Männer. Wer unserer Sache nicht aus Überzeugung dienen kann, der mag gehen. Wer aber Soldat bleibt, der muß wissen, daß die neue Reichsregierung die höchste Behörde der deutschen Republik ist und daß jedermann, der Waffen trägt, ihr als der obersten Kommandogewalt Treue schuldet. Die Regierung will nichts als die Freiheit und Wohlfahrt des Volkes. Die sollt Ihr schützen helfen! Wenn Ihr entschlossen seid, die freiheitliche Ordnung der Republik nach allen Seiten zu schützen, wird sie niemand anzutasten wagen. Darum seid der großen Sache der deutschen Volksrepublik treu! . . . Wenn wir nicht Ordnung halten, müssen wir verhungern! Rettet durch selbstgewollte Disziplin die Errungenschaft der Revolution und unser Volk vor dem drohenden Untergang.«

Den gleichen Geist atmet ein Aufruf, mit dem die neue Regierung dem deutschen Volk ihre Umgestaltung anzeigte. Es heißt darin:

»Die lähmende Zwiespältigkeit ist überwunden. Die Reichsregierung ist neu und einheitlich gebildet. Sie kennt nur ein Gesetz des Handelns: über jede Partei das Wohl, den Bestand und die Unteilbarkeit der deutschen Republik! Zwei Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind auf einstimmigen Beschluß des Zentralrates an Stelle der ausgeschiedenen drei Unabhängigen eingetreten: Noske und Wissell. Alle Mitglieder des Kabinetts sind gleichberechtigt. Vorsitzende sind Ebert und Scheidemann.

Und nun an die Arbeit! Im Innern gilt es: die Nationalversammlung vorzubereiten und ihre ungestörte Tagung sicherzustellen, für die Ernährung ernstlich Sorge zu tragen, die Sozialisierung im Sinne des Rätekongresses in die Hand zu nehmen, die Kriegsgewinne in der schärfsten Form zu erfassen, Arbeit zu schaffen, Arbeitslose zu unterstützen, die Hinterbliebenenfürsorge auszubauen, die Volkswehr mit allen Mitteln zu fördern und die Entwaffnung Unbefugter durchzusetzen; nach außen: den Frieden so schnell und so günstig wie möglich durchzuführen, die Vertretungen der deutschen Republik im Ausland mit neuen, von neuem Geist erfüllten Männern zu besetzen.«

Das sei in großen Zügen das Programm der Volksbeauftragten bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung. Wie sie dies nun auf den verschiedenen Gebieten der sachlichen Regierungsgeschäfte erfüllt haben, soll im Zusammenhang mit einem Überblick über das ganze Werk der Revolution in der Periode der Volksbeauftragten geschildert werden. In diesem Kapitel handelt es sich zunächst nur um die Darstellung der Kämpfe in Berlin bis zum Vorabend der Wahlen zur Nationalversammlung.

Der Austritt der drei Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie aus dem Rat der Volksbeauftragten hatte zur unmittelbaren Folge, daß mit drei Ausnahmen auch die dieser Partei angehörenden Staatssekretäre, Unterstaatssekretäre und Beigeordneten ihre Ämter niederlegten. Die Ausnahmen waren Ed. Bernstein (Reichsschatzamt), Karl Kautsky (Auswärtiges Amt) und Emanuel Wurm (Reichsernährungsamt). Die Genannten hatten zwar gleichfalls ihre Ämter der neuen Regierung zur Verfügung gestellt, doch blieben auf deren Vorschlag Kautsky wegen seiner Archivarbeit und Wurm, weil nicht sofort ein geeigneter Ersatz zur Verfügung war, noch einige Wochen im Amt und Eduard Bernstein verwaltete das seine noch bis Ende Februar 1919. Er war, um ein Beispiel für die nach seiner Überzeugung notwendige Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien zu geben, kurz vorher, ohne aus der unabhängen Sozialdemokratie auszuscheiden, der Mehrheitssozialdemokratie beigetreten. Als ihn später ein Beschluß der erstgenannten Partei die zweifache Mitgliedschaft unmöglich machte, entschied er sich für die Zugehörigkeit zur Mehrheitssozialdemokratie mit der Begründung, daß die Maxime von deren inneren Politik ihm die für die junge Republik einzig richtige erscheine.

In den ersten Tagen des Januar 1919 legten ferner die der Unabhängigen Sozialdemokratie angehörenden Mitglieder der preußischen Regierung Dr. Graf Arco, Dr. Breitscheid, Ad. Hofer, Adolf Hoffmann, Paul Hoffmann, Dr. Kurt Rosenfeld, Hugo Simon und Heinrich Ströbel ihre Ämter nieder. Sie begründeten dies damit, daß sie sofort nach dem Rücktritt von Haase und Genossen aus der Reichsregierung sich mit jener solidarisch erklärt hatten und daß eine Auseinandersetzung, die sie sodann mit dem Zentralrat hatten, sie überzeugt habe, daß mit diesem ein Zusammenarbeiten für sie unmöglich sei. Der in der Begründung dem Zentralrat gemachte Vorwurf, daß er einen »revolutionsfeindlichen Standpunkt« einnehme und die

Entscheidung über die wichtigsten Fragen der Revolution verzögerte, ward in einer offiziösen Notiz der Deutschen Allgemeinen Zeitung als den Tatsachen widersprechend erklärt.

Noch am Tage bevor sie ihre Ämter in der Regierung niederlegten, hatten indes die Unabhängigen Adolf Hoffmann, Kurt Rosenfeld und Heinrich Ströbel noch gemeinsam mit ihren mehrheitssozialistischen Kollegen Otto Braun, Paul Hirsch und Eugen Ernst folgende Verfügung gegen übertriebene Lohnforderungen der Arbeiter unterzeichnet:

»Die Lohnbeweguug unter der Arbeiterschaft hat in letzter Zeit nach Art und Umfang eine Entwicklung angenommen, die die schwersten Befürchtungen erwecken und weite Gebiete der Gütererzeugung zum Erliegen bringen muß. Die beklagenswerte, aber unvermeidliche Folge kann nur Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend sein. Die Betriebe des Staates unterliegen in dieser Beziehung den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen wie die privaten. Weder Bergbau und Eisenbahn noch alle übrigen Staatsbetriebe können es längere Zeit ertragen, daß ihre Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Diese Gefahr ist aber bereits in bedrohlichem Maße eingetreten. Es wird deshalb zur gebieterischen Pflicht der Staatsregierung, dem Anwachsen der Lohnausgaben über das Maaß des Erträglichen hinaus mit Festigkeit entgegentreten. Die Herren Fachminister werden daher ersucht, an sie herantretende Lohnforderungen zwar mit aller Würdigung der jetzigen Bedürfnisse der Arbeiterschaft, aber auch sorgfältig dahin zu prüfen, ob nicht durch die Bewilligung den in Frage kommenden Betrieben Lasten auferlegt werden, die sie nicht ertragen können, ohne zu erliegen, und die somit die gesamte Finanzgebarung des Staates gefährden. In diesem Falle sind die Forderungen zurückzuweisen.

Berlin, den 2. Januar 1919.

Die preußische Regierung:

Hirsch. Ströbel. Braun. Ernst. Adolf Hoffmann. Rosenfeld.«

Mit dem Austritt der Unabhängigen aus der Regierung änderte sich aber auch in dieser Frage deren Stellungnahme. Statt auf Stärkung der inneren Festigkeit in der Republik, wirkte sie im Sinne einer Schädigung des Einflusses der Regierung. Dies vor allem war es, was den Austritt von Haase und Genossen aus dem Rat der Volksbeauftragten zu einem Schicksalsschlag für die junge Republik machte. Aus einer Mitarbeiterin für deren Aufbau wurde die unabhängige Sozialdemokratie bald und auf lange Zeit mehr oder weniger Helferin derer, die das Gegenteil betrieben. Zunächst freilich versuchten die ruhiger urteilenden Führer der unabhängigen Sozialdemokratie eine Art Mittelstellung einzunehmen und handelten danach bei einem Zusammenstoß, der sich nur wenige Tage nach dem Regierungswechsel einstellte und eine der blutigsten Episoden in der Geschichte der Revolution eröffnete. Es war dies der Aufstand der Kommunisten in der zweiten Januarwoche 1919.

### b) Der Fall Eichhorns und der Beginn des Aufstands.

Das einzige Mitglied der unabhängigen Sozialdemokratie, das dem Beispiel von Haase und Genossen nicht gefolgt war, war deren Parteigenosse Emil Eichhorn, dem in den Novembertagen der Auftrag zur Übernahme der Leitung des Berliner Polizeipräsidiums zugefallen und vom Vollzugsrat bestätigt worden war. Obwohl er von Natur durchaus kein Gewaltmensch ist und im Auftreten wenig Herausforderndes an sich hat, war Eichhorn schon

wiederholt mit Vertretern der Zentralregierung in Konflikt geraten und ward in den Reihen der Mehrheitssozialdemokratie mit großem Mißtrauen als Schrittmacher des extremen, auf eine gewaltsame Proklamierung der revolutionären Diktatur des Proletariats hinarbeitenden Flügels der Berliner Opposition betrachtet. Man wußte, daß er seit dem Sommer 1918 einen Teil der abgekürzt »Rosta« genannten Telegrafen-Agentur geleitet hatte, die in Berlin den Nachrichtendienst der Bolschewisten besorgte und aus bolschewistischen Mitteln gespeist wurde. Man hatte erfahren, daß die ihm unterstellte Sicherheitspolizei zu einem Teil von Vertrauensmännern der sogenannten revolutionären Obleute geführt wurde, und stellte es ihm auf Rechnung, daß diese Sicherheitspolizei beim Matrosenaufstand von Weihnachten 1918 zugunsten der aufständischen Matrosen den Dienst versagt hatte. Auch ward behauptet, daß Eichhorn am 24. Dezember 1918 Vormittags 1500 Arbeiter der Schwarzkopfschen Maschinenfabrik mit Waffen behufs Unterstützung der Matrosen ausgerüstet hatte. Letzteres wird von Eichhorn in seiner unter dem Titel »Eichhorn über die Januar-Ereignisse« vom Verlag »Freiheit« herausgegebenen Schrift entschieden in Abrede gestellt, damals aber wurde es geglaubt, wie denn überhaupt in so erregter Zeit die kämpfenden Parteien in bezug auf Handlungen von Parteigängern der Gegenseite ganz außergewöhnlich leichtgläubig zu sein pflegen. Fest steht jedoch, daß Eichhorn für die Regierung ein durchaus unsicherer Kantonist war. Seine Auffassung von den Aufgaben der Revolution war, wie seine Schrift zeigt, von der der Regierung grundsätzlich unterschieden. Während diese das politisch Erreichte dadurch befestigen wollte, daß sie die wirtschaftlich-soziale Weiterentwicklung in ein ruhiges Fahrwasser zu lenken sich bemühte, gehörte er zu denen, welche die Massen in Bewegung zu halten suchten, um die Diktatur der revolutionären Arbeiter zur Wirklichkeit zu machen, was in Deutschland nur dadurch zu verwirklichen war, daß der Bürgerkrieg auf die Spitze getrieben wurde. Eichhorn selbst erzählt, daß er am 28. Dezember 1918 in einer Versammlung der Unabhängigen Sozialdemokratie nachdrücklich den »Anschluß nach links« — d. h. an die Kommunisten gefordert und es für f r a g l i c h erklärt hatte, ob die Nationalversammlung überhaupt zusammentreten werde. (A. a. O. S. 85.) Von anderer Seite ward festgestellt, daß er in Versammlungen die vollzogene politische Umwälzung als »Revolution in Filzpantoffeln« verspottet hatte.

Nun ist das Amt des Polizeipräsidenten der Hauptstadt ein viel zu wichtiger Posten, als daß eine Regierung ihn in revolutionärer Zeit in den Händen einer Persönlichkeit lassen könnte, die zu einer Partei hält, welche auf den gewaltsamen Sturz dieser Regierung hinarbeitet. Man weiß, wie es in der französischen Revolution den Hebertisten erging, als sie ernsthaft gegen die Zentralregierung Robespierre Stellung nahmen. In der Presse der Mehrheitssozialisten wurde das Verbleiben Eichhorns im Amt für eine Unmöglichkeit erklärt, und am 2. Januar 1919 ließ ihn der sozialistische Minister des Innern für Preußen Paul Hirsch auf den nächsten Tag zu einer Sitzung im Ministerium vorladen, an der auch zwei Mitglieder des Zentralrats der Arbeiterräte teilnahmen und in der die geschilderten und andere Anschuldigungen über sein Verhalten — darunter auch Vorwürfe über Unregelmäßigkeiten im Amt — zur Sprache gebracht wurden. Es ging dabei sehr heftig zu, Eichhorn gab deutlich zu erkennen, daß er das Ministerium nicht als eine ihm übergeordnete Behörde anerkenne, und auf die Frage des

Zentralratsmitglieds Heller, wie er sich zur Frage der Nationalversammlung stelle, gab er — wieder nach seiner eigenen Darstellung — zurück, er lehne eine Antwort darauf ab, er fühle sich nicht verpflichtet, dem Ministerium Rechenschaft über seine politische Auffassung zu geben. (A. a. O. S. 65.)

Das war natürlich auch eine Antwort, und zwar eine solche, welche sein Verbleiben im Amt in der Tat unmöglich machte. Denn das Amt des Polizeipräsidenten der Hauptstadt ist keine reine Verwaltungsstelle, sondern zugleich ein in hohem Grade politisches Amt. Es ist daher auch in allen Großstaaten dem Ministerium des Innern untergeordnet. Wenn also dieses, nachdem die Verhandlung den tiefen Gegensatz der Auffassungen erneut zur Anschauung gebracht hatte, unter Zustimmung des Zentralrats den Beschluß faßte, daß Eichhorn in seiner Stellung nicht verbleiben könne, so war grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden. Hier handelte es sich nicht um die Maßregelung eines Beamten, sondern um die Lösung eines unhaltbar gewordenen Verhältnisses zwischen der Leitung von zwei wichtigen Ämtern, zumal die von Eichhorn begünstigte Fraktion Liebknecht und Genossen immer unverhüllter den Bürgerkrieg predigte. Etwas anderes ist die Frage, ob die Art, wie der Beschluß in die Tat umgesetzt wurde, politisch richtig war.

Nach Eichhorns Darstellung war ihm bei Abbruch der Verhandlung vom 2. Januar auf seine Erklärung, er werde die Antwort auf die ihm gewordenen Angriffe schriftlich geben, vom Minister Hirsch gesagt worden, wenn die Antwort zum 4. Januar Mittags eintreffe, würde sie noch berücksichtigt werden. Ehe aber seine Antwort habe abgesandt werden können, sei ihm schon das Entlassungsschreiben zugegangen. Indes lag darin zum mindesten kein formaler Verstoß. Denn aus dem folgenden Kapitel der Eichhorn'schen Schrift geht hervor, daß dieser das Schreiben erst am vorgerückten Nachmittag des 4. Januar erhalten hat, wo die Frist also schon um mehrere Stunden abgelaufen war. Die Eile aber erklärt sich aus der scharfen Zuspitzung der Gegensätze und dem gegen Eichhorn obwaltenden Mißtrauen. Der Text des Schreibens jedoch hätte sicherlich anders gefaßt sein können. Er lautete nämlich:

Ministerium des Innern. Berlin N.W. 7., den 4. Januar 1919.
II b. 46. Unter den Linden 72/73.

Wir entlassen Sie hierdurch mit dem heutigen Tage bei Aushändigung dieses Erlasses aus der kommissarischen Verwaltung des Polizeipräsidiums Berlin. Herr Minister Ernst hat sich bereit erklärt, bis auf weiteres neben seinen bisherigen Funktionen die Leitung des hiesigen Präsidiums zu übernehmen und wird den Dienst noch heute antreten. gez.: Hirsch.

Da vorauszusehen war, daß der Entlassungsakt die hinter Eichhorn stehenden Elemente in große Erregung versetzen werde, wäre schon aus Klugheitsgründen eine weniger verletzende Form angezeigt gewesen. Durch Vorausschickung eines kurzen Hinweises auf die Unmöglichkeit der Fortdauer des gegebenen Zustandes und den dies zum Ausdruck bringenden Beschluß des Zentralrats hätte sich das Ministerium nichts vergeben und der Beurteilung der Entlassung als einer reinen Gewalthandlung vorgebeugt. Man weiß, wie sehr jede Maßnahme, die im Lichte einer solchen erscheint, erregte Gemüter zur Widersetzlichkeit anstachelt. In der Tat ward denn auch das Schreiben unmittelbar als Zünder ausgenutzt.

Wenige Stunden nach seinem Empfang begab sich Eichhorn in das in der Schicklerstraße gelegene Parteibüro der Unabhängigen Sozialdemokratie Berlins, wo deren Zentralvorstand sowie die, wahrscheinlich um dieser Angelegenheit willen zusammenberufenen sogenannten revolutionären Obleute Berlins zu gleicher Zeit Sitzungen abhielten, und machte beiden Körperschaften Mitteilung von dem Vorgefallenen. Er erklärt, sich dabei peinlich jeder Stellungnahme zu der Frage enthalten zu haben, was nun geschehen solle, sondern dies der unbeeinflußten Entscheidung der Partei und der Obleute überlassen zu haben. Indes wirkt in solcher Situation die bloße Erzählung, wo sie so subjektiv gefärbt ist, wie Eichhorn sie in seiner Schrift gibt, ohne ausdrückliche Aufforderung zum Protest stärker im Sinne einer solchen als mit ihr. Einstimmig beschlossen die Obleute und gegen wenige Stimmen der Berliner Zentralvorstand der Partei, den ihnen zugängigen Teil der Berliner Arbeiterschaft zu Protestdemonstrationen aufzurufen. Man unterrichtete ferner die Leitung der Kommunistenpartei von diesem Beschluß und vereinbarte folgenden Aufruf, der sofort in Flugblättern zur Verbreitung hergestellt ward und am Sonntag, den 5. Januar Morgens in der »Freiheit« und der »Roten Fahne« erschien:

»Achtung! Arbeiter! Parteigenossen!

Die Regierung Ebert-Scheidemann hat ihr revolutionär-feindliches Treiben zu einem neuen niederträchtigen Anschlag gegen die revolutionäre Arbeiterschaft Groß-Berlins gesteigert: Sie versuchte den Polizeipräsidenten Eichhorn in heimtückischer Weise aus seinem Amte zu drängen. Sie will ihr willfähriges Werkzeug, den derzeitigen preußischen Polizeiminister Ernst an Eichhorns Stelle setzen.

Die Regierung Ebert-Scheidemann will damit nicht nur den letzten Vertrauensmann der revolutionären Berliner Arbeiterschaft beseitigen, sondern vor allem in Berlin ein Gewaltregiment gegen die revolutionäre Arbeiterschaft aufrichten.

Arbeiter! Parteigenossen! Es handelt sich hierbei nicht um die Person Eichhorns, ihr selbst sollt vielmehr durch den Generalstreich um den letzten Rest der revolutionären Errungenschaften gebracht werden.

Mit Hilfe der Bajonette will die Ebert-Regiernng mit ihren Helfershelfern im preußischen Ministerium ihre Macht stützen und sich die Gunst des kapitalistischen Bürgertums sichern, dessen verkappte Interessenvertreter sie von Anfang an waren.

Mit dem Schlage, der gegen das Berliner Polizeipräsidium geführt wird, soll das ganze deutsche Proletariat, soll die ganze deutsche Revolution getroffen werden.

Arbeiter! Parteigenossen! Das könnt, das dürft Ihr nicht dulden! Heraus darum zu wuchtigen Massendemonstrationen. Zeigt den Gewalthabern von heute Eure Macht; zeigt, daß der revolutionäre Geist der Novembertage in Euch nicht erloschen ist.

Sammelt Euch heute Sonntag um 2 Uhr zu imposanten Massenkundgebungen in der Siegesallee!

Marschiert in Massen auf! Es gilt Eure Freiheit, es gilt Eure Zukunft, es gilt das Schicksal der Revolution! Nieder mit der Gewaltherrschaft der Ebert-Scheidemann-Hirsch und Ernst! — Es lebe der revolutionäre internationale Sozialismus.

Berlin, den 5. Januar 1919.

Die revolutionären Obleute und Vertrauensmänner
der Großbetriebe Großberlins.
Der Zentralvorstand der sozialdemokratischen Wahlvereine Großberlins
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.
Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Spartakusbund).

Geschickter konnte alles, was geeignet ist, die Arbeiterseele zu packen, nicht zusammengestellt werden, als es in diesem Aufruf geschah. Gegen eine Maßregelung, als welche die Entlassung Eichhorns hier dargestellt wurde, so daß sie im Licht eines brutalen Gewaltakts erschien, lehnt sich das Gemüt des Arbeiters instinktiv auf. Es war also nicht schwer, große Massen der Berliner Arbeiterschaft zum Zusammenströmen in der Siegesallee zu veranlassen, zumal in »Rote Fahne«, »Freiheit« und »Republik« die Entlassung Eichhorns und die mit ihr in Verbindung stehenden Vorgänge tendenziös dargestellt wurden, die Kommunisten außerdem eine Agitation unter den Soldaten der jüngeren Jahrgänge auf sofortige Demobilisierung betrieben hatten. An Ort und Stelle wurde die Menge von Liebknecht und andern in haßerfüllten Reden gegen die sozialistische Regierung aufgestachelt, der die schändlichsten Beweggründe unterstellt wurden, und wurden von Lastwagen herab Waffen an eine größere Anzahl von Personen, die meisten davon junge Burschen, verteilt. Dann wurde ein großer Zug formiert, der durch die Hauptstraßen der Stadt nach dem Alexanderplatz zog und, unterwegs durch Zuzügler verstärkt, dort die ganze weite Umgebung des Polizeipräsidiums anfüllte.

Dort war inzwischen der von der Regierung zum Polizeipräsident ernannte Eugen Ernst mit dem soeben ernannten Stadtkommandanten Anton Fischer, begleitet von einigen Soldaten erschienen und hatte Eichhorn im Ton eines alten Kampfgenossen zur Übergabe seines Amtes aufgefordert. Eichhorn weigerte sich mit der Begründung, er verdanke sein Amt nicht der Regierung, sondern dem im Berliner Vollzugsrat vertretenen revolutionären Berliner Proletariat. Man solle ihm die Gründe seiner Entlassung schriftlich mitteilen und ihm zunächst Gelegenheit geben, vor dem Vollzugsrat und dem Zentralrat seine Amtsführung zu vertreten. Ernst's Versuche, ihn mittels freundschaftlichen Zuredens zum Nachgeben zu bewegen, blieben ebenso fruchtlos wie die Ankündigung Fischers, daß im Notfalle Gewalt zur Anwendung gebracht werden würde. Eichhorn, hinter dem ihm ergebene Sicherheitsmannschaften standen, verharrte hartnäckig auf seiner Erklärung, ohne jene Vorbedingung nicht vom Platz zu weichen, der Raum füllte sich mit Soldaten und erregten Demonstranten, sodaß Ernst und Fischer nichts übrig blieb, als das Feld zu räumen. Dafür aber kamen dann, während unten die Matrosen sich drängten, Liebknecht, Ledebour, Däumig, Dorrenbach, Pieck und andere Wortführer der radikalen Bewegung in das Polizeipräsidium und hielten, ebenso wie Eichhorn selbst, von dessen Balkon aus erneut Ansprachen an die Menge. Sie unterrichteten sie in entsprechender Färbung von dem Vorgefallenen und von Eichhorns Bedingungen mit dem Hinzufügen, daß, wenn die Regierung diese Bedingungen nicht annehmen sollte, Eichhorn sein Verbleiben im Amt von einem Beschluß des Vollzugsrats abhängig machen und eventuell mit Gewalt gegen den Willen der Regierung durchsetzen werde.

Sehr begreiflicherweise hatten die Ansprachen die Wirkung, die ohnehin in Erregung befindliche Menge zu noch lebhafteren Ausrufen wider die Regierung Ebert-Scheidemann zu bewegen, so daß, wie Ledebour am 20. Mai 1919 in dem gegen ihn eingeleiteten Aufruhrprozeß aussagte, ihm und seinen Freunden die Aufnahme ihrer Ansprachen die Überzeugung beibrachte, »daß die Massen zur Aktion drängten, daß ihre Geduld erschöpft war.« (Prozeß Ledebour, S. 53.) Man hielt Ratschlagung darüber ab, ob man los-

schlagen solle, und eine Anzahl Teilnehmer an dieser sich mehrere Stunden hinziehenden Besprechung forderten dringend dazu auf. Ledebour schreibt darüber:

›Zur Begründung dafür wurden uns Tatsachen von glaubhaften Personen mitgeteilt. Es hieß, daß außer der Arbeiterschaft auch die Berliner Garnison durchweg auf unserer Seite stände. Nicht nur die Volksmarinedivision, sondern ziemlich sämtliche Regimenter seien bereit, an der Seite der Berliner Arbeiterschaft zum Sturze der Regierung Ebert-Scheidemann die Waffen zu ergreifen. Von anderer Seite wurde das allerdings als eine etwas zu optimistische Auffassung bemängelt. Wir erhielten dann auch die Nachricht, daß in Spandau große Massen für uns bereit ständen, um uns nötigenfalls zu Hilfe zu eilen mit 2000 Maschinengewehren und 20 Geschützen. Eine ähnliche Nachricht erhielten wir aus Frankfurt a. O. Alles das wirkte zusammen, um schließlich den Beschluß herbeizuführen, für den auch ich gestimmt habe, daß wir uns den Versuch der Regierung, Eichhorn aus seinem Amte zu beseitigen, nicht gefallen lassen dürften, um so weniger, da die revolutionäre Arbeiterschaft eine solche Nachgiebigkeit absolut nicht verstehen und dann das Vertrauen zu ihren revolutionären Organisationen verlieren würde.‹ (A. a. O. S. 52.)

Nachdem die Versammelten darüber einig geworden waren, Widerstand gegen die Beseitigung Eichhorns zu leisten und den Versuch zu machen, die Regierung Ebert-Scheidemann zu stürzen, siedelte man aus dem Polizeipräsidium nach dem der Kommandantur zugehörenden Marstall über, in dem sich inzwischen allerhand oppositionslustige Elemente heimisch niedergelassen hatten, und dort wurde »von den Vertretern der revolutionären Arbeiterschaft«, heißt es bei Ledebour weiter, »ein provisorischer Revolutionsausschuß bestellt, bestehend aus einer großen Anzahl Personen, die mit der Leitung der revolutionären Bewegung betraut wurden, und die eventuell die Funktionen der Regierung und der Verwaltung, wenn es notwendig werden sollte, provisorisch zu übernehmen hatten. Der Ausschuß sollte in Funktion bleiben bis zu dem Zeitpunkt, wo wiederum ein provisorisch gewählter Arbeiter- und Soldatenrat eine Regierung einsetzen würde.«

Zu Vorsitzenden dieses aus 33 Mitgliedern zusammengesetzten Ausschusses wurden mit gleichen Rechten gewählt Georg Ledebour, Karl Liebknecht und das Mitglied der revolutionären Obleute Paul Scholze. Als in der ersten Morgenfrühe der Stadtkommandant Anton Fischer in den Marstall kam, erfuhr er von dem wachthabenden Matrosen, welche Gäste sich dort eingefunden hatten, ohne daß jedoch die Matrosen genau wußten, um was es sich eigentlich handelte. Sie hatten nach dem Kompromißabkommen vom 24. Dezember versprochen, sich an keiner gegen die Regierung gerichteten Aktion zu beteiligen, und zeigten sich auch in ihrer Mehrheit entschlossen, ihr Wort zu halten, waren aber außer Dorrenbach, der Fischer gegenüber zugab, daß zwischen ihm und Liebknecht ein Geheimvertrag bestand, und einigen anderen offenbar unsicher, wie sie sich Liebknecht und Genossen gegenüber verhalten sollten. Erst als sie in späterer Stunde dahinter kamen, worauf diese in Wirklichkeit hinauswollten, erklärte die Mehrheit sich gegen das Unternehmen, schreckten aber davor zurück, die Sache der Regierung mit Waffengewalt zu verteidigen, sondern wollten »Neutralität« beobachten. Immerhin nötigten sie gegen Abend des 6. Januar die ungebete-

nen Gäste, den Marstall zu räumen, den Liebknecht und die andern Führer schon als nicht ganz geheuer verlassen hatten.

Bis dahin war Fischer in Zwangshaft gehalten worden. Man hatte ihn höflich behandelt, aber versucht, ihn zur schriftlichen Zurücknahme eines einige Tage vorher von ihm herausgegebenen Alarmbefehls und Niederlegung seines Amts als Kommandant zu bewegen, was er aber in der ihm vorgelegten Form zu tun entschieden verweigerte. Von Liebknecht darüber unterrichtet, daß die Regierung am nächsten Tag gestürzt werden solle und man schon über eine neue Regierung einig geworden sei, hatte er diesen von dem Vorhaben mit dem Hinweis darauf abzubringen versucht, daß der größere Teil der Arbeiterschaft nicht auf dessen Seite stehe, aber zur Antwort erhalten: »Das macht nichts, der rührigere und intelligentere Teil steht sicherlich auf meiner Seite.« Und als Fischer ihm dann vorhielt, daß das Unternehmen nur Blutvergießen im Gefolge haben werde, ward ihm ähnlich wie sechs Wochen vorher Eisner von Liebknecht die Antwort: »Hier entscheiden nicht Empfindungen, sondern die Tatsachen, und die Tatsachen sind für uns.«

In gleicher Überschätzung der Bedeutung des erlangten Anhanges hatte der Revolutionsausschuß schon den Aufruf aufgesetzt, mit dem er folgenden Tages den Antritt seiner Herrschaft bekannt zu geben gedachte. Er wurde am 6. Januar Vormittags von einem Matrosen, der den Auftrag erhalten hatte, an der Spitze von 300 bewaffneten Kameraden das Kriegsministerium zu besetzen, dem dort amtierenden Unterstaatssekretär Hamburger ohne Unterschrift mit der Aufforderung zur Übergabe des Gebäudes vorgelegt, widrigenfalls ein Sturmangriff auf es erfolgen werde. Hamburger hielt kurze Rücksprache mit Kollegen und erklärte dann, er könne unmöglich einer Weisung Folge geben, der jede Unterschrift fehle, der Matrose möge erst diese erbringen. Und richtig ging der Matrose nach dem Marstall zurück und holte die Unterschriften, wobei Karl Liebknecht für den nach seiner Wohnung gefahrenen Ledebour zeichnete. Folgendes der Wortlaut:

> **Kameraden! Arbeier!**
>
> **Die Regierung Ebert-Scheidemann hat sich unmöglich gemacht. Sie ist von dem unterzeichneten Revolutionsausschuß, der Vertretung der revolutionären sozialistischen Arbeiter und Soldaten (Unabhängige sozialdemokratische Partei und Kommunistische Partei), für abgesetzt erklärt.**
>
> **Der unterzeichnete Revolutionsausschuß hat die Regierungsgeschäfte vorläufig übernommen.**
>
> **Kameraden! Arbeiter!**
> **schließt Euch den Maßnahmen des Revolutionsausschusses an.**
>
> **Berlin, den 6. Januar 1919.**
>
> **Der Revolutions-Ausschuß**
> **i. V.: Ledebour. Liebknecht. Scholze.**

Danach nahmen sich also Liebknecht, Ledebour und Genossen heraus, gestützt auf fanatische Teile der Arbeiterschaft Berlins, eine Regierung abzusetzen, die soeben erst von den Vertrauensmännern der erdrückenden Mehrheit der Arbeiterschaft Deutschlands ihr Mandat bestätigt erhalten hatte. Das war keine Revolution, sondern der Versuch eines Gewaltakts, den, soweit nötig, mit Gewaltmitteln niederzuschlagen nicht nur Recht, sondern auch die Pflicht der Regierung war. Denn sein Erfolg in Berlin hätte Deutschland in den Zustand verheerender Anarchie versetzt. Niemals hätte sich die

Mehrheit des deutschen Volks dem unter solchen Umständen ergehenden Gebot Berlins gefügt. Daß Liebknecht und Genossen sich das nicht selbst sagten, kennzeichnet vor allem ihre politische Verranntheit und Kurzsichtigkeit.

Nun war das Niederschlagen jedoch keine einfache Sache. Die Regierung entbehrte in jenem Augenblick in Berlin so sehr der militärischen Machtmittel, daß, wenn die Verschwörer, wie man sie nennen darf, in der Nacht vom 5. auf den 6. Januar mit den ihnen zur Verfügung stehenden Bewaffneten es unternommen hätten, die Reichskanzlei zu besetzen, sie auf keinen ernsthaften Widerstand gestoßen wären. Die Mitglieder der Regierung hatten, da die Reichskanzlei durch Demonstranten belagert war, schon am Nachmittag des 5. Januar vorgezogen, statt in dieser, in der Privatwohnung eines Gesinnungsgenossen zusammenzukommen. Dort erfuhren sie gegen Abend, daß das Vorwärtsgebäude und andre Zeitungsgebäude von bewaffneten Spartakisten besetzt worden seien. »In gedrückter Stimmung« schreibt Noske, »saßen wir beieinander.« (Noske, a. a. O. S. 67.) Zum Abendessen in ein Lokal zu gehen, ward als untunlich angesehen, da man unliebsame Szenen voraussetzen mußte. So folgte man der Einladung des befreundeten Kaufmannes Georg Sklarz, dem Noske auf der Straße begegnet war, und brachte den Abend und den größten Teil der Nacht in dessen Wohnung zu. Ein Laufzettel ward aufgesetzt, der die regierungstreuen Arbeiter aufforderte, zum Schutz der Republik sich einzufinden, in einer Privatdruckerei vervielfältigt und dafür gesorgt, daß er am Morgen vor den Fabriktoren zur Verteilung gelangte. Er verfehlte auch seine Wirkung nicht. Von allen Himmelsrichtungen her strömten am Morgen des 6. Januar Arbeiter in Scharen in die Wilhelmstraße vor die Reichskanzlei, die alsbald von einer viele Tausende zählenden Menge gedeckt war, während die Verschwörer ihren Anhang auf 11 Uhr Vormittags zur Aufstellung in die Siegesallee bestellt hatten. Es war das mit folgendem Aufruf geschehen:

> »Arbeiter! Soldaten! Genossen!
>
> Mit überwältigender Wucht habt Ihr am Sonntag Euren Willen kundgetan, daß der letzte bösartige Anschlag der blutbefleckten Ebert-Regierung zuschanden gemacht wurde.
>
> Um Größeres handelt es sich nunmehr!! Es muß allen gegenrevolutionären Machenschaften ein Riegel vorgeschoben werden!
>
> Deshalb heraus aus den Betrieben! Erscheint in Massen heute 11 Uhr vormittags in der Siegesallee!
>
> Es gilt die Revolution zu befestigen und durchzuführen! Auf zum Kampfe für den Sozialismus. Auf zum Kampfe für die Macht des revolutionären Proletariats!
>
> Nieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann!
>
> Berlin, den 6. Januar 1919.
>
> Die revolutionären Obleute und Vertrauensmänner der Großbetriebe Großberlins.
>
> Der Zentralvorstand der sozialdemokratischen Wahlvereine Großberlins der Unabhängigen Sozialdemokratie.
>
> Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Wie oben schon beiläufig erwähnt, hatten am Abend des fünften Januar bewaffnete Truppen von Kommunisten, wie sich die Spartakusleute nun nannten, die Rote Garden genannten besonders organisierten Kampflustigen an

der Spitze, die Räume des Vorwärts, sowie die Gebäude der Verlagsfirmen Büxenstein, Mosse, Scherl und Ullstein besetzt. Während die Presse der nationalistisch-reaktionären Parteien großenteils unbehelligt blieb, wurden die auf dem Boden der Republik stehenden großen liberalen und demokratischen Tageszeitungen Berlins: Morgenpost, Tageblatt, Volkszeitung, Vossische Zeitung am Erscheinen verhindert und der Vorwärts von neuem seines Charakters als Organ der Mehrheitssozialdemokraten entkleidet, um in ein Organ der Spartakisten umgewandelt zu werden. Achtzig Mann Sicherheitstruppen der unter Eichhorn stehenden Polizei, welche das Gebäude und die Räume des Vorwärts zu bewachen hatten, hatten sich ohne Widerstand von gegen 300 Spartakusleuten entwaffnen lassen, worauf diese sich in den Räumen häuslich niederließen. Man verwehrte dem Redaktionspersonal den Eintritt, bezw. die Besetzung der Arbeitsplätze, und ein Teil des technischen Personals ward genötigt, eine Nummer des Vorwärts als »Organ der revolutionären Arbeiterschaft Groß-Berlins« herzustellen, dessen an der Spitze gedruckter Aufruf die erneute Besitzergreifung mit Argumenten begründete, welche in bezug auf Verdächtigung von Regierung und Vorwärtsredaktion die Sprache der roten Nummer vom 24. Dezember 1918 an Grobschlächtigkeit noch überboten. Am Schluß wird die beabsichtigte Entlassung Eichhorns erwähnt, und dann heißt es:

> »Aber diese niederträchtige Sippe, einschließlich der um ihr Eigentum bangenden Bourgeoisie, hatte sich gründlich verrechnet.
>
> Ihr, Arbeiter, demonstriert am Sonntag in ungeheuren Massen gegen die geplante Schandtat und habt durch Euer geschlossenes Auftreten diesen Putsch verhindert.
>
> Ihr wollet Euer Werk nicht unvollendet lassen, ihr marschiertet in geschlossenem Zuge zum »Vorwärts«, wohl wissend, daß dieses »Regierungsorgan« zu neuen Putschversuchen aufrufen, von neuem seine Lügenflut ausgießen würde.
>
> Aber jetzt habt ihr den »Vorwärts« zum zweiten Male erobert. Jetzt haltet ihn fest, kämpft mit Nägeln und Zähnen für ihn. Laßt ihn Euch nicht entreißen, macht ihn zu dem Organ, das er sein soll: einen Vorkämpfer auf dem Wege zur Freiheit.«

Ledebour in seinen Aussagen vor dem Berliner Schwurgericht, Eichhorn in seiner schon zitierten Schrift und andere führende Teilnehmer an dem versuchten Regierungssturz behaupten, diese Besetzung der Zeitungen sei ohne jede Anregung vonseiten der beteiligten Organisationen und sogar ohne deren Wissen erfolgt. Nach Ledebour waren »die Massen« dabei «impulsiv ihrem Empfinden gefolgt.« (Prozeß S. 64.) Aber solche Dinge geschehen nicht von ungefähr, auch handelte es sich nicht um eine Aktion der »Massen«. sondern um ein Unternehmen von mit Waffen versehenen Trupps. Schon die einfache Tatsache, daß die Trupps gleichzeitig die verschiedenen Zeitungen besetzten, weist darauf hin, daß sie oder mindestens ihre Führer einer ganz bestimmten Parole gefolgt waren, was nicht notwendigerweise auf Grund von Beschlüssen oder auch nur mit Vorwissen der bekannten Organisationen oder Ausschüsse geschehen zu sein braucht. Es waren auch Elemente am Werk, die neben, wenn nicht hinter deren Rücken operierten. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß Agenten der Bolschewisten bei allen diesen Aktionen ihre Hand im Spiele gehabt haben. Ein nicht geringer Prozentsatz der Okkupanten der Zeitungen und ganz besonders des Vorwärts waren Russen, und der im letzteren veröffentlichte

Aufruf, von dem oben ein Stück abgedruckt ist, verrät eine literarisch sehr gewandte Feder. Man soll doch aufhören, der Welt Revolutionsmärchen aufzubinden. Große Teile der Arbeiterschaft Berlins waren genügend verhetzt und hinreichend in Wahnvorstellungen darüber hineingeschwatzt worden, was die Revolution in Deutschland war und sein konnte, um willige Mannen für alle möglichen Gewaltakte abzugeben, die ihnen als zur Sicherung der Revolution nötig geschildert wurden. Aber spontane Akte der Massen sehen anders aus als jene Zeitungsbesetzungen, deren Zweck doch kein andrer war als die Mundtotmachung unbequemer Kritik. Auch war mindestens ein Teil der leitenden Persönlichkeiten der Gruppen, aus denen sich der Revolutionsausschuß zusammensetzte, lediglich aus opportunistischen Erwägungen Gegner der Unterdrückung der bürgerlich-demokratischen und mehrheitssozialdemokratischen Presse.

Ein andrer Geist als in der Zentrale der Berliner Organisation der Unabhängigen Sozialdemokratie herrschte jedoch in der Reichs-Zentralleitung dieser Partei. Als der Vorstand und ein Teil der in Berlin anwesenden Reichstagsmitglieder der Partei am Vormittag des 6. Januar 1919 im Büro der Partei zusammenkamen, war man von dem, was sich in der Nacht vollzogen hatte, und dem Aufruf des »Revolutionsausschusses« ganz und gar nicht erbaut und trat sofort in eine Erörterung darüber ein, was man tun könne, um blutigen Zusammenstößen vorzubeugen. Es war die letzte Vorstandssitzung der Unabhängigen Sozialdemokratie, der der Schreiber dieses dieses beigewohnt hat, und ich muß es für unrichtig erklären, wenn Ernst Heilmann in seiner, die Umstände, unter denen die Noske'schen Freiwilligenwehren entstanden, anschaulich schildernden Flugschrift »die Noskegarde« (Berlin, Buchhandlung Vorwärts) schreibt: »Als der Januarputsch am Scheitern war, gaben plötzlich dieselben Unabhängigen die Einigungsparole aus.« Aus allen Schilderungen der Kämpfe jener Tage geht hervor, und auch Heilmann stellt fest, daß am Vormittag des 6. Januar die Lage der Regierung eine außerordentlich bedrohte war, so daß diese Not hatte, sich gegen die Anstürme der Spartakusleute leidlich in Verteidigung zu halten. In der erwähnten Sitzung der Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratie aber fand die Bemerkung des Schreibers dieses, das Beste, was unsererseits im Augenblick geschehen könne, sei eine Vermittlung zu versuchen und zu diesem Zweck an die obersten Instanzen hüben und drüben heranzutreten, ohne weiteres Zustimmung. Rudolf Breitscheid, W. Dittmann, K. Kautsky und Louise Zietz — Hugo Haase war verreist — wurden als die geeigneten Persönlichkeiten ausersehen, die Aufgabe in die Hand zu nehmen, und haben sich ihr auch mit größtem Eifer und Geschick gewidmet, unterstützt durch den etwas später gekommenen Oscar Cohn. Es war nicht ihre Schuld, wenn ihren während mehrerer Tage fortgesetzten Bemühungen der Erfolg versagt blieb.

Der Aufruf des »Revolutionausschusses«, der die revolutionär gesinnten Arbeiter Berlins für den Vormittag des 6. Januar zum Zusammenströmen an der Siegesallee aufbot, hatte um so größeren Erfolg, als die einzigen der von Arbeitern gelesenen Zeitungen, die am Morgen erschienen, die »Freiheit«, die »Rote Fahne« und die »Republik« übereinstimmend, wenn auch in verschiedener Tonart, die Dinge so schilderten, als sei wirklich die Revolution durch die Regierung Ebert-Scheidemann bedroht. Die breite Siegesallee war schon zeitig von dem einen bis zum andern Ende dicht mit Men-

schen angefüllt, und selbst in ihren Zugängen drängten sich Leute, die meisten davon Arbeiter, Kopf an Kopf. Allerdings gab es unter den Gekommenen einen erheblichen Prozentsatz bloß Neugieriger, dafür hatten von den andern nicht Wenige Waffen bei sich, und in großer Zahl sah man rote Fahnen wehen. Bald hier, bald dort wurden mehr oder weniger improvisierte Ansprachen voller Schimpfausdrücke gegen die Regierung gehalten und endeten zumeist in das arg nach militärischem Drill tönende Abrufen von Hoch! Hoch! Hoch auf die Liebknecht, Eichhorn usw. und Nieder! Nieder! Nieder! auf Ebert-Scheidemann. Bis so weit ging alles programmgemäß zu.

Nur eines blieb aus: die Parole vom Revolutions-Ausschuß, was nun eigentlich geschehen solle. Er hatte die Massen aufgeboten, »die Revolution zu befestigen und durchzuführen«, wie es in seinem Aufruf hieß, konnte sich aber nicht darüber einig werden, welche Maßnahmen er ihnen zu diesem Zwecke anraten solle. Der Gedanke, den Generalstreik gegen die Regierung zu proklamieren, war schon dadurch hinfällig geworden, daß der Vorstand der zur Regierung stehenden Mehrheitssozialisten seinerseits die Arbeiter zum politischen Streik aufgerufen hatte und die Fabriken leer standen. Sich des Kriegsministeriums ohne ernsthaften Kampf bemächtigen zu können, war aussichtslos geworden, nachdem der zur Ausführung des Plans ausgesandte Matrosenführer in seiner Einfalt den im Ministerium stationierten Militärs Zeit gelassen hatte, die nötigen Verteidigungsmaßnahmen zu treffen. Ebenso war es nun unmöglich, ohne ernsthaften Kampf, dessen Ausgang obendrein zweifelhaft war, einen Versuch der Besetzung der Reichskanzlei zu unternehmen. Die Meinungen, ob man es auf einen solchen Kampf ankommen lassen solle, waren geteilt, und so beratschlagte man, während die Massen in der Siegesallee warteten, hin und her, ohne zu einem bestimmten Entschluß zu gelangen. Mit den bei ihr unvermeidlichen Übertreibungen, aber im Kern der Sache nicht ohne Berechtigung schrieb, als diese Vorgänge sich gejährt hatten, gegen Ledebour, der sich seines Anteils an ihnen gerühmt hatte, polemisierend die Rote Fahne mit blutigem Hohn:

> »Und da geschah das Unerhörte. Die Massen standen von früh um 9 Uhr in Kälte und Nebel. Und irgendwo saßen die Führer und berieten. Der Nebel stieg, und die Massen standen weiter. Aber die Führer berieten. Der Mittag kam, und dazu die Kälte, der Hunger. Und die Führer berieten. Die Massen fieberten vor Erregung: sie wollten eine Tat, auch nur ein Wort, das ihre Erregung besänftigte. Doch keiner wußte, welches. Denn die Führer berieten. Der Nebel fiel nieder und mit ihm die Dämmerung. Traurig gingen die Massen nach Hause: sie hatten Großes gewollt und nichts getan. Denn die Führer berieten. Im Marstall hatten sie beraten. Dann gingen sie wieder ins Polizeipräsidium und berieten weiter. Draußen standen die Proletarier auf dem leeren Alexanderplatz, die Knarre in der Hand, mit leichten und schweren Maschinengewehren. Und drinnen berieten die Führer. Im Präsidium wurden die Geschütze klargemacht; Matrosen standen an jeder Ecke der Gänge, im Vorderzimmer ein Gewimmel, Soldaten, Matrosen, Proletarier. Und drinnen saßen die Führer und berieten. Sie saßen den ganzen Abend und saßen die ganze Nacht und berieten, sie saßen am nächsten Morgen, als der Tag graute, teils noch, teils wieder, und berieten. Und wieder zogen die Scharen in die Siegesallee, und noch saßen die Führer und berieten.
>
> Nein! Diese Massen waren nicht reif, die Gewalt zu übernehmen, sonst hätten sie aus eigenem Entschluß Männer an ihre Spitze gestellt, und die erste revolutionäre Tat wäre gewesen, die Führer im Polizeipräsidium aufhören zu machen zu beraten.«

Allerdings, diese Massen waren »nicht reif, die Gewalt zu übernehmen«. Wußten sie in ihrer großen Mehrheit doch nicht einmal, wozu man sie wirklich zusammenberufen hatte. Denjenigen aber, die eine Idee davon hatten, war gesagt worden, daß in Spandau und an andern Orten der Umgebung Tausende von Soldaten nur darauf warteten, zu ihnen zu stoßen, und das erwies sich als haltloses Gerede. Nicht nur blieben jene Soldaten aus, nicht nur hatten die im Marstall stationierten Mannschaften der Marinedivision unter dem Einfluß des Stadtkommandanten Fischer beschlossen, am Aufstand nicht teilzunehmen, sondern »neutral« zu bleiben, auch die in den Kasernen Berlins einquartierten Regimenter hielten sich zurück. Sie kamen zwar als Hilfstruppen der Regierung außer Betracht, waren aber in ihrer Mehrheit auch für den Aufstand nicht zu haben. Von den bewaffneten Spartakisten wiederum saß ein Teil in den besetzten Zeitungsbetrieben fest, und der Rest reichte wohl aus, noch einige Gebäude zu besetzen, war aber nicht zahlreich genug, Berlin mit der großen Menge der ihm gegnerisch gesinnten Arbeiter zu unterwerfen. So fehlten mit den seelischen auch die materiellen Vorbedingungen, die erforderlich waren, wenn aus dem Aufstand eine Revolution werden sollte. Und da außerdem im Revolutionsausschuß selbst, als der Rausch der ersten Nacht vorüber war, Meinungsverschiedenheiten darüber sich einstellten, wie weit man den Angriff treiben sollte, konnte man naturgemäß den in der Siegesallee harrenden Massen keine Siegesparole geben. Eine unrühmliche Situation, in die sich die Berliner Opposition aber auch bei anderer Gelegenheit noch bringen sollte.

### c) Wie es in der Regierung aussah. Gustav Noske militärischer Befehlshaber.

Kaum sehr viel erbaulicher als im Lager des Revolutionsausschusses sah es freilich am Morgen des 6. Januar 1919 im schon früh zusammengetretenen Rate der Regierung aus. Sie konnte für ihre Sicherung weder auf die in den Kasernen lagernden Soldaten noch auf die Matrosendivision rechnen, selbst nicht einmal die im Entstehen begriffene republikanische Soldatenwehr versprach einen leidlichen Verlaß, von den gegen die Regierung bearbeiteten Eichhorn'schen Polizeitruppen gar nicht zu reden. Die Arbeitermassen, die sich zu ihrem Schutz aus den Fabriken eingestellt hatten, boten zwar wie sie mit ihren Leibern einen Wall bildeten und die ganze Umgebung des Regierungsgebäudes Kopf an Kopf füllten, einen erhebenden und für den Augenblick auch ermutigenden Anblick, wären aber doch nicht imstande gewesen, einer mit Geschützen ausgerüsteten Revolutionstruppe, deren Aufgebot nicht außer dem Bereich der Möglichkeit lag, längeren Widerstand zu leisten. Man war für die Niederwerfung des Aufstands auf außerhalb stehende Regimenter angewiesen und mußte, bis diese eintrafen, »Spartakus« gewähren lassen, dessen Leute denn auch zunächst noch eine Anzahl wichtiger Gebäude — die Eisenbahndirektion, das Proviantamt, Teile der Reichsdruckerei, die Pionierkaserne, den Schlesischen Bahnhof besetzt hatten. Auch begannen schon im Laufe des Montag Schießereien zwischen Spartakusleuten und solchen Regierungsanhängern, die über Waffen verfügten.

Wohl oder übel sah die Regierung, wollte sie die Hauptstadt nicht den zu allen Gewalttaten fähigen Spartakusleuten auf unabsehbare Dauer in den Händen lassen, sich in die Notwendigkeit versetzt, reguläre Truppen heran-

zuziehen und damit auch die Hilfe von deren Offizieren in Anspruch zu nehmen. Die Truppen aber brauchten einen Oberbefehlshaber mit weitgehenden Vollmachten, und der mittlerweile zum Kriegsminister ernannte Oberst Reinhardt — nicht zu verwechseln mit dem Oberst Reinhardt, der beim Kapp-Putsch eine so schnöde Rolle gespielt hat — schlug dafür den Generalleutnant von Hoffmann vor. Es wurde aber mit Recht eingewandt, daß ein General von der Arbeiterschaft mit Mißtrauen betrachtet werden würde, und so ward in Erinnerung an die von Gustav Noske in Kiel und benachbarten Marineplätzen bewiesene militärische Umsicht und Energie diesem die Frage vorgelegt, ob er nicht die Sache übernehmen wolle. Wie er selbst schreibt, habe er kurz entschlossen darauf erwidert: »Meinetwegen! Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht!« (»Von Kiel bis Kapp.« S. 68.) Leider lagen die Dinge so, daß in der Tat keinem, der die Aufgabe der militärischen Verteidigung der Republik übernahm, von denen, welche zum blutigen Zusammenstoß getrieben hatten, jener Beinamen erspart geblieben wäre. Allseitig erkannte man an, daß Noske mit der Übernahme des Postens ein Opfer brachte, und die ihm alsbald ausgestellte Ernennung ward von dem Zentralrat der Arbeiterräte, dessen Mitglieder sich im Bewußtsein des Ernstes der Lage in der Reichskanzlei eingestellt hatten, gern unterzeichnet.

Von den draußen einen Wall bildenden mehrheitssozialistischen Arbeitern freudig begrüßt und mit dem Zuruf an sie »Verlaßt euch drauf, ich bringe euch Berlin in Ordnung« begab sich Noske in Begleitung eines jungen Hauptmanns in Zivil nach dem in der Nähe des Lehrter Bahnhofs gelegenen Generalstabsgebäude, wobei er an verschiedenen Stellen den Zug der nach der Siegesallee aufgebotenen Parteigänger und Mitläufer der Opposition zu passieren hatte. Er sollte mit einigen Offizieren des Generalstabs die Maßnahmen besprechen, die den Schutz der Hauptstadt und die Befreiung der von den Spartakisten besetzten Ämter und Geschäfte für nötig erscheinen ließen. Unterwegs hatte er im Zuge der Oppositionsmassen Bewaffnete in großer Zahl gesehen, war an der Siegessäule zu deren Verfügung stehenden Lastautomobilen mit Maschinengewehren begegnet und hatte daraus die Überzeugung gewonnen, daß zur Rettung Berlins ganz andre Truppenmengen erforderlich waren, als die wenigen sicheren Mannschaften, über die in jenem Augenblick die militärische Leitung in Berlin verfügte. Der gleichen Meinung waren die dem Generalstab angehörenden Offiziere, und ebenso stimmte man Noske darin zu, daß eine Operation mit den in jenem Augenblick zur Verfügung stehenden Soldaten nur gefährliche Verzettelung der Kräfte bedeuten würde, vielmehr militärisch erst eingegriffen werden dürfe, wenn man genügend Truppen herangezogen habe, um auf einen vollen Erfolg rechnen zu können. Da man im Generalstabsgebäude, vor dem die demonstrierenden Massen wogten, gegen einen ernsthaften Angriff von dieser Seite nicht genügend gesichert war — bei guter Führung hätten sie es an jenem Tage ohne Schwierigkeiten nehmen können, — ward das Hauptquartier nach dem Vorort Dahlem in das dort gelegene Luisenstift verlegt und dieses für militärische Zwecke hergerichtet. Ein Treiben entwickelte sich schon am nächsten Tage, schreibt Noske, wie in einem Ameisenhaufen. Offiziere bezogen die für sie eingerichteten Büros, Freiwillige kamen in Scharen, sich Truppenteilen zuweisen zu lassen, Waffen wurden in Lastautomobilen herangefahren, ein ganzer Fuhrwerkspark herangezogen, eine Funkenstation eingerichtet — »nach

drei Tagen glich die Gegend einem Kriegslager« (Noske, S. 72). Truppenteile verschiedener Größe wurden in Dörfern der Umgegend zusammengezogen.

Ob das alles in dem Umfange wirklich notwendig war, wird man nachträglich bezweifeln dürfen. Das Urteil über die politische Berechtigung dieser Vorbereitungen ist aber nicht nach dem zu bemessen, was sich erst später erwiesen hat, sondern wie sich die Dinge im Augenblick des Geschehens selbst zeigten, und da sahen sie vom Standpunkt der Regierung aus betrachtet bös genug aus. Eichhorn stellt die Dinge rundweg auf den Kopf, wenn er in seiner Rechtfertigungsschrift erzählt, die für ihn und seine Koalition demonstrierenden Massen seien noch am 6ten Januar Vormittags »mit ganz vereinzelten Aunahmen unbewaffnet« gewesen, das habe sich »erst geändert, als sich Rechtssozialisten mit Hilfe der Regierung zu bewaffnen begannen.« (A. a. O. S.72.) Das genaue Gegenteil war der Fall. Im Angesicht der Tatsache, daß die Spartakisten und ihr Gefolge reichlich mit Waffen versehen waren, riefen die vor der Reichskanzlei angesammelten mehrheitssozialistischen Arbeiter die Regierung an, ihnen Waffen zu geben, und erhielten sie dann durch Scheidemann zugesagt. Gegen die Mittagsstunde hielt er eine Ansprache an sie, und als ihm aus ihren Reihen die Rufe entgegentönten »Waffen! Waffen! Gebt uns Waffen!«, antwortete er: »Ja wohl, wir werden euch ausrüsten, und nicht bloß mit Spazierstöcken!«

Man soll doch in diesen Dingen gegen sich selbst wahr sein. Gewiß, der Revolutionsausschuß hat damals einen fabelhaften »Revolutionsdilettantismus«, wie Eichhorn es nennt, an den Tag gelegt. Aber daß Tag für Tag mit revolutionären Schlagworten bearbeitete Volkselemente, die man dann mit flammenden Worten zum nunmehr notwendig gewordenen Sturz einer Regierung aufbietet, sich nach Möglichkeit mit Waffen versehen würden, darüber konnten auch die Verfasser des Aufrufs nicht im Unklaren sein. Dessen Sprache konnte gar nicht anders aufgefaßt werden, als daß es hart auf hart gehen werde. Und daß Noske nun die Maßnahmen ergriff, die ihm nach dem, was er vor sich gesehen, die zweckmäßigsten erschienen, wenn es nötig wurde, den Aufstand mit Gewalt niederzuschlagen, kann ihm in keiner Weise zum Vorwurf gemacht werden. Die Verantwortung hierfür trifft diejenigen, die in so skrupelloser Weise mit dem Feuer des Aufruhrs gespielt hatten. Lediglich auf das Gebot des Augenblicks bezogen, waren sie nur dessen logische Folgerung.

Aber diese Maßnahmen hatten eine Tragweite, die sich im Augenblick noch nicht völlig überblicken ließ, die aber der ferneren Entwicklung der Republik außerordentlich verhängnisvoll geworden ist.

In seiner zitierten Schrift spricht Noske davon, daß ihm ein Vorwurf daraus gemacht worden sei, damals die Truppen in die Hand der alten Offiziere gegeben zu haben, und verteidigt sich gegen ihn mit der Feststellung, daß ein großer Teil der die Mannschaften führenden Unteroffiziere Offiziere von ihm gefordert hatten, da sie »nur in erfahrenen Führern einen Schutz vor unnötigen Verlusten sahen«. Das mag stimmen, und es ist ferner durchaus zu glauben, daß die Offiziere, die sich Noske damals willig zur Verfügung stellten, es ohne besondere politische Hintergedanken taten, wirklich nur eine Pflicht dem Lande gegenüber zu erfüllen meinten. Aber die Wirkung war doch, daß schließlich dieses Heranziehen der Offiziere der erste Akt in dem Stück wurde, das Erneuerung des politischen Einflusses der Militär-

kaste in Deutschland heißen sollte. Bis dahin hatten sich die Oberen des Militärs unter dem Druck der erlittenen großen Niederlage und der durch sie und die Kriegsleiden gewaltig geförderten antimilitaristischen Stimmung der breiten Volksmehrheit auf Ausführung rein militärtechnischer Funktionen beschränkt, wie sie durch die Aufgabe der geregelten Auflösung der heimkehrenden Reservetruppen und die Vorarbeiten für eine zu erwartende Neuorganisation der Wehrmacht und dergleichen angezeigt waren. Nun aber fangen sie an, die Rolle von Rettern der Gesellschaft zu spielen, eine immer selbstbewußtere Sprache zu führen. Wenn sie dabei zeitweilig hinter Noske eine gewisse Deckung fanden, so trifft doch die Hauptschuld nicht diesen, sondern diejenigen, die systematisch dahin gearbeitet haben, die deutsche Republik mit Aufwand großer Geldmittel nicht zu einer ruhigen Entwicklung als demokratisches Gemeinwesen kommen zu lassen: die Bolschewistenbewegung in Rußland und deren Agenten in Deutschland.

Inwieweit die Moskauer Regierung bei jenem Aufstand leitend die Hand im Spiele hatte, ist nicht mit Sicherheit festzustellen. Unbestritten ist, daß der ihrem Rat angehörende Karl Radek in jenen Tagen in Berlin war. Er behauptet, den Aufstand ohne Weiteres für verfehlt gehalten zu haben, und hat denn auch sehr abfällige Kritik an ihm geübt. Damit ist aber selbstverständlich die Frage der intellektuellen Mitverantwortlichkeit keineswegs erledigt.

### d) Die Vermittlungsversuche und ihr Fehlschlagen.

Während Noske die Maßnahmen traf, die erfordert waren, wenn es notwendig wurde, den Aufstand mit Gewalt niederzuschlagen, gingen in Berlin die Verhandlungen vor sich, ihn durch Vermittlung beizulegen.

Am Montag, den 6. Januar Nachmittags erschienen, durch Max Cohen-Reuß, dem Vorsitzenden des Zentralrats eingeführt, Breitscheid, Dittmann und Kautsky in der Reichskanzlei, wo sie von den Mitgliedern der Regierung und sechs Mitgliedern des Zentralrats empfangen wurden, und trugen ihnen das Anerbieten des Zentralkomités der Unabhängigen Sozialdemokratie vor,

> »Verhandlungen zur Vermeidung von Feindseligkeiten und die Einsetzung einer Kommission zur Schlichtung der vorliegenden Differenzpunkte herbeizuführen.«

Sowohl die anwesenden Kabinettsmitglieder Ebert, Scheidemann, Landsberg und Wissell wie die Mitglieder des Zentralrats erklärten sich grundsätzlich bereit, die Vermittlung anzunehmen. Einen gleichen Beschluß faßte am Spätnachmittag der Zentralvorstand der Unabhängigen Sozialdemokraten Groß-Berlins, dem Oscar Cohn und Louise Zietz das Anerbieten vorgetragen hatten. Abends beschlossen ferner die revolutionären Obleute in einer Sitzung, an der die Unabhängigen Sozialisten und der Spartakusbund vertreten waren, mit 63 gegen 10 Stimmen ebenfalls die Vermittlung anzunehmen. Es wurden je 6 Vertreter der Unabhängigen und des Revolutionären Aktionskomités gewählt, die um 12 Uhr Nachts in der Reichskanzlei mit den fünf Regierungsmitgliedern und den fünf Vermittlern in Verhandlung traten. Auf die Anregung Dittmanns, der den Vorsitz führte, behufs Vermeidung weiteren Blutvergießens zunächst über Einstellung der Feindseligkeiten zu verhandeln, stellten sie für einen »Waffenstillstand« folgende vier Forderungen auf:

»1. Beiderseitige Einstellung der Feindseligkeiten. 2. Beiderseits keine weitere Heranziehung von Truppen. 3. Beiderseitige Abschiebung der schon herangeschafften Truppen. 4. Beiderseits keine weitere Heranschaffung von Waffen und Munition.«

Die vier Regierungsmitglieder erklärten, darauf nicht eingehen zu können, sondern gaben nach reiflicher Überlegung folgende Erklärung ab:

»Es ist uns eine Gewissenssache, Gewalt lediglich zur Abwehr von Gewalt anzuwenden. Auf diesem Standpunkt bleiben wir stehen. Wir werden von der Waffe keinen Gebrauch zum Angriff machen. Zu irgend einer Abmachung können wir uns nur verstehen, nachdem die am Abend des 5. und im Laufe des 6. Januar 1919 besetzten Gebäude freigegeben sind.«

Verschiedentlich, darunter auch von W. Dittmann bei seiner Zeugenaussage im Prozeß Ledebour, ist darauf Gewicht gelegt worden, daß die Regierungsmitglieder in der Besprechung vom Abend des 6. Januar eine viel schroffere Haltung eingenommen haben, als am Nachmittag beim ersten Versuch der Vermittlungskommission, und diese veränderte Haltung als ein Beweis dafür genommen worden, daß jenen in der Zwischenzeit aus militärischen Kreisen Mitteilungen zugegangen sein müßten, die sie hinsichtlich der eigenen Sicherheit beruhigten und gegen die Aufständischen scharf machten. Scheidemann hat dies jedoch vor der Untersuchungskommission der Landesversammlung lebhaft bestritten und den Unterschied in seiner und seiner Kollegen Haltung zwischen Nachmittag und Nacht damit begründet, daß sie bei der ersten Zusammenkunft, wo Dittmann und Genossen allein kamen, »mit vernünftigen Leuten zu tun gehabt hatten, die wirklich vermitteln wollten, in der Nachtsitzung aber seien von den mit diesen gekommenen Vertretern des revolutionären Ausschusses ein Ton angeschlagen und Forderungen in Aussicht gestellt worden, die im höchsten Grade beleidigend waren und ihn und Kollegen genötigt hätten, nachdrücklich zu erklären, daß sie nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen sich überhaupt auf Verhandlungen würden einlassen können und daß die Mindestvoraussetzung für sie die Freigabe der Zeitungen sei. Dies wird auch durch die Aussage des Mitglieds des Zentralrats Robert Leinert bestätigt und hat die größere Wahrscheinlichkeit für sich. Das Einzige, was die Vermittler bei jener sich sehr lange hinziehenden Besprechung erreichten, war, daß beide Parteien sich bereit erklärten, ihre Anhänger aufzufordern, von der Waffe keinen Gebrauch zum Angriff zu machen. Um drei Uhr Nachts trennte man sich und verlegte die Fortsetzung der Vorbesprechung auf den nächsten Vormittag 11 Uhr.

Diese führte zu keinem günstigeren Ergebnis. Die Vertreter des revolutionären Ausschusses lehnten es entschieden ab und fanden dafür die Unterstützung der Unabhängigen Berlins, die besetzten Zeitungen vor Beginn der Verhandlungen freizugeben. Das hieße ja, führten sie aus, ihre Machtpositionen vorher aus der Hand geben, so daß die Regierung die Bedingungen diktieren könne, es wäre nichts anderes als die Kapitulation. Die Freigabe der Zeitungen werde erst »das Resultat der Verhandlungen« sein.

Mit andern Worten, die Vertreter der revolutionären Ausschüsse machten der Regierung gegenüber den Machtstandpunkt geltend. Diese sollte einwilligen, daß die Aufständischen mit ihr als von Macht zu Macht verhandelten, was grundsätzlich darauf hinausgelaufen wäre, die Besetzung der Zeitungen und öffentlichen Gebäude für eine legitime Maßnahme jeder beliebigen organisierten Oppositionsgruppe anzuerkennen. Man begreift, daß

die Regierungsmitglieder sich darauf nicht einlassen konnten. Indeß hätten sie sich nichts vergeben, wohl aber ihre geistige Überlegenheit jedem zur Erkenntnis gebracht, wenn sie von den Vertretern der Parteien des Revolutionsausschusses eine unumwundene Erklärung darüber verlangt hätten, was denn nach ihrer Meinung überhaupt den Gegenstand dieser sachlichen Verhandlungen bilden solle. Die Pflicht, die Karten auf den Tisch zu legen, ist oft schon der Zwang zum Eingestehen der Unmöglichkeit des Vorhabens. Vor aller Welt bekannt geben, daß man die Regierung Ebert-Scheidemann absetzen und durch eine aus Spartakisten, Unabhängigen und einer Minderheit von ausgesiebten Mehrheitssozialisten zusammengesetzte Regierung ersetzen wolle, wie das laut Aussage Leinerts Mitglieder des Ausschusses im Privatgespräch Mitgliedern des Zentralrats erklärt hatten, hätte eine Selbstbloßstellung der Führer des Aufstands geheißen, wie die Regierung sie sich nicht besser wünschen konnte. Es hätte ihr sofort den aktiven Beistand eines großen Teils der in Berlin garnisonierenden Truppen eingetragen, die jetzt sich »neutral« verhalten zu müssen glaubten, und der Forderung auf Räumung der Zeitungen die größte moralische Wucht verliehen. Dadurch jedoch, daß die Regierungsmitglieder darauf verzichteten, sich das nun ausdrücklich bestätigen zu lassen, was sie aus der vom Abgesandten des Revolutionsausschusses im Kriegsministerium abgegebenen Proklamation, sowie aus Äußerungen einzelner Ausschußmitglieder schon erfahren hatten, leisteten sie der Auffassung Vorschub, daß nicht sehr gewichtige Rücksichten auf die ganze innere Entwicklung der Republik, sondern mehr formalistisch-bürokratische Erwägungen ihre Forderung diktierten. Ihre Erklärung, daß vor allem die Preßfreiheit gesichert sein müsse, bevor man diskutiere, machte mehr Eindruck auf die bürgerlichen Kreise, die gar nicht erst überzeugt zu werden brauchten, als auf diejenigen Kreise in der Arbeiterschaft, die vom Recht der Regierung auf die von ihr gestellte Forderung zu überzeugen die Aufgabe war.

Da aber die Regierung von ihrer Forderung der unverzüglichen Freigabe der Zeitungen weder abgehen wollte noch durfte, die Aufständischen jedoch diese Freigabe der Zeitungen als ein Handelsobjekt ausnutzen wollten, mußten die Bemühungen der Vermittlungskommission notwendig fehlschlagen. In der Sitzung vom 7. Januar schlug Karl Kautsky vor, Regierung und Zentralrat sollten von vornherein erklären, daß sie »die Verhandlungen als gescheitert betrachten, wenn sie nicht zur völligen Wiederherstellung der Preßfreiheit führen.« Das ward aus den vorerwähnten Gründen abgelehnt, und ebenso ward eine Erklärung der Vertreter der Aufständischen für ungenügend befunden, die folgenden Wortlaut hatte:

> »Wir betrachten die Zeitungen, die im Laufe der Kämpfe in die Hände der revolutionären Arbeiterschaft gekommen sind, nur als Machtmittel zur Durchführung dieser Kämpfe. Daraus ergibt sich, daß ein beide Teile befriedigender Ausgleich die Herausgabe der besetzten Zeitungen einschließen würde.«

Die Vertreter der Unabhängigen und des Aktionskomités erklärten darauf, durch die Tags zuvor noch nicht erhobene Forderung der sofortigen Freigabe des Vorwärts und der übrigen Zeitungen sei eine neue Situation geschaffen, für die die ihnen gegebenen Vollmachten nicht ausreichten, es sei daher eine Vertagung notwendig geworden. Demgemäß ward die Fortsetzung der Besprechung auf den 8. Januar Vormittags 10 Uhr vertagt.

Während der Besprechung war die Meldung eingelaufen, daß zwischen 11 und 12 Uhr das am Nachmittag vorher von Aufständischen besetzte Gebäude der Eisenbahndirektion von Regierungstruppen erstürmt worden sei, und die Vertreter der Aufständischen erklärten das für einen Bruch der Abends vorher gegebenen Zusage, daß die Truppen der Regierung die Waffen nicht zum Angriff erheben würden. Indes war diese Zurückeroberung von einem kleinen Trupp Pioniere ohne jede Einwirkung der Regierung erfolgt, während umgekehrt am frühen Morgen des gleichen Tages bewaffnete Aufständische unter Anwendung von Gewalt die Herstellung des Vorwärts in der am Schiffbauerdamm gelegenen Lindendruckerei verhindert, die schon fertig gestellten Exemplare in den Fluß geworfen hatten. Eichhorn, der in seiner Schrift dies und anderes verschweigt, schreibt im Anschluß an den Bericht der »Freiheit« über die Verhandlungen, dieser Bericht zeige

> »unbestreitbar das hinterhältige Spiel, daß die Ebert-Scheidemann-Regierung und ihr Zentralrat mit dem Vertrauen der Arbeiter trieben; auf der Seite der Arbeiter und ihrer Vermittler Wille zur Verständigung, Entgegenkommen bis zum Äußersten, auf der andern Seite Heuchelei und lauernder Verrat! Regierung und Zentralrat wollten keine Verständigung, sie wollten die revolutionäre Kraft der Arbeiter mit ihren Söldnern zerschmettern und dem Willen zur Vollendung der Revolution in einem Blutbade ersticken. Aber dazu mußten sie die Arbeiter täuschen und hinhalten, bis genug Regierungstruppen herangezogen waren, um ohne Gefahr die blutige Arbeit wagen zu können«.

Hiervon ist zunächst irreführend die durch die ganze Eichhorn'sche Schrift gehende Gegenüberstellung: hier Regierung mit Anhang und dort die Arbeiter, wo tatsächlich die Vertreter der Revolutionäre keineswegs nur Arbeiter, sondern gewiegte Politiker wie Ledebour unter sich zählten, die Regierung aber die Beauftragte des weitaus größeren Teils der sozialistischen Arbeiterschaft Deutschlands war und, wie sich bald zeigte, auch in Berlin die größere Masse der Arbeiter vertrat. Sodann bestand das angebliche Entgegenkommen bis zum Äußersten in einem Bestehen bis zum Äußersten auf das Verlangen, die widerrechtlich und angeblich auch wider den Willen der Leiter der Bewegung besetzten Gebäude, die nicht, wie es oben heißt, »im Laufe der Kämpfe«, sondern durch kampflosen Überfall in die Hände der Spartakisten gekommen waren, als Druckmittel für irgendwelche ausschweifende Forderungen besetzt zu halten. Die Besetzung der Eisenbahndirektion, bei der die Regelung und Kontrolle des ganzen Eisenbahnverkehrs lag, war in einem Zeitpunkt erfolgt, wo der Vermittlungsversuch schon im Gange war, und konnte nichts anderes zum Zweck haben, als die Unterstützung der Regierung durch Truppen von außerhalb nach Möglichkeit zu unterbinden. Die Beschwerde über die Zurückeroberung des Gebäudes war ein Beweis, wie wenig die Regierung es mit harmlosen und den Frieden suchenden Leuten zu tun hatte. Selbst wenn sie und der überwiegend aus Arbeitern zusammengesetzte Zentralrat in jenem Augenblick den Aufständischen gegenüber geflissentlich die Politik des Hinhaltens betrieben hätten, wären sie dabei in ihrem Recht gewesen, denn sie sollten mittelst Nötigung zu politischen Zugeständnissen gezwungen werden, die nach ihrer Überzeugung die allgemeine Lage des Landes schwer schädigen mußten. Aber die Motive ihres Verhaltens waren andere. Wie Max Cohen, einer der Vorsitzenden des Zentralrats, später vor der Untersuchungskommission der Landesversammlung aussagte, waren die Verhandlungen

»nach dem Eindruck aller Beteiligten so etwas wie ein leeres Gerede. Es drehte sich immer um eine und dieselbe Sache; beide Parteien beharrten auf ihren Bedingungen und wiederholten immer wieder ihre Gründe.«

Die Unterhändler der Unabhängigen Sozialdemokratie seien ersichtlich beseelt gewesen, die revolutionären Obleute zu vernünftigen Zugeständnissen zu bewegen, haben es aber nicht zuwege gebracht. So blieb daher den Mitgliedern der Regierung und des Zentralrats einfach nichts übrig, als auf ihrem grundsätzlichen Standpunkt zu verharren und an den gesunden Sinn der Masse der sozialistischen Arbeiterschaft Berlins zu appellieren, allerdings nicht ohne zugleich für Heranziehung militärischer Kräfte zu sorgen, die im Notfall das von den Spartakisten gewaltsam und widerrechtlich Genommene mit Gewalt zurückerobern konnten.

Es ist hierbei noch folgendes in Betracht zu ziehen. Man stand am Vorabend der Wahlen zur Nationalversammlung, gegen die von Seiten der Kommunisten in Versammlungen, in der Roten Fahne und in einem Flugblatt mit allen Mitteln einer skrupellosen Dialektik die Arbeiter aufgestachelt wurden. In dem Flugblatt, das in den ersten Tagen des Januar verteilt worden war, ward der Wahltag mit großen Lettern als »der Tag der Bourgeoisie« hingestellt, hieß es »diese Auslieferung der Macht des deutschen Volkes an die Bourgeoisie, das sind die Wahlen zur Nationalverammlung.« Die Nationalversammlung werde »nicht für die Krüppel, nicht für die Waisen sorgen, sondern dafür, daß die großen »Kriegsgewinnler« die Zinsen der Kriegsanleihe regelmäßig ausgezahlt bekommen.« Darum »weg mit der Nationalversammlung!« so müsse es »tönen in den Straßen und Fabriken«. Und an anderer Stelle des Aufrufs:

»Deswegen darf unser Kampf gegen die Nationalversammlung weder in passiver Abstimmung, in einfacher Stimmenthaltung, noch in bloßer Störung der Wahlen, noch in dem bloßen Versuch der Auseinanderjagung der Nationalversammlung bestehen; es gilt in diesem Kampf Machtpositionen zu erobern.«

Es liegt aber auf der Hand, daß in dem Maße, als die Arbeiter der Hauptstadt sich von dieser Dialektik einfangen ließen, die Wirkung nur die sein konnte, daß bei der Wahl die Arbeiterstimmen gegenüber den Stimmen der Reaktionsparteien im Lande geschwächt wurden. So war die Besetzthaltung des Vorwärts mehr als bloß die Sicherung einer zeitweiligen Machtposition, sie war zugleich die Unterdrückung der Stimmen der Partei, deren Organ der Vorwärts war. Obendrein beherbergte einer der Flügel des Gebäudes, in dem der Vorwärts hergestellt wurde, die Räume des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei mit dessen Arbeitsmaterial, Registern und Urkunden, deren Beschlagnahme in hohem Grade die Lähmung der Parteiarbeit hieß. Daher das hartnäckige Bestehen der Anhänger Liebknechts darauf, das Vorwärtsgebäude bis zuletzt in der Hand zu behalten, daher aber auch das Bestehen der Regierungsmitglieder auf Freigabe der Zeitungen einschließlich des Vorwärts als Vorbedingung der sachlichen Verhandlungen. Sonst objektiv urteilende Kritiker des damaligen Verhaltens der Regierung Ebert-Scheidemann haben diese wichtige Seite der Frage ganz übersehen.

Die Erbitterung der Leute vom Revolutionsausschuß über die starre Haltung der Regierung inbezug auf die Herausgabe der Zeitungs- usw. Gebäude

findet aber auch darin ihre Erklärung, daß mit jedem Tag die Aussichten sich für sie ungünstiger gestalteten und in weiten Kreisen der Arbeiterschaft die Zahl der Verteidiger ihres Vorgehens zusammenschmolz. Sie hatten durch tendenziös einseitige Darstellung der Vorgänge und durch Überrumpelungsmanöver Tageserfolge erzielen können, sie konnten aber nicht dauernd die Öffentlichkeit beherrschen.

Schon am 6. Januar hatten, wie wir gesehen haben, die große Mehrzahl der Angehörigen der Volksmarinedivision sich von den Revolutionsdiktierern abgewandt. Dorrenbach, der seit Montag Mittag aus dem Marstall verschwunden war, ward von den Abteilungsführern der Division für abgesetzt erklärt und an seine Stelle ein Gegner von dessen Politik Namens Mastelertz zum Kommandanten gewählt mit dem Matrosenführer Grundtke als Adjutant. Grundtke hatte im Verein mit seinen Kameraden Bruska, Fullbrandt, Haller, Halses und Schirmer am Nachmittag den Marstall von allen Personen befreit, die in ihm nichts zu tun hatten. Vergeblich suchte dann Ledebour die Division für die Bewegung des Revolutionsausschusses zurückzugewinnen. Dieser mußte seine Sitzungen aus dem Marstall in das Polizeipräsidium zurückverlegen.

Am Abend des 6. Januar besetzte der damalige Leiter des Parvus'schen Verlags für Sozialwissenschaften und Mehrheitssozialist Albert Baumeister mit einigen vierzig zusammengesuchten Leuten das Reichstagsgebäude, das der Revolutionsausschuß außer Betracht gelassen hatte, und von da aus das Brandenburger Tor. Er hatte wiederholt bei den Regierungsmitgliedern um Ausstellung eines Erlaubnisscheins für die Beschaffung von Waffen nachgesucht, war aber, nachdem er zuletzt über eine Stunde mit ihnen verhandelt hatte, mit dem Hinweis darauf abschlägig beschieden worden, Waffenherausgabe bedeute Kampf und Blutvergießen, und das wolle man nicht verantworten.*) So gingen er und einige Gleichgesinnte, darunter der Vorwärtsredakteur Erich Kuttner, die von dem, was sie in der Stadt gesehen, die Überzeugung gewonnen hatten, daß es ohne Kampf nicht abgehen werde, auf eigene Faust vor. Noch in der Nacht verschafften sie sich die zur Heranholung von Waffen nötigen Lastautos und trafen Vorbereitungen für die Bildung einer Truppe aus zuverlässigen Gesinnungsgenossen. Es gelang ihnen schon am nächsten Tage, ihre Zahl ansehnlich zu vermehren und, zum Teil mit Anwendung von List, auch genügend Waffen zu beschaffen. Ferner wurde unter Leitung eines parteigenössischen Arztes eine Ambulanz für Verwundete eingerichtet, die auch sehr bald zu tun bekam, denn es gab in der Umgebung des Reichstags allerhand Zusammenstöße mit vigilierenden Aufständischen, die ihnen verdächtig erscheinende Passanten auf Waffen untersuchten und, wo sie solche fanden, sie ihnen gewaltsam abzunehmen suchten. In den folgenden Tagen wuchs die Zahl der freiwillig zur Verteidigung der Republik sich Stellenden so sehr, daß schließlich, nachdem Baumeister und Genossen von der Regierung dann doch die notwendige Autorisation erhalten hatten, drei Regimenter einer fast nur aus Sozialdemokraten zusammengesetzten republikanischen Schutzwehr gebildet werden konnten, deren erstes den Namen Reichstag erhielt, während das zweite nach dem Mitkämpfer Baumeisters Regiment Liebe, ein drittes nach dem

*) Man vergleiche mit dieser Tatsache die gegen die damalige Regierung von Eichhorn, Ledebour usw. erhobenen Verdächtigungen der Blutgier.

Oberst Grantoff benannt wurde, den der Kriegsminister Reinhardt der Schutzwehr als militärischen Sachverständigen beigab.

Von den in Berlin garnisonierenden Truppen hielt das Regiment der Maikäfer genannten Gardefüsiliere unter seinem von der Truppe selbst gewählten Kommandanten Feldwebelleutnant Schulze treu zur Regierung, war aber durch die Aufgaben des Sicherheitsdienstes im Norden Berlins, wo seine Kaserne liegt, so in Anspruch genommen, daß es die ersten Tage für eine nennenswert größere Aktion nicht in Betracht kam. Doch konnte es schon am 8. Januar Abends Mannschaften zur Aktion gegen die Besetzung der Reichsdruckerei abgeben.

An diesem Tage erließ die Reichsregierung folgenden Aufruf:

»Mitbürger! Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht. Die Regierung, die binnen 10 Tagen die freie Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gestürzt werden. Das Volk soll nicht sprechen dürfen. Seine Stimme soll unterdrückt werden. Die Erfolge habt Ihr gesehen. Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Sicherheit aufgehoben. Die Presse ist unterdrückt, der Verkehr lahmgelegt. Teile Berlins sind die Stätte blutiger Kämpfe. Andere sind schon ohne Wasser und Licht. Proviantämter werden gestürmt, die Ernährung der Soldaten und Zivilbevölkerung wird unterbunden.

Die Regierung trifft alle notwendigen Maßnahmen, um diese Schreckensherrschaft zu zertrümmern und ihre Wiederkehr ein für alle mal zu verhindern. Entscheidende Handlungen werden nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es muß aber gründliche Arbeit getan werden, und die bedarf der Vorbereitung.

Habt nur noch kurze Zeit Geduld! Seid zuversichtlich, wie wir es sind, und nehmt euren Platz entschlossen bei denen, die euch Freiheit und Ordnung bringen werden.

Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden. Die organisierte Gewalt des Volkes wird der Unterdrückung und der Anarchie ein Ende machen. Einzelerfolge der Feinde der Freiheit, die von ihnen in lächerlicher Weise aufgebauscht werden, sind nur von vorübergehender Bedeutung. Die Stunde der Abrechnung naht.

Berlin, 8. Januar 1919.

Die Reichsregierung.

Ebert. Scheidemann. Landsberg. Noske. Wissel.«

Im Laufe des Tages gab es an verschiedenen Stellen in der Stadt ernsthafte Kämpfe. Am Brandenburger Tor, wo die Aufständischen krampfhafte Anstrengungen machten, dieses in ihre Hand zu bekommen, wurde zeitweise heftig geschossen und gab es auf beiden Seiten Tote und Verwundete. Ähnlich am Anhaltischen Bahnhof, als die Aufständischen den Versuch machten, diesen zu besetzen. Im ersteren Falle war indes auch hier ihr Bemühen erfolglos, mit Ausnahme des Schlesischen Bahnhofs, der am 9. Januar besetzt wurde, blieben alle Bahnhöfe Berlins frei.

Auf der andern Seite hatten am 8. Januar Vormittags 10 Uhr die Vermittler ihre Arbeit wieder aufgenommen, und zwar verhandelten sie bis Nachmittag 3 Uhr mit den Revolutionären allein, die sich zuletzt zu folgender Erklärung verstanden:

»Die Verhandlungskommission der Unabhängigen Arbeiterschaft beschließen, die Freigebung der bürgerlichen Presse sofort zu bewirken, sofern die Regierung und der Zentralrat sich bereit erklären, nach Durchführung des Beschlusses unverzüglich in die Verhandlungen über die übrigen Fragen einschließlich des Vorwärts einzutreten.«

Regierung und Zentralrat fanden dieses Zugeständnis für nicht ausreichend, von ihrem Standpunkt abzugehen, daß alle Zeitungen einschließlich des Vorwärts freizugeben seien, bevor in die sachlichen Verhandlungen eingetreten werden könne. Rein materiell betrachtet war es auch von geringer Bedeutung, denn nicht die bürgerlichen Zeitungen, der Vorwärts war das Kampfobjekt, auf das es den Revolutionären angekommen war. So konnten bei dem starken gegenseitigen Mißtrauen die Mitglieder von Regierung und Zentralrat leicht zu der Ansicht kommen, das Angebot sei nur ein taktisches Manöver, durch das sie verleitet werden sollten, die Besetzung und Zurückbehaltung des Vorwärts für berechtigt anzuerkennen und dessen Freigabe durch gegebenenfalls verhängnisvolle materielle Zugeständnisse erkaufen zu müssen.

Es war indes auch eine andere Auffassung möglich. Die Weitblikkenderen unter den Revolutionären konnten sich nicht darüber täuschen, daß an einen Sieg über die Regierung nicht mehr zu denken war, daß jeder Tag deren Position verbessern, die des Revolutionsunternehmens verschlechtern würde. Schon waren ganze Abteilungen der Sicherheitswehr des Polizei-Präsidiums von Eichhorn abgefallen, und bei einem großen Teil der Zurückgebliebenen war Wankelmut eingerissen. Gemäß einem in der Sicherheitswehr verbreiteten Aufruf der Regierung meldeten sich die zu dieser Übergetretenen beim mehrheitssozialistischen Polizeipräsidenten von Charlottenburg Wilhelm Richter und wurden von diesem dem bisherigen Abteilungsleiter der Sicherheitspolizei Dreger unterstellt, der selbst wieder seine Weisungen von der Kommandantur Berlin empfing. An deren Spitze aber war nun dank einem verunglückten Manöver des Feldwebels Spiro in der Person des bisherigen Kommandanten von Potsdam Klawunde ein Gegner der Aufständischen gelangt. Spiro hatte am 6. Januar die Festhaltung Anton Fischers im Marstall dazu benutzt, schnell eine Konferenz von Soldatenräten Berlins einzuberufen und dieser die Wahl eines neuen Stadtkommandanten vorzuschlagen. Statt auf ihn, wie er gehofft hatte, fiel sie infolge des energischen Eingreifens des Soldatenrats der Gardefüsiliere (der »Maikäfer«) auf Klawunde, der zwar keine besonders scharfe Stellung genommen hatte, aber jedenfalls nichts vom Aufstand wissen wollte. Ebenso war die am Abend des 6. Januar erstürmte Pionierkaserne von deren ursprünglicher Besatzung zurückerobert worden, die gleichfalls der neuen Revolution entschieden ablehnend gegenüberstand. Im Angesicht dieser Tatsachen konnte der leitende Beweggrund der Mitglieder des Revolutionsausschusses, wenn sie ihn vielleicht einander nicht selbst eingestanden, sehr wohl der sein, sich das Tor zu einem leidlichen Rückzug zu öffnen. So wenigstens legen die Dittmann, Eichhorn, Ledebour den Sinn von deren Erklärung aus, und wenn namentlich die beiden letzteren in der Weißwaschung gern den Tatsachen Gewalt antun, so spricht in diesem Fall doch Manches dafür, daß ihre Lesart der Wirklichkeit näher kommt, als die vorher entwickelte. Und da liegt die Frage nahe, ob sie nicht auch darin Recht haben, daß eine andere Antwort als die von Regierung und Zentralrat gegebene tatsächlich den Rückzug herbeigeführt und so das Blutvergießen vermieden hätte, und welche andere Antwort denn überhaupt möglich war.

Eines muß auch der entschiedenste Gegner der Regierung ihr zugestehen: sie konnte unmöglich zugeben, daß die Auslieferung des Vorwärts ins Unbestimmte hinausgeschoben wurde. Das aber hätte es geheißen, wenn sie

wie der Ausschuß es wollte, vom Zustandekommen einer Einigung über die sachlichen, d. h. politischen Fragen abhängig gemacht worden wäre. Eine bestimmte Fristsetzung für die Auslieferung des Vorwärts war das Mindeste, was gefordert werden mußte, und zwar machten die oben erwähnten Umstände die Festsetzung einer kurzen Frist unerläßlich. Auf eine solche aber hätte man sich regierungsseitig gewiß zur Not verstehen können und auch müssen. Es sprach kein ernsthaftes Interesse dagegen zu bestimmen: die bürgerliche Presse wird sofort freigegeben, der Vorwärts spätestens in drei Tagen, und inzwischen wird über die sachlichen Fragen verhandelt. Damit wäre denen, die eine friedliche Beilegung des Aufstandes wollten, das Tor zu einem solchen geöffnet gewesen. Denn die Fortsetzung bedeutete immerhin auch für die Aufständischen ein Zugeständnis. Warum aber wurde von keiner Seite ein Vorschlag in diesem Sinne gemacht? Es lag so nahe, hier den Ausweg zu suchen, daß die Vermittler darauf hätten verfallen müssen, sofern irgend welche Aussicht bestand, daß der Ausweg benutzt worden wäre.

Wenn dies nicht geschah, so erklärt sich dies unter anderem daraus, daß der Vorwärts von fanatischen Anhängern Karl Liebknechts besetzt war, die erklärt hatten, ihn unter keinen Umständen freiwillig herauszugeben, und wenn sie bis zum letzten Blutstropfen für ihn kämpfen müßten. In der Roten Fahne wurden die Vermittler als »pflaumenweich« verhöhnt und die »wahrhaft revolutionären« Arbeiter aufgefordert, sich von ihnen nicht beirren zu lassen. In der Nummer vom 7. Januar schrieb sie mit der maßlosen Übertreibung, in der dieses Blatt sich gefiel:

> »700 000 tatenlustige, von revolutionärer Energie strotzende Proletarier irren in den Straßen Berlins direktionslos herum, und die revolutionären Körperschaften — beraten über einen Vergleich mit Ebert-Scheidemann!«

Das dürfe nicht sein. Die Massen müßten einen so energischen, gellenden Ruf »Nieder mit Ebert-Scheidemann!« erheben, daß jenen Führern »jede Lust zu Verhandlungen vergeht«.

Es war also, selbst wenn die Regierung nachgegeben hätte, gar keine Sicherheit gegeben, daß die Liebknecht-Leute in nächster Zeit den Vorwärts ohne Kampf geräumt haben würden. So blieb diese Frage das Kreuz, an dem die Vermittlung scheiterte.

Dittmann schlug in jener Zusammenkunft vor, die Mitglieder des Zentralrats mögen mit den Unabhängigen und den Vertretern der revolutionären Ausschüsse noch einmal gesondert — d. h. in Abwesenheit der Regierungsmitglieder — verhandeln, und dem wurde auch Folge gegeben. Aber der Zentralrat ging nicht davon ab, daß die Freigabe des Vorwärts den sachlichen Verhandlungen vorausgehen müsse, und die Revolutionäre konnten sich zu keiner andern Zusage entschließen, als zu der unbestimmten Erklärung, eine Verständigung über die sachlichen Fragen werde die Freigabe des Vorwärts zur unmittelbaren Folge haben. Die Vermittler zogen daraus die Folgerung, daß jede Fortsetzung ihrer Bemühungen in diesem Stadium der Ereignisse aussichtslos sei und gaben 8 Uhr Abends folgende Erklärung ab:

> »Die Vermittler sehen sich dazu außerstande, ihre Tätigkeit fortzusetzen. Sie erklären jedoch beiden Parteien, daß sie jederzeit bereit sind, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, da sie es für ihre Pflicht halten, alles zu tun, um diese Zerfleischung der Berliner Arbeiterschaft zu verhindern und Blutvergießen zu vermeiden.«

Am gleichen Abend noch wurde in später Stunde die Reichsdruckerei für die Regierung mit Hilfe von Gardefüsilieren zurückgewonnen. Sie war am Nachmittag des 6. Januar von bewaffneten Arbeitern der Schwarzkopfschen Maschinenfabrik besetzt worden, denen die mit ihrer Bewachung betrauten Soldaten der Sicherheitswehr sie, ohne daß ein Schuß fiel, ausgeliefert hatten. Die Arbeiter hatten einen jungen Gießerei-Ingenieur Namens Theodor Grant zum Kommandanten gewählt und, da dieser nicht Soldat gewesen war, auf seinen Rat einem gewissen Reutter das militärische Kommando übertragen.

Da die Reichsdruckerei 18 Millionen Mark ausgedruckte Kassenscheine und außerdem Platten zum Drucken weiteren Papiergeldes barg, hätte sie in den Händen der Aufständischen ein viel machtvolleres »Faustpfand« werden können als die Vorwärtsdruckerei. Aber nach Grant's Aussagen vor der Untersuchungskommission waren Eichhorn und Genossen mehr darauf bedacht gewesen, möglichst viel Geld aus der Druckerei herauszubekommen und zu späterer Verwendung für die Zwecke des Aufstandes in Sicherheit zu bringen als die Reichsdruckerei selbst in gehörigen Verteidigungszustand zu setzen. Über das Umschauen nach geeigneten Bergungsplätzen und sonstige Vorbereitungen — darunter die Austiftelung eines Plans, wie man die Geheimräte zur Öffnung der Tresors zwingen werde — verlief etliche Zeit, eine Äußerung Eichhorns über die Unmöglichkeit, das Polizeipräsidium nennenswerte Zeit gegen einen ernsthaften Angriff zu halten, scheint dem jungen, politisch unerfahrenen Grant und seinen Leuten einen heillosen Schreck eingejagt zu haben, und als am 8ten Abends ein Trupp der von dem sehr tüchtigen Leutnant Schulze (im bürgerlichen Leben Kanzleibeamter) organisierten Gardefüsiliere anrückte, überließen Grant und Reutter ihnen die Reichsdruckerei ebenso, ohne daß ein Schuß fiel, wie diese von den Sicherheitstruppen preisgegeben worden war. Dafür war freilich in den Zugangsstraßen reichlich geschossen worden.

Wie aus den Aussagen anderer vom Untersuchungsausschuß verhörten Teilnehmer an diesen Unruhen hervorgeht, so lassen auch die Aussagen Grant's erkennen, daß unter den aufständischen Arbeitern außerordentlich viel Verworrenheit über den Zweck der ganzen Erhebung herrschte und überall sich Elemente unter sie mischten, denen es nur darauf ankam, möglichst an Plünderungen teilzunehmen.

Im Angesicht des Versagens der Vermittlungsversuche des Parteivorstands der Unabhängigen Sozialdemokratie setzt nun in der Arbeiterschaft eine Agitation ein, die Einigung im Notfall durch einen Druck der Massen zu erzwingen. Am 9. Januar Vormittags halten Tausende von Arbeitern der Fabriken von Schwarzkopf und der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft im Humboldthain im Norden Berlins eine Demonstrationsversammlung ab und beschließen einen Aufruf zur Einigung behufs Verhinderung weiteren Blutvergießens. Es wird eine Kommission aus Angehörigen der verschiedenen sozialistischen Parteien gewählt, die in diesem Sinne mit der Regierung und den Revolutionären verhandeln soll. Da sie der ersteren keine bestimmte Zusage hinsichtlich der Räumung der Gebäude machen kann, tritt sie an den Berliner Zentralvorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie heran, und dieser einigt sich auf folgende Erklärung, die nach eindringlicher Befürwortung durch Oskar Cohn auch die Zustimmung der revolutionären Obleute findet:

»Um die Fortsetzung des Brudermordes zu verhindern, ist der Zentralvorstand zu dem Versuch bereit, eine neue Verhandlungsgrundlage zu finden. Er schlägt deshalb vor, einen Waffenstillstand eintreten zu lassen.

Er erklärt sich vor dem Eintritt in die Verhandlungen bereit, den »Vorwärts« zu räumen, wenn die Verhandlungskommission der A. E. G. und der Schwarzkopffschen Werke von dem Zentralrat und der Regierung die Zusicherung erhält, daß die Verhandlungen in sozialistischem, versöhnlichem Geist geführt, die Differenzpunkte einer paritätisch zusammengesetzten Kommission überwiesen werden und die endgültige Besetzung des Polizeipräsidiums nur im Einvernehmen mit der Unabhängigen Sozialdemokratie erfolgt.

Paul Brühl, 1. Vorsitzender. Richard Herbst, Kassierer.

Von Eichhorn wird diese Erklärung als eine Kapitulation vor Regierung und Zentralrat geschildert. Bei diesen ward sie aber nicht so aufgefaßt, und eine genaue Prüfung wird auch zeigen, daß sie noch sehr unterschiedlicher Auslegung fähig war. Sie versprach Dinge, von denen es mindestens zweifelhaft war, ob die Partei sie würde durchsetzen können. Die Spartakusleute hatten an den Besprechungen nicht teilgenommen, und als am 10. Januar Nachmittags eine aus Angehörigen der drei Richtungen bestehende Absendung der Arbeiter der Fabrik Ludwig Loewe an die Vorwärts-Besatzung die Anfrage richtete, ob sie bereit wäre, den Vorwärts zu räumen, erhielt sie zur Antwort, die Besatzung würde sich eher unter den Trümmern des Vorwärtsgebäudes begraben lassen, ehe sie es freiwillig räumte. Allerdings hatte die Rote Fahne am 9. Januar nach Aufzählung von Berichten über Aufstände in der Provinz und mit Hinweis auf den Aufruf der Regierung zur Meldung von Freiwilligen geschrieben:

»daß die Regierung Freiwillige aufruft, das besagt, auf die Truppen zählt die Gegenrevolution selbst nicht mehr. Für die blutige Arbeit der Niedermetzelung der sozialistischen Proletarier müssen sich »Freiwillige« melden. Damit ist die Schwäche der Regierung offiziell eingestanden, ihre Niederlage zur Hälfte schon besiegelt.«

Es hieße vielleicht einem Ermordeten Unrecht tun, hierbei von wohlberechtigter Täuschung der Aufständischen zu reden. Es lag in Karl Liebknechts Natur, die Dinge so zu sehen, wie er sie zu sehen wünschte. Aber auf seine Anhänger hatte diese Darstellung der Sachlage nichtsdestoweniger die Wirkung einer gröblichen Irreführung.

Mit Bezug auf die Verhandlungen heißt es in der gleichen Nummer der Roten Fahne:

»Heute gilt den Ebert-Sozialisten nicht ‚Parität', sondern die Faust. Heute gilt es also die Arbeiter- und die Soldatenräte neu zu wählen, den Vollzugsrat neu zu besetzen unter der Losung: Hinaus mit dem Ebert und ihren Anhängern.«

Die Regierung und ebenso der Zentralrat hatten die Absendung der Arbeiter empfangen und mit ihnen die Lage besprochen. Sie schien ihnen indes nicht danach geartet, sich auf die vorgeschlagene paritätische Kommission einzulassen. Denn diese Parität hätte geheißen, daß sie, die unzweifelhaft die große Mehrheit der sozialistischen Arbeiter Deutschlands hinter sich hatten, in der Kommission sich einer aus Spartakusleuten und Unabhängigen bestehenden Zweidrittelmehrheit gegenüber gesehen hätten, von der sie in den wichtigsten Fragen überstimmt werden konnten. Dabei handelte

es sich zudem garnicht um Fragen lokalen Charakters, die zu entscheiden ausschließlich Sache der Arbeiterschaft Berlins sein konnte, sondern um Fragen, die zumeist ganz Deutschland angingen. So erklärten beide Körperschaften, daß sie die Unterwerfung der Fragen unter die vorgeschlagene paritätische Kommission nicht akzeptieren könnten, auch ein weiteres Hinhalten in der Frage der besetzten Gebäude nicht für angängig hielten, im Übrigen aber zu weiteren Verhandlungen bereit seien.

Es ist dann auch, während die Rufe nach Einigung aus der Arbeiterschaft sich mehrten, noch an verschiedenen Tagen verhandelt worden. Inzwischen aber ward zunächst in den Straßen heftig gekämpft und dann die Rückeroberung der Gebäude zur Ausführung gebracht.

### e) Die Straßenkämpfe und die Rückeroberung des Vorwärtsgebäudes.

Die Straßenkämpfe spielten sich vornehmlich im Zeitungsviertel (die in die Jerusalemerstraße einmündenden Teile der Koch-, Zimmer- und Schützenstraße), in der Umgebung des Polizeipräsidiums (der Alexanderplatz samt Nebenstraßen), am Brandenburger Tor mit Umgebung und in der Umgebung der Reichskanzlei (nördlicher Teil der Wilhelmstraße) ab. Die kämpfenden Aufständischen verfügten reichlich über Maschinengewehre und andre Waffen und hatten sich in den Zeitungsgebäuden gehörig verschanzt, auch viele Wohnungen in den oberen Stockwerken der Nachbarschaft dieser besetzt, so daß sie anrückende Soldaten von deren Fenstern aus bequem und gut gedeckt beschießen konnten. Von welcher Tragkraft ihre Geschosse waren, wurde am 10. Januar dem Schreiber dieses sozusagen vor den Augen demonstriert. Ich war damals noch Beigeordneter des Reichsschatzamts und arbeitete in einem im Erdgeschoß auf der Seite der Wilhelmstraße gelegenem Amtszimmer des jetzigen Reichsfinanzministeriums, als bei einer heftigen Schießerei, die sich in unmittelbarster Umgebung des Gebäudes abspielte, eine Kugel auch meinem Zimmer einen Besuch abstattete. Sie war vom Wilhelmsplatz her in das Eckzimmer des Gebäudes eingedrungen, hatte dieses durchflogen, war durch die Umfassung der gegenüberliegenden Tür in ein Vorzimmer gelangt, hatte die Umfassung der Tür, die von diesem in mein Arbeitszimmer führte, ebenfalls durchbohrt und war dann durch letzteres in Höhe von etwa einem Meter über meinen Schreibtisch hinweg durch den Rücken eines auf dem Wandregal geschichteten Aktenbandes in diesem gelandet, wo sie noch in den Akten ihrem revolutionärem Beruf tüchtig Genüge leistete. Konnte man diesen Fall von der humoristischen Seite aus betrachten, so gab es deren nur zu viele, die ernsten Charakter trugen.

Die Kämpfe kosteten sehr viele Menschenopfer. Ihre genaue Zahl ist nicht festgestellt worden, da auf der Seite der Aufständischen eine große Zahl von Personen kämpften, die nicht in Berlin zuständig waren und daher von niemand reklamiert wurden. Es ist demnach anzunehmen, daß von Aufständischen mehr gefallen sind, als zur Kenntnis der Behörden gekommen ist. Doch sind die späteren Angaben kommunistischer Blätter über die Gesamtzahl der nach ihrer Auffassung für die Sache der Revolution Gefallenen zweifellos sehr übertrieben, in Wirklichkeit war sie jedenfalls geringer als die Zahl der im Kampf gegen den Aufstand gefallenen freiwilligen und regulären Soldaten. Fast immer sind bei Straßenkämpfen die Verluste der

Truppen größer als die der Rebellen, die in ihrer Mehrheit hinter Barrikaden oder sonstigen Deckungen ihre Geschosse abfeuern. Allein das Regiment Reichstag hat in dieser Januarwoche über 100 Tote gehabt. Ebenso hatten die Füsiliere sehr schwere Verluste.

Noch am 10. Januar sah es im Regierungslager so aus, daß man einen zeitweiligen Sieg der Aufständischen nicht für unmöglich hielt. An diesem Tage nahm Noske an der Kabinettssitzung Teil. Er war, wie er schreibt, jeden Tag ungeduldig gedrängt worden, mit den vorhandenen Truppen in Berlin einzurücken, hatte dies aber beharrlich abgelehnt, weil er einen etwaigen Mißerfolg »für viel unerträglicher hielt, als die Fortdauer der Unsicherheit um einige Tage«. (Von Kiel bis Kapp, S. 73.) Zugleich habe er sich »auf das Nachdrücklichste gegen ein Kompromiß ausgesprochen.« (Ebendaselbst.) Nun hatte man ihn am 10. Januar zur Kabinettssitzung nach Berlin berufen. »Die Ungeduld«, schreibt er, »war in der Reichskanzlei aufs höchste gestiegen. Man nahm die ungünstigste Entwicklung der Dinge als wahrscheinlich an, wenn ich nicht am nächsten Tage mit Truppen käme. Kein Einwand dagegen wurde als stichhaltig angesehen. Schließlich erklärte ich mich bereit, während der Nacht eine Anzahl Formationen, darunter als Kerntruppe die Kieler Brigade, zum Marsch antreten zu lassen. Die Befehle dazu gingen sofort hinaus. Inzwischen waren auch einige Berliner Formationen und ein Potsdamer Regiment verwendungsbereit geworden.«

Am Sonnabend, den 11. Januar, zog er dann um die Mittagszeit an der Spitze von über 2000 Mann in Berlin ein. Er hielt einen bösen Straßenkampf nicht für ausgeschlossen. Aber die Truppe stieß auf keinen Widerstand, als sie durch die Potsdamerstraße, Leipzigerstraße, Wilhelmstraße marschierte, von da nach dem Tiergarten und wieder in die Vororte zog, sondern wurde vom Publikum zumeist mit Beifallszeichen begrüßt.

In der Nacht vorher war schon das Vorwärtsgebäude in hartem Kampf gestürmt worden. Das Haus Lindenstraße 3, von dem es einen Teil bildet, ist ein großes sogenanntes Industriegebäude, das aus fünf durch Quergebäude verbundenen fünfstöckigen Häusern besteht, zwischen denen vier Höfe liegen, die durch große Torwege miteinander in Verbindung stehen. Vom dritten und vierten Hof gelangt man in die Räume des Vorwärts, die zu nehmen um so mehr Opfer erforderte, als die Aufständischen außer ihnen noch andere Räume des Gebäudekomplexes besetzt hatten, von denen aus sie die etwaigen Belagerer unter Feuer nehmen konnten. Man hatte es wirklich beinahe mit einer Festung zu tun, und es bedurfte erfahrener Militärs, die Erstürmung zu leiten. Die Aufgabe fiel dem Oberst Reinhardt und einem Major Stephani zu. Die Erstürmung selbst, die in den Morgenstunden des 11. Januar erfolgte, schildert F. Runkel in seiner Schrift »Die deutsche Revolution« (Leipzig, F. M. Grumow) wie folgt:

> »Zunächst wurde das besetzte Haus in weitem Umfang abgesperrt, und in der Morgendämmerung fuhren drei 10,5 Zentimeter-Geschütze auf, die von verschiedenen Seiten das Grundstück unter Feuer nahmen. Noch war kaum das Dunkel gewichen, als die schweren Maschinengewehre zu spielen begannen. Es takte aus allen Ecken, und selbst von den Dächern feuerten die Spartakusschützen. Aber sie konnten den Geschützen nichts anhaben, die nun bald ein gewichtiges Wort im Kampf mitredeten. Zielsicher schlugen die Granaten ein, und nach etwa zwei Stunden versuchten die Verteidiger Verhandlungen anzuknüpfen. Die Regierungstruppen lehnten alles ab und verlangten Er-

geben auf Gnade und Ungnade. Als darauf keine Antwort erfolgte, gingen die Regierungstruppen mit leichten Minenwerfern und Flammenwerfern vor, und nun erfolgte die bedingungslose Unterwerfung.«

## f) Mißhandlung und Erschießung von Gefangenen.

Die Zahl der im Vorwärtsgebäude gefangen genommenen Personen belief sich auf gegen 300. An ihnen machte sich die Erbitterung eines Teils der Soldaten und des Publikums in groben Mißhandlungen Luft, die durch die allgemeine Erregung über die Besetzungen erklärt, aber nicht entschuldigt werden können. Schlimmer noch ist, daß es auch an Erschießungen von Gefangenen nicht gefehlt hat. So sind sieben Mitglieder der Besatzung des Vorwärts, die als Parlamentäre an die Belagerer herangetreten waren, der Schriftsteller Wolfgang Fernbach, Mitarbeiter an dem von den Aufständischen während der Besetzung herausgegebenen »Roten Vorwärts«, ein jugendlicher Arbeiterdichter namens Werner Möller und fünf nicht rekognoszierte Gefangene, von denen der Eine als Russe bezeichnet wurde, gefangen genommen und auf dem Hof der unweit vom Vorwärtsgebäude in der Belle-Alliancestraße gelegenen Dragonerkaserne nach zum Teil grauenhaften Mißhandlungen unter Umständen erschossen worden, die keinen andern Ausdruck als brutale Ermordung zulassen. Leider hat nicht mit Sicherheit festgestellt werden können, wer die Mörder waren oder wer für die Ermordung die intellektuelle Verantwortung trägt. Es war bei Einleitung des Sturms auf den Vorwärts den Soldaten wie der Besatzung angekündigt worden: »Wer aus dem Vorwärtsgebäude mit der Waffe herauskommt, wird erschossen.« Von unberufener Seite ist aber nach der Erstürmung auf Anfrage an die Reichskanzlei, was mit den Gefangenen geschehen solle, zweimal kurz geantwortet worden: »Wer aus dem Vorwärts herauskommt, wird erschossen.« Und erst auf eine nochmalige Anfrage kam die Antwort, daß die Gefangenen, die sich ergeben haben, eingebracht und dann dem Staatsanwalt überliefert werden sollen. Den Major Stephani trifft insofern ein Teil der Schuld, als er auf dem Kasernenhof mehrmals zu den Soldaten gesagt hat: »Alles, was aus dem Vorwärts kommt, wird erschossen.« Er will das nur als eine Ankündigung gesagt haben, um die aufgeregten Soldaten zu beruhigen, und die Tatsache, daß er sofort dazwischen getreten war, als Soldaten die gefangene Spartakistin Frau Steinbrink erschießen wollten, von der sie behaupteten, daß sie vom Fenster des Vorwärts aus auf sie geschossen habe, und diese Erschießung verhinderte, leiht seiner Erklärung Glaubwürdigkeit. Aber von den Soldaten haben viele in ihrer Wutstimmung die Erklärung anders aufgefaßt, und daß das sehr nahe lag, hätte sich Herr Stephani wohl sagen können. Persönlichkeiten wiederum, die damals in der Presse unter Berufung auf ihre Eigenschaft als Augenzeugen der Vorgänge belastend gegen ihn aussagten, haben teils einander so widersprochen, teils, wie der Soldat Helms vor der Untersuchungskommission der Landesversammlung sich selbst als so wenig zuverlässig erwiesen, daß sich auf ihre Angaben hin keine Anklage aufrecht erhalten ließ.

Wenn es nach alledem unbestritten bleiben muß, daß an den Gefangenen auf das Schärfste zu verurteilende Gewalthandlungen begangen worden sind, die man nicht genug bedauern kann, so ist doch ebenfalls nicht zu bestreiten, daß namentlich in bezug auf die Zahl der Gemißhandelten sehr über-

trieben worden ist. Die Mehrzahl der Gefangenen sind unter scharfer Bewachung und strengen Vorschriften hinsichtlich ihres Verhaltens auf dem Marsche in die Kasernen abgeführt worden und haben nicht überall gleich die Unterkunft gefunden, die jedem Gefangenen eingeräumt werden muß. Aber absichtlich schlechte Unterbringung ist ihnen nicht zuteil geworden. Es darf nicht vergessen werden, daß sich unter ihnen auch allerhand sehr zweifelhafte Elemente befanden, die nicht aus politischer Überzeugung, sondern aus Trieb zum Unfug und Hang zur Plünderei mitgemacht hatten. Wenn die damaligen Berichte der Tagespresse über die im Vorwärtsgebäude während der Besetzung begangenen Zerstörungen und Diebereien gleichfalls viel übertrieben, so beweist schon allein die von einem der Bewohner des Gebäudes, dem Kaufmann Ascher, eingereichte lange Liste der aus seinen Wohn- und Geschäftsräumen entwendeten Gegenstände, daß immerhin ganz gehörig geplündert worden ist. Es waren unter den Verhafteten neben politischen auch gemeine Verbrecher, die auf dem Transport schon auszusondern eine physische Unmöglichkeit war.

Und dann muß gesagt werden, daß die politischen Gefangenen, wenn sie von idealistischen Beweggründen geleitet waren, darum nicht schon harmlose Lämmer waren. Es entschuldigt den an dem Schriftsteller Wolfgang Fernbach verübten Mord in keiner Weise, wenn man den Aussagen seiner Freunde, wonach er bis zuletzt niemals eine Waffe zur Hand genommen habe, den im Roten Vorwärts vom 9. Januar 1919 erschienenen Artikel aus seiner Feder gegenüberstellt, dessen Überschrift »Auf zum Generalstreik! Auf zu den Waffen!« allein eine durchaus andre Sprache spricht, ganz abgesehen von seinem Inhalt, der die Vorgänge vom 6. und 24. Dezember in tendenziösester Weise der angeblichen Herrschsucht und Blutgier der sozialistischen Regierung auf Rechnung stellt, dieser das »einmütige Todesurteil von rechts und links« verkündet, vom revolutionären Entschluß spricht, den die Masse durchsetzen werde »so oder so«, bis sie den Verrätern das Knie auf die Brust gesetzt hat«, und in die Worte ausläuft: »Uns ruft dieser Glaube an unserer Brüder siegendes Ideal, das Urteil der Geschichte an ihren Mördern zu vollstrecken.«

Von jemand, der so schreibt, soll man nicht sagen, daß er Gegner des Gebrauchs von Mordwaffen war.

Die gewaltsame Besetzung der Zeitungen und der öffentlichen Gebäude waren Akte der Rebellion, die an ihnen Beteiligten waren Rebellen gegen die vom Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte einstimmig eingesetzte Regierung, sie waren von vornherein mit Waffen ausgerüstet und haben in den Tagen, wo sie die Gebäude besetzt hielten, unausgesetzt gesucht, ihren Vorrat von Waffen und Munition zu vermehren. Bei einem der in Haft genommenen Mitglieder der Vorwärts-Besatzung namens Stamms wurde folgender Schein gefunden, mit dem Stamms laut seiner Aussage vor dem Untersuchungsrichter nach der Waffen- und Munitionsfabrik Spandau entsendet war, aber unverrichteter Sache hatte umkehren müssen:

> »Die Vorwärtsbesatzung bittet dringend um Übermittlung von L (leichte) und S. M.-G. (schwere Maschinengewehre). Um möglichst schleunige Abgabe aller irgend verfügbaren M. (Maschinen-)Gewehre wird gebeten. M.-G. (Maschinengewehr)-Munition und Handgranaten ebenfalls dringend erforderlich.
>
> Zentrale der Vorwärtsbesatzung.
> Sekretariat der Redaktion des Vorwärts.
> Möhring. Lamprecht.«

Rebellen sind selbstverständlich nicht darum schon minderen Rechts, weil sie gegen eine bestehende Regierung die Waffen kehren. Sie sind juristisch gesehen Staatsverbrecher, der Bestrafung als solche ausgesetzt, aber auch mit dem Recht, als solche behandelt zu werden. Und es hat noch keine Revolution gegeben, die ihren Rebellen gegenüber diesen Grundsatz mehr respektiert hat, mit ihnen nach der Gefangennahme milder umgegangen ist, als die sozialistische deutsche Revolution. Keinem Mitgliede ihrer damaligen Regierung, auch Gustav Noske nicht, wird die sachlich prüfende Geschichtsschreibung nachsagen, daß sie irgendwie blutgierig oder auch nur rachsüchtig sich benommen haben. Noske ist, wo er es im Interesse der Republik für notwendig hielt, militärisch eingeschritten, aber er hat es nie getan, wo nicht von der andern Seite provozierende Maßnahmen vorlagen, und wenn er solche nicht immer richtig eingeschätzt hat, so hat er doch die Gegenwehr stets auf das zur Niederschlagung von Gewaltakten Notwendige beschränkt. Man kann ihm nichts vorwerfen, was sich den blutigen Maßnahmen der Bolschewistenregierung Rußlands gegenüber ihren Rebellen auch nur entfernt an die Seite stellen läßt.

Daß vielfach Soldaten in ihrer Erbitterung sich zu Mißhandlung von Gefangenen hinreißen ließen, kann den nicht Wunder nehmen, der die Geschichte der Volkskämpfe näher studiert hat. Der einfache Mann aus dem Volk, und das sind die Masse der Soldaten, ist derb und stets geneigt, dem unmittelbaren Impuls Folge zu geben. So haben z. B. 1848 beim Junikampf in Paris gerade die Soldaten der Mobilgarde, diese »Pariser Kinder«, wie man sie nannte, den gefangenen Junikämpfern gegenüber am schlimmsten gewütet und mußten von ihren Offizieren gewaltsam von noch ärgeren Ausschreitungen gegen jene zurückgehalten werden. Die Wut der Soldaten aber erklärt sich zum Teil aus den wilden Gerüchten, die über Gewaltakte der Aufständischen in der Öffentlichkeit umliefen und mit argen Übertreibungen untermischt waren, in der Hauptsache aber aus der Kampfesweise jener.

Bevor man an die Erstürmung des Vorwärtsgebäudes gegangen war, waren am 9. und 10. Januar Versuche gemacht worden, das zugänglichere Mosse-Haus (Redaktion, Druckerei und Verwaltung des »Berliner Tageblatts«, der demokratischen »Berliner Volkszeitung« usw.) von den Eindringlingen zu befreien. Diese hatten das Hauptportal und verschiedene Fenster der Gebäude mit großen Rollen Druckpapier, hinter denen Maschinengewehre schießbereit standen, fest verbarrikadiert und richteten von da aus jedesmal so heftiges Feuer gegen die belagernden Truppen, daß diese den Kampf wiederholt einstellen mußten. Allerdings erlitten auch ihre Kämpfer Verluste, denn sie wurden nicht nur von ebener Erde, sondern auch von den Dächern benachbarter Häuser und dem Turm der seitwärts gelegenen Jerusalemer Kirche aus beschossen und mußten schon am 9. Abends um eine Feuerpause bitten, damit sie ihre Toten und Verwundeten bergen könnten, was ihnen selbstverständlich auch bewilligt wurde. Am späten Nachmittag des 10. Januar überzeugten sie sich von der Aussichtslosigkeit jedes weiteren Widerstandes und erbaten einen Waffenstillstand, der ihnen zugestanden und um 6 Uhr 30 Abends unterzeichnet wurde. Am 11. Januar Nachts wurde dem Leutnant Bachmann, der die zur Befreiung des Mossehauses aufgebotenen Truppen — das Regiment Reichstag — befehligte, auf seinen Vortrag in der Reichskanzlei eine von Ebert und Scheidemann unterzeich-

nete Erklärung übergeben, die der Besatzung des Mossehauses Schonung ihres Lebens zusicherte, und nun räumte diese den Platz, ohne weitere Zerstörungen ins Werk zu setzen, als bereits angerichtet waren. Abteilungen des gleichen Regiments eroberten um dieselbe Zeit das Haus der Firma Ullstein zurück. Wie die Besatzung des Hauses der Firma Mosse ergaben sich auch die des Hauses Scherl und des Wolffschen Telegrafenbüros, nachdem ihnen das Leben zugesichert war, bedingungslos. Im Widerspruch mit den pomphaften Erklärungen ihrer Führer, aber in Überinsteimmung mit den Geboten des gesunden Menschenverstandes zogen sie die Rettung der süßen Gewohnheit des Daseins einem theatralischen Abschluß mit sinnloser Zerstörung von Werten vor.

### g) Die Zurückeroberung des Polizeipräsidiums.

Zuletzt kam das Polizeipräsidium heran. Der größte Teil der Sicherheitswehr hatte es, wie wir gesehen haben, schon verlassen, und Emil Eichhorn kehrte ihm am 11. Januar endgültig den Rücken. Immerhin blieben noch etliche hundert Mann von kampflustigen Aufständischen unter Führung des Spartakisten Braun zurück, die über einen gewaltigen Vorrat von Waffen aller Art verfügten. Außer Gewehren, Pistolen usw. der regulären Polizeitruppen barg nämlich das Präsidium in einem abseits gelegenen Raum, der den Meisten geheim gehalten wurde, noch ein großes Lager von Waffen, die im Laufe weniger Wochen angeschafft worden waren. Den Vorwurf, der Urheber oder mindestens Mitwisser dieser Aufspeicherung gewesen zu sein, womit der Verdacht der geflissentlichen Anstiftung des Aufstands starken Rückhalt erfahren hätte, hat Eichhorn mit der Erklärung von sich abgewiesen, er habe gar nicht die Zeit gehabt, sich um diese Sachen zu kümmern. Brauns hervorragende Beteiligung an ihr ist dagegen unbestritten geblieben.

Am 12. Januar in der Frühe erfolgte der Sturm auf das ein großes Gebiet bedeckende massive Riesengebäude. Ihn leitete vornehmlich der Leutnant Schulze mit seinen »Maikäfern« (Füsilieren). »Es war«, heißt es in seinem vor dem Untersuchungsausschuß der Landesversammlung erstatteten Bericht, »ein gewagtes Stück Arbeit, besonders weil sich im Rücken die Brauerei Bötzow befand, die ein formloses Lager der Spartakisten war und meine Truppe sehr leicht aufrollen konnte.« Mit Mühe und Not habe er vom zweiten Garde-Regiment etwa 40 Mann, vom Regiment Alexander etwa 20 Mann und von der zweiten Ersatzmaschinengewehrkompagnie in Reinickendorf einen Zug Maschinengewehre erlangt. Weiter hatte ihm das dritte Gardefeldartillerie-Regiment Mannschaften und Geschütze gestellt, und in später Nachtstunde hatte er von der Kommandantur ein Panzerauto, 10 Lastautos und ein Krankenautomobil, sowie als Rückendeckung gegen die Brauerei Bötzow und sonstige Entsatzversuche 600 Mann der von Eichhorn abgefallenen Sicherheitsmannschaften erhalten, die, schreibt er, noch unbewaffnet und, wie sich bald zeigen sollte, undiszipliniert waren. Als er nachts gegen 3 Uhr an der in nächster Nähe des Polizeipräsidiums gelegenen Kaserne des Alexanderregiments eintraf, sei auf der Anmarschstraße (der nordwestliche Teil der in den Alexanderplatz einmündenden Alexanderstraße) kein einziger Sicherheitsmann zu sehen gewesen. Nur deren Führer Dreger sei ihm aufgeregt entgegengekommen und habe gemeldet, daß die 600 Mann von den Spartakisten im Exerzierhause der Alexanderkaserne eingesperrt seien.

Schulze ist darauf mit seinen Leuten in den Kasernenhof eingedrungen, wo sie mit Schüssen empfangen wurden, diese aber aus allen Ecken des Hofes so scharf erwiderten, daß die Spartakisten das Feld räumten. Die 600 wurden befreit und aus den Beständen des Alexanderregiments bewaffnet.

Mittlerweile hatte indes die Beschießung des Präsidialgebäudes ihren Anfang genommen. Sie stieß auf so heftiges Gegenfeuer von dessen Insassen, heißt es in Schulze's Bericht, »daß schon beim ersten Schuß die ganze Besatzung eines Geschützes unter dem Hagel des Maschinengewehrfeuers fiel.« Aber die Feldartillerie erwies sich doch als überlegen. Als gegen 4 Uhr 30 Morgens die Bewaffnung der Sicherheitsmannschaften beendet war, ward Schulze angerufen, der Spartakist Braun, der Vertreter von Eichhorn, wünsche ihn zu sprechen. Er fragte nach dessen Begehr, und Braun, nach den Aussagen verschiedener seiner Leute ein Mann von verschlagenem Wesen, erklärte, er komme von der Regierung und habe die Erlaubnis erhalten, abzuziehen. Da er sich indes nicht schriftlich genügend ausweisen konnte, erhielt er zur Antwort, es müsse auf bedingungslose Übergabe bestanden bleiben. Er erbat sich nun 10 Minuten Bedenkzeit und eine weiße Flagge und ging dann ins Präsidialgebäude. Nach Ablauf der zehn Minuten kam ein Mann mit der weißen Fahne heraus, bog aber schnell in eine Nebenstraße ein und ward nicht mehr gesehen. Wer es war, konnte niemand aussagen. Braun ist später nach der Erstürmung des Gebäudes in einer der Nebenstraßen durch eine Patrouille gefangen genommen worden.

Über die Beschießung, die nun ihren Fortgang nahm, und die Einnahme des Präsidiums lassen wir dem Schulze'schen Bericht das Wort. Er lautet:

»Inzwischen hatte die Nebenabteilung unter Führung des Feldwebelleutnants Westphal sich von der Prenzlauerstraße her (durch die Alexanderstraße Ed. B.) dem Präsidium genähert. Als sie in diese einbog, erhielt sie starkes Feuer aus allen Häusern. Der Kraftwagenführer des ersten Autos, auf dem etwa 50 Mann und 10 Maschinengewehre standen, wurde durch eine Anzahl Maschinengewehrschüsse verwundet. Das Auto sauste führerlos in einen Torweg; die Besatzung flog kopfüber herunter, und alles lief zur Deckung in die Häuser. Bei diesem Zusammenstoß hatte die Abteilung schon einen Toten und mehrere Verwundete. Zur Sicherung in Richtung Alexanderplatz wurde nun eine Haubitzte abgeprotzt und das Panzerauto vorgeschickt. Westphahl trat nun wieder an und ließ die Leute zu beiden Seiten der Straße folgen. Die Geschütze wurden an fahrbare Autos angekoppelt und folgten dicht auf.

In der Wadzekstraße gab es wieder besonders starkes Feuer aus den Kellern. Nachdem dieser Widerstaud durch Handgranaten überwunden war, ging es unter lebhaftem Feuer aus allen Häusern bis zu dem festgesetzten Angriffspunkt vor, die Kleine Frankfurter-, Ecke Kaiserstraße. Gegen 5 Uhr 45 Minuten morgens begann hier die Beschießung. Das Feuer aus ungezählten Maschinengewehren vom Präsidium war in der engen Straße besonders gefährlich.

Die Wirkung der ersten Schüsse war eine enorme. Die Maschinengewehre flogen in hohem Bogen zur Seite; die Besatzung wurde zum Teil getötet, zum Teil flüchtete sie. Westphal ließ 50 Schuß schnell hintereinander gegen das Präsidium feuern, damit der Gegner garnicht wieder zur Besinnung kommen konnte. Da nun das Feuer schwieg, ging Westphal mit zwei Leuten vor. In der Straße sah es übel aus. Alle Fenster waren durch den Druck der Geschütze zertrümmert; alles, was nicht niet- und nagelfest war, war heruntergefallen.

Am Präsidium angekommen, kamen einige Spartakisten heraus, die Westphal fragte, ob sie zum Verhandeln bereit wären. Sie bejahten,

erklärten aber, daß sie keine Führer hatten, da alle geflohen seien. Westphal schlug vor, sie sollten sich aus ihrer Mitte einige Führer wählen, mit denen verhandelt werden könne; er wolle inzwischen die Übergabebedingungen von mir holen. Meine Bedingungen lauteten: »Sofortige Übergabe der roten Festung, Abgabe aller Waffen und Vorräte, Internierung der Gefangenen in der Alexanderkaserne und Aburteilung der Regierung über sie.«

Als sich die Leute im Präsidium noch über die Bedingungen stritten, wurden sie darauf aufmerksam gemacht, daß die Verhandlungen abgebrochen werden müßten, da eine erneute Beschießung erfolgen müsse. Das half. Bedingungslos wurde alles angenommen. Die Gefangenen wurden in Gruppenkolonne auf die Straße geführt und marschierten mit erhobenen Händen zur Alexanderkaserne ab. Der erste Trupp bestand aus etwa 120—150 Leuten. Einzelne Leute wurden noch nachher aus den umliegenden Häusern, Kellern usw. eingebracht.

Im Präsidium selbst herrschte nach dem Sturm ein heilloses Durcheinander. In dem Zwielicht des grauenden Morgens war nichts zu erkennen. Aus allen Ecken blitzten die Schüsse auf; wüstes Geschrei erfüllte den Lichthof. Erst durch meine mit ganzer Kraftanstrengung gebrüllte Aufforderung, das Schießen einzustellen und ruhig zu sein, trat etwas Ruhe ein. Meine zweite Warnung an die Spartakisten, daß jeder, der jetzt noch schießen würde, sofort an die Wand gestellt würde, half. Nun schickte ich starke Patrouillen die einzelnen Gänge des Präsidiums hinauf und befahl ihnen, alle Gefangenen nach einer bestimmten Stelle beim Ausgang zu bringen. Es wurden noch 2 oder 3 oder 4 Leute gefunden. Die übrigen hatten sich so versteckt, daß man ihrer nicht habhaft werden konnte. Nachdem ich den Hof der Alexanderkaserne betreten hatte, wurden immer noch von Leuten der Sicherheitswehr und Schutzleuten Gefangene eingebracht.«

Den Gefangenen erging es hier ähnlich wie den Gefangenen beim Sturm auf den Vorwärts. Die durch die Vorgänge beim Kampf in den Straßen bis aufs Äußerste erbitterten Soldaten und mehr noch Teile der ehemaligen Kameraden der bei Eichhorn verbliebenen Polizeimannschaften brannten darauf, an diesen für ihre Gefallenen Sühne zu nehmen. Wie auf dem Hof der Dragonerkaserne lagen auch auf dem Hof der Alexanderkaserne etliche Leichen, — der Zahl nach fünf — und nur dem energischen Dazwischentreten von Schulze war es geschuldet, daß nicht auch Braun, gegen den besondere Erbitterung herrschte, ein Opfer der Erregung der Masse geworden ist.

Auf wessen Rechnung die Erschießung der von Schulze auf dem Kasernenhof tot Aufgefundenen zu setzen ist, konnte nicht festgestellt werden. Nicht unmöglich ist es, daß sie schon in der Nacht dem bei der Befreiung der 600 Sicherheitspolizisten entwickelten Feuer zum Opfer gefallen waren. Der Hof war nach beendetem Sturm mit Soldaten der verschiedenen Gattungen wie auch Zivilisten angefüllt und der Schauplatz eines zu wirren Treibens, als daß eine geregelte Untersuchung angestellt werden konnte. Der Feldwebelleutnant Schulze, der den Transport der Gefangenen nach der Alexanderkaserne geleitet hat, sagte aus, daß von den Füsilieren Erschießungen von Gefangenen nicht verübt worden seien.

Gegen diese aber richtete sich die Wut der Spartakisten und der von diesen beeinflußten Arbeiter mit ganz besonderer Heftigkeit. Die ersteren verziehen es der Truppe nicht, daß sie zur Regierung gehalten hatte, und umstellten ihre Kasernen mit Posten, die jeden Soldaten bedrohten, der sich einzeln aus der Kaserne herauswagte. »Nur durch scharfe Bewachung und

regen Spitzelverkehr«, heißt es im Bericht des Kommandanten Schulze, »konnte ich die Kaserne halten.« Des Nachts arbeitete ununterbrochen ein Scheinwerfer, der die ganzen Häuserblocks ableuchtete. Trotzdem konnte nicht verhindert werden, daß sich in dem (an die Kaserne angrenzenden) Lazarettgarten Schützen festsetzten, die die ganze Nacht hindurch die Kaserne unter Feuer hielten.

Diese und ähnliche Schießereien im Zeitungsviertel waren jedoch nur Ausläufer des Aufstandes. Dieser selbst war mit dem Fall des Polizeipräsidiums gebrochen. Unschwer und ohne Blutvergießen gelang es, das letzte Gebäude, das die Spartakisten noch besetzt hielten, den Schlesischen Bahnhof, durch ein Überrumpelungsmanöver ihnen abzunehmen. Am 13. Januar erklärten die revolutionären Obleute den von ihnen verkündeten Generalstreik für aufgehoben. Von den bekannteren Führern des Aufstands war Georg Ledebour schon am 9. Januar in der Wohnung des früheren Redakteurs am Vorwärts Dr. Ernst Meyer gemeinsam mit letzterem vom Vizefeldwebel von Tyszka und dem Gefreiten Gürgen verhaftet worden, die mit einer Abteilung Mannschaften der Kommandantur ausgezogen waren, Karl Liebknecht zu verhaften, diesen aber nicht oder nicht mehr anfanden. Nach monatelanger Untersuchungshaft wurde er im Mai 1919 vom Schwurgericht Berlin von der gegen ihn erhobenen Anklage auf Hochverrat freigesprochen. Emil Eichhorn hielt sich einige Tage verborgen und entkam dann in einem Automobil nach Braunschweig.

## XIII.

# Die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Ein anderes Schicksal als ihren Aufstandsgenossen wurde Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zuteil. Sie konnten sich nicht entschließen zu fliehen, im Angesicht der gegen sie ergangenen Verhaftbefehle mieden sie jedoch gleichfalls ihre Wohnungen. Als aber in der Presse das Gerücht auftauchte, daß sie an die holländische Grenze geflohen seien, schrieb Karl Liebknecht am 15. Januar 1919 in der Roten Fahne in einem Artikel, der die spartakistische Bewegung als nicht zu besiegen hinstellt:

»O, gemach! Wir sind nicht geflohen, wir sind nicht geschlagen. Und wenn sie uns in Bande werfen — wir sind da und wir bleiben da! Und der Sieg wird unser sein. Denn Spartakus — das heißt Feuer und Geist, das heißt Seele und Herz, das heißt Wille und Tat der Revolution des Proletariats. Und Spartakus — das heißt alle Not und Glückssehnsucht, alle Kampfentschlossenheit des klassenbewußten Proletariats. Denn Spartakus — das heißt Sozialismus und Weltrevolution. Noch ist der Golgathaweg der deutschen Arbeiterklasse nicht beendet — aber der Tag der Erlösung naht.«

In der darauf folgenden Nacht weilten er und Rosa Luxemburg nicht mehr unter den Lebenden. Am Abend des 15. Januar waren zuerst er und etwas später Rosa Luxemburg im Vorort Wilmersdorf bei dem ihnen befreundeten Ehepaar Markussohn von Mannschaften der Wilmersdorfer Bürgerwehr verhaftet und dem im Edenhotel am Kurfürstendamm einlogierten Stab der Gardeschützen-Kavalleriedivision Abteilung Lüttwitz eingeliefert worden, wo man sie einem kurzen Verhör unterzog und sie dann unter militärischer Eskorte einzeln in das Untersuchungsgefängnis Moabit überführen zu lassen beschloß. Für jeden von Beiden ward jedoch der Transport zur Todesfahrt. Karl Liebknecht erhielt, als er Abends aus dem Hotel heraustrat und das bereit gehaltene Automobil besteigen wollte, vom Jäger Otto Runge, der vor dem Hotel Posten stand, mit dem Gewehrkolben zwei oder drei so wuchtige Schläge über den Kopf, daß er stark blutete und eine Weile fast die Kräfte verlor. Etliche Minuten später ward er veranlaßt, das Automobil, das den Weg durch den Tiergarten genommen und angeblich eine Panne erhalten hatte, vorübergehend zu verlassen, um eine kurze Strecke zu Fuß zu gehen, und soll nun versucht haben ins Dickicht zu entfliehen. Als er auf das Halt! der Militärs die Flucht nicht unterbrach, geht der offi-

zielle Bericht weiter, feuerten diese nach militärischem Brauch auf ihn, und dann sei er von deren Schüssen durchbohrt tot niedergefallen. Seine Leiche ward auf Befehl des die Eskorte führenden Kapitänleutnants Pflugk-Hartung in die Unfallstation am Zoologischen Garten gebracht und als die eines Unbekannten eingeliefert. Letzteres begründet Pflugk-Hartung später vor Gericht damit, er habe vermeiden wollen, daß »die Sache gleich bekannt und aufgebauscht werde.« Seiner vorgesetzten Behörde hat er jedoch den Vorfall sofort mit richtiger Benennung des Getöteten gemeldet. In gleicher Weise wie an Karl Liebknecht verging sich Runge an Rosa Luxemburg, als diese eine Viertelstunde nach Ersterem im Automobil nach dem Gefängnis transportiert werden sollte. Auf der Fahrt ward die nahezu Leblose durch einen Schuß, der wahrscheinlich den Oberleutnant Kurt Vogel zum Urheber hatte, getötet. Dieser ist jedenfalls dafür verantwortlich, daß die Leiche der Ermordeten nicht eingeliefert, sondern künstlich beschwert in der Nähe der Corneliusbrücke in den Landwehrkanal versteckt wurde, wo sie erst nach Monaten aufgefunden wurde.

Die Verhaftung und der Tod der zwei Häupter der Spartakusbewegung wurden im Laufe des 16. Januar allgemein bekannt und riefen naturgemäß große Erregung hervor. Ein am Abend des gleichen Tages bekannt gegebener amtlicher Bericht stellte die Sache so dar, daß die gegen sie geführten Schläge von Unbekannten aus der Mitte der das Hotel umlagernden und gegen sie Verwünschungen ausstoßenden Menge hergerührt hatten, daß der Schuß, der Rosa Luxemburg tötete, von einem Unbekannten auf sie abgegeben worden war, der, als das Automobil der Menschenmenge wegen langsamer fahren mußte, aus der Menge heraus auf das Trittbrett gesprungen sei, und daß die Leiche von einem Teil der Menge, die das Auto umgab, aus diesem unter dem Ruf »da ist die Rosa« herausgerissen und entführt worden sei.

Diese Umschreibungen des wahren Sachverhalts wurden indes bald als irreführend aufgedeckt. Die Regierung beschloß sofort, eine eingehende Untersuchung über die Umstände, unter denen der Tod der zwei Revolutionäre erfolgt war, zu veranstalten, und machte das in folgender Kundgebung bekannt:

> »Die Regierung hat über die Umstände, die zum gewaltsamen Tode Dr. Rosa Luxemburgs und Dr. Karl Liebknechts geführt haben, die strengste Untersuchung angeordnet. Die beiden Getöteten hatten sich zweifellos schwer am deutschen Volke vergangen, sie hatten jedoch ebenso zweifellos Anspruch auf Recht, das Schuldige bestraft, aber auch sie vor Unrecht schützt. Ein Akt der Lynchjustiz, wie er an Rosa Luxemburg begangen worden zu sein scheint, schändet das deutsche Volk, und jeder, auf welcher Seite er auch politisch stehen mag, wird ihn sittlich verdammen. Ist im Fall Luxemburg das Gesetz offenbar verletzt worden, so bedarf es auch im Fall Liebknecht noch der Aufklärung, ob hier nach gesetzlichen Vorschriften gehandelt worden ist. Sollten sie verletzt worden sein, so müßte auch hier in der schärfsten Weise eingegriffen werden.«

Der Zentralrat der deutschen und der Vollzugsrat der Berliner Arbeiterräte nahmen ihrerseits die Erforschung des Tatbestandes in die Hand, Verwandte und Freunde boten ihr Möglichstes auf, hinter die Wahrheit zu kommen, eine Reihe von Personen, die zur fraglichen Zeit im Hotel oder dessen

Umgebung geweilt hatten, meldeten sich freiwillig als Zeugen gegen bestimmte Angaben des amtlichen Berichts, und so erfuhr die Öffentlichkeit schon in den nächsten Tagen, daß das Eden-Hotel zu jener Zeit keineswegs von sonderlich viel Zivilpersonen umgeben gewesen war, daß das Auto, welches Rosa Luxemburg nach dem Untersuchungsgefängnis befördern sollte, zu keiner Zeit absichtlich oder unabsichtlich vom Publikum in seiner Fahrt aufgehalten wurde, sondern seinen Weg durch menschenleere Straßen genommen hatte und daß daher von einer gewaltsamen Entführung der Leiche durch Leute aus der Menge nicht geredet werden könne, daß aber es Militärs gewesen seien, welche Rufe des Inhalts ausgestoßen hätten, »man müsse die zwei Aufrührer ohne Weiteres erledigen.«

Spartakisten und Unabhängige richteten indes ihre Angriffe nicht nur gegen die Militärs. Als bekannt wurde, daß die mehrheitssozialistische Regierung die Untersuchung und voraussichtliche Strafverfolgung den zuständigen Militärinstanzen überwiesen hatte, ward auch sie der Gegenstand heftiger Angriffe, die sich bis zu der Verdächtigung steigerten, sie wolle keine gründliche Untersuchung, sondern fühle sich gewissermaßen mit der »Mörderbande« solidarisch. Davon war selbstverständlich nicht die Rede. Da die Angeschuldigten im Militärverhältnis standen, kam für sie das noch bestehende Gesetz in Betracht, nach dessen Vorschriften ihre Angelegenheit in der Tat von Militärbehörden zu untersuchen und einem Militärgericht zur strafrechtlichen Abhandlung zu überweisen war. Wenn die Regierung, beziehungsweise ihr juristisches Mitglied erklärte, durch den Rechtssatz gebunden zu sein, daß niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden dürfe, so war das formalrechtlich unwiderlegbar. Zudem hatte man in jenem Zeitpunkt noch nicht die Erfahrungen mit Militärgerichten in der Republik gemacht, die seitdem dem radikal gesinnten Teil der Bevölkerung jedes Vertrauen in deren politische Unparteilichkeit geraubt haben. Wenig sprach dagegen, die strafrechtliche Aburteilung des Falles dem Militärgericht zu belassen.

Das, worauf es vor allem ankam, war nicht die Höhe der Strafen, auf die erkannt werden würde, sondern die über jeden Zweifel hinaus sichere Feststellung aller für eine Beurteilung der Natur des Vorfalles wesentlichen Einzelheiten und die Ermittelung und vorläufige Festsetzung aller mutmaßlich Schuldigen und Mitschuldigen. Mit Bezug hierauf ward denn auch in der Arbeiterschaft von Angehörigen der verschiedensten Parteien die Forderung erhoben, daß man die Untersuchung einer Kommission übertrage, die entweder ausschließlich oder mindestens zum Teil aus Mitgliedern der sozialistischen Parteien zusammenzusetzen sei, und diesem Verlangen hätte nachgegeben werden können, ohne daß dem Recht ungebührliche Gewalt angetan wurde. Man war ja doch noch in der Revolution, und zwar in einer Revolution, von der ihre Vertreter wußten und wollten, daß sie in ihrem Verlaufe mit den militärischen Sondergerichten aufräumen werde, auch verkannte die Regierung die sachliche Berechtigung des Verlangens nicht. Sie konnte sich nur nicht dazu entschließen, den radikalen Schritt zu tun, sondern beschränkte sich darauf, die Hinzuziehung von je zwei Mitgliedern des Zentralrats und des Berliner Vollzugsrats zur Beteiligung an der Untersuchung zu erwirken, deren Leitung aber dem Gericht der Gardeschützen-Kavallerie-Division und der Oberleitung des Divisionskommandeurs von Hoffmann als dem militärischen Gerichtsherrn verblieb. Bald zeigte sich, welcher

Fehler damit gemacht war. Die Militärs ließen die Arbeitervertreter fühlen, daß sie sie nur als überflüssiges Beiwerk betrachteten. Der von Hoffmann zum Leiter der Untersuchung eingesetzte Kriegsgerichtsrat Jörns und er selbst lehnten eine Anzahl Anträge der Arbeiter ab, worauf die Mitglieder des Vollzugsrats Oskar Rusch und Paul Wegmann und das Mitglied des Zentralrats Hugo Struve am 16. Februar von der Teilnahme an der Untersuchung zurücktraten. Die Gründe sind im folgenden Stück aus der Einleitung einer Denkschrift über ihren Rücktritt zusammengefaßt:

»Wir forderten die Einsetzung einer mit den Rechten eines Untersuchungsrichters ausgestatteten Sonderkommission. Diese unsere sofort und wiederholt gestellte Forderung wurde abgelehnt.

Wir fordern ferner die Aburteilung der Mörder und ihrer Anstifter durch ein ordentliches Zivilgericht.

Wir lehnen es in aller Öffentlichkeit ab, weiter an den Untersuchungshandlungen teilzunehmen, weil

1. dieser unserer Forderung seitens der Regierung der deutschen Republik nicht zugestimmt wurde,

2. auf wiederholte mündliche und schriftliche Anträge die uns durch Zeugenaussagen bekannten Anstifter, Täter und Beihelfer nicht in Haft gesetzt werden,

3. es hierdurch einigen der Beschuldigten möglich war, flüchtig zu werden, und

4. eine Verdunkelungsgefahr vorliegt dadurch, daß es den sich noch in Freiheit Befindlichen möglich ist, sich untereinander zu verständigen.

Wir lehnen es vor dem Proletariat der Welt ab, teilzunehmen an einem Gerichtsverfahren, das es ermöglicht, die Spuren der Tat zu verwischen und die Mörder den Armen der Gerechtigkeit zu entziehen.«

Nun hatte schon der gewaltsame Tod der zwei revolutionären Führer bei einem erheblichen Teil der Arbeiter Berlins einen Umschwung der Stimmung zu Ungunsten der Regierung herbeigeführt, die Ablehnung der sozialistischen Sonderkommission ihn verschärft, und so fehlte nur noch diese Erklärung der drei Arbeitervertreter, um die Mißstimmung auf die Spitze zu treiben. Sie hat der Partei der Mehrheitssozialisten und damit auch der Republik, die in dieser Partei ihre eigentliche Stütze hat, damals sehr geschadet. Sie hat es gewissen Journalisten ermöglicht, dem sozialistischen Ausland diese Partei als die moralisch Mitschuldige an der Ermordung von Liebknecht und Rosa Luxemburg und als Begünstiger der Mörder hinzustellen. So hat sogar ein Romain Rolland im Frühjahr 1919 durch einen deutschen Literaten sich verleiten lassen, in einem langen, durch drei Nummern der Pariser Humanité laufenden Artikel gegen die sozialdemokratische Partei und Regierung diese Anschuldigung zu erheben. Tatsächlich ist sie aber im höchsten Grade ungerecht. Niemand wäre vielleicht eher in der Lage hierfür Zeugnis abzulegen, als der Schreiber dieses. Denn ich war durch einen Zufall am Vormittag des 16. Januar 1919 grade zu der Stunde in der Reichskanzlei, als die Meldung eintraf, daß Karl Liebknecht erschossen sei, und weiß daher, welche Bestürzung und selbst Erschütterung sie bei den anwesenden Regierungsmitgliedern hervorrief. Es ist nicht die Spur eines stichhaltigen Beweises dafür vorhanden, daß die Regierung oder irgend eines ihrer Mitglieder die Tötung auch nur mit einer Silbe angeregt oder die Mörder begünstigt haben. Der Fehler, als der die Überweisung der Untersuchung an die Militärbehörden sich herausstellte, lag auf der politischen und nicht auf der moralischen Seite. Aber als ein politischer Fehler hat

sie sich ohne jede Frage erwiesen. Es kann dahingestellt bleiben, ob der Kriegsgerichtsrat Jörns bei Leitung der Untersuchung absichtlich auf Vertuschung bestimmter Einzelheiten hingearbeitet hat, sein energisches Verhalten als Anklagevertreter bei der Gerichtsverhandlung leiht dieser Annahme wenig Spielraum. Richtig dagegen ist, daß er in Bezug auf Zeugenverhöre usw. Verschiedenes unterlassen hat, was zur Erhellung des Tatbestandes Wesentliches beigetragen hätte. Eine von aller militärischen Befangenheit freie sozialistische oder aus Sozialisten und Ziviljuristen zusammengesetzte Untersuchungskommission hätte unzweifelhaft mehr an das Licht gebracht, als von Jörns ermittelt wurde, und ihr Bericht hätte in breiten Volkskreisen das Vertrauen genossen, das dem seinen versagt blieb. Darauf aber kam es an.

Freilich, die große Mord-Verschwörung, von der Spartakisten und Spartakistengönner damals fabelten, hätte auch er schwerlich feststellen können, sie gehört eben in das Reich der Fabel. Nicht eine Verschwörung im juristischen Sinne dieses Wortes hat vorgelegen, wohl aber ein von der Stunde geborenes Kollektivverbrechen, an dem die Militärs vom Eden-Hotel in verschiedenem Grade beteiligt waren, einige als Anreger (mit Rufen wie: »Schlagt sie tot« und dergleichen), andere direkt als Anstifter, und wieder andere als Helfer und Täter. Die von den Arbeitervertretern erhobene Anklage, daß zwischen einem Teil der letzteren eine Art Verabredung stattgefunden habe, hat alle Wahrscheinlichkeit für sich und hätte daher auf das Sorgfältigste berücksichtigt werden müssen. Ob aber selbst die genaueste Prüfung zu einem für die Verurteilung ausreichenden Beweis geführt hätte, bleibt bei alledem zweifelhaft.

Bei allen Kollektivverbrechen ist die richtige Abmessung der Verantwortlichkeiten eine fast unlösbare Aufgabe. Was wir in dieser Hinsicht aus eignem Erlebnis von Schülerstreichen her wissen, wiederholt sich unter den ernsthaftesten Formen im späteren Leben. Daß an Rosa Luxemburg ein brutal feiger Mord verübt worden ist, bestreitet niemand. Ob aber als der Haupttäter der Soldat Runge zu betrachten ist, der auf den Kopf des körperlich ungewöhnlich schwächlichen Weibes ohne jede Provokation wiederholt so heftig mit dem Gewehrkolben losschlug, daß das Opfer sofort besinnungslos zusammenbrach, oder der Offizier, der der ohne ein Lebenszeichen Daliegenden eine Kugel durch den Kopf jagte, kann nachträglich niemand entscheiden. Schwieriger noch ist die Bemessung der Verantwortungen inbezug auf die Tötung Karl Liebknechts. Lag bei ihr überhaupt ein Mord im strafrechtlichen Sinne dieses Wortes vor? Nach Angabe der ihn exkortierenden Offiziere ist Liebknecht erschossen worden, als er einen Fluchtversuch machte, und auf einen fliehenden Gefangenen zu schießen, ist militärischer Brauch, den das Reglement sanktioniert. Aber jeder wird dem Kriegsgerichtsrat Jörns Recht geben, der ausführte, daß selbst, wenn Liebknecht einen Fluchtversuch machte, für die sechs schwerbewaffneten, kräftigen Männer, die ihn exkortierten, dies kein genügender Anlaß sein konnte, auf den durch die heftigen Kolbenschläge des Runge seiner vollen Kraft schon beraubten Mann ohne Weiteres zu schießen. Außerdem aber ist es zweifelhaft, ob überhaupt ein wirklicher Fluchtversuch vorlag. Nicht deshalb weil ein solcher, wie Anhänger Liebknechts erklärten, ein Akt der Feigheit gewesen wäre, dessen Liebknecht nicht fähig war. Flucht hätte in einem solchen Falle mit Mut oder Feigheit garnichts zu tun gehabt. Es

erhebt sich eine ganz andere Frage. Nach allem, was wir seit jenen Tagen an Erschießungen von Gegnern des Militärs bei deren militärischen Exkortierung erlebt haben, muß man vielmehr fragen, ob der angebliche Fluchtveruch nicht lediglich in einem Ausweichen vor Drangsalierungen körperlicher Natur bestanden hat. Darauf lassen insbesondere die ärztlichen Gutachten schließen, die bekunden, daß die tötlichen Schüsse auf Liebknecht aus der Nähe abgegeben sein mußten. War dies aber der Fall, dann lag keine bloß unüberlegte oder fahrlässige Tötung, sondern ein wohlüberlegter, wenn nicht raffinierter Mord vor. Jörns beantragte denn auch gegen die vier Offiziere, die geschossen hatten, die Todesstrafe wegen vollendeten Mordes. Das Gericht aber sprach sie frei, obwohl es in seinem Erkenntnis zugab, daß Indizien dafür vorlagen, »daß unter ihnen eine Verabredung zur Tötung Liebknechts stattgefunden hat.«

Wer, wie der Schreiber dieses, in der Todesstrafe keine Sühne für ein begangenes Verbrechen erblickt, den wird es gleichgültig lassen, daß die vier Offiziere von ihr verschont geblieben sind. Nicht gleichgültig aber ist es, daß das Verbrechen der gerichtlichen Brandmarkung entging. Sie zum Mindesten war man dem öffentlichen Gewissen schuldig.

Als einen strafmildernden Umstand hob das Gericht die große Erregung hervor, die sich der Bevölkerung im Allgemeinen unter der Wirkung der Spartakusunruhen bemächtigt hatte. Diese Erregung aber war keine bloße Fabel, sie war von außerordentlicher Tiefe und beschränkte sich keineswegs auf Kapitalisten und Spießbürger, die für ihren Besitz und den Profit zitterten. Sie herrschte auch in weiten Kreisen der arbeitenden Bevölkerung vor. Und sie richtete sich gegen keinen mit stärkerer Erbitterung als gegen Karl Liebknecht, in dem man den Hauptschuldigen an diesen, für die Entwicklung der Republik so verderblichen Aufruhrakten erblickte. Wie groß in der Tat die Schuld war, die Karl Liebknecht in jener Zeit auf sich geladen hat, wo es galt, die Grundlagen der deutschen Republik festzulegen, ward in den vorhergehenden Kapiteln gezeigt. Aber auch in bezug auf ihn gilt das Wort, daß der Tod keine Sühne ist. Der an ihm verübte mörderische Gewaltakt hat nur bewirkt, daß um seinen Namen sich ein Mythos wob, Dank dessen der tote Karl Liebknecht noch länger Unheil anzurichten vermochte, als es dem lebenden möglich gewesen wäre. Mit all seinen Gaben und seinem radikalen Wollen war Liebknecht selbst im Kreise der radikalen Führerschaft nicht sonderlich beliebt gewesen. Emil Barth spricht in seiner Schrift in dieser Hinsicht nur drastisch aus, was Ledebour in seiner Aussage vor Gericht vorsichtig angedeutet hat: daß man seine Mitwirkung im Rat der verantwortlichen Führer nicht sehr hoch einschätzte, daß man auch dort seinen Mangel an politischem Verantwortlichkeitsempfinden und jene ihn beherrschende geistige Ichsucht, die der Engländer zum Unterschied von dem auf das Materielle gerichteten Egoismus Egotismus nennt, wiederholt recht peinlich empfand. Hatten doch schon im Jahre 1915, als in der noch geeinigten sozialdemokratischen Fraktion über den Antrag abgestimmt wurde, ihm wegen fortgesetzter Nichtbeachtung von Fraktionsbeschlüssen die Rechte der Fraktionsmitgliedschaft zu entziehen, nur ein Teil der radikalen Fraktionsmitglieder sich ablehnend verhalten, ein andrer Teil aber die Erbitterung der Fraktionsmehrheit über sein Verhalten geteilt und für den Antrag gestimmt. Sein Eigenwille war aber, seit er aus dem Gefängnis herausgekommen war und überall, wo er den Massen sich zeigte, als Mär-

tyrer des Militarismus bejubelt wurde, noch sehr gewachsen, die Selbst-Überschätzung so gestiegen, daß Barth sich berechtigt hält, von seinem Größenwahn zu sprechen. In dieser Überschätzung seiner Macht über die Massen und phantastischen Ausmalung der Möglichkeiten eines neuen Umsturzes hatte er jenen Erlaß unterzeichnet, durch den er sich, Ledebour und Scholze als die Vertreter der revolutionären Regierung hinstellte, die an die Stelle der vom Zentralrat der Arbeiterräte eingesetzten Regierung hatte treten wollen, und die nun eine solche in den Gefilden der Ungläubigen geworden war. Das konnte nicht anders als vernichtend wirken und sein Ansehen in der Arbeiterschaft bedeutend herabdrücken. Daß er aus dem von ihm und Gleichgesinnten gewissenlos ins Werk gesetzten und geleiteten Unternehmen nicht lebend hervorging, hatte auf längere Zeit die entgegengesetzte Wirkung. Es verklärte ihn und das Unternehmen.

Menschlich muß man es bedauern, daß der zwar nicht sehr tief angelegte, aber doch mit vielen Gaben und seltener geistiger Spannkraft ausgestattete Träger eines berühmten Namens im besten Mannesalter einen so gewaltsamen Tod gefunden hat. Das geschichtliche Urteil über den Politiker Karl Liebknecht aber kann darum doch nur dahin lauten, daß sein letztes Unternehmen zugleich gezeigt hat, wie sehr ihm die Eigenschaften fehlten, ohne welche die Sozialdemokratie ihre große Mission als aufbauende Kraft nicht erfüllen kann.

Das andere Opfer des sich neu erhebenden Militarismus Rosa Luxemburg ist lediglich als die selbstlose Kämpferin für eine Idee gefallen, der sie ihr ganzes Ich gewidmet hatte. Auch sie hat in der Einschätzung der Tragkraft der Revolution geirrt, und ihre im Krieg erschienene glänzend abgefaßte Schrift über die Krise in der Sozialdemokratie zeigt auch, warum sie irren mußte. Vor ihrem geistigen Auge stand und in ihrer Seele lebte ein aus der Abstraktion abgeleitetes Proletariat, dem das wirkliche Proletariat nicht entsprach. War sie doch, wie ihre hinterlassenen Briefe zeigen, im letzten Grunde eine durchaus dichterische Natur. In ihr hat der Sozialismus eine hochbegabte Mitstreiterin verloren, die der Republik unschätzbare Dienste hätte leisten können, wenn nicht falsche Einschätzung der Möglichkeiten sie ins Lager der Illusionisten der Gewaltpolitik geführt hätte. Aber auch wer um dessentwillen im Parteikampf ihr Gegner war, wird das Andenken dieser rastlosen Kämpferin in Ehren halten.

## XIV.

# Die allgemeinen Zustände in den ersten Monaten der Republik.

### a) Die Rolle der Arbeiter- und Soldatenräte.

In der Biologie genannten Wissenschaft von den Lebewesen gilt es als eine auf Erfahrung und experimentelle Untersuchung gegründete Erkenntnis, daß Organismen um so weniger wandlungsfähig sind, zu je höherer Stufe der Entwicklung sie inbezug auf Spezialisierung, Ausbildung und funktionelles Zusammenwirken ihrer Organe gediehen sind. Mit einigen aus der Natur der Sache sich ergebenden Einschränkungen gilt das auch für die sozialen Organismen, die wir Staaten oder, bei früherer Entwicklungsstufe, Stämme und Völkerschaften nennen. Je weniger sie ausgebildet sind, um so leichter vertragen sie Maßnahmen, die auf ihre radikale Umbildung abzielen. Je vielseitiger aber ihre innere Gliederung, je ausgebildeter die Arbeitsteilung und das Zusammenarbeiten ihrer Organe bereits sind, um so größer die Gefahr schwerer Schädigung ihrer Lebensmöglichkeiten, wenn versucht wird, sie mit Anwendung von Gewaltmitteln in kurzer Zeit inbezug auf Form und Inhalt radikal umzubilden. Gleichviel ob sie sich darüber theoretisch Rechenschaft ablegten oder nicht, haben die maßgebenden Führer der Sozialdemokratie dies aus der Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse begriffen und ihre Praxis in der Revolution danach eingerichtet.

Sie konnten dies aber auch, ohne damit die Sache des Sozialismus zu schädigen. So rückständig Deutschland durch den Fortbestand halbfeudaler Einrichtungen und die Machtstellung des Militärs in wichtigen Fragen seines politischen Lebens auch war, so war es doch als Verwaltungsstaat auf einer Stufe der Entwicklung angelangt, bei der schon die einfache Demokratisierung der vorhandenen Einrichtungen einen großen Schritt zum Sozialismus hin bedeutete. In Ansätzen hatte sich das schon vor der Revolution angezeigt. Das Stück Demokratie, das in Reich, Staaten und Gemeinden zur Verwirklichung gelangt war, hatte sich unter dem Einfluß der in die Gesetzgebungs- und Verwaltungskörper eingedrungenen Arbeitervertreter als ein wirkungsvoller Hebel zur Förderung von Gesetzen und Maßnahmen erwiesen, die auf der Linie des Sozialismus liegen, so daß selbst das kaiserliche Deutschland auf diesen Gebieten mit politisch vorgeschritteneren Ländern sich messen konnte. Gleichzeitig aber hatte es im Verein mit den freien Selbstverwaltungsorganen der Arbeiter einer stetig

wachsenden Zahl von Vertretern der Arbeitersache ein Verständnis für das Wesen und die Aufgaben der Gesetzgebung und Verwaltung in der moderneren Gesellschaft verschafft, das sie ohne es im gleichen Maße nie erlangt hätten. Man durfte daher und darf erwarten, daß die Demokratisierung in sich schon die Sozialisierung als keimende Frucht zur Entfaltung bringen werde.

Aber das Austragen jeder Frucht erfordert Zeit, und in der Revolution rechnet die Mehrheit der Menschen nicht mit Jahren. Die Massen wollen unmittelbare materielle Ergebnisse sehen. Für die Erzielung solcher schienen ganz besonders geeignet die Arbeiter- und Soldatenräte, die an verschiedenen Orten schon vor Ausbruch der Revolution erstanden waren und, nachdem er erfolgt war, sich so schnell ausbreiteten, daß schließlich keine Ortschaft von einiger Bedeutung ohne ihren Arbeiter- und Soldatenrat war. Wir haben gesehen, wie der Spartakusbund die Umwandlung Deutschlands in eine Räterepublik nach russischem Muster sich zum Ziel gesetzt hatte, und wenn er trotz eifriger und mit großen Mitteln betriebener Agitation es nicht dazu brachte, die Mehrheit zu gewinnen, so hatte diese Agitation immerhin die eine Wirkung, daß in einer großen Zahl von Arbeiterräten, wie wir sie der Kürze halber nennen wollen, da an den meisten Orten die Soldatenvertreter keine nennenswerte Rolle spielten, sehr übertriebene Vorstellungen über ihre Aufgaben und Möglichkeiten sich einnisteten.

Wo dies der Fall war, wo die Arbeiterräte mit dem Anspruch auftraten, die oberste politische Macht am Ort auszuüben, mußten sie naturgemäß bald in mehr oder minder heftige Reibungen mit den amtierenden Ortsbehörden geraten. Da nun in den erregten Tagen der Revolution nicht immer die sachkundigsten Elemente in die Räte gewählt worden waren, sondern der mit Geschick zur Schau getragene gute Wille oft bei der Wahl den Erfolg erzielt hatte, hallte die Luft bald von Klagen wider über das anmaßende Auftreten und die Finanzen verwüstende Gebahren unsachverständiger Arbeiterräte Während das Bürgertum die Verfügungen des Rats der Volksbeauftragten längere Zeit ohne nennenwerte Proteste über sich ergehen ließ, leistete es um so mehr in Weherufen über die örtlichen Organe der Revolution, als welche wir die Arbeiter- und Soldatenräte zu betrachten haben.

Nicht in allen Fällen mit Unrecht. Es sind viele Mißgriffe begangen worden, teils aus Mangel an Sachkenntnis, beziehungsweise Erfahrung, teils aus Überschätzung der unmittelbaren Rückwirkungen von Verschiebungen der politischen Machtverhältnisse auf das Wirtschaftsleben. Leute, die von den Verwaltungsgeschäften blutwenig verstanden, hielten sich für befugt, den geschulten Vertretern und Beamten der Selbstverwaltung in das Technische ihrer Verwaltungsarbeiten hineinzureden und Maßnahmen anzuordnen, deren Durchführung die größte Verwirrung in den Finanzen der Gemeinden anzurichten drohte. Eine Reihe von Arbeiterräten bewilligten ihren Mitgliedern Tagegelder, welche das Einkommen gutbezahlter qualifizierter Arbeiter wesentlich überschritten, ohne dafür nennenswerte kommunalpolitische oder wirtschaftspolitische Arbeit zu leisten. Sie hielten endlose Sitzungen ab, in denen nur geredet wurde, und wurden so zu Urhebern zweckloser Beunruhigung der Geister. Wieder andere ließen sich bei ihnen obliegenden Aufgaben, wie die Sicherstellung von Heeresgut und dergleichen, arge Vernachlässigungen zuschulden kommen. Kurz, es fehlte nicht an Anlaß zu

berechtigten Beschwerden. Diese sind aber maßlos übertrieben und in völlig unberechtigtem Grade verallgemeinert worden. Man sprach von Vergeudung von Millionen, wo es sich höchstens um etliche hunderttausend Mark gehandelt hat, und verschwieg dabei den hohen, auf viele Millionen sich belaufenden Betrag der Werte, die von Arbeiterräten oder durch deren Einfluß für die Allgemeinheit gerettet worden sind. Im Ganzen haben die Arbeiterräte erheblich mehr Nutzen gestiftet, als sie Kosten verursacht haben. Sie haben in den ersten Wochen der Revolution, als die Wogen der allgemeinen Erregung hoch gingen und Deutschland von Verfall in Anarchie bedroht schien, schon durch ihr Dasein allein auf die Massen beruhigend eingewirkt und in ihrer Mehrheit auch positiv sich als Gegenkraft gegen alle Agitationen bewährt, die darauf abzielten, die Massen zu Ausschreitungen anzureizen. Sie haben manchen verzopften Gemeindeverwaltungen Maßnahmen zugunsten der ärmeren Volksklassen abgetrotzt, die durchaus am Platze waren. An den meisten Orten standen sie unter dem Einfluß von Leuten, die in jahrelanger Tätigkeit an hervorragender Stelle in der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung, als Abgeordnete, als Arbeitersekretäre oder als Ortsleiter von Gewerkschaften genügende Einsicht in die Zusammenhänge des sozialen Lebens und die Notwendigkeiten der Volkswirtschaft gewonnen hatten, um gegen die Verführung durch tönende Schlagworte geschützt zu sein. Wie sich auf dem Rätekongreß von Mitte Dezember 1918 gezeigt hat, überwog bei ihnen der Sinn für die Durchführung sozialistischer Reformen durch das Mittel wirtschaftlicher Organisation der Arbeiter und Angestellten und organisch schaffender Gesetzgebung. Lag die Einlenkung der Revolution in solche Bahnen, sobald das uneingeschränkte demokratische Wahlrecht und die volle Selbstregierung der Nation gesichert waren, im wohlverstandenen Interesse der Arbeiterklasse, so bot sie auch den bürgerlichen Klassen Deutschlands den Vorteil einer solchen Neugestaltung der Dinge, die mit dem erreichten Höhestand seiner sozialen Entwicklung verträglich war und willkürhafte Störungen des Wirtschaftslebens ausschloß. —

Im allgemeinen waren die Arbeiter- wie auch die Soldatenräte Deutschlands vom Geist seiner Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung beraten. Sehr schön bringen das, soweit die Soldatenräte in Betracht kommen, zwei Kundgebungen des Vollzugsausschusses des Soldatenrats bei der obersten Heeresleitung zum Ausdruck, die dieser unter dem 25. November 1918 im Anschluß an eine in Ems abgehaltene Konferenz veröffentlichte. Die erste war an die Soldatenräte des Feldheeres gerichtet und ruft diesen unter Hinweis auf die Bestrebungen des neuerstandenen Polen, reindeutsche Gebiete unter polnische Herrschaft zu bringen, zu:

> »Kameraden! Mögen solche Absichten lauten, wie sie wollen, uns warnt diese Erscheinung vor Zwietracht und Auflösung. Einig und geschlossen müssen wir uns um unsere vom Vertrauen des werktätigen Volkes getragene Reichsregierung scharen, nur dann wird diese das Maß an Einfluß erlangen, um einen Völkerfrieden aufzubauen, der das deutsche Volk schützt vor nationaler Zerreißung und ihm das Recht auf Selbstbestimmung sichert.«

Ein längerer, an die »Arbeiter- und Soldatenräte in der Heimat« gerichteter Aufruf warnt davor, die heimkehrenden Truppen »durch nicht böse

gemeinte, aber immerhin als kränkend empfundene Maßnahmen im Sicherheitsdienst zu behelligen.« Man möge versprengten Kameraden die Waffen und Munition abnehmen, geschlossenen Truppenkörpern sie aber belassen. Alle hieran etwa geknüpften Befürchtungen entbehrten jeglicher Berechtigung. Denn, heißt es weiter,

»Wir wissen aus Verhandlungen mit den Vertretern von Soldatenräten des Feldheeres, daß die Fronttruppen uneingeschränkt auf dem Boden der aus unsrer staatlichen Umwälzung hervorgegangenen Regierung Ebert-Haase stehen. Mit den Arbeitsbrüdern in der Heimat will auch das Feldheer die Demokratisierung und die Sozialisierung unseres Landes. Deshalb erhebt es aber auf das schärfste Einspruch gegen alle Bestrebungen, die dahin führen, das Zustandekommen der von der jetzigen Regierung geplanten Nationalversammlung zu hintertreiben. Die Feldtruppen wollen über den weiteren Ausbau des Reiches mitentscheiden! Das Feldheer will den Frieden und den geordneten Aufbau des neuen Reiches und lehnt den Gedanken ab, den Sieg über die bisherigen Diktatoren zur Erreichung einer neuen Diktatur zu mißbrauchen, weil diese den ersehnten Frieden vereiteln und das deutsche Volk dem Hungertod preisgeben könnte.

Kameraden und Arbeiter! Aus tiefstem Herzen dankt euch das Feldheer für euere befreienden Taten in der Heimat. Ihr habt die langerstrebte Verjüngung Deutschlands durchgeführt und den heimkehrenden Brüdern die Vorbedingungen für ein glücklicheres Dasein geschaffen. Wo aber der Versuch gemacht werden sollte, unter Ausschaltung des Feldheeres und aller von dem arbeitenden Volke stets verlangten Demokratie über den endgültigen Ausbau des Vaterlandes zu beschließen, bitten wir, jenem Bestreben euch mit allen Mitteln zu widersetzen.«

Die große Mehrheit der Frontsoldaten haben in der Tat in dieser Zeit sich als entschiedene Gegner jeder auf den Sturz der republikanischen Regierung abzielenden Agitation bewährt. Indes nur wenige waren dazu zu haben, nach Auflösung ihres Truppenteils der Republik als Freiwillige zu dienen. Die übergroße Mehrheit trieb es zur Häuslichkeit und ihrem zivilen Beruf zurück. Wie es mit den Heimattruppen stand, haben wir in den vorhergebrachten Kapiteln gesehen.

Daß gerade der Soldatenrat bei der obersten Heeresleitung es war, der das vorstehende rückhaltlose Bekenntnis zur demokratischen Republik und zum Sozialismus ablegte, zeigt, welche weite Kreise die Begeisterung über die Erhebung vom 9. November gezogen hatte. Denn die Mannschaft bestand ja nur zum Teil aus Arbeitern und diesen nahe stehenden Angestellten. Ein großer Teil gehörte andern Volksklassen an.

### b) Die Leistungen der Republik für die Arbeiter.

Dem Bürgertum in seinen verschiedenen Schichten und den sonstigen Klassen des Besitzes genügte es für den Augenblick, daß die Republik mit der staatlichen Ordnung einen Rechtszustand aufrecht erhielt, der das Eigentum gegen willkürhafte Eingriffe sicherstellte und dadurch Handel und Wandel in Gang hielt. Sie waren sich dessen bewußt, daß sie der Republik nicht mehr als das zumuten durften, daß keine monarchistische Regierung ihnen unter den gegebenen Verhältnissen mehr hätte gewähren können. Sie hatten alle Ursache, bis auf weiteres zufrieden zu sein. Wie aber stand es in dieser Hinsicht mit den Arbeitern? Was hatte die Republik ihnen gebracht?

So richtig es ist, daß es auch für die Arbeiter ein Vorteil war, wenn Handel und Wandel keine Unterbrechung erlitten, sondern im Gegenteil sich wieder stärker entfalten konnten, so wenig war zu erwarten, daß sie sich mit diesem Ergebnis der vollzogenen politischen Umwälzung zufrieden geben würden. Auch hätten sie es nicht verstanden, wenn man sie für den Augenblick unter Berufung auf Lassalle darauf hätte verweisen wollen, daß im vorgeschrittenen Industriestaat die Verwirklichung der Demokratie mit Notwendigkeit soviel Sozialismus nach sich ziehen werde, als die gegebene Wirtschaftsentwicklung überhaupt möglich mache. Sie forderten und hatten das Recht zu fordern, daß damit nun sofort der Anfang gemacht werde.

Der erste Schritt in dieser Richtung ließ denn auch nicht auf sich warten. Es sind die im Aufruf des Rats der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 (vgl. S. 49) unter Punkt 7 bis 9 als sofort mit Gesetzeskraft verfügte und ebendaselbst als bevorstehend aufgezählten sozialpolitischen Maßnahmen: Aufhebung der Zwangsbestimmungen des Hilfsdienstgesetzes, der Gesindeordnung, der Ausnahmebestimmungen gegen die Landarbeiter, Wiederherstellung der im Kriege außer Kraft gesetzten Arbeiterschutzbestimmungen, Einführung der gesetzlichen Beschränkung des Arbeitstages auf acht Stunden, der Erwerbslosenunterstützung aus öffentlichen Mitteln, Ausdehnung des Umfangs der Krankenversicherung und ähnliches mehr — Maßnahmen, von denen jede einzelne die Kapitalnatur der Wirtschaftsordnung grundsätzlich unberührt ließ, die aber zusammen die Herrschaft des Kapitals über die Arbeiter erheblich einengten, die soziale Position der Arbeiter gegenüber dem Besitz wesentlich erhöhten. Namentlich hat sich die Verordnung, welche die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter aufhob, das heißt, diesen das Koalitionsrecht gab, bald als sozialpolitisch sehr wirksam erwiesen. Als eine grundsätzlich tief in das Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung einschneidende Maßnahme mußte sich in der Folge auch die Verordnung über die Unterstützung der Erwerbslosen aus öffentlichen Mitteln herausstellen. Zunächst aber konnten diese und ihnen bald noch folgende ähnliche Maßnahmen an der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter wenig ändern, solange nicht das Wirtschaftsleben selbst wieder in einigermaßen geregelten Gang gebracht, der Krieg auch volkswirtschaftlich liquidiert war. Diese dringende erste Aufgabe verbot jedes unüberlegte Eingreifen in die Grundlagen der volkswirtschaftlichen Unternehmungs- und Verkehrsverhältnisse. Die Maßnahmen, die unter den Begriff der Sozialisierung im engeren Sinne des Wortes fallen, mußten sorgfältig überdacht und sorgfältig ausgearbeitet werden, sollten sie zweckentsprechend wirken.

In dieser Erkenntnis hatte der Rat der Volksbeauftragten schon im November 1918 eine Kommission von volkswirtschaftlich gebildeten Sozialisten und sozialistich gesinnten Lehrern der Volkswirtschaft — die Professoren Karl Ballod, Emil Lederer, Th. Vogelstein und Robert Willbrandt, sowie die Mitglieder der Sozialdemokratie Heinrich Cunow, Rudolf Hilferding, Otto Hue, Karl Kautsky und Robert Schmidt — mit der Aufgabe betraut, die Frage der Sozialisierung zu untersuchen und möglichst bald einen Bericht über zunächst vorzunehmende Maßnahmen zu erstatten. Diese Kommission, die zu ihrem Vorsitzenden Karl Kautsky wählte, veröffentlichte unterm 10. Dezember 1918 einen vorläufigen Bericht, der als ein Programm ihrer Arbeiten zu betrachten ist. Die Einleitungssätze dieses Berichtes lauten:

»Die Kommission ist sich bewußt, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nur in einem länger währenden organischen Aufbau erfolgen kann. Erste Voraussetzung aller wirtschaftlichen Reorganisation bildet die Wiederbelebung der Produktion. Vor allem erfordert die wirtschaftliche Lage Deutschlands gebieterisch die Wiederaufnahme der Exportindustrie und des auswärtigen Handels.«

»Die Kommision ist der Ansicht, daß für diese Wirtschaftszweige die bisherige Organisation gegenwärtig noch beibehalten werden muß. Ebenso erfordert die Ingangsetzung der Industrie die Aufrechterhaltung und Erweitrung des Zirkulationskredits und damit die ungestörte Funktion der Kreditbanken.«

»Im Interesse unserer Lebensmittelversorgung wird auch nicht vorgeschlagen werden, in die bisherigen Besitz- und Betriebsverhältnisse der bäuerlichen Bevölkerung einzugreifen. Hier soll durch der Landwirtschaft angepaßte Maßnahmen und durch Unterstützung der Genossenschaften die Produktivität gehoben und die Intensität gesteigert werden.«

Damit war den Arbeitern angezeigt, daß und warum die unmittelbar bevorstehenden Maßnahmen der Republik keine organisatorische Änderung der Betriebsformen bringen und das Eigentum an den Unternehmungen grundsätzlich unangetastet lassen würden. Bei dem großen Ansehen, welches die sozialistischen Mitunterzeichner des Berichts in der sozialistischen Arbeiterschaft genossen, wurden Einwendungen gegen diese Darlegungen aus ihren Reihen nicht erhoben, zumal der Bericht fortfuhr:

»Dagegen ist die Kommission der Ansicht, daß jene Gebiete der Volkswirtschaft, in denen sich kapitalistisch-monopolistische Herrschaftsverhältnisse herausgebildet haben, für die Sozialisierung in erster Linie in Betracht kommen. Insbesondere muß der Gesamtheit die Verfügung über die wichtigsten Rohstoffe, wie Kohle nnd Eisen, zustehen. Es soll geprüft werden, welche andern Zweige der Produktion und der Kraftgewinnung infolge der erweiterten Konzentration geeignet sind, in Gemeinschaft übergeführt zu werden, welche Wirtschaftszweige sonst ihrer Natur nach, wie z. B. das Versicherungswesen und die Hypothekenbanken, für die Sozialisierung in Betracht kommen.«

Es wird dann ausgeführt, daß der Erfolg der Sozialisierung von der Erhöhung der Produktivität abhänge, die »durch beste Organisierung der Betriebe und Ersparung aller unnützen Zirkulationskosten unter Leitung bewährter Techniker und Kaufleute erzielt werden müsse, dargelegt, daß die Formen, die Mittel und die Organe der Sozialisierung je nach der Natur der in Frage kommenden Wirtschaftszweige zu bestimmen seien, und schließlich für zweckmäßig erklärt, bei Übernahme der Betriebe die bisherigen Besitzer durch Ablösungsrenten zu entschädigen. »Es unterliegt dann der politischen Entscheidung,« heißt es am Schluß, »in welchem Umfange, vor allem auf dem Wege der Vermögensabgabe und der Besitzbesteuerung, die allgemeine Heranziehung der gesamten besitzenden Klassen erfolgt.«

Als ein Ganzes betrachtet, war der Bericht sehr geeignet, der Geschäftswelt jenes Vertrauen in den geordneten Gang des Geschäftslebens einzuflößen, dessen sie bedarf, um sich zur Verausgabung größerer Mittel für Neuanlagen und Erneuerungen sowie zum Eingehen in weitausgreifende Verträge zu entschließen, Dinge, an denen naturgemäß auch die Arbeiterklasse interessiert ist. Eines jedoch hätte damals auch darüber hinaus schon geschehen können. Der Eindruck der Erhebung der Arbeiterklasse auf die bürgerlichen Klassen war noch zu frisch, als daß eine Verordnung, welche

das Eigentum der Allgemeinheit an den Bodenschätzen unter Zuspruch mäßiger Abfindungen an die Inhaber vorhandener Privatrechte sicherstellte, auf nennenswerten Einspruch gestoßen wäre. Der Gedanke, durch eine solche Verordnung mit Gesetzeskraft das spätere Werk der Sozialisierung der Kohlen- usw. Gewinnung zu erleichtern, ist auch bei einer gemeinsamen Zusammenkunft von Mitgliedern der Sozialisierungskommission mit dem Rat der Volksbeauftragten zur Sprache gebracht worden. Er drang jedoch nicht durch, weil die Mehrheit einen so starken Eingriff in das Privatrecht der Nationalversammlung vorenthalten wollte, von der man hoffte und in jenem Zeitpunkt auch noch hoffen durfte, daß sie eine sozialistische Mehrheit aufweisen werde.

Aus dem gleichen Grunde war auch die große Mehrheit der Arbeiter damit einverstanden, das Werk der Sozialisierungsgesetzgebung der Nationalversammlung zu überlassen. Die unter dem Namen Arbeitergemeinschaften zum Teil schon in den letzten Kriegsjahren von den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und den Verbänden der Unternehmer eingegangenen Verbindungen, die den Arbeitern ein quasi automatisches Steigen ihrer Löhne bei Erhöhung ihrer Lebenskosten zusicherten, verallgemeinerten und befestigten sich, und wenn sie vom weiteren volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus nicht ohne ihre Kehrseiten waren, da sie leicht dazu führen konnten, bestimmte Kategorien von Arbeitern zu Verbündeten der Unternehmer gegen die Verbraucher zu machen, so waren sie doch unter den gegebenen Verhältnissen ein Mittel, den Übergang von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft von ernsteren Reibungen freizuhalten, und wurden um dieser Eigenschaft willen von der Regierung der Republik und insbesondere dem Demobilmachungsamt begünstigt.

Im übrigen blieb der Rat der Volksbeauftragten darauf bedacht, die angekündigte Gesetzgebung zum Schutze der Arbeiter zunächst auf dem Verordnungswege zur Tatsache zu machen.

Schon am 13. November 1918 erschien eine Verordnung, welche die Grundsätze der Erwerbslosenfürsorge festlegte. Diese fiel danach den Gemeinden mit der Verpflichtung zu, die Auszahlung und Kontrolle der Unterstützung unter bestimmten Voraussetzungen den Verbänden der Arbeiter zu übertragen. Die Verordnung wurde am 24. Dezember des gleichen Jahres durch einen Erlaß erweitert, der die Gemeinden verpflichtete, die Erwerbslosen bei den Krankenkassen weiter zu versichern, andernfalls sie ihnen die gleiche oder eine gleichwertige Krankenhilfe zu gewähren hatten. Dazu wurde am gleichen Tage verfügt, daß bei vorübergehender Einschränkung oder Einstellung des Betriebs die Arbeiter gleichfalls zu entschädigen seien. Eine Verordnung vom 23. November 1918 trug Fürsorge für die sinngemäße Durchführung des Achtstundentages in Bäckereien und Konditoreien. Eine Verordnung vom 5. Dezember 1918 sicherte den entlassenen Mannschaften bis auf Weiteres Fortdauer der Unterstützungen zu. Am 7. Dezember 1918 sicherte eine Verordnung den Arbeitern in der Berliner Metallindustrie das Recht auf Sondervergütungen bei Einschränkung der Arbeitszeit zu, und am 9. Dez. 1918 ward eine Verordnung erlassen, welche für den Ausbau und die demokratische Umgestaltung der öffentlichen Arbeitsnachweise Sorge trug. Sie ward ergänzt durch zwei bedeutungsvolle Verordnungen, von denen die eine — Verordnung vom 23. Dezember 1918 — ein gesetzliches Tarifrecht schuf, das es ermöglichte, zwischen den Unternehmer- und den Ar-

beiterverbänden vereinbarte Tarife für allgemeinverbindlich, und Einzelabmachungen, die niedrigere als die tariflichen Löhne bestimmten, für nichtig zu erklären (die »Unabdingbarkeit der Tarife«), Schlichtungsausschüsse schuf, bei deren Bildung die Verbände ein Wort dreinzureden hatten, das Schlichtungsverfahren regelte und das Reichsarbeitsministerium zur zentralen Einigungsbehörde einsetzte, die zweite — Verordnung vom 4. Januar 1919 — die Willkür der Unternehmer bei Einstellung und Entlassung von Arbeitern weitgehenden Beschränkungen unterwarf, die später (Verordnung vom 24. Januar 1919) auch auf die Einstellung und Entlassung von Angestellten ausgedehnt wurden.

Alle diese und eine Reihe aus dem gleichen Geist geborener Verordnungen über die Erweiterung der Arbeiterversicherung mochten, einzeln für sich betrachtet, nicht sonderlich revolutionär erscheinen. In ihrem Zusammenhange aber und angesichts der Tatsache, daß sie nicht mehr zu sein beanspruchten, als erste Schritte auf der Bahn der Schaffung eines sozialistischen Arbeiterrechtes, bedeuteten sie die Einleitung einer Revolutionierung des Arbeitsverhältnisses, die soweit ging, wie es die schwierige Wirtschaftslage Deutschlands überhaupt nur gestattete. Es war natürlich ein leichtes, in jedem Einzelfall Forderungen zu formulieren, die über das in den Verordnungen Niedergelegte hinausgingen. Der Spartakusbund unter Führung von Karl Liebknecht und in Deutschland agitierende Bolschewisten (Leviné in Essen und andere) ließen es sich denn auch nicht entgehen, der Verordnung über die Begrenzung des Arbeitstages auf höchstens 8 Stunden die Forderung des 6stündigen Arbeitstages entgegenzustellen und im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier, sowie in den Braunkohlen-Revieren Mitteldeutschlands eine Agitation einzuleiten, die zunächst darauf ausging, einen großen Streik für die Sechsstundenschicht zustande zu bringen, deren eigentlicher Zweck aber die Gewinnung der Bergarbeietr für die bolschewistische Gewaltpolitik war. Natürlich konnten sie sich die Tatsache nicht verhehlen, daß die Wirtschaftslage Deutschlands es geradezu unmöglich machte, eine so starke Verminderung der Produktion und Verteuerung der Produkte der Kohlenindustrie zu ertragen, wie diese Verkürzung der Schichtzeit sie mindestens für die nächsten Jahre bedeutet hätte. Deutschland war mehr als je darauf angewiesen, Industrieprodukte auszuführen, um Nahrungsmittel einführen zu können. Die Führer der Spartakusrichtung kümmerte das aber nicht. Karl Liebknecht war — es ist kein anderer Ausdruck dafür möglich — skrupellos genug, in Volksversammlungen den ihm lauschenden jungen Leuten zu erzählen, von Ernährungsschwierigkeiten für Deutschland könne keine Rede sein; wenn dieses sich als Räterepublik aufmache und die Weltrevolution herbeiführen helfe, würden ihm Nahrungsmittel von allen Seiten zuströmen. Mittels solcher gröblichen Vormalereien gelang es auch, auf die zurückgebliebenen Elemente und die halbreife Jugend der Arbeiterwelt Eindruck zu machen und in den Kohlenrevieren unter dem Ruf »Kampf für die Sechsstundenschicht« tumultuöse Demonstrationen zu erzielen, die von Liebknecht in seinen letzten Artikeln als Zeichen des nahenden Sieges ausgelegt wurden. Das waren sie nicht, im Ruhrrevier ließ sich, als es einige Monate später zur Entscheidung kam, die Masse der Bergarbeiter nicht einfangen, sondern lehnte, dem Rat ihrer Vertrauensmänner folgend, die Beteiligung am Streik ab. Das einzige, was erreicht wurde, waren blutige Zusammenstöße betörter Haufen mit den Organen der Staatsgewalt, welche die

Gruben vor Versuchen zerstörerischer Eingriffe zu schützen hatten. Und das Ruhrrevier gab nur auf begrenztem Gebiet das Bild wieder, was die Stellung der Gesamtarbeiterschaft Deutschlands zur Republik darbot. Minderheiten ließen sich zur feindseligen Oppositionsstellung hinreißen, die übergroße Mehrheit der Arbeiter jedoch begriff, daß die demokratische Republik *ihre* Republik war und gab das sehr bald unzweideutig zu erkennen.

### c) Schwierigkeiten der Auslandspolitik der Republik.

Die Meldungen vom Sturz des Kaisertums und der Ausrufung der Republik für das Deutsche Reich und in dessen Einzelstaaten wurden im Ausland zunächst fast ohne Ausnahme günstig aufgenommen. Selbst in denjenigen Ländern, die mit Deutschland in einem Bündnisverhältnis gestanden hatten, wie bei Neutralen, die sich zu ihm stärker hingezogen fühlten als zu maßgebenden Staaten im Lager der Entente, war das kaiserliche Regime unbeliebt gewesen, sein Träger Wilhelm II. genoß auch dort weitgehendstes Mißtrauen. Aber wenn die Organe der Regierungen der Ententeländer nicht zauderten, ihrer Befriedigung über die in Deutschland vollzogene politische Umwälzung offen Ausdruck zu geben, so unterließen sie doch nicht, dabei zugleich allerhand Vorbehalte zu machen. In verschiedenen Tonarten wurde erklärt, man müsse, ehe man ein endgültiges Urteil fälle, abwarten, wie sich das neue Deutschland ausmachen und benehmen werde, ob der Regierungswechsel nur mehr auf eine Änderung der Form begrenzt bleiben werde, oder ob wirklich mit allen Einrichtungen des alten Systems und allen kompromittierten Personen gründlich Kehraus werde gemacht werden.

Vernünftig ausgelegt, konnte die Fragestellung als berechtigt anerkannt werden. Wie sie aber alsbald von tonangebenden Blättern in den zwei maßgebenden Ländern der Entente ausgedeutet wurde, stellte sie die Republik vor eine unlösbare Aufgabe. Wo war der Maßstab für die Bestimmung der kompromittierten Persönlichkeiten? Von solchen Blättern erst garnicht zu reden, die, wie die schutzzöllnerische Londoner Morningpost, das ganze deutsche Volk insgesamt für am Krieg und den Kriegsmissetaten schuldig erklärten, gehörten für Blätter vom Einfluß der Pariser Temps sogar die politischen Führer der Partei der Mehrheitssozialisten zu den politisch Kompromittierten, waren sie nur »die Sozialisten des Kaisers« gewesen. Nach diesem Blatt hatte im August 1914 der Reichstag, den die Regierung Wilhelm II. doch erst einberufen hatte, als der Krieg schon da war, schlechthin für den Krieg gestimmt. Logischerweise hätte also nur ein Deutschland, das von unabhängigen Sozialisten oder Spartakisten geführt war, den Anforderungen des Temps und gleichgesinnter Blätter Genüge geleistet. Aber eine Regierung der Spartakisten hieß nach außen hin die Regierung von Verbündeten der Bolschewisten Rußlands, gegen die England und Frankreich damals den Kreuzzug predigten und Rebellionen subventionierten, im Innern Deutschlands die Anarchie im schlimmsten Sinne dieses Wortes. Die Unabhängigen wiederum hatten die Anfrage der Mehrheitssozialisten, ob sie gegebenenfalls bereit wären, allein die Regierung zu übernehmen, mit einem sehr bestimmten Nein beantwortet. Auch war diese Partei aus noch viel zu verschiedenartigen Elementen zusammengesetzt und auch der Mitgliederzahl nach viel zu schwach, um Deutschland regieren zu können. Eine sozialistische Regierung ohne die Mehrheitssozialdemokratie war schon aus Gründen des

Kräfteverhältnisses der Parteien eine Unmöglichkeit, sie konnte aber auch deshalb nicht sein, weil diese letztere Partei kraft ihrer inneren Geschlossenheit und politischen Erziehung allein imstande war, den Grad von staatsbildender Leistungsfähigkeit zu entfalten, ohne den ein Land wie Deutschlang garnicht zu regieren war.

Der Temps in Paris, die Times in London und die hinter diesen und gleichgestimmten Blättern stehenden Politiker übertrieben die Kriegspolitik der Mehrheitssozialisten und behandelten den von diesen und den zwei Parteien der bürgerlichen Linken seit 1917 geführten Kampf für einen Verständigungsfrieden, als wäre er überhaupt nicht geschehen. Ihnen kam es eben darauf an, auch das demokratische Republik gewordene Deutschland als ein politisches Gebilde hinstellen zu können, dem man die schärfsten Daumschrauben anlegen müsse, damit es nicht schon in der nächsten Zeit wieder Unheil anrichte. Ihre Politik ist von John Maynard Keynes in seiner Schrift über die wirtschaftlichen Wirkungen des Friedensvertrages von Versailles treffend dahin gekennzeichnet worden, daß sie Friedensbürgschaften ausheckten, von denen eine jede neue Erbitterung hervorrief, dadurch eine Revanchebewegung wahrscheinlicher machte, gegenüber der dann wieder gesteigerte Erdrückungsmaßnahmen für notwendig erklärt wurden. In der hier behandelten Periode machten die vom militärischen Kriegsgewinnler Foch ausgearbeiteten harten Waffenstillstandsbedingungen den Anfang. Sie wirkten wie ein Guß eiskalten Wassers auf einen großen Teil derjenigen Friedensfreunde in Deutschland, die gehofft hatten, die Gegner würden dem Republik gewordenen Deutschland ein gewisses Maß von Vertrauen entgegenbringen. Allerdings hatte Präsident Wilson am 23. Oktober 1918 seiner Antwort auf die Note der deutschen Regierung vom 20. Oktober die Bemerkung angefügt, die Alliierten würden »ihre militärischen Ratgeber beauftragen, Waffenstillstandsbedingungen auszuarbeiten, die ihnen die unbeschränkte Macht sichern würden, die Einzelheiten des Friedens, zu dem die deutsche Regierung sich bereit erklärte, sicherzustellen und in Kraft zu setzen«, und das vertrug in der Tat die weitestgehende Auslegung. Aber zwischen jenem Tage und dem Tag der Verkündigung der Waffenstillstandbedingungen lag eine politische Umwälzung in Deutschland von einem Umfang und einer Tiefe, wie Wilson und seine Verbündeten sie nicht hatten erwarten können, und daß Foch auf diese Umwälzung auch nicht die geringste Rücksicht nahm und die Abgesandten der Republik dies geflissentlich fühlen ließ, gab dem politischen Einfluß gerade derjenigen deutschen Politiker einen argen Stoß, welche ihrem Volke die Revolution als den Hebel der Versöhnung mit den Demokratien des Westens gepredigt und für sie propagandistisch gewirkt hatten. Der wärmste Verfechter dieses Gedankens, Kurt Eisner, ließ, als die Bedingungen bekannt wurden, im Namen der Republik Bayern jenen fast verzweifelten telegraphischen Anruf vom 10. November 1918 an die Regierungen und Völker der Weststaaten ergehen, worin er eindringlich darlegte, welche vernichtende Wirkung die Ausführung der Bestimmungen auf die junge Republik Deutschlands zu haben drohten, und mit den Worten schloß:

»Die alliierten Demokratien dürfen nicht vergessen, wieviel stumm ertragene Opfer unzähliger namenloser Deutschen seit Beginn dieses Krieges in klarer Erkenntnis der Schuld gebracht worden sind, und die Regierungen der alliierten Mächte dürfen nicht die Verantwortung vor den

proletarischen Massen übernehmen, die Internationale in dem Augenblick wieder zu zerstören, wo sie sich innerlich zusammengefunden hat. Das Schicksal der Menschheit liegt in den Händen der Männer, die jetzt verantwortlich sind für die Herbeiführung des Friedens und die Neugestaltung der zerrütteten Völker.«

Da der Waffenstillstand schon am Tage darauf in Compiègne unterzeichnet wurde, hätte der Anruf auch dann nichts an seinen Bestimmungen ändern können, wenn es ihm gegeben gewesen wäre, den Sinn des Mannes zu beeinflussen, der im Rat der Staatsmänner der Alliierten bei Fragen dieser Art das entscheidende Wort sprach, Georges Clemenceau. Eisner ließ die Hoffnung dennoch nicht fallen. Noch auf der Reichskonferenz der deutschen Freistaaten vom 25. November 1918 erklärte er, auf Grund persönlicher Berichterstattung zu wissen, daß die Clemenceau und Genossen einem durch rückhaltlose Anhänger des Neuen vertretenen Deutschland gegenüber größeres Entgegenkommen beweisen würden, als einem Deutschland, das Persönlichkeiten in hervorragender Stellung beließe, die Beamte oder Helfer des Kaiserreichs gewesen waren. Dem widerspricht nun freilich die Schilderung, die Keynes von Clemenceau's Politik im Rat der Alliierten gibt. Nach ihr zielte Clemenceau mit eiserner Beharrlichkeit dahin, Deutschland durch einen Frieden, wie ihn die Römer den Carthagern aufzwangen, bis zur vollständigen Ohnmacht zu entkräften. Das mag nun zwar etwas übertrieben sein, aber selbst wenn es die Wahrheit traf, schrieb das Selbsterhaltungsinteresse der deutschen Republik vor, dem scharfblickenden Lenker der französischen Republik und dessen Anhang so wenig wie möglich Beweisstoff für die These zu liefern, mit der er seine Politik verteidigte, nämlich daß Deutschland im Wesen auch unter der Republik dasselbe geblieben sei, was es unter dem Kaiserreich gewesen war. Es muß zugegeben werden, daß damals vonseiten der Lenker der deutschen Republik in der Tat nicht alles geschah, was nötig war, die nicht schon voreingenommene Welt von der Ungerechtigkeit dieser These zu überzeugen.

Die Aufgabe war freilich keine sehr leichte. So wenig wie man die Volkswirtschaft eines entwickelten Industrielandes über Nacht von Grund aus umwälzen und ihm dadurch eine völlig andere Klassengliederung geben kann, so wenig kann man die wichtigen Ämter eines Landes über Nacht mit ganz neuen Personen aus jenen Kreisen besetzen, denen bisher die Laufbahn in diesen Ämtern verschlossen war. Das nämlich hätte der sozialistische Rat der Volksbeauftragten tun müssen, wenn er z. B. das Ministerium des Auswärtigen und den auswärtigen Dienst der Republik ausschließlich mit Leuten besetzen sollte, die völlig auf dem Boden der Republik und des Sozialismus standen. Da man das nicht für angängig hielt, ohne sehr wichtige Geschäfte der Republik Personen anvertrauen zu müssen, denen die zu deren Erfüllung nötige Ausbildung und Erfahrung fehlten, glaubte man sich genötigt, unter dem Material, das das alte System hinterlassen hatte, Auslese nach dem Grundsatz des kleinsten Übels zu halten. Wir haben gesehen, wie, als Dr. Solf für untauglich befunden wurde, Minister des Auswärtigen der Republik zu sein, bei der Suche nach einem Nachfolger für ihn die Wahl auf den Grafen Brockdorff-Rantzau fiel, der zwar nicht kaiserlicher als Solf, indes auch nicht republikanischer als jener gesinnt war, aber für den Posten geeignet erschien, weil er, wie seine im Krieg erstatteten Berichte an das Berliner Auswärtige Amt zeigten, Solf in

bezug auf Weltklugheit und freimütige Beurteilug der diplomatischen Maßnahmen Berlins übertraf. Der Genannte sollte jedoch eines Tages bei einem sehr wichtigen Anlaß — die Vertretung der Republik in Versailles — einen Fehler begehen, den der weniger auf Demonstration ausgehende Solf kaum begangen hätte, auch hatten, kaum daß seine Ernennung bekannt wurde, der Temps und andere französische Blätter sofort zu melden gewußt, daß er als Gesandter des Kaiserreichs in Kopenhagen für dieses nicht minder kompromittierliche Geschäfte besorgt habe, als man sie seinem Vetter Graf Bernstorff in Washington nachsagte. Und dabei waren es hervorragende Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie gewesen, deren Auge auf den persönlich sympathischen Mann gefallen waren. Später hat sich dann beim Nachfolger Brockdorff-Rantzau's, dem Sozialdemokraten Hermann Müller, gezeigt, daß man nicht unbedingt vom Beruf sein muß, um den Posten des Ministers des Auswärtigen der Republik mit Geschick und Takt versehen zu können, sondern daß unter Umständen gute politische Schulung und allgemeine Kenntnis der Weltpolitik die spezifische Berufsschulung in diesem Falle ganz gut ersetzen können. Indes mußte die Erfahrung eben erst gemacht werden, und braucht der parlamentarische Staatssekretär, wie man in England den aus dem Parlament genommenen Minister nennt, jedenfalls beruflich geschulte Beamte neben sich, um die Aufgaben seines Amtes gehörig versehen zu können.

An der Westgrenze Deutschlands hatte die Republik nur mit den Alliierten zu tun, denen gegenüber ihr Verhalten durch die Natur der Dinge vorgezeichnet war. Anders an der Ostgrenze. An dieser waren die Verhältnisse noch völlig in Gährung. Zum größten Teil kamen da die Polen in Betracht, deren Republik selbst erst im Erstehen war, und im Nordosten galt es mit den ebenfalls erst im Erstehen begriffenen Staatswesen vordem von Rußland beherrschter Randvölker sich zu stellen. Das Erbe, welches das Kaisertum da der Republik hinterlassen hatte, war nichts weniger als erbaulich. Den Polen, die zu Anfang des Krieges eher deutschfreundlich gewesen waren, hatte es durch die mit der Wiener Hofburg vereinbarte Schaffung der Parodie eines Königreichs Polen, das nicht einmal ganz Kongreßpolen umfassen sollte und dem man bloß deshalb keinen deutschen Prinzen als König aufoktroyiert hatte, weil der Reflektanten zu viele waren, gleichzeitig den Appetit geweckt und die Neigung zur Freundschaft erstickt, die nach Selbständigkeit strebenden Randvölker im Baltikum aber hatte es, um Wilhelm II. Hut und Titel eines Herzogs von Kurland zu sichern, durch Aufdrängung von Klassenregierungen aus deutschen Grundbesitzerkreisen sich schlechthin verfeindet. Leider hat es die Republik nicht sofort verstanden, diese Erbschaft radikal zu liquidieren.

Was Polen anbetrifft, so mußte man vor allem sich darüber klar werden, welches die Grenze mit dem neuen Staatswesen sein werde. Sicher war da nur, daß sie nicht die gleiche bleiben konnte, die bis dahin den an Preußen gefallenen Teil des ehemaligen Königreiches Polen von dem an Rußland gefallenen Teil — Kongreßpolen — getrennt hatte, und daß die Polen in den überwiegend polnischen Landesteilen Preußens auf die staatliche Vereinigung mit der nun sich konstituierenden Republik Polen bestehen würden. Darauf abzielende Bewegungen hatten sich auch sofort eingestellt, als die Niederlage des kaiserlichen Deutschland besiegelt war. Sie beschränkten sich aber zunächst auf die Bildung nationaler Ausschüsse mit

nach der Revolution hier und dort folgender Absetzung deutscher Ortsbehörden, an deren Stelle nun Polen traten, und die Bildung eines polnischen Volksrats.

Die sozialistische Regierung des Republik gewordenen Preußen versuchte zunächst, mit den Polen zu einer Verständigung zu kommen, die es ermöglichte, bis zur endgültigen Festsetzung der deutsch-polnischen Grenze durch den Friedensvertrag Gewaltakte und blutige Zusammenstöße zu vermeiden. Sie schickte am 20. November 1918 den mit dem Amt eines Unterstaatssekretärs im Ministerium des Innern betrauten Demokraten H. von Gerlach, der infolge seiner scharfen Bekämpfung der hakatistischen Politik der alten preußischen Regierung sich großen Vertrauens bei den Polen erfreute, nach Posen, an Ort und Stelle sich über die Lage der Dinge zu unterrichten und insbesondere von den Polen Erklärungen über deren Wünsche entgegenzunehmen. Gerlach hat in der vom Bund Neues Vaterland herausgegebenen Schrift »Der Zusammenbruch der deutschen Polenpolitik« dargelegt, daß er damals noch erträgliche Verhältnisse in Posen vorfand. Der Oberpräsident der Provinz und der Präsident des Regierungsbezirks Posen erklärten ihm, es sei nach einigen wilden Aktionen im Ganzen schon wieder Ruhe eingetreten und lobten ihm den neuen polnischen Oberbürgermeister der Stadt Posen als einen verständigen Mann von gemäßigter Gesinnung. Die Polen beschränkten ihre unmittelbaren Forderungen auf Zugeständnisse in der Sprachenfrage, in der Frage des polnischen Religionsunterrichtes und Außerkraftsetzung von verschiedenen Ausnahmebestimmungen, und erklärten sich damit einverstanden, die Bestimmung der künftigen polnisch-deutschen Grenzen der Friedenskonferenz zu überlassen. Sie fügten jedoch hinzu, Vorbedingung der Aufrechterhaltung der Ruhe sei, daß man zu den schon vorhandenen Garnisontruppen nicht noch ortsfremde Truppen in die Provinz sende. Nur unter dieser Voraussetzung werde man in Deutschland auf die Andauer der Lebensmittelsendungen aus der Provinz rechnen können. Auch der aus polnischen und deutschen Arbeitern zusammengesetzte Arbeiter- und Soldatenrat Posens äußerte sich in diesem Sinne.

Als er nach Berlin zurückgekehrt war und dem Kabinett über seine Eindrücke Bericht erstattete, sprach sich Gerlach lebhaft dafür aus, solange als irgend möglich an der Politik der Verständigung den Polen gegenüber festzuhalten und von jeder Sendung von Truppen nach Posen Abstand zu nehmen. Nur ein Teil der Regierungsmitglieder trat ihm darin bei. Ein andrer Teil aber vertrat die Meinung, man müsse den Deutschen in Posen durch Verstärkung der deutschen Besatzung eine Sicherung gegen weitere Vergewaltigungen durch die Polen darbieten. Nur wenn die Polen sähen, daß man Ernst mache, würden sie von solchen Gewaltakten gegen Deutsche, wie sie tagtäglich gemeldet würden, Abstand nehmen. In der Tat war die Presse von solchen Meldungen voll, wodurch sich viele Leser leicht dazu verleiten ließen, die antideutsche Bewegung für schlimmer einzuschätzen, als sie damals in Wirklichkeit war. Die Regierung stellte sich im Wesentlichen auf den von Gerlach entwickelten Standpunkt, ließ es aber geschehen, daß von der darauf dringenden Heeresleitung zum Schutze der deutschen Ostgrenze gegenüber polnischen Angriffsabsichten ein Oberkommando Heimatschutz-Ost errichtet ward und ein Aufruf zur Meldung von Freiwilligen für den Heimatschutz an das deutsche Volk verbreitet ward. Den Nationalisten genügte sogar das noch nicht. In Presse und Versammlungen warfen

sie der Regierung vor, sie habe sich von Gerlach zu einer Enthaltsamkeitspolitik bereden lassen, welche auf die Polen nur als Ermutigung zu neuen Gewalttaten wirken werde, und bezichteten Gerlach, daß er sich von den Polen »beim Sekt« durch süße Worte habe übertölpeln lassen. Tatsächlich hatten gerade ihre Angriffe wider die Polen und von völliger Verkennung der Lage Deutschlands zeugende Drohungen an deren Adresse die Wirkung, die Gegensätze in Posen zu verschärfen. Die Polen bilden nun immer stärkere national-polnische Wehren zur Unterstützung ihrer Bestrebungen. Bald erfolgen neue Zusammenstöße, die der deutschen Heeresleitung ein Anlaß sind, nun wirklich Heimatschutztruppen ins Posen'sche zu entsenden. Die dortigen Deutschen bombardieren die Regierung mit Bitten um scharfes Eingreifen, diese aber hält noch an der von Gerlach vertretenen Vermittlungspolitik fest. Im Anschluß an Vorkommnisse in der Kreisstadt Witkowo, wo deutscherseits die Militärdiktatur verkündet worden war, reisen Mitte Dezember Minister Hirsch und Ernst zusammen mit von Gerlach erneut nach Posen und pflegen eingehende Besprechungen mit den dortigen Zivil- und Militärbehörden sowie Vertretern des polnischen und des inzwischen gleichfalls gegründeten deutschen Volksrats. Als Ergebnis wird folgende Präzisierung der Stellungnahme der Regierung bekanntgegeben:

»Die Regierung hält einen besonderen Heimatschutz für die Provinz Posen nicht für nötig. Dagegen ist ein Grenzschutz unbedingt erforderlich zur Uebernahme des Ostheeres und um die Ausfuhr von Lebensmitteln zu verhindern. Der Grenzschutz ist von bodenständigen (d. h. den in Friedenszeiten in demselben Bezirk garnisonierenden) Truppen unter Kontrolle der Soldatenräte wahrzunehmen. Eine anordnende Gewalt steht den Soldatenräten nicht zu. Die zur Zeit noch in der Provinz befindlichen Truppen aus fremden Bezirken sollen sofort zurückgezogen werden, sobald Truppen aus den zuständigen Generalkommandos zur Verfügung stehen, die sich aus den dienstpflichtigen Jahrgängen und Freiwilligen zusammensetzen.«

Trotzdem spitzte die nationale Agitation auf beiden Seiten sich immer mehr zu. Von Polen waren es namentlich der frühere Reichstagsabgeordnete Korfanty und der Klaviervirtuose Ignatz Paderewsky, welche die Bewegung für die Vermehrung von politischen Machtzentren in Posen mittels Verdrängung deutscher durch polnische Behörden in Rede und Schrift schürten, und deutscherseits trat man auch dort diesem Wechsel entgegen, wo die Bevölkerungsverhältnisse ihn unabweisbar machten. Man berief sich darauf, daß Posen seinen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung der deutschen Verwaltung verdanke, machte aber mit diesem, von den Hakatisten so oft mißbrauchtem Argument auf die von der nationalpolnischen Agitation erfaßten Elemente gar keinen Eindruck. Wenn die Polen dadurch fehlten, daß sie selbstherrlich immer mehr der vom Friedensschluß erwarteten Gebietsveränderungen vorwegnahmen, so begingen die Deutschen dadurch Fehler über Fehler, daß sie das durch Weltkrieg und Revolution unabweisbar Gewordene nicht rechtzeitig erkannten und sich nicht dazu entschließen konnten, das freiwillig zu tun, wovon sie sich hätten sagen dürfen, daß sie es binnen Kurzem würden tun müssen. So ließ die Regierung sich u. a. durch Vertreter des alten Systems im Ministerium dazu verleiten, die Ausschreibung von Kommunalwahlen nach dem für Preußen verkündeten gleichem Wahlrecht in Posen ins Unbestimmte zu verschieben, um Zusammenstößen vorzubeugen. Solche blieben aber um so weniger aus. In der Weihnachts-

woche kam es bei Gelegenheit des Aufenthaltes von Paderewski in Posen, nachdem ein deutsches Regiment zu Ehren des Genannten herausgehängte Ententefahnen gewaltsam entfernt und demonstrativ zerrissen hatte — dies zu einer Zeit, wo die Entente über die Neugestaltung der deutschen Ostgrenze das entscheidende Wort zu sagen hatte! — zu blutigen Straßenkämpfen, die sich Tags darauf erneuerten und auf die Provinz hinüberschlugen. Es finden richtige Kämpfe von Truppen gegen Truppen statt, in denen bald die Deutschen und bald die Polen Sieger bleiben, deren Gesamtresultat aber ist, daß die Deutschen genötigt sind, vor der militärischen Übermacht der Polen immer weiter zurückzuweichen, und Mitte Januar 1919 so ziemlich das ganze überwiegend von Polen bewohnte Posen in polnischer Gewalt ist, und der Sitz des deutschen Oberpräsidenten der Provinz muß nach Bromberg verlegt werden. Die Beziehungen mit der erstehenden polnischen Republik waren die denkbar unerquicklichsten.

Nicht minder unerquicklich waren sie mit den erstehenden Republiken in den baltischen Gebieten. Nach Sturz der kaiserlichen Regierung Deutschlands machte sich sofort das Bestreben geltend, die halbe Selbständigkeit, die diese den Randvölkern Rußlands geboten hatte, zur vollen zu entwickeln. Doch bestand keine starke Neigung, es den Bolschewisten Rußlands nachzumachen. Um gegen diese geschützt zu sein, waren die ersten republikanischen Regierungen, die sich dort bildeten, ganz damit einverstanden, daß die deutschen Truppen, die das Baltenland besetzt hielten, bis auf weiteres noch dort verblieben, und die Entente bestand sogar darauf, daß die deutsche Besatzung dort aushielt, um gegebenenfalls den Widerstand gegen anprallende Bolschewistenregimenter verstärken zu können. Der von der sozialistischen Regierung als Kommissar der Republik dorthin entsandte Mehrheitssozialist und Gewerkschaftsführer August Winnig, bis dahin ein wegen seines ruhig verständigen Auftretens und hohen Bildungstriebs außerordentlich geachtetes Parteimitglied, fand denn auch bei den neuen Regierungen zunächst recht freundliche Aufnahme und war auch bei den oberen deutschen Offizieren wohl angesehen.

Aber der Boden war unterwühlt. Insbesondere im bisherigen Kurland gärte es unter den Letten, deren Sozialisten in ihrer Mehrheit nach einer radikaleren Umwälzung als der bisher vollzogenen strebten. Agitatoren der Bolschewisten unterstützten diese Bewegung und riefen Aufstände hervor, die nur mit Waffengewalt niederzuhalten waren. Da Grundbesitz und Kapital in Kurland vornehmlich in Händen von Deutschen waren, trug diese Bewegung zugleich bei den Massen nationalistisch-deutschfeindliche Züge, und so kam es, daß Winnig schroffer gegen sie Stellung nahm, als er es wahrscheinlich sonst getan hätte, und immer mehr in den Bannkreis der deutschen Militärs geriet. Er unterstützte in Deutschland die Bewegung für Verstärkung des Truppenkontingents in Ober-Ost — wie der technische Ausdruck für das ganze in Frage kommende Gebiet diesseits und jenseits der Grenze lautete — das in erster Reihe nur noch als Grenzschutz hatte dienen und den Rücktransport der aus Rußland zurückkehrenden Gefangenen überwachen sollen, unter den gegebenen Umständen aber den Charakter einer speziell gegen die radikalen Volksklassen im Randgebiet sowie gegen Sowjetrußland kampfbereiten Wehrmacht erhielt und so dazu beitrug, die Beziehungen Deutschlands zu letzterem noch feindseliger zu gestalten, als sie ohnehin waren. Dem mit Bezug hierauf in früheren Kapiteln Mitgeteil-

ten seien noch zwei für die Stellung der Regierung der Volksbeauftragten zur Bolschewistenregierung Rußlands wesentliche amtliche Äußerungen der Ersteren wiedergegeben.

1. Am 18. November 1918 hielt das Kabinett unter Teilnahme des damaligen Ministers des Auswärtigen Dr. Solf und des diesem als Beigeordneten zur Seite gestezten Karl Kautsky eingehende Aussprache über die Beziehungen mit Sowjetrußland ab. Hugo Haase, der im Rat der Volksbeauftragten die Fragen der auswärtigen Politik bearbeitete, erstattete Bericht über den Gesprächswechsel mit Moskau. Als Ergebnis wurde ein längeres, von Dr. Solf und Karl Kautsky unterzeichnetes Telegramm nach Moskau entsandt, dessen wichtigste Sätze die folgenden sind:

»Die von den Mitgliedern der russischen Regierung in dem Ferngespräch mit dem Volksbeauftragten Haase sowie in den verschiedenen Telegrammen an deutsche Regierungsvertreter gestellten Fragen sind im Kabinett der deutschen Volksregierung auf die Tagesordnung gesetzt worden. Dabei ist folgendes zur Sprache gekommen:

Vor Bürgen ist von der Räteregierung ein Funkspruch an alle Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenräte Deutschlands gerichtet, worin es folgendermaßen heißt:

»Soldaten und Matrosen, gebt die Waffen nicht aus der Hand, dann treiben Euch die vereinigten Kapitalisten zu Paaren. Es gilt, mit den Waffen in der Hand wirklich die Macht überall zu übernehmen, eine Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenregierung mit Liebknecht an der Spitze zu bilden. Laßt Euch keine Nationalversammlung aufschwatzen. Ihr wißt, wohin Euch der Reichstag gebracht hat.«

Die deutsche Volksregierung kann nicht umhin, in dieser Aufforderung an die Bevölkerung, eine bestimmte Regierung zu bilden, den Versuch einer Einwirkung auf die inneren Verhältnisse Deutschlands zu erblicken, der unter den gegebenen Umständen eine schwere Schädigung des deutschen Volkes zur Folge haben kann. Die dentsche Regierung ist bereit, mit allen Staaten und auch mit dem russischen in Frieden und guten Beziehungen zu leben. Sie muß aber verlangen, daß das Recht des deutschen Volkes auf eigene Bestimmung seiner inneren Angelegenheiten geachtet wird und daß Einwirkungen hierauf von außen unterbleiben. Die vorstehende Aufforderung zur Bildung einer Regierung auf anderer Grundlage und mit anderen Zielen als die der deutschen Volksregierung läßt außerdem nicht erkennen, welche Stellung die russische Sowjetregierung der gegenwärtigen deutschen Regierung gegenüber einnimmt. Wenn die Sowjet-Regierung normale Beziehungen mit ihr unterhalten will, muß die deutsche Regierung darüber im klaren sein, daß die russische Regierung sie anerkennt und nicht die Bildung einer anderen Regierung fördert.«*)

»Mit Rücksicht hierauf hat die deutsche Volksregierung im Einverständnis mit dem Vollzugsrat des deutschen Arbeiter- und Soldatenrats beschlossen, die russische Regierung vor Wiedererrichtung der beiderseitigen diplomatischen Vertretungen um folgendes zu ersuchen:

1. um eine klare Anerkennung der gegenwärtigen deutschen Volksregierung und der Verpflichtung, sich aller Einwirkung auf die deutsche Bevölkerung zur Bildung einer andern Regierung zu enthalten.

2. Um eine Klarstellung der bei der Absetzung der deutschen Generalkonsulbte stattgehabten Vorgänge.

Hinsichtlich des Punktes 1 darf die deutsche Regierung einer entsprechenden Aeußerung entgegen sehen. Als Ausführung des Ersuchens in Punkt 2 erwartet sie, daß die deutschen Generalkonsulate nunmehr endlich ungehindert aus Rußland abreisen und sich nach Deutschland begeben können und bittet ferner, je ein Mitglied des deutschen Arbeiter- und Soldatenrats aus Moskau und Petersburg nach Deutschland ausreisen

*) Der zitierte Funkspruch war am 11. November 1918 ergangen.

zu lassen, damit sie hier über die Einzelheiten des Zustandekommens ihrer Organisation Auskunft geben und alle sonstigen, ihre Stellung und Befugnisse betreffenden Fragen erörtern können.«

In bezug auf letzteres sei bemerkt, daß die Bolschewistenregierung den deutschen Generalkonsulen in Moskau und Petersburg eines Tages plötzlich die Genehmigung unter dem Vorgeben entzogen hatte, daß dortige deutsche Arbeiter- und Soldatenräte deren Absetzung beschlossen hatten. Sicherlich ein starkes Stück, zumal es keinem Zweifel unterstand, daß, wie es im Telegramm weiter heißt, die betreffenden Beschlüsse auf Veranlassung und unter Beihilfe der russischen Behörden erfolgt waren.

2. Die zweite Äußerung ist folgendes, am 17. Januar 1919 von der nun lediglich aus Mehrheitssozialisten zusammengesetzten Regierung nach Beendigung des im vorigen Kapitel geschilderten Spartakusaufstandes nach Moskau entsandte Telegramm:

»Bei Unterdrückung der aufrührerischen Bewegung, die hier kürzlich von einer terroristischen Gruppe zwecks politischer und tatsächlicher Vergewaltigung des deutschen Volkes unternommen worden ist, sind unwiderlegliche Beweise dafür zu Tage getreten, daß diese Bewegung mit russischen offiziellen Mitteln und von russischen Organen unterstützt worden ist und daß russische offizielle Persönlichkeiten an ihr teilgenommen haben. Die deutsche Regierung legt gegen die unzulässige verbrecherische Einmischung in die inneren Verhältnisse Deutschlands strengste Verwahrung ein. Sie sieht zunächst davon ab, aus diesem Grunde allen russischen Staatsangehörigen, die sich bisher frei in Deutschland aufhalten konnten, das gewährte Gastrecht zu entziehen, wozu sie an sich berechtigt wäre. Sie will jedoch keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß gegen alle Russen, die sich einer Unterstützung der aufrührerischen Bewegung schuldig gemacht haben oder noch in diesem Sinne tätig werden, auf das schärfste vorgegangen werden wird.«

gez. Ebert. gez. Scheidemann.«

Damit war ein Verhältnis angezeigt, das bei noch so zurückhaltendem Auftreten der Republik jeden Augenblick in ausgesprochene Feindschaft ausarten konnte.

Unbestimmt war auch noch das Verhältnis zum werdenden tschechoslavischen Staat, der den größten Teil des im Süden an Deutschland angrenzenden Gebietes beanspruchte. Vom deutschen Österreich ausgenommen, das unfähig war, ihr Hilfe zu bringen, sah die Republik Deutschland an ihren Grenzen keinen Freund, und selbst das im Norden angrenzende Dänemark hielt sich zwar streng neutral, hatte aber in Nordschleswig eine Frage mit Deutschland zu regeln, die unter Umständen die Beziehung zu ihm sehr gespannt gestalten konnte.

Die außenpolitische Lage ließ danach trotz der friedfertigen Absichten der Republik noch sehr viel zu wünschen übrig.

### d) Die bürgerlichen Parteien und die Republik.

In der ganzen hier behandelten Zeit hat es keine der bürgerlichen Parteien gewagt, offen und rückhaltlos die Fahne des gestürzten Kaisertums zu erheben, keine hielt es für ratsam, sich der Republik feindselig gegenüberzustellen. Selbst die Kritik, die ihre Presse an den Maßnahmen der Regierung übte, fiel im Ganzen zahm genug aus. Man stand zu sehr unter dem Bewußtsein der Notwendigkeit, überhaupt eine geordnete Regie-

rung zu haben, um das Bedürfnis zu empfinden, der Regierung, die man für den Augenblick als die einzig mögliche erkannte, das Leben schwer zu machen. Wenn die Kommunisten der Regierung der Volksbeauftragten vorwarfen, daß sie die Kapitalisten schütze, so steckte darin ein Stück Wahrheit. Nur war es vom Standpunkt jedes vernünftig aufgefaßten Sozialismus kein irgendwie berechtigter Vorwurf. Man konnte die Volkswirtschaft nicht in Gang halten, woran die Arbeiterklasse ja durchaus interessiert war, ohne mindestens zunächst auch dem Kapital Sicherheit gegen willkürliche Eingriffe zu gewährleisten.

Wenn aber die bürgerlichen Parteien und die hinter ihnen stehenden Klassen und Schichten die Notwendigkeit einsahen, mit der Umwandlung Deutschlands und der deutschen Staaten in Republiken sich abzufinden, so waren sie selbstverständlich darum noch nicht gewillt, auf die Vertretung ihrer besonderen politischen Auffassungen und wirtschaftlichen Interessen Verzicht zu leisten. Sie begriffen jedoch, daß, um dies zu können, sie sich an die politische Neuordnung der Dinge anzupassen hatten, was ohne Abänderung ihrer alten Firmen und Programme nicht angängig war. Und zwar war dieses Bedürfnis naturgemäß um so stärker, je weiter die Parteien nach rechts standen. Während also die beiden sozialdemokratischen Parteien ihre Namen unverändert beibehielten und nur ihre Aktionsprogramme weiter steckten, ohne Grundsätzliches an ihnen zu ändern, hatten die fortschrittlichen Volksparteiler, die Zentrumspartei, die Nationalliberalen, die Konservativen und die politischen Zwischengebilde dieser Parteien ihre Programme mehr oder weniger auch auf das Grundsätzliche zu revidieren. Nach einer Periode der Gährung, die in Erörterungen in der Tagespresse und Verhandlungen auf Zusammenkünften verschiedener Art und Größe ihren Niederschlag fand, erstanden eine Anzahl neuer politischer Vereinigungen, die sich schließlich in Hinblick auf die Wahlen zur Nationalversammlung in vier große politische Parteien mit neuen Namen und neuen Programmen gruppierten. Da die meisten der zunächst erstandenen politischen Neubildungen nur ein Eintagsleben geführt haben, braucht auf sie hier nicht eingegangen zu werden. Die aus dem Gährungsprozeß endgültig hervorgegangenen großen politischen Parteien waren:

1. Die deutsch-demokratische Partei. Eine Verbindung fast der ganzen bisherigen fortschrittlichen Volkspartei mit einem Teil der Mitglieder der alten nationalliberalen Partei und Angehörigen kleinerer, meist bürgerlich-demokratischer Bezirks- oder Landesgruppen. Diese Partei stellte sich sowohl im ersten Aufruf ihres Gründungsausschusses wie auch in ihrem, Anfang Dezember 1918 veröffentlichten Wahlaufruf unumwunden auf den Boden der Republik. Im Gründungsaufruf heißt es darüber:

> »Der erste Grundsatz besagt, daß wir uns auf den Boden der republikanischen Staatsform stellen, sie bei den Wahlen vertreten und den neuen Staat gegen jede Reaktion verteidigen wollen, daß aber eine unter allen nötigen Garantien gewählte Nationalversammlung die Entscheidung über die Verfassung treffen muß.«

Und im Wahlaufruf:

> »Wir treten bei den Wahlen ein für die Errichtung einer deutschen Republik, in der alle öffentliche Macht allein auf dem Willen des souveränen Volks beruht. Wir fordern die völlige Gleichheit aller Staatsbürger und Staatsbürgerinnen vor dem Gesetz und in der Verwaltung, ohne Rücksicht auf Stand, Klasse oder Bekenntnis, und verlangen die Freiheit des Gewissens und der Religionsübung.«

Weiter fordert das Programm, um »der ordentlichen Arbeit ein lebenswertes Dasein und Teilnahme an den Gütern der Kultur« zu sichern:

»Staatliche Anerkennung der Arbeiter- und Angestelltenverbände, obligatorisches Schiedsgericht sowie Gewährleistung der durch Tarifverträge festgesetzten Arbeitsbedingungen, insbesondere auch der vereinbarten Mindestlöhne und Mindestgehälter«, und weiterhin:

»eine wirklich soziale Steuerpolitik! Einmalige progressive Vermögensabgabe, auf angemessene Zeit verteilt. Gestaffelte Einkommensteuer unter möglichster Schonung der kinderreichen Familien, des Arbeitseinkommens und der kleinen Vermögen. Allgemeine Erbschaftssteuer für jeden größeren Nachlaß. Vor allem aber schärfste Erfassung der Kriegsgewinne. An diesem Kriege darf kein Deutscher sich bereichert haben.«

Der bürgerliche Charakter der Partei aber kommt zum Ausdruck in dem Satz:

»Solche Lasten können nur getragen werden bei Aufrechterhaltung des Privateigentums und einer Wirtschaftsoronung, die das Interesse des einzelnen am Erwerb lebendig hält und ihn zu höchster Tätigkeit ansport. Die unerhörte Verschuldung, der Mangel an Rohstoffen und die Zerstörung unseres Außenhandels bedrohen uns mit einer Wirtschaftskrise sondergleichen. Nur die gemeinsame Anspannung aller Kräfte von Unternehmern und Arbeitern, von Selbständigen und Angestellten kann den Zusammenbruch verhindern. Darum verwerfen wir die von der Sozialdemokratie angestrebte Ueberführung aller Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft. Das Beispiel der Kriegsgesellschaften schreckt! Die Frage der Sozialisierung ist rein sachlich für jeden Einzelfall danach zu entscheiden, ob eine Steigerung der Erwerbsmöglichkeiten der breiten Massen und eine Erhöhung des Produktionsertrages erzielt werden kann. Keinesfalls dürfen Staatseingriffe in der Form der Bureaukratisierung des Wirtschaftslebens erfolgen.«

Kann man dieses Bekenntnis zur wesentlich privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung von einer bürgerlichen Partei immerhin begreifen, so stoßen wir in dem Stück des Programms, das die auswärtige Politik behandelt, auf eine Sprache, die wenig geeignet war, das gegnerische Ausland davon zu überzeugen, daß der Geist des alten Systems schon mit Stumpf und Stiel ausgerottet sei. So hieß es da unter anderm:

»Die Welt soll wissen, daß die Kraft der deutschen Nation in alle Zukunft nicht ausgeschaltet werden kann. Wir wollen, daß die Vertreter des deutschen Volkes stolz und aufrecht zur Friedenskonferenz gehen. Wir wollen, daß sie so sprechen, wie es den Abgesandten eines ungeheurer Uebermacht unterlegenen, heute freien und selbständigen Volkes geziemt.«

»S t o l z und aufrecht«, das ließ eine sehr bedenkliche Auslegung zu. Für diejenige Würde im Auftreten, welche den Vertretern der Republik geziemte, konnte man Ausdrücke wählen, die weniger als diese im Sinne des alten Nationalliberalismus angedeutet werden konnten und so ausgedeutet worden sind.

2. D i e d e u t s c h e V o l k s p a r t e i. Die Fortsetzerin der nationalliberalen Partei in etwas neuem Gewande. Sie wurde konstituiert, als es sich gezeigt hatte, daß eine völlige Verschmelzung aller Elemente der nationalliberalen Partei mit der fortschrittlichen Volkspartei nicht zu erwirken war, und umfaßt den rechten Flügel der alten Partei mit einigen Elementen aus der Mitte und Angehörigen kleinerer nationalistisch gesinnter Verbindungen. In ihrem, am 15. Dezember 1918 in Berlin aufgestellten Programm

bekennt sich die neue Partei zum »demokratischen, allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht für beide Geschlechter«, vermeidet aber geflissentlich das Wort Republik. Nur bedingt erkennt sie die neue Regierung an. Mit dürren Worten erklärt sie:

»Von der derzeitigen Regierung verlangen wir, daß sie endlich energisch für Ruhe und Ordnuug sorgt. Wir sind bereit, dafür unter der jetzigen Regierungsform mitzuarbeiten und glle Bestrebungen der tatsächlichen Regierung nach diesem Ziele zu unterstützen. Wir verlangen aber die Beseitigung der Eingriffe unberufener Personen in die Tätigkeit der Gerichte, Behörden und Kommunalverwaltungen, in die Koalitions- und Pessefreiheit. Wir verlangen die Beseitigung der Mißwirtschaft und maßlosen Verschleuderung öffentlichen Gutes und öffentlicher Gelder. Wir verlangen die Beseitigüng der unverantwortlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben, die uns mit Hungersnot, Anarchie und Staatsbankerott bedrohen.«

Im wirtschafts- und finanzpolitischen Teil des Programms kommt der kapitalistische, im Teil, der die Außenpolitik behandelt, der nationalistische Standpunkt viel stärker zum Ausdruck, als im Programm der Demokraten. So heißt es in letzterer Hinsicht:

»Je schwerer Deutschland unter den vernichtenden Folgen des verlorenen Krieges leidet, um so bewußter stellen wir unsere ganze Politik unter den nationalen Gedanken, um so schärfer lehnen wir alle diejenigen internationalen Bestrebungen ab, die unseres Volkes Eigenart verwischen und verdunkeln. Die Reichseinheit ist nur Grundlage unseres politischen Wirkens, innerhalb der Reichseinheit soll kulturelle Stammesart, unter Ablehnung sowohl zentralistischer Bevormundung wie partikularistischer Sonderbestrebungen, sich frei entfalten können.«

Selbst im Programm der neuen Partei der konservativen Gruppen wird die nationalistische Tendenz nicht wesentlich schärfer hervorgehoben.

3. Die deutsch-nationale Volkspartei. Die Koalition der alten deutsch-konservativen Partei mit verschiedenen Interessenverbindungen von Landwirten und Handwerkern, den Resten der einstmaligen freikonservativen Partei und den Antisemiten. Um unter den neuen Verhältnissen sich ein größeres Gefolge zu sichern, haben in den Tagen der Revolution die Führer der ehemaligen Deutschkonservativen Partei ihre politischen Forderungen einer so radikalen Revision unterzogen, daß das unterm 24. November 1918 veröffentlichte Programm der neuen Partei fast demokratisch-liberal anmutet.

Resigniert heißt es im Anfang nach kurzer Einleitung:

»Vieles ist zertrümmert, was uns heilig und teuer ist. Und doch dürfen wir dem Verlorenen nicht untätig nachtrauern. Es ist Pflicht eines jeden, an dem Wiederaufbau des deutschen Staates und Volkes mitzuarbeiten und dem neuen Deutschland neue Form und neuen lebensvollen Inhalt zu gecen.«

Und im darauffolgenden Absatz wird auf die Monarchie verzichtet. Es heißt da:

»Wir sind bereit und entschlossen, auf dem Boden jeder Staatsform mitzuarbeiten, in der Recht und Ordnung herrschen. Gegen jede Diktatur einer einzelnen Bevölkerungsklasse verwahren wir uns. Nur ein geordnetes Staatswesen schafft uns Brot und Frieden.«

Ebenso wird der alte Obrigkeitsstaat grundsätzlich preisgegeben. Der nächste Absatz lautet:

»Staat und Gesetz, ausgerüstet mit starker Autorität, getragen von dem freien Willen des Volkes, müssen ihren schützenden Einfluß im Volks- und Wirtschaftsleben geltend machen, um die nationale Kultur und die soziale Wohlfahrt zu fördern.«

Dann wird die Forderung aufgestellt, daß »der Mensch als sittliche Persönlichkeit« mehr als bisher im Mittelpunkt des öffentlichen Lebens stehen soll. Den konservativen Sinn dieser Forderung läßt der daran anschließende Satz durchblicken: »Ein lebensvolles Christentum, Ehe und Familie sollen die starken Träger des öffentlichen Lebens sein. Die nationalistischen Tendenzen der Partei aber gibt der daran anschließende Satz kund: Deutsches Wesen und deutsche Art müssen mehr denn je unser ganzes Volkstum erfüllen. Bestimmter noch spricht letzteres der erste Satz in den Richtlinien des Programms der Partei aus:

»Wir treten ein für ein starkes deutsches Volkstum, das seine Einigkeit, Freiheit und Selbständigkeit gegen äußere Macht zu wahren entschlossen ist und sich unabhängig hält von fremden Einflüssen.«

Der zweite Satz der Richtlinien anerkennt die »nach den letzten Ereignissen allein mögliche parlamentarische Regierungsform«. Im dritten Satz wird in Übereinstimmung mit allen andern bürgerlichen Programmen der Schutz des Privateigentums »gegenüber den geplanten Eingriffen der Sozialdemokratie« gefordert, im vierten »Festhalten an dem Grundsatz der Privatwirtschaft« verkündet, zugleich mit der Bereitwilligkeit, diese »durch die gemeinwirtschaftliche Betriebsform in Genossenschaft, Gesellschaft, Staat und Gemeinde zu fördern.«

Wie in diesem letzteren Punkt unterscheiden sich auch die Richtlinien über Sozialpolitik, Siedlungspolitik, Steuerpolitik, Bekämpfung der Wohnungsnot, Zulaß zur Beamtenlaufbahn, Schulpolitik und Gleichstellung der Frau dem Anschein nach nur wenig von den betreffenden Sätzen im Programm der Demokraten. Man hätte glauben können, das Programm einer liberalen Partei vor sich zu haben. Erst eine genauere Prüfung läßt erkennen, daß hier wiederholt die Sätze der bindenden Form ermangeln, die keine Abschwächungen in den Anwendungen erlaubt, und später hat die Erfahrung auch gezeigt, daß zwischen den Grundsätzen im damals formulierten Programm dieser Partei und ihrer Haltung in der Praxis sehr große Unterschiede obwalten. Immerhin bleibt es bemerkenswert, wie sehr die Erhebung der Arbeiterklasse im November 1918 der Partei der Junker samt ihrem Anhang soziale Erkenntnis eingepaukt und das Schuldbewußtsein geweckt hatte.

4. Die christlich demokratische Volkspartei. Die alte Zentrumspartei, die auch bald wieder diesen Namen aufnahm und in den Vordergrund stellte. Fast noch schärfer als die andern bürgerlichen Parteien hob sie in ihren ersten Aufrufen nach der Revolution den Gegensatz zur Sozialdemokratie hervor. Es war dies inbesondere dadurch verursacht, daß an der Spitze des Kultus- und Unterrichtsministeriums in Preußen der damals der unabhängigen Sozialdemokratie angehörende geschworene Kirchengegner Adolf Hoffmann gelangt war, der sich sofort anschickte, jeder Mitwirkung der kirchlichen Gemeinschaften auf das Schulwesen ein Ende zu machen und die Konfessionsschulen abzuschaffen. Auf rein politischem Gebiet dagegen stellte sich die Zentrumspartei als christliche Volkspartei fast noch entschiedener als die deutsch-demokratische Partei auf den Boden

der Republik. Ihren politischen Wahlaufruf für die Nationalversammlung leitet der Satz ein:

»Weltkrieg und Revolution hat das alte Deutschland zertrümmert. In Sturm und Drang wird ein neues geboren. Ein freier sozialer Volksstaat soll es werden, in dem sich alle deutschen Stämme, alle Klassen und Stände, alle Bürger ohne Unterschied des Glaubens und der Parteizugehörigkeit wohlfühlen können. Dieses neue Deutschland zu schaffen ist Aufgabe des Gesamtvolkes, nicht einer Parteidiktatur. Alle Parteien wollen und müssen dabei sein. Dazu bedürfen aber die alten Parteien einer inneren und äußeren Erneuerung.

Ein neues Zentrum wird und muß entstehen im Wandel dieser Tage. Rückhaltloses Bekenntnis zum demokratischen Volksstaat, Bekämpfung jedweder Klassenherrschaft, Ordnung in der Freiheit, offene Absage an den Mammonismus und Materialismus unserer Tage, Pflege der idealen Werte, die Volk und Staat erst gesund machen — das sind die fundamentalen Grundsätze seiner Erneuerung als christlich-demokratische Volkspartei!«

In den Leitsätzen für die Außenpolitik der Partei wird in Bezug auf die internationale Stellung der Kirche gefordert:

»Vollkommene, durch völkerrechtliche Bürgschaften gesicherte Unabhängigkeit des heiligen Stuhles.«

Eine interessante Bekräftigung des Verzichts des Papsttums auf die Wiederherstellung des Kirchenstaats, welcher Verzicht der ganzen Politik Roms eine neue Richtung gegeben, seinen Einfluß als geistige Macht sehr gehoben hat.

Von den Leitsätzen hinsichtlich der Verfassung seien die folgenden erwähnt:

»Unabhängige, auf dem Vertrauen der Volksvertretung beruhende Volksregierung mit starker Vollzugsgewalt an der Spitze im Reich und in den Bundesstaaten.

Schaffung der Verfassung durch die Nationalversammlung.

Gleiches Recht aller Volksschichten auf Teilnahme an der Verwaltung aller Angelegenheiten ohne Kastengeist und Klassenbevorzugung.«

Den Umfang und die Grenzen der katholischen Sozialpolitik kennzeichnen die ersten zwei Leitsätze des Abschnitts »Wirtschafts- und Sozialpolitik«. Sie lauten:

»1. Aufbau und Regelung der Volkswirtschaft auf der produktiven Arbeit im Dienste des Gemeinwohls unter grundsätzlicher Erhaltung des Privateigentums auch an Produktionsmitteln, Aufrechterhaltung unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Ersatz der privatkapitalistischen Monopole durch gemeinwirtschaftliche Ordnung. Schaffung und Erhaltung eines kräftigen Bauernstandes und Förderung unserer landwirtschaftlichen Eigenproduktion zur Sicherung unserer Volksernährung. Regelung und Kontrolle des Warenmarktes der Massenbedarfsgüter nach gesunden wirtschaftlichen Grundsätzen unter Berücksichtigung der Kaufkraft der Bevölkerung.

2. Schutz und Förderung der einzelnen Erwerbsstände als notwendiger Glieder eines gesunden Wirtschaftskörpers. Entschiedene Bevorzugung des Gemeinwohls vor allen Berufs- und Standesinteressen. Fortführung der Sozialpolitik für die städtische und ländliche Bevölkerung. Schärfste Bekämpfung jeglichen Wuchers. Erhaltung und Stärkung eines lebenskräftigen Handwerkerstandes. Schutz der berechtigten Interessen der Kaufmannschaft.«

Diese Auszüge werden genügen, den Geist der Programme anzuzeigen, mit denen nun die bürgerlichen Parteien in den Wahlkampf für die Nationalversammlung zogen. Alle hatten der programmatischen Kundgebung gegenüber, mit der die Republik ins Leben getreten war, ihre Vorbehalte, keine lehnte es ab, sich auf den Boden der Republik zu stellen, keine deutete auch nur den Wunsch an, das Kaisertum wiederhergestellt zu sehen. Was indes noch nicht besagt, daß solcher Wunsch nicht doch seine Träger hatte. Sie getrauten sich nur nicht als Partei hervorzutreten.

## XV.

# Die Wahlen zur Nationalversammlung,

## der Abschluß der ersten Periode der Revolution.

Unter dem 30. November hatte der Rat der Volksbeauftragten durch Verordnung ein Wahlgesetz für die Republik verkündet, daß die in seinem ersten Aufruf an das deutsche Volk niedergelegten Grundsätze zur Wahrheit machte.

Durch Verordnungen vom 6., 19. und 28. Dezember ergänzt, gab es allen Deutschen, die das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hatten, ohne Unterschied des Geschlechts und ohne jeden Wohnzensus das Wahlrecht und setzte für die Bestimmung der Abgeordneten die Verhältniswahl fest. Zu diesem Zweck wurde Deutschland nach Fortfall von Elsaß-Lothringen in 37 Wahlkreise eingeteilt, die auf Grund von Listenwahlen 421 Abgeordnete zu wählen hatten, und bestimmt, daß auf jede 150.000 Einwohner ein Abgeordneter entfallen solle. Auch gestattete das Wahlgesetz, daß Parteien oder sonstige Einreicher von Wahllisten ihre Listen in jedem Wahlkreis durch Erklärung mit der einer andern Partei oder Gruppe derart für verbunden anmelden konnten, daß die überschießenden Stimmen beider zusammenzurechnen waren und so ihnen gegebenenfalls noch einen Abgeordneten sichern konnten.

Der Wahlkampf selbst verlief im allgemeinen ruhig. Es liegt im Wesen des Verhältniswahlsystems und ist einer seiner Vorzüge, daß bei ihm die Wahl vorwiegend sachlichen Charakter trägt. Im verhältnismäßig engen Raum eines Wahlkreises, der nur einen Abgeordneten zu wählen hat, platzen die Geister viel leidenschaftlicher aufeinander als in einem ausgedehnten Wahlkreis, der über eine Vielheit von Abgeordneten zu verfügen hat und wo es sich nicht darum handelt, welche Partei den Sitz erringt, sondern darum, wieviel der Sitze auf jede Partei entfallen. Nennenswerte Versuche, den Wahlakt zu stören, waren nicht zu verzeichnen.

Die Wahlbeteiligung war eine sehr rege. Von insgesamt 35 Millionen wahlberechtigter Deutschen gaben etwa 30½ Millionen ihre Stimme ab. Mit Ausnahme der Wahlkreise Schleswig-Holstein und Thüringen, für die bei Aufstellung der Reichsstatistik abschließende Zahlen über die Verteilung der Wähler nach Geschlechtern noch nicht vorlagen, nahmen von im Ganzen

rund 15 Millionen männlichen Wahlberechtigten 12,4 Millionen, von 17,7 Millionen weiblichen Wahlberechtigten 14,6 Millionen an der Wahl Teil, 82,4% der männlichen und 82,3% der weiblichen Wähler. Die Beteiligung des weiblichen Geschlechts blieb also nur ganz wenig hinter der des männlichen zurück. Wie sich die Stimmen der beiden Geschlechter auf die Parteien verteilen, ist im Ganzen nicht festzustellen, da fast überall die Wahlzettel beider in ein und dieselbe Urne gesteckt und infolgedessen untermischt gezählt wurden. Nur in einigen wenigen Bezirken waren für die weiblichen Wähler gesonderte Urnen aufgestellt, und dort zeigte sich, daß die Frauen im Verhältnis mehr Stimmen für die Parteien der Rechten und des Zentrums abgaben als die Männer, das Stimmrecht der Frauen also eher konservativ wirkte. In ganz Deutschland erhielten Stimmen in runden Zahlen, beziehungsweise Sitze:

| | | |
|---|---|---|
| Deutschnationale | 3.121.000 | 42 |
| Deutsche Volkspartei | 1.346.000 | 21 |
| Dem Wesen nach monarchistisch | **4.467.000** | **63** |
| Christliche Volkspartei (Zentrum) | 5.980.000 | 88 |
| Deutschdemokraten | 5.642.000 | 75 |
| Bürgerlich republikanisch | **11.622.000** | **163** |
| Mehrheitssozialdemokraten | 11.510.000 | 163 |
| Unabhängige Sozialdemokraten | 2.317.000 | 22 |
| Sozialisten | **13.827.000** | **185** |
| Kleinere Gruppen (4 Welfen, 4 Bauernbund, 1 Braunschweiger Landesverband, 1 Landarbeiter) | 485.000 | 10 |
| Insgesamt | **30.401.000** | **421** |

Demgemäß hatten die Sozialdemokraten in der Nationalversammlung nur über eine Minderheit der Sitze zu verfügen, wenngleich sie bei weitem die stärkste Partei waren. Außer Zweifel ist, daß das Wahlergebnis ein für sie wesentlich günstigeres gewesen wäre, wenn die Wahlen zu einer Zeit erfolgt wären, wo die Begeisterung der großen Volksmasse über die vollzogene Umwälzung noch nicht durch die Zwistigkeiten unter den Sozialisten und die Aufstände mit den durch sie notwendig gewordenen Niederhaltungsmaßnahmen eine Abschwächung erfahren hatte. Einige Sitze gingen der Sozialdemokratie dadurch verloren, daß die Unbhängigen Sozialisten das Anerbieten der Mehrheitssozialisten, ihre Listen für den Zweck der Geltendmachung der überschüssigen Stimmen zu verbinden, außer in 6 Wahlkreisen abgelehnt hatten. Den Hauptschaden hatten freilich sie selbst zu erleiden. In dem weitaus größten Teil der Wahlkreise nicht stark genug, die für einen Abgeordneten nötigen Stimmen aufzubringen, so daß ihre dortigen Wähler in der Nationalversammlung unvertreten blieben, hatten sie, um fast eine Million Stimmen stärker als die deutsche Volkspartei, nur einen Abgeordneten mehr als diese. Der darin angezeigte Fehler des Wahlsystems ist später von der Nationalversammlung durch Abänderungen beseitigt worden, die eine unübertroffen genaue Vertretung der Parteien nach ihrer Wählerstärke sicherstellen.

Den Wahlen für die Nationalversammlung waren solche in 6 Einzelstaaten für die Landesvertretungen vorausgegangen, davon 2 (Anhalt und Braunschweig) schon im Dezember 1918, die andern 4 (Baden, Bayern, Württemberg, Mecklenburg-Strelitz) in der ersten Hälfte Janauar 1919. Die ersten beiden Wahlen ergaben absolute sozialdemokratische Mehrheiten, bei den andern vier wurden mehr bürgerliche als sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Nur in Braunschweig hatten die Unabhängigen annähernd soviel Stimmen erhalten wie die Mehrheitssozialisten, nämlich 51.668 gegen 59.708, in den andern Staaten waren sie weit hinter ihnen zurückgeblieben. So waren in Bayern, obwohl der zum Präsident ernannte Kurt Eisner der unabhängigen Sozialdemokratie angehörte, nur 3 Unabhängige gewählt worden gegen 62 Mehrheitssozialdemokraten. In Württemberg war das Verhältnis 4 Unabhängige und 52 Mehrheitler und in Anhalt und Mecklenburg-Strelitz hatten die Unabhängigen Sozialdemokraten überhaupt keine Vertreter.

Auch bei den Wahlen zur Nationalversammlung bleiben die Unabhängigen außer in zwei Wahlkreisen (Leipzig und Düsseldorf) überall hinter den Mehrheitlern zurück. Allerdings waren die Wahlkreise sehr groß und umfaßten manche Orte, wo das Verhältnis umgekehrt war. In Berlin erhielten die Mehrheitler 405.000, die Unabhänigen 307.000 Stimmen, in den beiden Wahlkreisen Potsdam 1—9 und Potsdam 10, welche die Vororte Berlins umfassen, die Mehrheitler 681.000, die Unabhängigen 267.000 Stimmen.

Die Gegensätze und Gegnerschaften, die Mehrheitssozialisten und unabhängige Sozialisten trennten, waren durch die Januarkämpfe zu solcher Schärfe gediehen, daß ein Zusammenschluß der beiden Parteien in der Nationalversammlung zur größten Unwahrscheinlichkeit, wenn nicht Unmöglichkeit geworden war. Damit war auch dem hier und dort auftauchenden Gedanken einer Regierung aus den verbündeten Sozialdemokraten und den radikaleren Elementen des Zentrums und der Demokraten die Möglichkeit der Realisierung entzogen. Zur Bildung einer rein sozialdemokratischen Minderheitsregierung konnte die Mehrheitssozialdemokratie sich nicht verstehen, nachdem sie sich grundsätzlich auf den Boden des demokratischen Parlamentarismus gestellt hatte. Es war daher für das Werk, das die Nationalversammlung zu verrichten hatte, nur eine Koalitionsregierung aus Mehrheitssozialdemokraten und bürgerlich republikanischen Parteien möglich.

Damit war schon angezeigt, daß das zu verrichtende Hauptwerk, das Verfassungsgesetz der Republik, gleichfalls Kompromißarbeit sein, die Sozialdemokratie bei ihm manches Opfer zu bringen haben werde.

So bedauerlich nun diese und noch andre Folgen des Nichtzustandekommens einer sozialdemokratischen Mehrheit vom Parteistandpunkt der Sozialdemokratie aus gesehen waren, so darf man bei Abschätzung ihrer Tragweite für die Entwicklung und Befestigung der Republik doch folgendes nicht vergessen.

Deutschlands ökonomische Lage und soziale Gliederung machten seine unmittelbare Umwälzung in ein völlig sozialistisches Gemeinwesen unmöglich. Ganz abgesehen von einer starken Bauernschaft, mit der die Republik noch weniger nach Laune umspringen konnte, als die Bolschewisten mit den russischen Muschiks, gab es noch Millionen von bürgerlichen Gewerbetreibenden, deren sie gleichfalls nicht entbehren konnte. Selbst unter normalen Verhältnissen wäre Angesichts dieser Sachlage der Ausschluß des gesamten Bürgertums von der Teilnahme an der Regierung ein Fehler ge-

wesen, der sich bald bitter gerächt hätte. Gar bald hätte sich gezeigt, was Lassalle's Darlegung in seinem glänzenden Vortrag über Verfassungswesen zu bedeuten hat, daß unentbehrliche oder nicht zu beseitigende Gesellschaftsklassen »auch ein Stück Verfassung« sind. Um so mehr traf das unter den furchtbaren wirtschaftlichen Verhältnissen zu, die das Kaisertum als Folge seiner verruchten Macht- und Prestigepolitik der Republik hinterlassen hatte. Die Republik konnte wohl mit bestimmten bürgerlichen Parteien und Klassen, nicht aber mit allen den Kampf aufnehmen, ohne sich in eine unhaltbare Lage zu bringen. Sie konnte die große, auf sie gefallene Last nur tragen, wenn sie erhebliche Teile des Bürgertums an ihrem Bestand und ihrer gedeihlichen Entwicklung interessierte. Selbst wenn die Sozialdemokratie bei den Wahlen zur Nationalversammlung die ziffermäßige Mehrheit erhalten hätte, wäre die Heranziehung der bürgerlich-republikanischen Parteien zur Regierung ein Gebot der Selbsterhaltung der Republik gewesen. Sie war aber auch zugleich eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland als Nation.

So drückte der Ausfall der Wahlen zur Nationalversammlung einer in der sozialen Verfassung Deutschlands gegründeten politischen Notwendigkeit den Stempel auf und gab damit der ersten Periode der deutschen Revolution erkennbar den Abschluß.